



77. Sitzung

Düsseldorf, Donnerstag, 19. Dezember 2019

Mitteilungen des Präsidenten	5	Oliver Krauß (CDU).....	24
Vor Eintritt in die Tagesordnung	5	Ralph Bombis (FDP).....	25
Worte des Präsidenten im Gedenken an die Opfer des Anschlags am Breitscheidplatz in Berlin am 19. Dezember 2016	5	Berivan Aymaz (GRÜNE)	26
		Sven Werner Tritschler (AfD).....	27
		Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart.....	28
		Ergebnis.....	29
1 Durchbruch geschafft: Klimaschutzpaket des Bundes hat Chancen für Nordrhein-Westfalen		3 Dichtheitsprüfungen in Wasserschutzgebieten in begründeten Verdachtsfällen zum Schutz des Grundwassers und der Grundstückseigentümer	
Aktuelle Stunde auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/8209	5	Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/8107	29
Dr. Marcus Optendrenk (CDU).....	5	Dr. Christian Untrieser (CDU)	29
Dietmar Brockes (FDP)	6	Markus Diekhoff (FDP)	31
André Stinka (SPD)	8	Frank Börner (SPD).....	32
Wibke Brems (GRÜNE).....	10	Norwich Rüße (GRÜNE).....	33
Christian Loose (AfD)	11	Roger Beckamp (AfD).....	36
Ministerpräsident Armin Laschet.....	12	Ministerin Ursula Heinen-Esser	36
André Stinka (SPD)	14	Ergebnis.....	38
Josef Hovenjürgen (CDU)	15		
Wibke Brems (GRÜNE).....	16	4 Akuter Brückennotstand – NRW braucht eine Offensive für Brückensanierungen	
Ralph Bombis (FDP).....	17	Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/8098	38
Christian Loose (AfD)	19	Nic Peter Vogel (AfD).....	39
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	20	Matthias Goeken (CDU)	40
Michael Hübner (SPD).....	22	Gordan Dudas (SPD).....	40
Christian Loose (AfD)	23	Ulrich Reuter (FDP).....	41
		Johannes Remmel (GRÜNE)	42
2 NRWs Beitrag zu einem Lieferkettengesetz: Faire Produktionsbedingungen für die Vielen schaffen		Minister Hendrik Wüst.....	43
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8102.....	23		
André Stinka (SPD)	23		

Ergebnis	44	André Stinka (SPD).....	72
		Helmut Seifen (AfD)	74
		Rainer Matheisen (FDP)	75
		Dietmar Bell (SPD).....	76
5 Bericht des Petitionsausschusses	44	Ergebnis.....	76
Thomas Schnelle (CDU)	44		
6 Mehr Zeit für angepasste Auffors-		9 „Der Nächste bitte!“ statt Zettelwirt-	
 tung – zeitgemäße Änderung im Lan-		 schaft mit Kassenbons – Ausnahmere-	
 desforstgesetz		 gelungen beim Kassengesetz notwen-	
Antrag		 dig	
der Fraktion der CDU und		Antrag	
der Fraktion der FDP		der Fraktion der CDU und	
Drucksache 17/8106	48	der Fraktion der FDP	
Rainer Deppe (CDU)	48	Drucksache 17/8108	
Markus Diekhoff (FDP)	49	Entschließungsantrag	
Annette Watermann-Krass (SPD)	50	der Fraktion der SPD	
Norwich Rüße (GRÜNE)	51	Drucksache 17/8289 – Neudruck.....	76
Andreas Keith (AfD).....	53	Matthias Goeken (CDU)	77
Ministerin Ursula Heinen-Esser	54	Ralf Witzel (FDP)	78
Ergebnis	56	Michael Hübner (SPD)	79
		Horst Becker (GRÜNE).....	81
7 NRW.fair – Land und Kommunen zum		Herbert Strotebeck (AfD)	82
 Motor fairer Beschaffung machen		Minister Lutz Lienenkämper.....	83
Antrag		10 Innovatives Bauen: vom BIM („Buil-	
der Fraktion der SPD		 ding Information Modeling“) bis zum	
Drucksache 17/8104	56	 3D Druckverfahren fördern	
Rüdiger Weiß (SPD)	56	Antrag	
Dr. Günther Bergmann (CDU).....	57	der Fraktion der AfD	
Ralph Bombis (FDP).....	58	Drucksache 17/8101	84
Berivan Aymaz (GRÜNE)	59	Roger Beckamp (AfD).....	84
Sven Werner Tritschler (AfD)	60	Jochen Ritter (CDU).....	85
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	61	Andreas Becker (SPD).....	86
Ergebnis	62	Stephen Paul (FDP).....	86
		Johannes Rimmel (GRÜNE)	87
		Ministerin Ina Scharrenbach	87
8 Forschungskompetenz in den Berei-		Ergebnis.....	87
 chen Kerntechnologie und Kernsi-			
 cherheitsforschung muss in Nord-		11 Wohnen im ländlichen Raum zukunfts-	
 rhein-Westfalen erhalten bleiben		 fest machen.....	87
Antrag		Antrag	
der Fraktion der AfD		der Fraktion der CDU und	
Drucksache 17/8099	62	der Fraktion der FDP	
Sven Werner Tritschler (AfD)	62	Drucksache 17/8109	87
Dr. Christian Untrieser (CDU).....	63	Fabian Schrumpf (CDU)	87
Dietmar Bell (SPD)	65	Stephen Paul (FDP).....	89
Rainer Matheisen (FDP).....	68	Andreas Becker (SPD).....	89
Matthi Bolte-Richter (GRÜNE)	69		
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart	70		

Arndt Klocke (GRÜNE).....	90
Roger Beckamp (AfD)	90
Ministerin Ina Scharrenbach.....	91

Ergebnis	92
----------------	----

12 Gesetzes zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung weiterer Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8130

erste Lesung	93
--------------------	----

Ministerpräsident Armin Laschet
zu Protokoll
(siehe Anlage)

Ergebnis	93
----------------	----

Anlage	95
---------------------	----

TOP 12 „Gesetz zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung weiterer Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz) – zu Protokoll gegebene Rede

Ministerpräsident Armin Laschet.....	95
--------------------------------------	----

Entschuldigt waren:

Ministerin Ursula Heinen-Esser
(ab 15 Uhr)

Minister Dr. Joachim Stamp
(ab 15:30 Uhr)

Wibke Brems (GRÜNE)
(ab 15:30 Uhr)

Frank Neppe (fraktionslos)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident André Kuper: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Gäste! Eben hatten wir die Adventsfeier in der Bürgerhalle, und jetzt haben wir uns zur letzten Plenarsitzung vor Weihnachten versammelt. Ich weiß nicht, wie es Ihnen ergeht. Man will innehalten, auf das zu Ende gehende Jahr zurückblicken. In der Bürgerhalle unten hängen einige Pressefotos, die uns dieses Jahr noch einmal in Erinnerung rufen.

Aber es gibt auch noch etwas anderes, an das ich erinnern will: Heute vor drei Jahren fand der heimtückische **Anschlag** auf dem **Berliner Weihnachtsmarkt** am **Breitscheidplatz** statt. Viele Medien, auch im Ausland, berichten heute Morgen darüber. Der Landtag arbeitet dazu die unser Land betreffenden Hintergründe mit einem Untersuchungsausschuss auf.

Für die Überlebenden des Anschlags, für die Angehörigen der Opfer und auch für die Rettungskräfte hat dieser Tag auf schreckliche unabänderliche Weise Raum eingenommen, Raum ergriffen in ihrem persönlichen Leben. Für sie ist und bleibt die Advents-, die Weihnachtszeit mit diesem mörderischen Anschlag verbunden. Wir empfinden mit ihnen. Mir ist es wichtig, das zu Beginn und vor Eintritt in die Tagesordnung zu sagen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen, Ihren Angehörigen, Ihren Familien eine friedliche und gesegnete Weihnacht und ein gutes neues Jahr 2020.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für die heutige Sitzung hat sich **ein Abgeordneter entschuldigt**; der Name wird in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag feiert heute der Kollege **Ulrich Reuter** von der Fraktion der FDP. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

1 Durchbruch geschafft: Klimaschutzpaket des Bundes hat Chancen für Nordrhein-Westfalen

Aktuelle Stunde
auf Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8209

Die Fraktionen von CDU und FDP haben mit Schreiben vom 16. Dezember 2019 gemäß § 95 Abs. 1 der

Geschäftsordnung zu dieser aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die antragstellenden Fraktionen Herrn Dr. Optendrenk das Wort.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach der Einleitung durch den Präsidenten ist es nicht ganz einfach, jetzt die Überleitung zu einem Thema zu finden, das auch sehr grundsätzlich ist. Aber vielleicht ist das gerade die Chance, dies in der gebotenen Ernsthaftigkeit und ohne nur Tagesaktuelles zu betrachten, hier an diesem Rednerpult einmal zu thematisieren.

Klimaschutz heißt, dass man Verantwortung übernehmen muss. Verantwortung bedeutet, dass wir Antworten geben müssen, Antworten gegenüber der Gesellschaft, gegenüber der Wirtschaft, gegenüber Natur und Umwelt, gegenüber der Schöpfung. Deshalb ist es ein ermutigendes Zeichen, dass sich Bund und Länder gestern im Vermittlungsausschuss geeinigt haben. Sie haben Verantwortung übernommen.

Die Zukunft wird so aussehen, wie wir sie gestalten. Zukunft gestalten bedeutet aber immer, auch die Mühen der Ebene auf sich zu nehmen, Kompromisse und Lösungen zu suchen. Je komplexer die Fragen, desto weniger gibt es einfache Antworten und desto wichtiger sind vernünftige und machbare Kompromisse.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Kompromisse sind geradezu das Wesen, das Markenzeichen unserer Demokratie. Das gilt auch und gerade bei aller Handlungsnotwendigkeit für den Klimaschutz.

„Zeit zu handeln“ war das Motto des Klimagipfels von Madrid. Das Motto war richtig, das Ergebnis von Madrid dagegen dürftig, zu dürftig. Es wird dem Anspruch und den Notwendigkeiten nicht gerecht. Trotz der Verlängerung hat der Klimagipfel sein zentrales Ziel nicht erreicht. Es gibt keine klaren Verabredungen für globale Investitionen in den Klimaschutz. Zu vieles bleibt auf der Ebene von Absichtserklärungen.

Zeit zu handeln. – Das galt und gilt auch für uns in Nordrhein-Westfalen. Ich stelle fest: Unser Bundesland hat seine eigenen Klimaziele 2020 bereits jetzt erreicht. Das ist eine gute Nachricht. Dabei wollen wir aber nicht stehen bleiben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zeit zu handeln – das war auch die Aufforderung an Bund und Länder, die im September mit dem Eckpunkteprogramm der Bundesregierung einen ersten Schritt umgesetzt haben. Im November haben dann Bundestag und Bundesrat bereits wesentliche Teile beschlossen. Lediglich für den Finanzteil haben die

Länder den Vermittlungsausschuss angerufen; denn hier geht es um eine faire Lastenverteilung zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen.

Heute können wir feststellen: Der Vermittlungsausschuss hat einen Durchbruch erzielt. Morgen werden Bundestag und Bundesrat die noch fehlenden Teile des Klimaprogramms 2030 beschließen können.

Zeit zu handeln – ja, Deutschland handelt. Unser Föderalismus hat wieder einmal bewiesen, dass er handlungsfähig ist, wenn es darauf ankommt.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Alle Beteiligten haben sich zu größeren Anstrengungen Deutschlands beim Klimaschutz bekannt. Sie sind bereit, Verantwortung zu übernehmen. Die NRW-Koalition bedankt sich bei Ministerpräsident Armin Laschet und der Landesregierung für die erfolgreichen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss. Herzlichen Dank!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen dem Anspruch gerecht werden, unseren Teil dazu beizutragen, dass nachfolgende Generationen noch einen lebenswerten Planeten vorfinden und ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können. Dazu müssen wir uns nicht nur bei uns in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland, sondern auch global verändern.

Die Bewahrung der Schöpfung verlangt von uns, unsere Lebensweisen zum Teil grundlegend zu verändern. Umwelt- und Klimaschutz fangen bei uns zu Hause an. Das erfordert vieles von jedem Einzelnen, selbstverständlich auch, über alltäglich gewordene Gewohnheiten nachzudenken. Die Bewahrung der Schöpfung ist Verpflichtung.

Wir können dabei zum Teil nur einen kleinen Beitrag leisten. Deutschland alleine kann ebenfalls im globalen Maßstab nur wenig bewirken. Selbst die Europäische Union hat keinen hinreichenden Einfluss auf alle notwendigen Veränderungen. Die Weltgemeinschaft – das ist das Traurige von Paris und auch von Madrid – ist ihrer Verantwortung noch nicht gerecht geworden.

(Zuruf von der AfD)

Wir wissen aber auch, dass wir in Deutschland mit dem Klimaschutzprogramm 2030 und dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses Vorreiter sein können; denn hier werden die richtigen Weichen gestellt.

Die Mehrwertsteuer auf Fahrkarten der Bahn wird gesenkt. Das schafft einen spürbaren Anreiz, dieses klimaschonende Verkehrsmittel verstärkt einzusetzen.

Der Preis für die Tonne CO₂ wird zum 1. Januar 2021 auf 25 Euro erhöht. Damit entspricht dieser Einstiegspreis in etwa dem Zertifikatspreis im europäischen Emissionshandel. Die Mehreinnahmen von

rund 5,4 Milliarden Euro sollen zur Senkung der EEG-Umlage eingesetzt werden. Dadurch sinkt der Strompreis sowohl für Bürgerinnen und Bürger wie auch für Unternehmen – das ist gerade für Nordrhein-Westfalen wichtig – im industriellen Mittelstand, die häufig selbst nicht von der EEG-Umlage befreit sind.

Zugleich wird die Pendlerpauschale ab dem Jahr 2021 auf 35 Cent und später auf 38 Cent erhöht. Das ist wichtig für viele Millionen Menschen in Deutschland, die zumeist gar keine andere Wahl haben, als weite Strecken zum Arbeitsplatz zurückzulegen.

Wir brauchen eben nicht nur ökologische Nachhaltigkeit, sondern auch wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit. Dieses Klimapakett ist wirtschaftlich und sozial verträglich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir müssen die Menschen bei den notwendigen Veränderungen mitnehmen. Es geht darum, einen echten, einen nachhaltigen Strukturwandel zu schaffen. Wir wollen einen Strukturwandel und keine Strukturbrüche. Das gilt es immer im Auge zu behalten.

Die Länder erhalten zudem für ihre Steuerausfälle aufgrund der Konzeption für die Jahre 2021 bis 2024 insgesamt eine Summe von 1,5 Milliarden Euro zur Kompensation der Steuerausfälle. Damit gelingt eine faire Lastenverteilung.

Wir werden uns aber in den nächsten Jahren und Jahrzehnten weiter den Mühen der Ebenen stellen müssen. Mit flotten Sprüchen auf Freitagsdemos, plakativen Forderungen in Parteiprogrammen und täglich neuen Verbotsforderungen ist dabei nichts zu gewinnen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Daran wird sich auch der eine oder andere gewöhnen müssen. Gleiches gilt für die lautstarke Weigerung, sich der Wirklichkeit überhaupt zu stellen. Den Populisten und Ideologen ist das Danach gleichgültig. Für sie zählt der Augenblick. Das ist zwar zunehmend in Mode, aber es reicht eben nicht.

Deshalb ist es Zeit zu handeln. Es ist Zeit, Verantwortung zu übernehmen. Wir in Nordrhein-Westfalen verstehen uns als Treuhänder für die kommenden Generationen, in Verantwortung für unsere Kinder und Enkel. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Herr Brockes das Wort.

Dietmar Brockes^{*)} (FDP): Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Die Fraktionen

von CDU und FDP haben heute eine Aktuelle Stunde zu den Ergebnissen der Vermittlungsrunde zum Klimapakett der Bundesregierung beantragt. Wir haben bereits in den vergangenen Monaten immer wieder über das Energie- und auch das Klimathema gesprochen. Deshalb ist es auch gut und richtig, dass wir heute so zeitnah über diese Ergebnisse reden.

Ich denke, jedem ist klar, dass es hier notwendig und wichtig war, Kompromisse einzugehen. Da ist es nun einmal üblich, dass man von dem einen Teil vielleicht mehr und von dem anderen weniger überzeugt ist. Gerade auch bei einem Vermittlungsergebnis zwischen Bundesrat und Bundesregierung ist natürlich klar, dass man das ursprünglich Vorgelegte nicht grundlegend ändern kann.

Deshalb ist für uns als liberale Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen besonders wichtig, dass es prinzipiell in die richtige Richtung geht, und das tut es, meine Damen und Herren. Wir leisten somit auch unseren Beitrag zum Erreichen der Klimaziele.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wer für den Klimaschutz wirklich etwas erreichen will, muss global an alle CO₂-Emissionsquellen herangehen. Es ist daher wichtig, hier keine Alleingänge zu machen. Wir können aber vorangehen und Wege einschlagen, auf denen uns andere folgen werden. Wenn wir uns ansehen, welche Entwicklungen es zumindest auf europäischer Ebene gibt und welchen Schwerpunkt die neue EU-Kommissionspräsidentin Frau von der Leyen dort mit dem Green Deal gesetzt hat, bin ich sehr zuversichtlich, dass Europa hier gemeinsam einen Beitrag leistet.

In Deutschland haben wir in den letzten Jahren immer nur den Energiesektor im Auge gehabt, einseitig über diesen gesprochen und dort immer mehr versucht, entsprechende CO₂-Minderungen zu erreichen. Dabei kommt gerade dieser Bereich über den europäischen Zertifikatehandel bereits heute seinen CO₂-Minderungszielen nach.

Meine Damen und Herren, wie oft musste ich hier im Plenum schon betonen, dass wir alle Sektoren – und damit eben auch den Wohn- und den Verkehrsbereich – einbeziehen müssen, wenn wir den Klimaschutz wirklich erfolgreich angehen wollen. Dem kommt man nun mit diesem Paket nach.

Wir Liberale halten es zwar für falsch, dass man nun erst einmal über einen staatlich festgelegten Preis einsteigt; das Ziel der Bundesregierung ist aber auch klar, nämlich dass man mittelfristig einen Zertifikatehandel für den Wohn- und den Verkehrsbereich aufbaut. Dies ist der richtige Weg, und wir wünschen wir uns, dass die Bundesregierung hier deutlich ambitionierter vorangeht und wir ein Handelssystem aufbauen, das dem – ähnlich wie der ETS auf europäischer Ebene – wirklich gerecht wird.

Meine Damen und Herren, das ist auch der Ansatz, den diese Landesregierung bereits mit der Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht hat. Wir brauchen einen Zertifikatehandel, der über den Marktpreis für Innovationen und technologische Entwicklungen und gleichzeitig durch die Entnahme von Zertifikaten für verlässliche CO₂-Minderungen sorgt.

Besonders wichtig ist uns, dass jetzt endlich auch ein Einstieg in die steuerliche Förderung der Wohnungsanierung erfolgt, denn hier haben wir ein immens großes CO₂-Minderungspotenzial. Man muss aber auch sagen, dass wir hier schon viel weiter sein könnten, wenn die damalige rot-grüne Landesregierung mit Hannelore Kraft und Norbert Walter-Borjans das damals im Bundesrat nicht gestoppt hätte.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Es war leider so, meine Damen und Herren, dass dort Ihre Prioritätensetzung eine andere war als die, die Sie heute suggerieren wollen.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Wenn Walter-Borjans und die Grünen beim Thema Klimaschutz vor einigen Jahren so ambitioniert gewesen wären, wie Sie es heute von anderen verlangen

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

und wie wir es tun, dann könnten wir schon viel weiter sein.

Ich habe eben bereits angedeutet,

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

dass ich es häufig für sehr schwierig halte, wenn wir in Nordrhein-Westfalen oder in Deutschland versuchen, Vorreiter zu sein.

(Michael Hübner [SPD]: Da bin ich mal gespannt, wann die Mindestabstände bei der Windkraft abgeschafft werden!)

Ich sehe jetzt aber, dass auch auf europäischer Ebene endlich die Signale gesetzt werden, hier nach gemeinsamen Lösungen zu suchen.

(Zuruf: Aha!)

Frau von der Leyen hat es als eines ihrer Schwerpunktthemen während ihrer Präsidentschaft bezeichnet, einen Green Deal erreichen zu wollen. Das bedeutet letzten Endes, dass wir auf europäischer Ebene dafür sorgen müssen, dass der derzeitige Zertifikatehandel auf alle Bereiche ausgeweitet wird. Insofern geht der Ansatz, der jetzt gewählt wurde, in die richtige Richtung.

Man nimmt unsere Bundesratsinitiative in Berlin, aber auch in Brüssel hoffentlich als Vorlage, um ein vernünftiges gesamteuropäisches Zertifikatesystem zu eröffnen, das allen Bereichen gerecht wird, so-

dass wir unserer Verantwortung in Europa und darüber hinaus gemeinsam nachkommen und unseren Beitrag zum Klimaschutz leisten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die SPD hat der Abgeordnete Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann diesen weihnachtlichen Frieden hier nicht teilen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP: Oh!)

Ich will mit den gestrigen Worten meines Fraktionschefs anfangen. Hier wird noch einmal deutlich, Herr Laschet, dass Sie als Improvisationstalent im „Tatort“ genau richtig sind.

(Beifall von der SPD)

Hier wird Klimaschutz improvisiert; das haben die Redner doch gerade deutlich gemacht. Wenn Sie so viel Elan wie beim Klimaschutz an den Tag legen, kriegen Sie nicht einmal eine Glühbirne ausgewechselt. Sie stellen sich hier hin und schwadronieren,

(Beifall von der SPD)

aber es kommt nichts – kein Plan, nur Beliebigkeit.

Herr Laschet wird noch zwei Tage vor dem Vermittlungsausschuss im „Handelsblatt“ mit Ausführungen dazu zitiert, ob man erst einen Kohle- oder erst einen Atomausstieg machen solle. – Das ist doch keine Linie! Die Linie, die Sie gestern von uns eingefordert haben, schaffen Sie doch selbst nicht. Sie fabulieren zusammen mit der Jungen Union von Atom, während wir uns im Vermittlungsausschuss über ein Klimapaket unterhalten.

Sie haben keine Linie, keine Ahnung, und Sie wissen auch nicht, in welche Richtung es gehen soll.

(Beifall von der SPD – Zuruf von der SPD: Da muss selbst Herr Brockes grinsen!)

Ich muss Ihnen in der vorweihnachtlichen Zeit mit Erlaubnis des Präsidenten auch noch einmal mit einigen Zitaten deutlich machen, was Sie hier dargestellt haben. Noch 2016 haben Sie den Klimaschutzplan 2050 der Umweltministerin als Gefahr für den Wirtschaftsstandort insgesamt abqualifiziert, Herr Laschet.

(Beifall von der SPD – Zurufe: Oh!)

Sie haben sich sogar zu der Äußerung hinreißen lassen – ich zitiere weiter –:

„Einen solchen absoluten Vorrang für Klimaschutz gegenüber sozialen Fragen und gegen die Wettbewerbsfähigkeit wollen wir nicht.“

(Zurufe von der SPD: Oh! – Sarah Philipp [SPD]: Sehr interessant!)

Das hat sich heute in den einführenden Reden der Regierungsfractionen noch einmal ganz deutlich gezeigt. Das haben Sie noch vor zwei Jahren gesagt.

Nun haben CDU und FDP ihr Herz für den Klimaschutz entdeckt. Mich freut das ja. Ich mache hier schon knapp 15 Jahre Umwelt- und Klimaschutz, aber ich hätte nie zu träumen gewagt, dass wir das heute schaffen.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Mit Herrn Brockes!)

Wir in Nordrhein-Westfalen sollten den Anspruch haben, hier Vorreiter zu sein. Das haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mit unserem Fortschrittmotor Klimaschutz immer untermauert. Wichtig ist dabei nur, den Menschen klarzumachen, dass es auch um Veränderungen geht. Das muss man den Menschen klar sagen, Herr Optendrenk. Je nachdem, welche Gruppe bei Ihnen sitzt, sagen Sie aber immer Ja. Das wird aber nicht funktionieren. Das ist Ihr Problem, Herr Optendrenk.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie können sich hier nicht als Klimaretter aufspielen. Das haben Sie vor vier Wochen schon einmal versucht. Sie haben sich auf unser Gesetz berufen, das Sie einst kritisiert haben, und dann ruhen Sie sich auf den CO₂-Einsparungen aus, die wir organisiert haben, für die wir wiederum von Ihnen kritisiert werden.

(Sarah Philipp [SPD]: Genau so ist es!)

Das ist die Linie dieser Landesregierung. Es gibt keine klare Linie.

(Beifall von der SPD)

Nun feiern Sie den Durchbruch beim Klimaschutzpaket. Die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses sind eine gute Basis für eine soziale Klimawende, für die wir Sozialdemokraten auf unserem Parteitag deutlich gekämpft haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ach, doch!)

Es gibt aber viele Ungereimtheiten, und Schwarz-Gelb bleibt uns bis heute Antworten auf viele Fragen schuldig.

In der Debatte im Landtag haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns immer für einen höheren CO₂-Preis mit sozialem Ausgleich ausgesprochen. Dass die Forderung nach zehn Euro pro Tonne CO₂ lediglich ein erster Schritt in die richtige Richtung war, haben wir immer wieder betont. Svenja Schulze ist hier dafür kritisiert worden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist ein Vorschlag unserer Umweltministerin! – Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

– Herr Laschet, Sie sind gleich dran. Hören Sie zu, damit Sie wissen, wie es geht.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Svenja Schulze hat im Deutschen Bundestag erklärt, dass Sie sich mehr hätte vorstellen können.

Herr Laschet, wenn Sie jetzt diesen Durchbruch feiern, warum bedurfte es dann überhaupt dieses Vermittlungsausschusses? Sie hätten sich ja schon frühzeitig auf den Weg machen können.

(Beifall von der SPD – Armin Laschet, Ministerpräsident: Das stimmt doch gar nicht!)

Frau Merkel ist zitiert worden, ein höherer CO₂-Preis sei mit der Union nicht konsensfähig. – Das sind alles Ausreden. Sie haben gar keine Macht in der CDU. Sie sitzen hier, blasen sich auf, und es passiert nichts.

(Beifall von der SPD)

Vor dem Hintergrund dieser Aktuellen Stunde wäre es sinnvoll gewesen, dass Sie den CDU-Wirtschaftsminister antreiben, endlich ein Kohleausstiegsgesetz vorzulegen. Selbst das schaffen Sie nicht.

(Armin Laschet, Ministerpräsident: Herr Scholz blockiert!)

– Ja, ja, im Zweifel ist es immer Herr Scholz.

(Zurufe und Lachen von der SPD)

Sprechen Sie mit Ihrem Fachminister. Herr Altmaier kümmert sich um die Bonpflicht von Bäckereien, aber das Kohleausstiegsgesetz kommt nicht in die Füße. So sieht doch die Realität aus.

(Beifall von der SPD – Nadja Lüders [SPD]: So sieht es aus!)

Herr Pinkwart legte in den letzten Tagen das Entfesselungspaket V auf. Herr Pinkwart, das ist wirklich Münchhausen. Zuerst blockieren Sie jahrelang die Windkraft, und dann entwickeln Sie ein Entfesselungspaket V und setzen auf Windkraft. Das ist wirklich Münchhausen in Reinkultur, was Sie hier veranstalten. Das geht doch nicht!

(Beifall von der SPD)

Zu den Äußerungen der CDU-Fraktion zum Thema „Atomkraft“ nehmen Sie auch nicht Stellung. Da musste die Bundesregierung gestern in die Bresche springen und sagen: Nein, wir halten am Atomausstieg fest. Wenige Tage zuvor haben Sie, Herr Ministerpräsident, noch Interviews dazu gegeben.

Auf einmal ist die Windkraft bei Herrn Pinkwart das Mittel zum Ziel – nachdem Sie die Windkraft zweieinhalb Jahre lang bekämpft haben, und zwar gegen die Stadtwerke, gegen die Städte und gegen den Gemeindebund.

(Beifall von der SPD)

Ich rate Ihnen: Wenn Sie etwas für die Windkraft tun wollen, schauen Sie sich noch einmal den rot-grünen Windkrafterlass an. Dieser könnte eine wirkliche Chance sein, zusammen mit den Bürgern, den Gerichten und den Bauämtern für Rechtssicherheit zu sorgen, für die Sie dann gemeinsam eintreten können – das wäre ehrlich –, statt an Autobahnen nach freien Grundstücken zu suchen. Sie wissen doch genau, dass das nicht funktioniert. Machen Sie den Leuten nicht das Gegenteil vor, denn dann belasten Sie die Menschen, die schon jetzt belastet sind. Da packen Sie die Windkraft dann auch noch hin. Die Debatten möchte ich sehen.

(Beifall von der SPD)

Herr Brockes, Sie sind wirklich ein Künstler.

(Heiterkeit von der SPD)

Der Bundesvorsitzende der FDP, Christian Lindner, bezeichnet das Klimapaket als Mumpitz, und Sie stellen sich hier als Klimaschützer der FDP hin und sagen, wie super diese ganzen Verabredungen seien.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das habe ich nicht gesagt! Habe ich nie gesagt!)

Gucken Sie sich lieber an, was Herr Lindner dazu gesagt hat, statt sich hierhin zu stellen und über Zertifikatehandel zu sprechen und darüber, wie geschlossen Sie handeln.

(Beifall von der SPD)

Sie sind auch gespalten, Sie haben keine Ahnung und keine Richtung. Das ist heute noch einmal ganz klar geworden.

Man wundert sich und ist erstaunt, was im Rahmen der Aktuellen Stunde beantragt wird. Wir freuen uns schon immer darauf, weil wir genau wissen, dass es keine klare Linie bei Ihnen gibt und dass Sie sich immer davor drücken, mit den Menschen über Akzeptanz zu sprechen.

(Heiterkeit von der SPD)

Herr Pinkwart, im Wirtschaftsausschuss habe ich Ihnen gesagt, wenn Sie schon die Büchse der Pandora in Sachen Akzeptanz öffnen, dann erklären Sie den Leuten im Zusammenhang mit Ihrer Wasserstoffstrategie auch, dass bei einer Wasserstoffanlage ein geringerer Abstand eingehalten werden muss als bei einer Windkraftanlage. Sie werden dann in Erklärungsnot kommen. Das ist die gescheiterte Wirtschaftspolitik, für die Sie stehen, und nichts anderes.

In dem Sinne freue ich mich auf die weitere Beratung. – Danke.

(Anhaltender lebhafter Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat die Abgeordnete Frau Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident!

(Unruhe – Glocke)

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das Gefühl, heute Morgen wird eine Art Überbietungswettbewerb veranstaltet, bei dem der eine grüner sein möchte als der andere. Ich muss Ihnen aber sagen: Glaubwürdig ist das alles nicht.

(Beifall von den GRÜNEN – Rainer Schmelzer [SPD]: Herr Laschet kommt gleich noch! – Armin Laschet, Ministerpräsident: Die SPD war nie für Kohle! – Gegenruf von Michael Hübner [SPD]: Reden Sie sich schon mal warm! – Unruhe – Glocke)

Ich habe noch nicht einmal mit meiner Rede begonnen, und Sie reden schon dazwischen. Das können wir doch gleich noch machen.

Die Einigung beim Klimapaket im Vermittlungsausschuss – das muss ich vorweg sagen – ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. An vielen Stellen dieser Vermittlungsarbeit zeigt sich eine grüne Handschrift. Der höhere CO₂-Preis wirkt sich positiv auf die Lenkungswirkung aus, und da wirklich mehr Einnahmen ausgeschüttet werden, sind auch die Auswirkungen sozialer. Zudem sinkt die EEG-Umlage.

Das bedeutet, die alte, fossile Welt finanziert das erste Mal die neue Welt der erneuerbaren Energien. Das ist ein erster richtiger und wichtiger Schritt. Dabei sinken gleichzeitig die Strompreise.

Jetzt kommt das Aber: Das alles reicht leider nicht. Denn aus einem schlechten Gesetz macht man in einem Vermittlungsausschuss noch lange kein gutes, und aus einem Klimapäckchen kann man in einem Vermittlungsausschuss eben kein Paket machen, das den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht wird.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben eben vernommen, wie sehr sich die SPD für den Klimaschutz einsetzt. Sie machen sich hier wirklich einen schlanken Fuß. Wir haben nämlich aus den Verhandlungen gehört, dass es einerseits extreme Widerstände aus der Union, aber eben auch extreme Widerstände aus der SPD gab, die Verän-

derungen durchzubringen, den CO₂-Preis zu erhöhen, was dringend notwendig ist, um überhaupt eine Wirkung zu erreichen. Genau hiergegen hat die SPD im Bund erheblich gearbeitet. Sich jetzt hier anders darzustellen, ist wirklich nicht redlich.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Jochen Ott [SPD]: Belege! – Weitere Zurufe von der SPD)

Die grünen Länder werden morgen im Bundesrat trotz Bedenken zustimmen. Beispielsweise gibt es bezüglich der Einführung des CO₂-Preises, also des Brennstoffemissionshandelsgesetzes, immer noch erhebliche rechtliche Bedenken, ob das alles so bleiben wird. Die Widerstände, die aus Union und SPD kamen, sind genau darauf ausgerichtet gewesen, dabei zu bleiben. Wir warnen extrem davor, aber machen es so, wenn es so gewünscht ist.

Das Gleiche gilt für die Pendlerpauschale. Wir hätten uns eine sozial gerechtere Variante gewünscht, aber auch da sind die anderen Verhandlungspartner hart geblieben.

In der vergangenen Woche – Herr Dr. Optendrenk hat dies bereits gesagt – sind die Klimaverhandlungen in Madrid zu Ende gegangen, man möchte sagen: gescheitert. Hieran erkennt man: Das ist das letzte Abwehrgefecht der fossilen Welt. Gerade die Länder Brasilien, USA, Saudi-Arabien und Australien haben massiv gegen ein Ergebnis gearbeitet.

Ich betone immer, dass es gut ist, dass Deutschland auf Klimakonferenzen antreibt. Es ist gut, dass die EU-Kommission mit dem Green Deal ein Zeichen setzen will. Aber man hat irgendwie das Gefühl: Es ist ein anderes Land, das auf solchen Klimakonferenzen verhandelt. Man hat das Gefühl, die Delegationen verlieren in dem Moment an Einfluss, in dem sie zurückreisen. Wir haben zwar gehört, dass es Zeit ist, zu handeln.

Dieses Handeln sieht in Deutschland aber anders aus. Denn in dem Klimapaket fehlen viele Maßnahmen oder sind noch längst nicht umgesetzt. Ein Beispiel ist der Ausbau der erneuerbaren Energien. Ein Gesetzentwurf dazu soll erst irgendwann im nächsten Jahr kommen. Auch da gibt es viele Sachen, die uns eher Sorge bereiten.

Auch das vom Minister in dieser Woche vorgestellte Entfesselungspaket zeigt alles andere, nur nicht, dass gehandelt wird. Es enthält wieder einen Ankündigungspunkt nach dem anderen. Einige Punkte wurden schon vor zwei Jahren angekündigt, doch ist bis heute nichts passiert. Das ist einfach nur peinlich. Sie haben hier eine Verantwortung, endlich zu handeln und nicht nur anzukündigen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Das Kohleausstiegsgesetz war ebenfalls ursprünglich im Klimaschutzpaket enthalten. Das ist nun wirklich eine Farce. Seit Wochen hören wir immer: Aber nächste Woche wird es im Bundeskabinett beschlossen werden. – Jetzt ist nicht mehr nächste Woche, jetzt ist nächstes Jahr. Das ist wirklich fatal, das ist fatal für die Menschen im Rheinischen Revier, denn wir brauchen endlich Klarheit, wie es da weitergeht. Das muss auch im Land angegangen werden.

Ich möchte nun auf das von meinen Vorrednern Ausgeführte eingehen.

Zunächst kurz zu Herrn Brockes: Sie haben kritisiert, dass auch wir in den letzten Jahren im Gebäudebereich etwas verhindert hätten. Ich möchte Ihnen entgegenhalten, was Sie machen: Sie wollten die Energieeinsparverordnung abschaffen. Das wäre für den ganzen Bereich sehr kontraproduktiv gewesen.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Darüber hinaus sollten Sie sich ansehen, wer zuletzt die steuerlichen Abschreibungen verhindert hat. Das war zum Schluss ausschließlich Bayern.

Herr Optendrenk, Sie haben sich hier ein bisschen weihnachtlich dargestellt, die Bewahrung der Schöpfung herangezogen. Dazu muss ich Ihnen ganz klar sagen: So können Sie sich hier nicht darstellen.

Wo ist denn die Bewahrung der Schöpfung gewesen, als es darum ging, den Stopp von Pestiziden und den Erhalt der Artenvielfalt zu erreichen? Wo ist bei Ihnen die Bewahrung der Schöpfung gewesen, als es im Landesentwicklungsplan darum ging, den Flächenfraß oder den Kiesabbau einzudämmen?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wo ist die Bewahrung der Schöpfung, wenn es um die Bewahrung der Heimat der Menschen im Rheinischen Revier geht, die von der Abbaggerung bedroht sind? Für diese Sachen sollten Sie sich einsetzen!

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Ich möchte das bereits zitierte Motto der Klimakonferenz in Madrid „Es ist Zeit zu handeln“ gerne aufgreifen. Dies gilt auch hier in Nordrhein-Westfalen. Es ist Ihre Zeit, hier zu handeln: beim Ausbau der erneuerbaren Energien, den Sie nicht vorantreiben. Es ist Zeit, zu handeln, damit Sie endlich Klarheit beim Kohleausstieg hier in Nordrhein-Westfalen schaffen, Klarheit für die Menschen im Rheinischen Revier. Gerade jetzt vor Weihnachten sollten Sie sagen, wie es in ihrer Heimat weitergehen soll. Es ist Ihre Zeit, zu handeln und nicht mehr nur anzukündigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die AfD-Fraktion spricht der Abgeordnete Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in dem Land mit der weltweit höchsten Steuer- und Abgabenquote. Und in dieser Situation bejubeln CDU und FDP weitere Steuererhöhungen. Sie wollen den Menschen noch mehr Geld abknöpfen. Sie wollen den Mittelstand ausbluten.

Das Geschacher um die neue CO₂-Steuer erinnert stark an das Geschacher bei der Mehrwertsteuererhöhung. „Merkel-Steuer, das wird teuer“, liebe SPD, hieß es damals. Da schimpften die Sozialisten von der SPD. Die CDU wollte 2 Prozentpunkte herauf. Die SPD sagte: Nicht mit uns. – Nach der Wahl schlossen Sie sich zusammen, und es wurden 3 Prozentpunkte.

Sie sehen, wenn sich die Parteien zusammenschließen, um den Bürger auszunehmen, dann wird es teuer. So auch jetzt bei der CO₂-Steuer: Es ging mit 10 Euro pro Tonne los. Am Ende hat Laschet eingegriffen, und es wurden 25 Euro pro Tonne. Jetzt heißt es wohl eher „Laschet-Steuer – das wird teuer!“

Vor 15 Jahren forderte eine CDU noch Reformen, zum Beispiel ein einfaches Steuerkonzept. Reformen waren damals das Rezept der Zukunft. Aber bei der heutigen rückwärtsgewandten CDU gibt es keine Reformen mehr. Stattdessen versucht diese Partei, mit den Rezepten des gescheiterten Sozialismus den Wohlstand zu besteuern.

Denn günstige Energie war immer die Grundlage unseres Wohlstandes. Und das sieht man überall auf der Welt. Die Länder, die es geschafft haben, eine versorgungssichere, kostengünstige Energie auf die Beine zu stellen, haben auch Wohlstand geschaffen, sie haben die Kindersterblichkeit reduziert, sie haben die Armut reduziert. Wer die Energie aber verteuert, der verhindert Wohlstand. Und genau das machen die vier „Klima-Angst-Parteien“ seit Jahren.

Bereits jetzt ist die Belastung der Bürger beispielsweise durch die Mineralölsteuer und die Mehrwertsteuer auf die Mineralölsteuer massiv. Rechnerisch bezahlt jeder Bürger dafür jährlich knapp 600 Euro. Für eine vierköpfige Familie sind das 2.400 Euro jedes Jahr. 2.400 Euro – das ist für diese Familien zum Beispiel ein zweiwöchiger Urlaub an der Nordsee, den sie sich nicht mehr leisten können dank Ihrer Politik. Das waren aber nur die Kosten für die Mineralölsteuer.

Hinzu kommen in Deutschland noch die Zusatzkosten für den EEG-Strom. Das sind für eine vierköpfige Familie nochmal 1.200 Euro pro Jahr. Dafür könnte

sich diese Familie alle sechs Jahre zum Beispiel einen nigelnagelneuen Dacia Sandero kaufen – dank Ihrer Politik nicht mehr.

Sie, liebe CDU und FDP, in trauter Einigkeit mit SPD und Grünen, Sie alle nehmen diesen Familien Wohlstand und Lebensfreude.

(Frank Sundermann [SPD]: Warum kein Ford, Herr Loose? – Michael Hübner [SPD]: Ausländische Autos!)

– Dacia Sandero ist das günstigste Auto. Ich weiß, Sie fahren sicherlich teurere Autos. Sie können sich das leisten. Aber der Geringverdiener kann sich das eben nicht mehr leisten, Herr Sundermann und Herr Hübner.

(Beifall von der AfD)

Aber Sie denken ja überhaupt nicht mehr an den Geringverdiener. Der wird nämlich von Ihrer Politik belastet. Die größte soziale Umverteilung haben Sie in Deutschland mit der EEG-Umlage geschaffen.

(Zuruf von der SPD: Alter Schreihals!)

– Sie können es nicht verkraften, dass die Menschen die Wahrheit erfahren. – Die größte soziale Umverteilung haben Sie geschaffen mit der EEG-Umlage – von arm zu reich.

Liebe CDU und FDP, in trauter Einigkeit mit SPD und Grünen, Sie alle nehmen diesen Familien Wohlstand und Lebensfreude. Sie belasten diese Familien mit hohen Abgaben für Benzin, für Strom und natürlich auch für das Heizen.

Wenn Sie auf die 25 Euro pro Tonne CO₂ gehen würden, müssten Sie den Benzinpreis um 60 Cent reduzieren. Aber das wollen Sie nicht. Sie kommen jetzt mit neuen Steuern an. Sie wollen noch mehr Geld aus den Bürgern pressen. Das Benzin wird teurer, der Diesel wird teurer, das Heizen wird teurer.

Mit Ihren neuen Steuern belasten Sie die vierköpfige Familie ab 2021 nochmals mit mehr als 400 Euro, und das steigert sich dann auf über 1.000 Euro pro Jahr. Aber allein schon mit diesen 400 Euro könnte eine Familie zehn Mal im Jahr ins Kino gehen. Aber dank Ihrer neuen Steuern wird der Familie auch dieses Geld fehlen. Kein Urlaub, kein Auto, kein Kino! Das ist die Konsequenz Ihrer Politik. Sie vernichten den Wohlstand und die Freiheit unseres Landes – aber nicht mit uns, liebe SPD und liebe CDU!

(Beifall von der AfD)

Das Geld wird den Bürgern fehlen, aber natürlich nicht Ihnen, Herr Laschet. Ihnen darf so etwas nicht fehlen. Deshalb haben Sie sich Ihre Zustimmung auch teuer bezahlen lassen. Jetzt gibt es 1,5 Milliarden Euro Handgeld für Ihre Stimme, Geld, was den Bürgern aus der Tasche gezogen wird.

Leider muss man immer wieder eines erkennen: Sozialistische Parteien können nicht mit Geld umgehen, egal, ob Rot, ob Grün, ob Schwarz, ob Gelb. Gespart wird nicht mehr. Stattdessen werden Steuern erhöht und werden Gelder für wirkungslosen Klima-Klimbim verpulvert. Ihre sozialistischen Rezepte sind aber bereits in der DDR gescheitert. Dort hat man dem Bürger ebenfalls die Freiheit genommen und die Menschen zu Produkten getrieben, die diese nicht haben wollten, zum Beispiel den Einheits-Trabi. – So nun auch im neuen sozialistischen Deutschland.

Statt freiem Reisen mit dem Auto, ob zur Arbeit oder am Wochenende zur Oma, soll es demnächst mit dem Fahrrad oder mit dem Bus zur Arbeit gehen. Denn leisten können sich die Geringverdiener das Auto nicht mehr.

Damit die Malocher aber wenigstens sehen, wohin ihr Geld geht, gibt es bald grüne Hausnummern für die Anhänger der sozialistischen Energiewende.

Im DDR-Regime

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

gab es die goldene Hausnummer für den linientreuen Genossen. In China gibt es ein Punktesystem für den „besseren Menschen“.

Bald werden wir alle diese „besseren Menschen“ an den grünen Hausnummern an ihren schicken Eigenheimen erkennen. Diese „besseren Genossen“ lassen sich das E-Auto von der Krankenschwester bezahlen. Diese „besseren Genossen“ lassen sich die Photovoltaikanlage auf dem Dach von dem in der Mietwohnung lebenden Stahlarbeiter bezahlen. Dann wird diesem „besseren Genossen“ – oder sollen wir gleich „Klima-Genossen“ sagen – von Staats wegen die grüne Hausnummer verliehen. Dies geschieht bereits in Niedersachsen oder auch in einigen Gemeinden in Bayern.

Wie heißt es so schön beim Buch „Farm der Tiere“ von George Orwell? Alle Tiere sind gleich, aber manche sind gleicher als die anderen. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Präsident André Kuper: Für die Landesregierung erteile ich unserem Ministerpräsidenten Laschet das Wort.

Armin Laschet, Ministerpräsident: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bundesrat wird morgen das Klimapakete verabschieden. Es gab vier Bereiche, die in der letzten Bundesratssitzung an den Bundesrat gegangen sind. Das war das Klimaschutzgesetz, das war der Brennstoff-Emissionshandel, also das Zertifikatehandelssystem, das waren die steuerrechtlichen Konsequenzen des Klimapakets, und das war das Luftverkehrssteuergesetz.

Der Bundesrat hat wegen des Teils „Steuer“ den Vermittlungsausschuss angerufen. Das bedeutete, dass eigentlich das Thema CO₂-Preis nicht Bestandteil der Verhandlungen mit dem Bundesrat war. Das, was jetzt in den letzten Tagen in den Verhandlungen möglich geworden ist, zeigt, dass oft Dinge zusammenhängen, die eigentlich gar nicht formal dort hinverwiesen wurden. Deshalb gibt es auch sehr viel Verwirrung bis hin zu Herrn Stinka heute mit seinem Wortbeitrag.

Denn war die Grundfrage, ob der CO₂-Preis erhöht werden soll oder nicht, war das, was der SPD-Parteitag beschlossen hat – 40 Euro pro Tonne plus x –, Verhandlungsgegenstand? Das hat überhaupt nicht stattgefunden.

Walter-Borjans sagt heute – ich zitiere ihn wörtlich –:

„Die starke Verhandlungsführung durch Manuela Schwesig im Vermittlungsausschuss hat dafür gesorgt, Klimaschutz und sozialen Ausgleich zusammenzubringen, ...“

Der Teil des Satzes stimmt. Danach sagte er: „... und sicher hat auch unsere Wahl an die SPD-Spitze für Bewegung gesorgt.“

(Lachen von der CDU)

Das ist wirklich geradezu absurd. Die Grünen haben es eben beschrieben. Alle Verhandler in diesen Gesprächen – Ministerpräsident Weil, Verhandlungsführerin Frau Schwesig – haben alles getan, um deutlich zu machen: Wir wollen einen geringen CO₂-Preis, und was Herr Walter-Borjans und Frau Esken erzählen, interessiert uns hier nicht die Bohne.

Das haben die Grünen vorgetragen. So war die Haltung. Weil eben diese ...

(Zurufe von der SPD: Das haben die gesagt? – Sie zitieren jetzt die Grünen? Sie waren doch selbst dabei!)

– Bitte? Was?

(Zuruf von der SPD: Sie müssen sich mal selbst zitieren! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Pass mal auf: Die Grünen haben hier zitiert. Ich kann bestätigen, ...

(Dietmar Bell [SPD]: Vom Hörensagen! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Ich weiß, dass Sie das jetzt aufregt.

(Widerspruch von der SPD)

Aber das Problem ist doch, es geht nicht ... Passen Sie mal auf ...

(Zuruf von der SPD: Es geht um Ihre Art der Darstellung! – Unruhe – Glocke)

Es funktioniert doch nicht, dass wir als Flächenländer – Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern,

Bayern, Nordrhein-Westfalen – sagen, dass es für unsere Pendler nicht zumutbar sei, den Preis hochzutreiben und ihnen das nicht auszugleichen, und hier dann jemand auftritt und erzählt, er wolle etwas ganz anderes.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist doch unglaublich!

(Michael Hübner [SPD]: Wer hat das denn gesagt? Wer hat das denn gesagt?)

Dann kommt der nächste Satz, und deshalb ist das wirklich eine Frage der Glaubwürdigkeit.

(Sarah Philipp [SPD]: Bei Ihnen!)

Dann sagt Herr Walter-Borjans weiter:

Beim Thema ‚Klimaschutz‘ widersprechen wir der Legendenbildung, das Vermittlungsergebnis sei ein Ergebnis grüner Einflussnahme. Das sei nicht wahr.

Entschuldigung, natürlich war das ein Ergebnis grüner Einflussnahme. Natürlich haben die Grünen gesagt,

(Zuruf von der SPD: Das hat er doch gesagt! – Michael Hübner [SPD]: Das Zitat hat er doch gerade vorgelesen!)

dass man das Klimaschutzgesetz der Bundesregierung nicht durchlaufen lassen und der Erhöhung der Pendlerpauschale nicht zustimmen werde, wenn man ihre Aspekte nicht auch aufnehme.

(Zuruf von der SPD: Was erzählen Sie denn da?)

Herr Stinka, die Art und Weise, wie Sie über Gegenwart und erst recht über Vergangenheit reden: Sie hätten mal die Gesichter der Grünen während Ihrer Rede sehen müssen, als Sie erklärten, die SPD habe noch nie etwas mit Kohle zu tun gehabt – 2016.

(Zurufe von der SPD: Was? – Das hat er doch gar nicht gesagt! – Weitere Zurufe von der SPD – Glocke)

Diese Art ...

(Sarah Philipp [SPD]: So ein Unsinn! Unverschämtheit)

– Passen Sie mal auf ... Sie haben mir ein Zitat einer Äußerung, die ich 2016 getätigt haben soll, entgegengehalten: Bitte berücksichtigt neben den ökologischen Dingen auch die soziale Frage.

(Michael Hübner [SPD]: Er hat das abgelehnt!)

Das hat die SPD früher vertreten. Das Schlimme ist: So, wie Sie heute reden, geben Sie den Rednern hier rechts

(Armin Laschet, Ministerpräsident, weist in Richtung der AfD.)

Futter für ihre Themen. Das haben Sie doch eben erlebt!

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD – Unruhe – Glocke)

Sie haben angesichts dessen, was Sie hier vortragen –

(Unruhe – Glocke – Nadja Lüders [SPD]: Sie reden der AfD das Wort! Merken Sie das eigentlich?)

im Gegensatz zu Frau Schwesig, im Gegensatz zu Herrn Weil –, jedes Gespür für ganz einfache Menschen, die pendeln müssen, verloren,

(Beifall von der CDU und der FDP)

weil Sie abgehoben sind, weil Sie völlig abgehoben sind.

Deshalb werden wir morgen im Bundesrat Zustimmung ...

(Nadja Lüders [SPD]: Sie reden der AfD das Wort, Herr Laschet! Das ist Zündeln!)

– Frau Lüders, bitte kommen Sie zurück zum sozialen Kern der Sozialdemokratie. Hören Sie auf mit diesen Sprüchen! Hören Sie auf damit!

(Beifall von der CDU und der FDP – Widerspruch von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Lesen Sie unsere Beschlusslage! Sie zündeln in diesem Parlament! – Unruhe)

Wir werden mit den Kollegen aus Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Mecklenburg-Vorpommern – Sozialdemokraten, die genau das vortragen, was ich hier auch vortrage – Klimaschutz hochhalten und trotzdem nicht die einfachen Leute vergessen.

(Nadja Lüders [SPD]: Das ist unsere Beschlusslage, verdammt noch mal!)

Das ist das Kunststück, das der Bundesrat morgen beschließen will,

(Beifall von der CDU und der FDP)

und nicht Ihre Ideologie.

Dann war uns ein zweiter Punkt sehr wichtig, den Nordrhein-Westfalen durchgesetzt hat. Das ist die Carbon-Leakage-Frage, die die Bundesregierung übersehen hat. Die Textilindustrie und die Papierindustrie im Sauerland haben sich an uns gewandt und gesagt: Wenn Sie das so beschließen und die großen Unternehmen befreien, die mittelständischen aber nicht, müssen wir aus Deutschland abwandern. Dann gehen hier Arbeitsplätze verloren. Im Ausland wird dann exakt gleich vorgegangen, allerdings nicht klimafreundlich. Deshalb müssen Sie in einem Industrieland über diese Betriebe und diese Beschäftigten reden. – Auch das kommt bei Ihnen zu kurz.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Auch das wird der Bundesrat morgen beschließen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion hat noch einmal der Abgeordnete Herr Stinka das Wort.

(Zurufe: Ooh!)

André Stinka (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss schon sagen: Von einem Ministerpräsidenten hätte ich so etwas, wie von Ihnen gerade, nicht erwartet.

(Beifall von der SPD)

Dass Sie uns in die Ecke der AfD schieben, obwohl wir in jeder Rede klargemacht haben,

(Unruhe – Glocke)

dass wir immer für sozialen Ausgleich stehen, ist wirklich unglaublich. Sie können sicher sein,

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

dass unsere Drähte besser sind als Ihre in der CDU und dass wir wissen, wofür die Ministerpräsidenten gestanden haben.

(Beifall von der SPD – Lachen von der FDP)

Dass Sozialdemokraten hier seit 50 Jahren immer für sozialen Ausgleich stehen, können Sie in jeder Rede in den Protokollen nachlesen.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Es spricht für Ihre Hilflosigkeit, dass Sie uns angreifen, weil Sie nichts hinkriegen.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Rainer Schmeltzer [SPD] und Ralph Bombis [FDP])

Das ist unglaublich!

Ich habe hier vom Fortschrittmotor „Klimaschutz“ gesprochen, als Frau Thoben auf der Regierungsbank saß und nicht mal wusste, was Emissionshandel ist. Wir standen für die Stahlindustrie und die Industrie der energieintensiven Unternehmen ein und haben uns nicht geduckt.

(Zuruf und Lachen von der FDP)

Das werfen Sie uns heute vor. Wir und Frau Schulze in Berlin haben ganz deutlich gesagt, dass das Klimapaket nur mit sozialem Ausgleich klargehe. Wegen Ihres unsinnigen Zickzackkurses – Atom: ja, nein; Kohle: ja, nein. – bleibt die Frage: Wo ist denn das Ausstiegsgesetz?

(Zuruf von der SPD)

Hinzu kommt heute Morgen das Herumschreien und das falsche Zitieren.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Das ist wirklich unwürdig. Das ist unwürdig. Ja, ja!

Wissen Sie, ich habe eine gewisse Vorstellung davon, wie ein Ministerpräsident vorgeht. Aber er gaukelt einen Ministerpräsidenten vor – das ist das Problem – und schreit hier herum. Das ist wirklich ungläublich.

(Beifall von der SPD – Zurufe von Thorsten Schick [CDU] und Marcel Hafke [FDP])

Herr Laschet, wir werden uns das nicht bieten lassen. So geht das nicht!

Glauben Sie mir, dass wir ganz sicher öfter mit Frau Schwesig telefonieren als Sie mit der Kanzlerin. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP: Oh!)

Präsident André Kuper: Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Herr Hovenjürgen das Wort.

(Sarah Philipp [SPD] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Der erklärt das jetzt noch mal!)

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Sozialdemokratie! Lieber Herr Stinka, ich weiß ja, dass Sie gestern Weihnachtsfeier hatten. Das erklärt aber nicht alles.

(Heiterkeit von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Flachwitz!)

Zu dem, was Sie hier vortragen: Der Ministerpräsident hat mitnichten die SPD in die Nähe der AfD gerückt.

(Zuruf von der SPD: Doch, hat er! – Widerspruch von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Er hat gesagt: So, wie Sie agieren, machen Sie denen das Geschäft leicht. – Das und nichts anderes hat er Ihnen vorgehalten.

(Beifall von der CDU, der FDP, der AfD, Alexander Langguth [fraktionslos] und Frank Neppe [fraktionslos] – Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Herr Stinka, noch mal: Was der Ministerpräsidenten vorgetragen hat, ist eigentlich der Hinweis darauf, dass wir in Berlin gemeinsam – die Grünen, die SPD und die Christdemokraten – einen Weg gesucht haben, der jetzt in diesen Kompromiss gemündet ist.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Diesen Kompromiss positiv darzustellen und den Menschen die Sorgen um ihre Existenz zu nehmen, wäre eigentlich unsere gemeinsame Aufgabe – und nicht das Zerreden ...

(Armin Laschet, Ministerpräsident: So ist es! – Nadja Lüders [SPD]: Ja, dann hätte er das machen müssen!)

– Frau Lüders, bei allem Respekt. Ich kann ja nichts dafür, dass Herr Stinka heute Ihren Job macht.

(Nadja Lüders [SPD]: Bitte? – Rainer Schmeltzer [SPD]: Halten Sie als Generalsekretär eine Rede?)

– Wissen Sie, ich versuche gerade, mich Ihrem Niveau anzupassen, Herr Schmeltzer. Das ist das Problem. Aber ich werde dem widerstehen.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Liebe Sozialdemokraten, noch einmal: Wir sollten gemeinsam nach einem Weg suchen, den Menschen die Sorge vor der Zukunft zu nehmen. Das gilt insbesondere im Ruhrgebiet.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Ich kann nur sagen: Sie sind dort doch auch nicht ausreichend erfolgreich, sonst stünden Sie im Ruhrgebiet nicht vor der Situation, vor der Sie stehen.

(Zuruf von Armin Laschet, Ministerpräsident)

Warum machen wir insofern nicht einen gemeinsamen Schulterschluss und sagen: Keine Angst vor diesen neuen Wegen, die wir gemeinsam gehen wollen und müssen?

(Zurufe von Christian Loose [AfD] und Markus Wagner [AfD])

– Ich habe keine Lust, auf rechts zu hören und auf diese Dinge überhaupt einzugehen, weil es sinnlos ist und es da nur das eine Ziel gibt, die Menschen zu verunsichern und zu verängstigen.

(Michael Hübner [SPD]: Schön, dass der Generalsekretär das macht! Der Ministerpräsident macht das anders!)

Es wäre unsere gemeinsame Aufgabe, dies nicht zuzulassen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von der SPD: Es ist schon schlimm, wenn der Generalsekretär einspringen muss!)

Deswegen noch einmal: Lassen Sie uns doch gemeinsam nach Wegen suchen, die die Zukunft sicher und gestaltbar machen, die das Klima sozusagen verbesserbar machen und die letztendlich dazu führen ...

(Zurufe von Christian Loose [AfD] und Markus Wagner [AfD])

– Wissen Sie, mit Ihren Zurufen seitens der AfD tun Sie nichts für dieses Land. Sie versuchen, dieses Land in Brand zu setzen.

(Christian Loose [AfD]: Was? – Weitere Zurufe von der AfD)

Wir werden Sie daran hindern, die Bevölkerung zu spalten. Wir werden Sie daran hindern, unsere Gesellschaft zu spalten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von Christian Loose [AfD] und Markus Wagner [AfD] – Unruhe – Glocke)

Die Art und Weise, wie Sie Politik machen, wie Sie Menschen ausgrenzen und Menschen zu Schuldigen machen – das sind die Dinge, die Gewalttaten möglich machen.

(Fortgesetzt Zurufe von der AfD)

Sie sollten sich schämen, jeden Morgen ... Sie können eigentlich gar keinen Spiegel im Haus haben, weil Sie da gar nicht reinschauen können. Das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen.

(Helmut Seifen [AfD]: Das würde ich zu Ihnen sagen! – Zurufe von Christian Loose [AfD] und Markus Wagner [AfD])

Deswegen noch mal: Liebe Freundinnen, liebe Freunde, meine Damen und Herren, wir hier sind ja nicht auf einem Parteitag, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben eine gemeinsame Aufgabe, und diese gemeinsame Aufgabe lautet: Wie halten wir unseren Globus intakt? Wie halten wir das Klima intakt? Wie halten wir die Situation in unserem Land gestaltbar?

Dazu gehört, dass wir den Menschen die Sorgen nehmen müssen. Diejenigen, die am Monatsende Sorge haben, ihre Finanzen beieinander zu haben, haben wenig Gefühl für einen Klimawandel und haben vielmehr Sorge um ihre Existenz.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Diese Menschen haben wir mit in den Fokus zu nehmen, ihnen Perspektiven zu geben – eine Arbeitsplatzperspektive, eine Zukunftsperspektive –, und dafür brauchen wir zum Beispiel ein Flächenmanagement im Ruhrgebiet.

Liebe Frau Brems, ich kann Ihnen, was die Auskiesung im Bereich Wesel angeht, nur eines sagen: Wir wollen eine Flächenreduzierung bei der Auskiesung, weil auch wir glauben, dass sie überdimensioniert ist. Das macht man aber nicht, indem man einfach willkürlich etwas festlegt, sondern indem man mit allen Beteiligten redet.

Das ist im RVR unterblieben. Das können wir jetzt ändern, und wir werden das ändern. Wenn Sie daran mitwirken wollen, dann sind Sie herzlich eingeladen – um auch das noch mal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Was sagt der Vorsitzende der Verbandsversammlung dazu?)

Nur so kann man Politik machen: mit Menschen reden, nicht ausgrenzen – die Industrie und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht ausgrenzen – und nicht Junge gegen Alte ausspielen. Man muss eine Gesellschaft zusammenhalten.

(Zuruf: Sie spalten die Gesellschaft!)

Dazu gehört Kompromissfähigkeit. Diese Kompromisse müssen wir uns erarbeiten wollen. Und wir müssen kompromissfähig sein. Wenn wir das nicht mehr sind, dann spielen wir denen in die Hände, die dort am Rande sitzen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Der Redner zeigt in Richtung der AfD-Fraktion.)

Das sollten wir gemeinsam verhindern, um auch das noch mal ganz deutlich zu sagen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Michael Hübner [SPD]: Gestern im Bundesrat ging es um die Flächen im Ruhrgebiet! Da hätte man anrufen können!)

Wir sind unserer Gesellschaft verantwortlich, nicht unseren Parteien. Wir sind den Menschen, die uns gewählt haben, verantwortlich, ihnen eine Zukunft zu gestalten, sie in einer Gemeinsamkeit zu halten, ihre Interessen in einem Kompromiss zu bündeln und ihnen zu sagen, dass wir gemeinsam in die Zukunft gehen.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Das ist unsere Aufgabe. Dazu laden wir ein. Bitte kommen Sie dieser Einladung endlich nach. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Grünen hat die Abgeordnete Frau Brems das Wort.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Man hat ja irgendwie das Gefühl, hier ist nicht nur einer grüner als der andere, sondern versucht auch noch, sozialer als der andere zu sein. Das ist die nächste Kuriosität, die wir heute beobachten können.

Dass diejenigen, die in Berlin zusammen regieren und dieses Klimapäckchen auf den Weg gebracht haben, sich hier so bekämpfen, ist schon kurios zu beobachten.

Ich möchte festhalten, dass beide – sowohl Union als auch SPD – an einem echten, wirklichen sozialen Ausgleich beim CO₂-Preis nicht interessiert waren.

(Monika Düker [GRÜNE]: So ist das!)

Wir haben ein Energiegeld vorgeschlagen, das jedem Bürger und jeder Bürgerin zugutegekommen wäre – unabhängig davon, ob man eine Steuererklärung macht oder nicht. Das hätte genau diesen Ausgleich gebracht, der dringend nötig ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen gerne noch etwas zu den Punkten, die jetzt beschlossen werden und zu denen ich auch gesagt habe, dass Grüne in den Ländern dem zustimmen, weil eine andere Einigung nicht möglich war.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Zum Thema „Pendlerpauschale“: Die begünstigt – das möchte ich wiederholen – gerade die Besserverdiener und nur diejenigen, die eine Steuererklärung machen können. Die Erhöhung der Pendlerpauschale ist keine soziale Kompensation für Mehrkosten.

(Beifall von den GRÜNEN – Henning Reibaum [CDU]: Sie haben es nicht verstanden!)

Ich komme gerne noch einmal auf die EEG-Umlage zu sprechen: Es ist wirklich ein erster wichtiger Schritt, dass wir das erreicht haben. Ohne uns, ohne grüne Beteiligung in den Ländern, wäre das überhaupt nicht möglich gewesen. Wo war denn da die SPD? Die hätte das ja an anderer Stelle vorschlagen können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir haben erreicht, dass die EEG-Umlage reduziert wird, und das bedeutet eben, dass alle davon profitieren, egal ob man eine Steuererklärung macht oder nicht.

Es profitieren auch diejenigen davon, die immer gerne von vielen hier angeführt werden, die es schwer haben.

Beispielsweise zählt dazu auch der Mittelstand, der nicht von der EEG-Umlage befreit wird. Dieser wird jetzt durch die Veränderung deutlich entlastet. Das ist ein wichtiges Zeichen für die Energiewende und dafür, dass in diesem Bereich etwas vorangeht, indem die fossilen für die erneuerbaren Energien zahlen müssen.

Nichts, wirklich nichts wäre verbessert worden, wenn in den Ländern nicht Grüne dabei gewesen wären. Wo waren Sie als SPD denn? Wo haben Sie denn vorher vorgeschlagen, den CO₂-Preis zu erhöhen? Wo haben Sie sozialen Ausgleich erreicht?

(Beifall von den GRÜNEN)

Der nächste Schritt beim Thema „erneuerbare Energien“ ist hier in Nordrhein-Westfalen zu machen. Dann können Sie sich nicht mehr dahinter verstecken, dass es woanders schwierig ist. Sie müssen

dann vorangehen, und Sie müssen dann etwas machen und können nicht einfach immer nur Maßnahmen ankündigen. Das ist Ihre Aufgabe. Werden Sie dieser gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die FDP spricht Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Guten Morgen, Frau Präsidentin. – Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Lieber Herr Stinka, wie der Kollege Hovenjürgen habe auch ich mich gefragt, wie ausgiebig Ihre Weihnachtsfeier gestern Abend gewesen sein muss.

(Sarah Philipp [SPD]: Den Witz hatten wir schon! – Frank Sundermann [SPD]: Du warst auch schon mal besser!)

Anders konnte ich mir Ihren ersten Redebeitrag nicht erklären. Aber bei dem zweiten Redebeitrag habe ich mir dann doch etwas Sorgen gemacht. Ich meine, dass Sie wirklich an Wahrnehmungsstörungen leiden; das hat dankenswerterweise auch die Kollegin Brems deutlich gemacht.

(Sarah Philipp [SPD]: Sehr niveauevoll!)

Angesichts der Widerstände, die in der SPD geherrscht haben,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das sagt der Richtige!)

angesichts der Widerstände auf Bundesebene, die Sie nach Ihrem Bundesparteitag völlig anders intoniert haben, muss ich schon sagen, dass Ihr Spagat auf Landesebene – auch mit Blick auf Ihre Politik, die Sie noch bis 2017 betrieben haben – und Ihre jetzigen Entscheidungen in Berlin

(Zuruf von Inge Blask [SPD])

eine beachtliche sportliche Leistung darstellen.

(Michael Hübner [SPD]: Was denn für ein Spagat?)

Aber Sie können sich nicht wegstellen vor dem, was Sie anderswo verantworten, und das sollten Sie auch nicht tun.

(Beifall von der FDP – André Stinka [SPD]: Weiß das Herr Lindner?)

Ich gestehe zu, dass es der Charakter eines Kompromisses ist, dass auch wir Freie Demokraten manche Punkte anders gestalten wollen. Entscheidend ist aber, dass die NRW-Koalition mit ihrem Ministerpräsidenten und mit ihrem Wirtschaftsminister deutlich gemacht hat,

(Nadja Lüders [SPD]: Waren Sie denn dabei?)

dass unser Weg der Weg einer Verbindung von Klimaschutz und Innovation ist. Nur so können wir international erfolgreich sein.

Nur so wird Nordrhein-Westfalen in diesem Kontext – und deswegen ist es auch richtig, dass wir das heute Morgen diskutieren – so wahrgenommen, wie es wahrgenommen werden muss.

Mit Blick auf die Verantwortung für unser Land ist es ein so wichtiges Thema, und es hat auch eine große Bedeutung für unsere Industrie. Das ist der richtige Weg, und hier geht NRW voran.

(Beifall von der FDP und der CDU – Hannelore Kraft [SPD]: Sie können auch die Verantwortung der letzten Legislaturperiode zuschieben!)

Herr Stinka, wenn Sie hier Kritik üben, schauen Sie doch auch einmal auf Ihre eigenen Reihen und fragen Sie sich, worin Ihre Verantwortung für Nordrhein-Westfalen besteht.

Wo ist Ihre Verantwortung dafür,

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben ein Klimagesetz gemacht!)

dass ein Bundesfinanzminister, der doch für ein Steinkohleausstiegsgesetz und ein Strukturstärkungsgesetz maßgeblich verantwortlich ist, endlich zu Potte kommt?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie waren doch gegen das Klimaschutzgesetz, das wir auf den Weg gebracht haben!)

Der gehört immer noch der SPD an. Das ist die Verantwortung, die Sie endlich wahrnehmen müssen.

(André Stinka [SPD]: Sie regieren noch nicht mal mit! Fragen Sie mal Herrn Lindner!)

Das ist auch deswegen so wichtig, Herr Stinka und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, weil das die entscheidende Maßnahme ist, um den sozialen Ausgleich sicherzustellen. Es geht nämlich darum, nicht immer nur davon zu reden, sondern es tatsächlich auch zu tun.

Dafür sind die Maßnahmen, die in Berlin im Rahmen des Pakets der Strukturkommission zugesagt worden sind, wichtig: für die Region, für die Mitarbeiter,

(Michael Hübner [SPD]: So viel können wir gar nicht getrunken haben!)

aber gegen die Populisten. Das wäre verantwortliches, politisches Handeln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Frau Brems, ich gestehe Ihnen zu, dass Ihnen das alles nicht reicht und dass die Grünen noch mehr Ungeduld vor sich hertragen müssen. Das ist okay.

Ich sage Ihnen aber auch: Gefährden Sie – und da kann ich mich nur dem Vorredner der Union anschließen – nicht die Akzeptanz, indem Sie immer und immer wieder sagen, es handele sich nur um ein Paketchen und um einen unzureichenden Kompromiss.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist die Wahrheit!)

Sie sind es gewesen – das hat auch der Ministerpräsident zugestanden –, die Verbesserungen gefordert haben. Es sind Verbesserungen gelungen.

Jetzt sollten Sie aber mit daran arbeiten, dass dieser Kompromiss eine breite gesellschaftliche Akzeptanz findet. Sonst spielen Sie tatsächlich denen in die Hände, die nichts davon wissen wollen. Solch einen populistischen Weg sollten wir alle nicht gehen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Ich meine deswegen übrigens auch, dass es falsch ist, dass wir hier Dingen durcheinanderwerfen, die Sie hier plötzlich noch einbeziehen.

Die Frage der Kiesabgrabungen muss natürlich differenziert betrachtet werden; sie ist aber wichtig für unser Industrieland.

(Michael Hübner [SPD]: Wenn Kies im Bundesrat auch noch eine Rolle gespielt hat, dann schmeiße ich mich weg!)

Dazu gehören auch die Frage nach den Pestiziden, über die wir uns sachlich auseinandersetzen müssen und bei denen wir die Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher mit den Interessen der Landwirtschaft in Einklang bringen müssen.

Dazu gehört auch die Frage nach den Dörfern im Rheinischen Revier.

Sie vermischen die Dinge, und das ist nicht der richtige Weg. Wir sollten für diesen Kompromiss gemeinsam einstehen.

Ich kann nur sagen, dass wir als NRW-Koalition dafür stehen, eine Energiewende und einen Klimaschutz mit Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Dafür ist auch die Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel über die EEG-Umlage oder über andere Maßnahmen, wichtig. Wir übernehmen Verantwortung.

Wir weisen übrigens auch immer wieder sehr klar darauf hin, dass Äußerungen, die in Richtung zivilen Ungehorsams oder anderes gehen, nicht der Weg sein können.

Wir müssen auf rechtsstaatlicher Ebene diesen Weg gehen, durch Technologie, durch Innovation, und können dann international ein gutes Beispiel sein.

Auch dafür ist es wichtig, hier eine politische Lösung zu finden, damit auch anderswo in der Welt gesehen

wird, dass wir als Politik eben nicht eine gesellschaftliche Zerreißprobe herbeiführen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Ralph Bombis (FDP): sondern dass man Klimaschutz und politische Rechtsstaatlichkeit miteinander verbinden kann.

Dafür ist hier eine Grundlage gelegt. Dafür steht diese NRW-Koalition.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Ralph Bombis (FDP): Dort werden wir weiter vorangehen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Loose.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Bombis, die NRW-Koalition hat heute gezeigt, dass sie für eines steht: für Steuererhöhungen.

Die Bilanz Ihrer Bewahrung der Schöpfung, Herr Opendrenk und auch Frau Brems, sind tote Tiere und Giftmüll. So titelte die „WeLT“ zur Energiewende am vergangenen Montag folgende Schlagzeile:

„Tote Tiere, Gift-Schrott, Sondermüll – die Schattenseiten der Energiewende“

Zum Thema „Solarschrott“ führt die Zeitung aus:

„Das Problem: Bislang enthalten die meisten Module giftige Bleiverbindungen, Dünnschicht-Solarzellen sogar krebserregendes Cadmium in der Verbindung Cadmiumtellurid.“

Giftiges Blei, krebserregendes Cadmium – für die vier Klimaangstparteien ist das anscheinend egal, denn Klimaschutz ist für Sie zum Dogma geworden. Klimaschutz ist für Sie wichtiger als Umweltschutz. Für uns als AfD ist aber der Umweltschutz wichtig.

(Beifall von der AfD)

Weiter geht es mit dem nächsten Thema: den Windkraftanlagen. Ich zitiere weiter aus dem Artikel:

„Windkraftanlagen stellen eine Gefahr für ohnehin bedrohte Vogelarten, Fledermäuse und Fluginsekten dar, so viel ist bekannt.“

Auch hier gilt für Sie anscheinend wieder: Klimaschutz vor Umweltschutz.

Das dritte Thema sind die Dmmstoffberge. Ich zitiere:

„Ein gut gedmmtes Haus verbraucht weniger Heizenergie. (...) Doch erstens fallen die Einspareffekte oft geringer aus als gedacht. Tatsächlich steigt seit drei Jahren der Heizenergieverbrauch deutscher Haushalte wieder an. (...) Zweitens fällt jedes Jahr tonnenweise schwer belasteter Styropor-Sondermüll an.“

Weiter heißt es:

„Nun beginnt die Phase der Entsorgung. Die ist nicht nur teuer, sondern belastet wiederum die Umwelt.“

Im Artikel ist dann die Rede von Dämmstoff mit belastetem, bromhaltigem HBCD:

„HBCD gilt als gesundheitsschädlich, für Gewässerorganismen als giftig.“

Auch hier gilt für Sie wieder: Klimaschutz statt Umweltschutz.

All das zieht sich seit Jahren durch Ihre Politik. Wenn Ihre Politik wenigstens zum Klimaschutz beitragen würde, könnte man das Ganze ja noch gegeneinander abwägen.

Aber erstens gibt es bis heute keinen einzigen Beweis dafür, dass das von Menschen emittierte CO₂ einen nennenswerten Einfluss auf das Klima hat, und zweitens gibt es überhaupt keine Ersparnis durch Ihre sogenannte Klimapolitik innerhalb der EU.

Es ist noch viel schlimmer: Für jede Photovoltaikanlage, die in Deutschland aufs Dach gesetzt wird, erhöht sich der weltweite CO₂-Ausstoß – zumindest, wenn die PV-Anlage aus China kommt.

Das ist relativ einfach zu erklären: Das Ersetzen von Kohlestrom durch Strom aus PV-Anlagen reduziert rein rechnerisch den CO₂-Ausstoß in Deutschland.

Allerdings ist Deutschland in einen EU-weiten Zertifikatehandel mit CO₂ eingebunden: Wenn in Deutschland weniger CO₂ emittiert wird, werden CO₂-Zertifikate frei, und die werden dann von anderen Ländern genutzt, um mehr CO₂ in die Luft zu pusten. Der Gesamteffekt in der EU ist genau null.

Damit ist die Rechnung aber noch nicht zu Ende. Nun hat sich dank der deutschen EEG-Subvention ein Bessergenosse eine Photovoltaikanlage, die er in China gekauft hat, aufs Dach gesetzt. Dort wird diese PV-Anlage aber mit Kohlestrom produziert. Da China beim CO₂-Zertifikatehandel nicht mitmacht, wird in der Summe also mehr CO₂ in die Luft gepustet.

Nach der Logik der vier Klimaangstparteien wird durch diese PV-Anlage also der Klimawandel angeheizt. Es passiert also genau das Gegenteil von dem, was Sie den Wählern immer wieder versprechen.

Genau aufgrund dieser klaren Zusammenhänge lehnen die Ideologen beispielsweise von den Grünen diese EU-weite Zertifikatelösung ab, denn mit der Zertifikatelösung der EU wird die komplette Geschichte rund um neue PV- und Windindustrieanlagen im Keim erstickt.

Jeder Lehrer, der sich wirklich mit diesem Thema auseinandersetzen würde, könnte seinen Schülern diese Verlogenheit erklären. Jeder Journalist, der sich wirklich mit diesem Thema auseinandersetzen würde, würde erkennen, dass diese neuen PV-Anlagen in der EU kein CO₂ einsparen.

Aber dann müssten all die Lehrer und Journalisten den Menschen erklären, dass sie über 15 Jahre belogen wurden. Weil das nicht passieren wird, wird auch diese Rede wieder nur bei YouTube zu sehen und nicht in der deutschen Presse zu finden sein.

(Sarah Philipp [SPD]: Das ist schon schlimm genug!)

Auch das sogenannte Klimapaket, das nichts anderes ist als eine Steuererhöhung, wird wieder verpuffen. Es hat nur eine einzige Lenkungswirkung: Immer mehr Menschen werden ihr Auto in Nachbarländer wie Luxemburg lenken, um dort zu tanken. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen war im Frühjahr des vergangenen Jahres das erste Bundesland, das ein eigenes Konzept für eine marktwirtschaftlich orientierte Senkung von CO₂ vorgelegt hat.

Wir haben im September eine Bundesratsinitiative eingebracht und uns darin für ein unabhängiges nationales Emissionshandelssystem für die Sektoren „Gebäude“ und „Verkehr“ ausgesprochen.

Das Emissionshandelssystem ist effizient. Es garantiert als marktbasierendes Instrument, dass die limitierte Menge noch möglichen Treibhausgasausstoßes dort verwendet wird, wo sie den höchsten Nutzen schafft.

Zusätzlich haben wir gefordert, geeignete Kompensationsmaßnahmen zur Entlastung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu schaffen. Hier haben wir insbesondere vorgeschlagen, die EEG-Umlage und die Stromsteuer zu senken und flankierende Maßnahmen zu ergreifen. Unter anderem haben wir uns mit anderen Ländern für

die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung eingesetzt.

Härten gegenüber Unternehmen bis hin zu potenziellen Abwanderungen von Unternehmen in Regionen der Erde, die nicht von einem CO₂-Preisregime erfasst sind – das sogenannte Carbon-Leakage –, sollten vermieden werden.

Mit dem jetzt vorliegenden Brennstoffemissionshandelssystem und dem Klimaprogramm 2030 ist die Bundesregierung im Grundsatz dem Vorschlag von Nordrhein-Westfalen und der Initiative im Bundesrat sehr weitgehend gefolgt, allerdings am Anfang nicht so schnell und konsequent, wie wir es vorgesehen hatten; da hat der Vermittlungsausschuss jetzt noch ein Stück nachgearbeitet.

Ich will deutlich machen: Der nun gewählte Ansatz hat sicherlich auch noch Schwächen.

Positiv zu bewerten ist, dass ab 2021 ein unabhängiges Handelssystem technisch aufgebaut wird.

Entsprechende Register werden geschaffen und ein Berichtswesen entwickelt.

Eine Handelsplattform für den neuen Zertifikats- bzw. Emissionsrechtetyp wird eingerichtet und etwa über die Strombörse in Leipzig EEX in Gang gebracht, also entsprechend der Vorlage des ETS-Systems.

In dieser Einführungsphase wird der CO₂-Preis zunächst fixiert. Eine Mengenregulierung und Preisbildung am Markt findet dann ab 2026 in einem engen Kanal und ab 2027 frei statt.

Die Absicherung dieser Einführungsphase ist aus meiner Sicht ein gangbarer Weg, denn das System hat Sicherheitsmechanismen, die etwa mit einem Mindestpreis am Anfang oder mit einem Preiskorridor das System stabilisieren.

Der Schwachpunkt bleibt, dass im nun vorliegenden Ansatz zunächst keine Mengenregulierung stattfindet. Die brauchen wir aber dringend im Hinblick auf die Erreichung des Klimaschutzziels 2035 im Umfang von minus 55 %, das sich Deutschland jetzt mit dem Klimaschutzgesetz vornimmt.

Eine mögliche Verschärfung des EU-Minderungsziels wird zusätzlichen Druck auf Emissionsminderungen in Deutschland auslösen. Wir werden hierzu sicherlich in der nächsten Legislaturperiode des Deutschen Bundestages auch noch Vorschläge bekommen, um dies etwas beschleunigter in Gang zu bringen, so wie wir es im NRW-Konzept vorgeschlagen hatten.

Eine weitere zentrale Schwäche des Ansatzes vor dem Vermittlungsausschuss lag darin begründet, dass bei einem Einstiegspreis von zunächst 10 Euro de facto keine Anpassung zu erwarten gewesen wäre.

Ich hatte schon im Frühjahr mit unserem Konzept vorgeschlagen und gesagt, der Einstieg müsse sich mindestens am ETS-Preis orientieren; der betrug etwa 25 Euro. Das ist genau der Wert, mit dem wir nun nach der Vermittlung einsteigen. Auch hier, denke ich, ist es eine sehr schöne Annäherung an das, was wir aus Nordrhein-Westfalen vorgedacht und auch in den Bundesrat eingebracht haben.

Weil wir hier ja vorweihnachtlich sehr sachorientiert verhandeln, will ich es auch in aller Ruhe zum Ausdruck bringen: Wenn ich mir anschau, womit Frau Schulze gestartet ist, und wenn ich mir – mit Verlaub, liebe Frau Brems – auch anschau, womit die Grünen gestartet sind:

Das waren sehr planwirtschaftliche Konzepte einer CO₂-Besteuerung mit einem Umlagesystem, einem Energiegutscheinsystem, einer neuen Verteilungsbürokratie, aber ohne jede Mengensteuerung und ohne jeden marktwirtschaftlichen Anreiz für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen, den besten und günstigsten Weg zur CO₂-Einsparung zu wählen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen, liebe Frau Brems, werden hier nicht alle grüner. Es werden, lieber Herr Stinka, auch nicht alle roter, sondern wir damit jetzt marktwirtschaftlicher, sozial marktwirtschaftlicher,

(Beifall von der CDU und der FDP)

und wir sind wieder auf dem Pfad, den Deutschland seit Jahrzehnten immer wieder erfolgreich gefunden hat. Das geschah nicht auf Anhieb; da bedurfte es immer wieder intensiver Diskussionen und Anstrengungen.

Aber immer dann, wenn sich Deutschland auf die Grundtugenden der sozialen Marktwirtschaft – auch unter Einbindung ökologischer Fragen – besonnen hat, waren Deutschland und auch Nordrhein-Westfalen in der Lage, Herausforderungen in Chancen zu verwandeln und ein neues Wirtschaftswunder möglich zu machen.

Ich will hier auch noch mal mit Blick auf das, was sehr kritisch von der AfD-Fraktion gesagt worden ist, festhalten: Wenn wir uns diesen neuen Rahmenbedingungen in Deutschland nicht noch engagierter stellen, werden wir erleben, dass uns gar nicht über Regierungen, sondern über die internationalen Finanz- und Kapitalmärkte ökologische Veränderungen in einer Weise erreichen, die unsere Wirtschaft – wenn wir sie nicht frühzeitiger mitnehmen – überfordern könnte.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Setzen Sie sich bitte mal mit dem auseinander, was außerhalb Deutschlands zu diesen Themen diskutiert wird.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir müssen hier voranmachen. Wir müssen Innovationen nutzen. Wir müssen uns ehrgeizige Ziele setzen und deutlich machen, dass Deutschland bei den Themen „Klimaschutz und Umweltschutz“

(Christian Loose [AfD]: Ein Geisterfahrer ist!)

mit Sinn und Verstand mit marktwirtschaftlichen Instrumenten zu besten Lösungen kommt und sich damit die Exportfähigkeit auch in Zukunft bewahren kann.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Jetzt ist eine angemessene Entlastung der Bürgerinnen und Bürger erreicht worden; das war im ersten Anlauf ja auch nicht so klar. Jetzt ist die Erhöhung des CO₂-Preises mit Ausnahme der Pendlerpauschale in vollem Umfang der Entlastung bei der EEG-Umlage zuzuführen. Das halte ich auch für einen absolut richtigen Weg.

Wir haben das Problem Carbon-Leakage ansprechen können. Wir haben im Bundesrat erreicht, dass der Bund diese Verordnung nicht alleine macht, sondern dass er die Länder mit einbindet. Dafür bin ich sehr dankbar; das hätte aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein können.

Gestatten Sie mir abschließend noch eines, Herr Stinka: Ich bin manchmal überrascht, welche Wahrnehmungsdifferenzen sich offenbaren können.

(André Stinka [SPD]: Ich auch!)

Ich will das an zwei Punkten festmachen. Sie haben hier am Anfang kritisiert, dass alles zu wenig gewesen sei, was gekommen ist.

(André Stinka [SPD]: Nein, habe ich nicht! – Weitere Zurufe von der SPD: Nein!)

Ich hatte den Eindruck, dass das, was die Bundesregierung vorgelegt hatte – inklusive der 10 Euro –, Ausfluss einer Vereinbarung in der Koalition von Union und SPD gewesen ist. Das war die Vorlage. Ich hatte das so mitbekommen, dass Sie an diesem Vorschlag beteiligt gewesen waren.

Lassen Sie mich das Gleiche zum Kohleausstiegsgesetz sagen: In der WSB-Kommission hat es vier Bundesminister gegeben, die Verantwortung für den WSB-Bericht tragen. Das sind neben Herrn Altmaier und Herrn Seehofer die Bundesminister Heil und Schulze. Hinzu kam der Bundesfinanzminister. Es sind also drei Bundesminister der SPD, die für den Kohleausstieg verantwortlich zeichnen, und zwei Unions-Bundesminister.

Wenn Sie sich dann hier hinstellen und den Ministerpräsidenten und die Landesregierung auffordern, sie sollten in Berlin mehr tun, muss ich ganz ehrlich sagen: Sie verwechseln Zuständigkeiten.

(Frank Sundermann [SPD]: Fragen Sie doch mal Altmaier! – Jochen Ott [SPD]: Wer ist denn Wirtschaftsminister?)

Wenden Sie sich doch auch mal so vollmundig an Ihre SPD-Verantwortlichen,

(Beifall von der CDU und der FDP)

auch an die neue SPD-Spitze,

(Zurufe von der SPD)

und sagen, das müsse im Interesse der Beschäftigten und der Menschen im Rheinischen Revier auch schon vor Weihnachten erledigt werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Sie hätten da Druck machen können, statt uns hier zu beschuldigen, wir täten nichts. Wir sind permanent in Berlin unterwegs, um Dampf zu machen und die Dinge voranzubringen.

(Frank Sundermann [SPD]: Ja, aber erfolglos! Erfolglos!)

Aber wir haben vielfach den Eindruck, dass Ihr Finanzminister auf der Bremse steht, statt das zu beschleunigen.

(André Stinka [SPD]: Von Herrn Altmaier reden Sie gar nicht!)

Also lassen Sie uns alle hier unsere Hausaufgaben machen

(Beifall von der CDU und der FDP)

und gemeinsam für ein gutes Nordrhein-Westfalen kämpfen. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Da Minister Professor Dr. Pinkwart für die Landesregierung am Ende der zweiten Runde die Redezeit um gut 1:30 Minuten überzogen hat, in der dritten Runde aber nur noch zwei Fraktionen die Möglichkeit haben, die überzogene Redezeit auszugleichen, haben wir uns gerade verständigt, dass – wenn der Wunsch besteht – natürlich alle Fraktionen diese Redezeit noch nutzen können.

Ich bitte aber die Landesregierung und deren Vertreterinnen und Vertreter, in Zukunft darauf zu achten, dass wir bei der Aktuellen Stunde besondere Spielregeln haben und in Runden reden.

Gemeldet hatte sich ohne diesen Hinweis bereits für die SPD-Fraktion Herr Kollege Hübner, der jetzt auch Gelegenheit hat zu reden.

Michael Hübner (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Pinkwart, was Ihren Ausführungen zumindest zugrunde liegt, hat

gezeigt, dass es auch in einem anderen Ton hier in diesem Hause geht: Sie haben hier einen vernünftigen, sachlichen Ton angeschlagen und nicht das wiederholt, was der Ministerpräsident gerade in un-nachahmlicher Art und Weise gemacht hat.

(Zurufe von der CDU)

Daher möchte ich mich dafür erst einmal bei Ihnen ganz herzlich bedanken.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Dem Ausflug am Ende Ihrer Rede, bei dem Sie uns sozusagen vorgeworfen haben, wir müssten in Berlin seitens der Sozialdemokratie mal unsere Hausaufgaben erledigen, muss ich allerdings deutlich widersprechen. Ich zitiere Christian Lindner,

(Henning Höne [FDP]: Immer eine gute Idee!)

der am 04.02.2019 im „Handelsblatt“ noch gesagt hat, dass die Empfehlungen der Kohlekommission pure Ideologie gewesen sein sollen.

(Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Aber der regiert ja nicht!)

– Das ist richtig, dass der nicht regiert.

Herr Ministerpräsident, Sie haben 2013 mit Ihrer CDU und der FDP auch alle Klimaschutzfragen hier in Grund und Boden geredet. Ich zitiere mal Herrn Deppe: Das Gesetz trägt nicht zum Schutz des Klimas bei, macht da auch der Klimaschutz die Melodie.

Sie können nicht auf der einen Seite erklären – was unsere Grundmelodie ist, die der Kollege André Stinka ja gerade deutlich gemacht hat –, dass wir das immer mit sozialem Ausgleich verbunden sehen wollen, dass wir an der Kohlekommissionsempfehlung nichts auszusetzen haben und auch dazu stehen, und das dann auch begrüßen, während Christian Lindner in Berlin auf der anderen Seite genau das Gegenteil sagt. Das ist nicht in Ordnung. Das ist völlig unredlich, was Sie da machen.

(Beifall von der SPD)

Auch bin ich ganz erstaunt, wenn Kollege Hovenjürgen über den Vermittlungsausschuss hier die Flächenpolitik im Ruhrgebiet anspricht. Wenn die Flächenpolitik im Ruhrgebiet gestern eine Rolle gespielt haben sollte,

(Nadja Lüders [SPD]: Kies!)

würde mich das ausgesprochen wundern.

Kollege Bombis spricht über den Kiesabbau. Auch der soll eine Rolle gespielt haben.

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

Das hat gestern auch keine Rolle gespielt. Das ist nicht in Ordnung.

Dass wir den sozialen Ausgleich – ich will das ganz versöhnlich sagen, wenn Sie sich schon einer solchen Wortwahl bedienen – immer nach vorne gestellt haben, können Sie übrigens auch daran erkennen, dass wir damals mit Garrelt Duin und Ilse Aigner aus Bayern den Vorschlag gemacht haben, die Stromsteuer abzuschaffen.

Worum geht es denn dabei? – Es geht da um den sozialen Ausgleich für die Menschen, die ansonsten zu hoch belastet werden

(Beifall von der SPD)

durch eine CO₂-Abgabe oder durch eine CO₂-Besteuerung. Zu diesen Dingen haben wir seit 2013, seitdem Rot-Grün das Klimaschutzgesetz gegen den Widerstand von FDP und CDU hier in diesem Haus durchgesetzt hat, immer eine klare Linie gehabt.

Ich will Sie auch noch einmal loben, Herr: Sie haben im Sommer festgestellt, dass genau das Klimaschutzgesetz dazu beigetragen hat, dass wir die Klimaschutzziele bereits im Jahr 2017 erreicht haben.

Dem ist wenig hinzuzufügen. Das haben wir richtig gut gemacht. Wir sind klar bei der Linie geblieben. Das, was jetzt zuletzt aus Berlin gekommen ist, unterstützt unsere sozialdemokratische Handschrift eins zu eins. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Jetzt hat sich für die AfD-Fraktion noch einmal Herr Kollege Loose gemeldet.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Pinkwart, bereits jetzt verlassen die Unternehmen NRW. Bereits jetzt verlassen die Unternehmen Deutschland. Die neuen Steuern, die Sie erheben werden, werden noch mehr Unternehmen aus Deutschland treiben.

Wir sitzen doch zum Teil gemeinsam beim Frühstück mit den Verbänden. Da kommt dann der Vertreter der Aluminiumindustrie und sagt: Wir investieren keinen einzigen Cent mehr außer gerade noch zum Erhalt der Fabriken, aber wir investieren nicht mehr in neue Anlagen.

Das ist doch jetzt schon der Fall. Dann können Sie hier doch nicht sagen, Sie wollen diese Unternehmen bewahren. Nein, diese Unternehmen investieren nicht mehr in Deutschland.

Das trifft am Ende dann auch wieder die Geringverdiener, die Arbeiter. Jetzt trifft es zum Beispiel über 1.000 Mitarbeiter von thyssenkrupp in Bochum. Auch diese Firma investiert nicht mehr. Klar, die haben auch 8 Milliarden Euro in Brasilien versenkt, aber das ist längst in den Bilanzen vorhanden.

Die investieren nicht mehr am Standort Bochum zum Beispiel. 1.000 Leute verlieren dort ihren Arbeitsplatz, und zwar auch aufgrund Ihrer Politik, denn die Energiepreise sind zu hoch, die Standortpreise sind zu hoch, und Sie schrauben die Steuern noch weiter in die Höhe. Das ist letztlich eine Politik gegen die Unternehmen und gegen die Bürger unseres Landes.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Loose. – Gibt es den Wunsch nach weiteren Redebeiträgen aus den Fraktionen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 1, der Aktuellen Stunde.

Ich rufe auf:

2 NRWs Beitrag zu einem Lieferkettengesetz: Faire Produktionsbedingungen für die Vielen schaffen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8102

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die antragstellende Fraktion Herr Kollege Stinka das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, jetzt wird es ein bisschen ruhiger.

Es ist ein altbekanntes Sprichwort: Bilder sagen mehr als 1.000 Worte. – Das ist ein wahres Sprichwort. Die Bilder haben wahrscheinlich viele von uns in Schockstarre versetzt und bis heute nicht losgelassen.

Es sind unvergessene Bilder vom Brand und den Einsturzkatastrophen in Bangladesch und Pakistan, bei denen viele Menschen ums Leben gekommen sind.

In Brasilien bricht ein Damm einer Eisenerzmine, und 270 Menschen lassen ihr Leben. Trinkwasser wird verseucht.

Die streikenden Minenarbeiter einer Platinmine in Südafrika werden erschossen.

Jetzt kann der Einwand kommen: Was haben wir hier in Nordrhein-Westfalen damit zu tun? – Deutschland und die deutsche Wirtschaft auch in Nordrhein-Westfalen profitieren in hohem Maße von der Globalisierung in der Welt. Damit einher geht aber auch, dass die Lieferketten heute umfassender und komplexer sind als je zuvor.

Ich möchte an dieser Stelle einmal – die Kollegin Blask hat das gestern am Beispiel einer anderen Textilie beschrieben – den Weg eines Herrenhemdes deutlich machen. Wie viele Akteure können an der Herstellung und dem Vertrieb eines Herrenhemdes eigentlich beteiligt sein? Das habe ich mich gefragt. Was schätzen Sie? Ich persönlich hatte 20 Akteure im Auge und lag damit nicht nur ein bisschen, sondern völlig daneben. Es sind nämlich 140 Akteure aus verschiedenen Ländern: Baumwollpflücker aus Burkina Faso, Näherinnen aus Bangladesch, Designer aus den Vereinigten Staaten, Matrosen auf dem Containerschiff. Man könnte diese Liste unendlich fortsetzen.

Wenn man sich darüber im Klaren ist, führt das unweigerlich zu einer Veränderung des eigenen Bewusstseins. In unzähligen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern und mit jungen Menschen – das haben wir in der SPD-Fraktion ja vor zwei Wochen organisiert – ist mir genau dies zurückgespiegelt worden. Eine Vielzahl von Menschen in unserem Land möchten kein Hemd kaufen, das von Kindern produziert wird und für das andere Menschen ausgebeutet und zur Arbeit gezwungen werden, wobei keine ausreichenden Löhne gezahlt werden und auch keine Arbeitssicherheit gewährleistet werden kann. Es setzt sich das Bewusstsein durch: Wenn faire Lieferbedingungen herrschen, haben in letzter Konsequenz viele etwas davon und nicht nur wenige.

Das zeigt sich deutlich an der Initiative Lieferkettengesetz, die sich aus 82 zivilgesellschaftlichen Organisationen gegründet hat. Dazu gehören unter anderem Brot für die Welt und Oxfam. Die Initiative fordert in einer Petition einen gesetzlichen Rahmen in Form eines Lieferkettengesetzes. Stand gestern, 15:35 Uhr, haben sich 90.337 Menschen an dieser Petition beteiligt.

Aber auch viele progressive Unternehmerinnen und Unternehmer fordern heute bereits eine gesetzliche Grundlage für einen fairen Wettbewerb. Die Forderungen sind zudem auch auf bundespolitischer Ebene nicht neu und werden von Bundessozialminister Hubertus Heil und seinem Kollegen, Entwicklungsminister Gerd Müller, als Gesetz auf den Weg gebracht. Ich halte das für eine gute Initiative. Hiermit wollen Handel und Unternehmen ein Zeichen setzen.

Es ist aber mehr geboten, wenn man einen ersten Blick auf die Ergebnisse des „Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte“ wirft. Man muss mit Schrecken feststellen, dass gerade einmal 20 % der Unternehmen angeben, die Menschenrechtsanforderungen des NAPs zu erfüllen. Dieses Ergebnis unterstreicht deutlich, dass Freiwilligkeit, auf die man im „Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ gesetzt hat, nicht mehr ausreicht. Wir brauchen klare gesetzliche Regelungen auf Bundes-, Landes- und Europaebene und eben keine Lippenbekenntnisse.

Wir als SPD-Fraktion wollen mit diesem Antrag ein spürbares Signal aussenden, das Lieferkettengesetz als richtigen Weg zu bezeichnen, tatsächlich Verbesserungen für die Menschen herbeizuführen und Transparenz für alle Akteure zu schaffen.

Wir müssen uns gemeinsam unserer menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht klar sein und deutsche Unternehmer bei globalen Lieferketten in die Pflicht nehmen. Es muss sichergestellt werden, dass solche Katastrophen, wie ich sie zu Beginn meiner Rede beschrieben habe, sich nie mehr wiederholen. Sie dürfen sich nicht wiederholen. Soziale und ökologische Mindeststandards sind einzuhalten. Fair geht definitiv vor und geht definitiv in die richtige Richtung.

In diesem Sinne freue ich mich über die Diskussion zu dem Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die CDU-Fraktion spricht Herr Kollege Krauß.

Oliver Krauß (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Stinka, ich freue mich sehr darüber, dass es auch in anderer Tonlage geht. Da kommt bei mir ein bisschen mehr Weihnachtsstimmung auf als bei Ihrem Redebeitrag zu TOP 1 heute Morgen.

Ich danke Ihnen auch dafür, dass Sie uns noch einmal die Bilder in Erinnerung gerufen haben, die Anlass für solche Initiativen sind. In der Tat: Die Katastrophen mit sehr vielen Toten und Verletzten sind für uns Mahnung und geben uns auch gleichzeitig den Auftrag, tätig zu werden.

Ich muss aber auch sagen: An diesem Tag – im Jahr 2013; das ist jetzt mehr als sechseinhalb Jahre her – waren die namentlichen Unterzeichner des vorliegenden SPD-Antrags schon fast alle Mitglieder der damals regierungstragenden SPD-Fraktion.

Nun, mehr als sechseinhalb Jahre später, diagnostizieren Sie – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

„In den letzten Jahren hat die Debatte über die ökologische, soziale und menschenrechtliche Verantwortung der Wirtschaft auch in Nordrhein-Westfalen an Dynamik gewonnen.“

Im Internet fordert die SPD-Fraktion unter dem Stichwort „Faires NRW“ – Zitat – „eine Landesstrategie für verantwortungsvollen Konsum in NRW“.

Die beiden heutigen Anträge zu den Lieferketten und zu der kommunalen Beschaffung, den wir unter TOP 7 gleich noch behandeln werden, werden als Motor der Nachhaltigkeitswende empfohlen.

Auf Bundesebene – darauf haben Sie zu Recht hingewiesen – sind wir auf dem Weg. Im Deutschen Bundestag hat der Bundesminister des Auswärtigen vor einer Woche den Aktionsplan der Europäischen Union zu verantwortungsvoller Unternehmensführung begründet. Heiko Maas sagte – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin erneut –:

„Wenn wir im nächsten Jahr die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union innehaben, haben wir eine gute Gelegenheit, dem Nachdruck zu verleihen.“

Es gibt auch – das haben Sie richtig bemerkt, Herr Stinka – keinen Zweifel an der Unterstützung der Bundesminister Dr. Gerd Müller und Hubertus Heil.

Am 14. November 2019 hat der Deutsche Bundestag mehrheitlich den Antrag von CDU/CSU und SPD „Kinder weltweit schützen – Ausbeuterische Kinderarbeit verhindern“ angenommen. Es ist Beschlusslage, die Internationale Arbeitsorganisation und UNICEF weiterhin beim Kampf gegen ausbeuterische Kinderarbeit weltweit zu unterstützen.

Meine Partei hat auf ihrem Bundesparteitag per Beschluss deutlich gemacht: Freiwillige Selbstverpflichtungen erreichen oft nicht die Breitenwirkung und nicht den Grad an Verbindlichkeit, die notwendig sind.

Die Bundesregierung ist nicht zuletzt durch unsere Partei aufgefordert, gesetzliche Regelungen für die Wertschöpfungskette zu entwickeln. Wenn die Erhebungsphase 2020 nun die aktuellen Ergebnisse bestätigt, dann liegen in der Tat auch die Eckpunkte für ein Wertschöpfungskettengesetz vor. Das geschieht im Zusammenklang von Koalitionsvertrag und Parteitagebeschlüssen von CDU/CSU und SPD.

Es gibt allerdings einen Punkt der Antragssteller, der von den Entwicklungen und Beschlüssen nicht eingelöst wird, nämlich Ihre Forderung unter Punkt 2 nach einer eigenen Gesetzesinitiative über den Bundesrat im ersten Halbjahr 2020, also noch bevor konsolidierte Daten vorliegen und neben der originären Zuständigkeit, die da fehlt.

Meine Damen und Herren, dann unterstellen die Antragsteller auch noch pauschal, dass die anstehende Überprüfung der Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte durch die Intervention von Wirtschaftsverbänden unterlaufen werden könnte. Statt solcher Unterstellungen sollten wir uns lieber ehrlich machen. Menschenrechte entlang weltweiter Lieferketten sind nicht nur und nicht vor allem über einen Transfer in das deutsche Recht zu gewährleisten.

Leider blendet der vorliegende Antrag komplementäre Aspekte aus: die Komplexität in den Partnerländern, ihre hoheitliche Legitimation, die Aufgaben der Bildungs- und Armutsbekämpfung sowie die positiven Signale der Ermutigung für unsere KMUs, sich zu engagieren und Verantwortung zu übernehmen.

Dazu gehört auch die Sensibilisierung unseres eigenen Verbraucherverhaltens – Stichwort: „Der Grüne Knopf“. Denn solange billige Hemden, die Sie als Beispiel genannt haben, noch gekauft werden, haben wir das Problem.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Menschenrechte dulden keinen Kompromiss. Jede Kinderarbeit, jedes unfaire und schändende Arbeitsverhältnis schlägt tiefe Wunden in unsere menschliche Gemeinschaft.

In dieser Alarmierung nehmen wir den heutigen Antrag konstruktiv in die Ausschussberatungen mit. Den Anachronismus in der Begründung und die darin enthaltenen Unterstellungen sowie die inhaltlichen Lücken teilen wir aber nicht. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Krauß. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Die Achtung von Menschenrechten und die Einhaltung international vereinbarter ökologischer und sozialer Standards bei der Produktion von Gütern müssen in unserer globalisierten Welt einen sehr hohen Stellenwert genießen. Die Katastrophe, auf die Herr Stinka zu Anfang seiner Rede hingewiesen hat, zeigt uns das mehr als deutlich.

Ich glaube, wir alle hier wissen um die Verantwortung, aber auch um das Verantwortungsbewusstsein unserer Unternehmen, die in ihrer Mehrzahl kleine und mittelständische Familienbetriebe sind. Ich füge hinzu: Ich bin davon überzeugt, dass uns alle auch das Ziel eint, solche Katastrophen zu vermeiden.

Kein deutsches Unternehmen, kein deutscher Konsument möchte Produkte aus menschenverachtender oder mangelhafter ökologischer Herstellung. Unser Ziel muss deswegen doch sein, effektive Maßnahmen zu ergreifen, um solche Standards zu gewährleisten.

Ich habe die Befürchtung, dass mehr Lieferkettenbürokratie gerade nicht zu dem gewünschten Ziel führt und ein staatlicher Zwang eines Nachweises für kleine und mittlere Unternehmen – wir haben das an anderen Stellen diskutiert, und ich möchte es wirklich sachlich diskutieren – gerade nicht dazu führt, dass das praktikabel umsetzbar ist. Ich fürchte, es dient dann nur der Gewissensberuhigung für uns alle. Aber am Ende des Tages müssen Unternehmen, die für so etwas geradestehen, auch in der Lage sein, das zu tun.

Daher glaube ich, dass wir, gerade was zum Beispiel auch die Kontrolle der entsprechenden Bedingungen

in Lieferketten angeht, eine stärkere staatliche Verantwortung haben. Das sage ich gerade auch als Liberaler. Insgesamt ist das nach meiner Überzeugung auch eine Verantwortung, die auf einer übergeordneten Ebene – national oder europäisch – verfolgt werden muss.

Wenn wir eine solche Lieferkettengesetzgebung oder entsprechende Standards diskutieren, darf das meines Erachtens auch nicht dazu führen, dass wir auf der nationalen Ebene die Standards so hoch setzen, dass wir möglicherweise Lieferbeziehungen und Investitionen aus Deutschland verdrängen und dann entsprechende Artikel möglicherweise umetikettiert über Umwege auf den europäischen und damit auch deutschen Markt kommen.

Deswegen bin ich der festen Überzeugung: Es ist richtig, das Thema aufzurufen. Aber unser Ziel sollte es sein, dass wir auf der nationalen und der europäischen Ebene zu entsprechenden Standards und Zertifikaten kommen, die dazu führen, dass Unternehmen sich darauf verlassen können. Dann kann man auch einfordern, dass Unternehmen sich solcher Standards bedienen und ihre Produkte nicht anders in Deutschland präsentieren.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Staat darf seine Verantwortung, die er in der Entwicklungspolitik und in der Außenpolitik hat, nicht auf die Unternehmen abwälzen. Ich bin übrigens davon überzeugt, dass es auch nicht möglich sein wird, zum Beispiel über nationale und kommunale Verwaltungen oder andere Stellen eine effiziente Kontrolle der Lieferketten, wenn sie denn in den Unternehmen nachgewiesen werden müssen, sicherzustellen.

Dafür spricht im Übrigen auch das, was Sie, Herr Stinka, richtigerweise gesagt haben. Inzwischen haben diese Lieferketten in der Tat eine unfassbare Komplexität. Wie soll denn ein kleiner Hersteller im Textilbereich, den Sie als Beispiel herangezogen haben, aber möglicherweise auch ein Handwerker, der mit entsprechenden Materialien arbeitet, so etwas sicherstellen, wenn er sich nicht auf Zertifikate stützen kann?

Ich bin der festen Überzeugung, dass es wichtig ist, hier für die Betriebe zu einer standardisierten Lösung zu kommen. Eine zusätzliche, zu starke Bürokratiebelastung für die Betriebe, für die Menschen und letztendlich auch für die Konsumenten, die damit umgehen müssen, sollten wir vermeiden. Eine staatliche Zwangslösung kann hier nicht der richtige Weg sein. Es sollte aber unser Ziel sein, sich auf Bundesebene und darüber hinaus für entsprechende Maßnahmen einzusetzen.

Insofern freue ich mich auf die Diskussion im Ausschuss. Der Überweisung stimmen wir selbstverständlich zu.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bombis. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Aymaz.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen!

(Zuruf von der AfD: Meinen Sie nur uns?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, mit dem vorliegenden Antrag fordern Sie, die schwarz-gelbe Landesregierung solle sich auf der Bundesebene dafür starkmachen, dass es endlich zu einem Lieferkettengesetz kommt. Diese Forderung ist absolut unterstützenswert. Denn wir brauchen eine Regelung, die deutsche Unternehmen, die im Ausland produzieren bzw. im Ausland produzieren lassen, dazu verpflichtet, dort auch für gute Arbeitsbedingungen zu sorgen. Gleiches gilt also auch für ihre Zulieferer. Das ist ganz klar.

Es ist nämlich nicht verständlich, warum Arbeitsschutz, Arbeitnehmerinnenrechte, Versammlungsrechte und Rechte der Gewerkschaften vor allen Dingen in Ländern, in denen deutsche und nordrhein-westfälische Unternehmen produzieren, konsequenzlos missachtet werden dürfen.

Umgekehrt ist auch nicht nachvollziehbar und verständlich, warum die Unternehmen, die sich auf den Weg gemacht haben, sozial und ökologisch zu produzieren und klar auf diese Standards zu setzen und zu achten, aufgrund von fehlenden Regelungen einen Wettbewerbsnachteil haben sollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das heißt: Wenn wir hier kein Lieferkettengesetz verabschieden, nehmen wir nicht nur in Kauf, dass weltweit massive Menschenrechtsverletzungen auch durch den Einsatz von deutschen Unternehmen in Kauf genommen werden, sondern es entstehen für die Unternehmen auf dem Markt auch immer mehr ungleiche Wettbewerbsvoraussetzungen. Das ist Wettbewerbsverzerrung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir wollen also nicht den Billigheimern dieser Welt Wettbewerbsvorteile verschaffen, sondern gleiche Regeln und gleiche Konsequenzen für alle – und das global. Wir wollen, dass Unternehmen, die mit gutem Beispiel vorangehen, nicht benachteiligt werden, sondern – ganz im Gegenteil – dafür belohnt werden.

Die vom UN-Menschenrechtsrat im Jahr 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte sind ein Meilenstein in der Menschenrechtspolitik und machen deutlich, dass Akteure aus der Wirtschaft Verantwortung tragen und in der Pflicht stehen, ihren Beitrag zum Schutz von Menschenrechten zu leisten.

Diese UN-Leitprinzipien haben drei Säulen: Staaten sind dazu verpflichtet, die Menschenrechte zu schützen. Unternehmen stehen in der Verantwortung, die Menschenrechte zu achten. Rechtsverletzungen müssen einklagbar sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Staaten wurden aufgerufen, diese Leitprinzipien durch Nationale Aktionspläne umzusetzen. Auf den Nationalen Aktionsplan, der 2016 hier verabschiedet wurde, haben meine Vorredner alle hingewiesen. Dieser Nationale Aktionsplan war aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine bittere Enttäuschung für zahlreiche NGOs, für Menschenrechtsorganisationen, die intensiv daran gearbeitet hatten und auf feste Regelungen hofften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, es ist gut, wichtig und sicherlich unterstützenswert, dass Sie jetzt Schwarz-Gelb auffordern, sich auf Bundesebene für feste Regelungen einzusetzen. Allerdings – ich kann mir das natürlich nicht verkneifen – war es doch gerade Ihr Genosse Sigmar Gabriel, der damals als Wirtschaftsminister maßgeblich dazu beigetragen hat, dass dieser Nationale Aktionsplan eben ohne verbindliche Regeln verabschiedet wurde.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP)

Es ist aber gut, dass Sie das hier anders sehen und einen anderen Weg auf Bundesebene intensiv mit unterstützen wollen.

Wir haben nun drei Jahre verloren, in denen die Menschenrechte in den Ländern insbesondere des Globalen Südens weiter verletzt wurden. Ich hoffe deshalb, dass Sie sich mit dieser klaren Haltung jetzt in Ihrer Partei durchsetzen können und da Erfolg haben. Denn die Rechte der Menschen zu achten, ist, lieber Herr Kollege Bombis, kein „nice to have“ und darf nicht der Freiwilligkeit überlassen werden.

(Beifall von den GRÜNEN – Ralph Bombis [FDP]: Warum hört mir denn keiner zu?)

Handeln nach dem Motto „keine festen Regularien; wir dürfen sie nicht zwingen; Freiwilligkeit der Unternehmen“ ist wirklich eine alte Geschichte und jetzt vorüber – spätestens, seit wir wissen, dass es bei der Befragung von 3.000 Unternehmen nur ganz wenige Rückmeldungen gab. Und schon alleine die Selbsteinschätzung hat ergeben, dass unter 20 % der Unternehmen den Anforderungen, Menschenrechte zu achten, gerecht werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Deshalb ist es gut und erfreulich, dass jetzt auch auf Bundesebene Arbeitsminister Heil und Entwicklungsminister Müller ganz

klar feststellen müssen: Ja, Menschenrechte dürfen nicht der Freiwilligkeit überlassen werden;

(Zuruf von Ralph Bombis [FDP])

wir brauchen da ein Gesetz; wir brauchen da Regularien. – Wir werden darauf achten, wie diese Regularien aussehen werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit!

Berivan Aymaz (GRÜNE): Aber wir haben ja die Möglichkeit, alle diese Fragen im Austausch noch einmal zu erörtern. Ich freue mich deshalb auf diese Debatte und auch über diesen Antrag. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Kollegin Aymaz. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe SPD, Sie wollen – Zitat – „Faire Produktionsbedingungen für die Vielen schaffen“ und tragen damit zum gefühlt hundertsten Mal den Slogan des britischen Wahlverlierers Corbyn auf. Aber was heißt das? Jetzt soll der deutsche Unternehmer also nicht mehr nur das Weltklima retten, für Gendgerechtigkeit sorgen und Maximalsteuern zahlen. Nein, geht es nach der SPD, soll er jetzt auch noch für Bangladesch haften.

Den Handlungsbedarf leitet man in erster Linie aus einer Studie von Ernst & Young ab, die im Auftrag der Bundesregierung gefertigt wurde. Dabei wurden deutschen Unternehmen 26 Fragen gestellt. Wenn auch nur eine Antwort falsch war, galten sie als durchgefallen.

Ein Beispiel: Auf die Frage „Verfügt Ihr Unternehmen über eine Grundsatzerklärung zu den Menschenrechten?“ durfte nur geantwortet werden: „Ja, aufgrund der Menschenrechtspakete der UN“, nicht aber: „Ja, aufgrund der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.“ Wer so oder auch so antwortete, war schon durchgefallen und ist nach der Definition der SPD offenbar ein schlechter Mensch.

(Zuruf von der AfD: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, wir von der AfD sind der Meinung: Für die Menschenrechte und ihre Durchsetzung ist der Staat zuständig – und nicht unsere Unternehmen.

(Beifall von der AfD)

Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer bezeichnete solche Pläne zutreffend als den Versuch des Staates, der Wirtschaft Kontrollpflichten aufzuerlegen, denen er selbst nicht nachkommen kann.

Ingeborg Neumann, Präsidentin des Gesamtverbandes der Textil- und Modeindustrie, meint – Zitat –:

„Wer auch immer sich die Haftungsregeln ausgedacht haben mag, ist fernab von jeder Erfahrung globaler Wertschöpfungsketten und weiß auch wenig darüber, welche Herausforderungen gerade Mittelständler im immer härter werdenden globalen Wettbewerb zu meistern haben.“

Aber „wenig Ahnung“ ist ja so etwas wie der neue Parteislogan der deutschen Sozialdemokratie, die sich mit aller Macht selbst auf den Misthaufen der Geschichte legt, auf dem viele ihrer europäischen Freunde schon gelandet sind.

Liebe Genossen, ist Ihnen eigentlich einmal der Gedanke gekommen, dass Sie mit einer solchen Gesetzgebung Arbeitsplätze in Deutschland gefährden? Ist Ihnen das egal? Denn Sie machen das ja fortlaufend. Der deutschen Automobilindustrie können Sie auch nicht genug Steine in den Weg legen. Wenn dann Arbeitsplätze draufgehen, vergießen Sie draußen bei den Demos Krokodilstränchen und geißeln den bösen Raubtierkapitalismus. Das ist Heuchelei, Herr Kollege Stinka.

(André Stinka [SPD]: Durch die Wiederholung wird der Quatsch nicht besser, Herr Tritschler!)

Zum Glück haben das die Arbeiter in der Industrie längst erkannt.

(André Stinka [SPD]: Durch Behaupten wird es nicht besser!)

Sie wissen längst, dass Sie nicht mehr als ein billiger Abklatsch der Grünen sind. Deshalb wählen sie Sie auch nicht mehr. Gott sei Dank!

(Beifall von der AfD)

Wer aber glaubt, bei der Union auf mehr Wirtschaftskompetenz zu treffen, wird auch hier enttäuscht. Entwicklungshilfeminister Müller trägt das mit – und Herr Krauß offenbar auch, wie wir gerade gehört haben. Das ist nicht überraschend, aber doch ziemlich bezeichnend für den Zustand dieser Partei.

Meine Damen und Herren von der SPD, Sie suchen offenbar kurz vor Weihnachten ein Thema, das das Herz der Genossen erwärmt, und eine schöne Geschichte, die Sie zu Hause unter dem Baum erzählen können – eine Geschichte darüber, wie Sie sich für die armen und unterdrückten Arbeiter auf der Welt einsetzen. Offenkundig genügen Ihnen die deutschen Arbeiter nicht mehr. Natürlich gehört zu dieser Geschichte auch, wie die bösen Rechten das verhindern haben.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Oh Gott! – Michael Hübner [SPD]: Immerhin haben Sie erkannt, dass Sie die bösen Rechten sind!)

Aber jetzt erzähle ich Ihnen einmal eine Geschichte, und zwar eine schöne Geschichte mit Happy End. 1950 lebten zwei Drittel der Weltbevölkerung in extremer Armut. 1990 war es noch ein Drittel, und 2015 war es noch ein Zehntel. Wem verdanken wird das? Technischem Fortschritt, globalem Handel und der Zurückdrängung des Sozialismus – also allem, was Sie schon immer bekämpfen und verhindern.

Wenn Sie den armen Menschen auf der Welt helfen wollen, lösen Sie sich also am besten selbst auf. – In diesem Sinne: Frohe Weihnachten!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir alle sind uns wohl darin einig, dass Verletzungen sozialer Standards in hochkomplexen Lieferketten in einer globalisierten Welt nicht akzeptabel sind.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Die AfD findet das akzeptabel!)

Eine zukunftsweisende Wirtschaft muss letztlich immer im Dienst der Menschen stehen, hier in Nordrhein-Westfalen wie auch weltweit, bei Produzenten und Zulieferern sowie bei deren Mitarbeitern und Familien.

Deshalb möchte ich an dieser Stelle nicht versäumen, noch einmal hervorzuheben, dass viele Mittelständler und Großunternehmen mit ihren Investitionen überall auf der Welt Arbeit, Einkommen und langfristige Perspektiven, aber auch hohe Arbeitsstandards für eine Vielzahl von Menschen schaffen.

Wenn gesetzliche Regelungen hierzulande dies unterstützen können, verdient deren Umsetzung und Gestaltung unsere besondere Aufmerksamkeit.

In Bezug auf Grabmäler und Grabeinfassungen aus Naturstein hat der Landesgesetzgeber im Jahr 2014 hier in Nordrhein-Westfalen mit der Novellierung des Gesetzes über das Friedhofs- und Bestattungswesen die Regelung getroffen, dass diese nur nach einer Zertifizierung auf einem Friedhof aufgestellt werden dürfen –

(Ralph Bombis [FDP]: Ganz genau!)

einer Zertifizierung, die sicherstellt, dass nicht gegen das Übereinkommen 182 der Internationalen Arbeitsorganisation mit dem Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit verstoßen wurde.

(Ralph Bombis [FDP]: So muss es sein!)

Allerdings konnte dieses Aufstellungsverbot in Nordrhein-Westfalen lange Zeit nicht wirksam umgesetzt werden, da von der Vorgängerregierung kein Zertifizierungsverfahren etabliert worden ist.

Es ist insbesondere meinem Kollege Karl-Josef Laumann zu verdanken, dass es inzwischen einen Erlass zur Umsetzung der gesetzlichen Vorschriften gibt und qualifizierte Zertifizierungsstellen mit anerkannten Verfahren durch die Staatskanzlei in Nordrhein-Westfalen etabliert worden sind.

(Beifall von der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Dies zeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Gesetzliche Regelungen können Sinn machen, wenn sie auch richtig für den Vollzug umgesetzt werden.

Fatal wäre es jedoch, wenn wir mit Gesetzgebungsaktionismus Investoren verschreckten, indem wir sie für Dinge haften ließen, die sie gar nicht in der Hand haben. Dann sind letztlich gerade die Menschen die Leidtragenden, denen wir eigentlich helfen wollen.

Wir haben die Verantwortung, die Rechte der Menschen zu schützen, da wir auch in besonderem Maße von der Globalisierung profitieren. Aber es ist nicht sinnvoll, den zweiten Schritt vor dem ersten zu tun und ein gutes Endergebnis durch Voreiligkeit zu gefährden.

Mit den Ergebnissen der zweiten Erhebungswelle der Unternehmensbefragungen liegen im Sommer 2020 belastbare Informationen vor. Dann ist zu analysieren, welche Ansätze funktionieren und welche nicht. Dafür, ohne empirische Grundlagen schon jetzt mit Gesetzen zu drohen, ist das Thema zu sensibel. Wir freuen uns vielmehr über jeden konstruktiven Vorschlag, der tatsächlich zu praktischen Verbesserungen beiträgt.

Maßgeblich bleibt: Nationale und internationale Initiativen müssen in einer globalisierten Wirtschaft gut aufeinander abgestimmt sein, um tatsächlich Wirkung zu entfalten. Unser Appell zur Einhaltung der Menschenrechte gilt daher gerade auch für Staaten und Produzenten vor Ort, die diese selber mitunter im eigenen Land ignorieren.

Es gibt noch viele offene Fragen. Wenn etwa ein großer Autobauer mit mehr als 12.000 Zulieferern aus 70 Ländern zusammenarbeitet, wie es bei BMW der Fall ist, was genau muss dann nachgewiesen werden? Und wie verhält es sich im Vergleich dazu bei einem Unternehmen mit zum Beispiel 600 Mitarbeitern aus Nordrhein-Westfalen? Oder lassen sich alle Zulieferer im Ausland glaubhaft zertifizieren?

Nicht jeder Mittelständler kann feststellen, wie jeder Zulieferer jedes speziellen Bauteils in allen seinen Bestandteilen in den verschiedensten Ländern der Welt seinen Prozess gestaltet. Für die gesetzlichen

Standards stehen auch die Länder selbst in der Pflicht. Zu etwas, was die Behörden in Schwellenländern vor Ort nicht verhindern können oder wollen, kann ein Mittelständler seine Lieferanten auch nicht zwingen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Fakt ist aber auch, dass sich zahlreiche deutsche Unternehmer in Entwicklungsländern bereits vorbildlich engagieren und dort für Arbeit, Ausbildung und Wohlstand sorgen. Genau hieran müssen wir anknüpfen und beste Rahmenbedingungen schaffen. Dabei gilt jedoch nach wie vor die zentrale Maxime: Wenn wir Menschen in Entwicklungsländern unterstützen wollen, hilft es nicht, unsere hiesige Wirtschaft zu festeln. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, liebe Kolleginnen und Kollegen. – Dabei bleibt es auch. Dann schließe ich die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 2.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8102**, über den wir gerade debattiert haben, an den **Ausschuss für Europa und Internationales** zur Federführung. In die Mitberatung gehen die folgenden Ausschüsse: der **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, der **Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz** sowie der **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen diese Überweisung stimmen? – Möchte sich jemand enthalten? – Beides ist nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

3 Dichtheitsprüfungen in Wasserschutzgebieten in begründeten Verdachtsfällen zum Schutz des Grundwassers und der Grundstückseigentümer

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8107

Ich eröffne die Aussprache. Für die antragstellende Fraktion der CDU hat Herr Dr. Untrieser das Wort.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir räumen heute einen weiteren Stein aus dem Weg, einen

Stein, den Rot-Grün den Bürgerinnen und Bürgern in den Weg gelegt hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir wollen die Regelung in der Selbstüberwachungsverordnung ändern, sodass private Wasseranschlüsse nur noch bei Neubauten, wesentlichen baulichen Veränderungen oder im Verdachtsfall überprüft werden müssen.

Eine solche Dichtheitsprüfung kostet ca. 400 bis 500 Euro, sie trifft Eigentümer und Mieter gleichermaßen, denn die Kosten sind über die Nebenkostenabrechnung umlegbar, und sie gilt für Hunderttausende Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Warum ändern wir das? – Uns ist der Schutz des Wassers, des Bodens und der natürlichen Lebensgrundlagen sehr wichtig. Die Bewahrung der Schöpfung und einer intakten Umwelt – das ist die DNA der CDU.

(Vereinzelt Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Nein! Sie haben doch schon das „C“ verloren!)

– Ich freue mich auf die Debatte, Herr Rüße, aber vielleicht lassen Sie mich erst einmal ausreden und die Argumente vortragen. Ich glaube, ich kenne Ihre Marschrichtung gleich, aber hören Sie sich die Argumente einfach mal an.

Verehrte Damen und Herren von SPD und Grünen, Ihre Regelung aus dem Jahre 2013 entbehrt jeder fachlichen Grundlage. Sie haben den Bürgern ohne wissenschaftliche Belege tief in die Tasche gegriffen. Man kann es nicht anders sagen: Das war rein ideologisch motiviert.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Wann soll das gewesen sein?)

Wir haben die Absicht in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben. Es sind zweieinhalb Jahre ins Land gegangen. Wir haben uns diese Zeit genommen. Manche Bürger sagen, das war zu lang. Aber ich glaube, es war wichtig, dass wir uns diese Zeit genommen haben. Denn wir wollten genau überprüfen, ob es vernünftig und richtig ist, was wir tun, wobei wir auf die Wissenschaft hören. Wir sind nicht beratungsresistent, sondern lassen uns von Daten, Fakten und der Wissenschaft und nicht von Gefühlen, Erwartungen und Stimmungen leiten.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Die alte Landesregierung hat ein Gutachten in Auftrag gegeben, für das 50 typische Schadensfälle in Nordrhein-Westfalen untersucht werden sollten. So lautete der Auftrag. Dieses Gutachten – das haben wir im Umweltausschuss erfahren – konnte nicht abgeschlossen werden, weil nur 19 Schadensfälle im

ganzen Land überhaupt begutachtet werden konnten. Ich habe in den letzten zweieinhalb Jahren auch keine andere wissenschaftliche Studie gelesen, weil uns nichts vorgelegt worden ist. Wir haben lange gewartet und nach dem wissenschaftlichen Stand geschaut, aber es kam nichts. Deswegen ist genau unser Ansatz richtig, jetzt zu einer Veränderung zu kommen, denn alles andere entbehrt wissenschaftlicher Grundlagen.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

In der Debatte höre ich immer das Argument – das kommt wahrscheinlich auch gleich von Ihnen –, das gelte nur in Wasserschutzgebieten. Wer im Wasserschutzgebiet baut, der muss halt besondere Standards einhalten. Sie suggerieren, Wasserschutzgebiete seien die grüne Aue, wo nur ausnahmsweise ein Haus steht. Meine Damen und Herren, die Hälfte der Fläche der Stadt Köln und ein Drittel der Fläche der Stadt Düsseldorf sind Wasserschutzgebiete. In meinem Wahlkreis, im Ortsteil Hochdahl, leben 27.000 Einwohner komplett in einem Wasserschutzgebiet.

(Michael Hübner [SPD]: Na und?)

Wenn Sie beispielsweise ein Haus in Köln-Marienburg haben, dann müssen Sie prüfen, wenn Sie in Sülz wohnen, nicht. In Rath-Heumar prüfen Sie, in Köln-Kalk nicht. In Rodenkirchen, obwohl daneben ein großer Chemiepark ist, oder in Düsseldorf-Nieder-kassel müssen Sie prüfen, in Oberkassel nicht. Und noch ein Beispiel aus meinem Wahlkreis: Wenn Sie auf dem Falkenberger Weg in Hochdahl wohnen, prüfen Sie nur, wenn die Hausnummer ungerade ist. Wenn die Hausnummer gerade ist, also auf der anderen Straßenseite, dann gilt diese Pflicht nicht. Auf der Immermannstraße ist es genau anders herum. Und auf der Straße Trills prüfen nur die ungeraden, aber erst ab der Hausnummer 27. Daran sieht man, dass diese Regelung extrem willkürlich ist und dass es mit Fakten und Wissenschaft nichts zu tun hat.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ein letztes Argument: Sie, meine Damen und Herren von SPD und Grünen, regieren in vielen anderen Bundesländern. Sie werden uns gleich sagen: Das, was wir in Nordrhein-Westfalen machen, ist nicht vernünftig.

Wagen wir doch einmal einen Blick in andere Bundesländer. Wenn das richtig ist, was Sie sagen, dann müsste es auch in anderen Bundesländer so sein. In Baden-Württemberg – grüner Ministerpräsident – gibt es keine Dichtheitsprüfung. In Rheinland-Pfalz – da regieren Sie mit – gibt es das auch nicht. In Hessen regieren Sie mit, da ist es ausgesetzt. Auch in Thüringen, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und bald auch Sachsen tragen Sie Verantwortung mit. Dort gibt es diese Regelung auch nicht.

Die SPD regiert in Rheinland-Pfalz, Saarland, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen. Auch dort gibt es das nicht.

Also, wir treffen heute eine sehr vernünftige Regelung. Wir schützen das Wasser und den Boden, wir schützen aber auch die Bürger. Unsinnige Regelungen, die Sie 2013 eingeführt haben, lehnen wir ab. Wir kehren zu einer vernünftigen Regelung zurück. – Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Untrieser. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Diekhoff das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Diekhoff*) (FDP): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Grünen sprechen genauso wie die SPD gerne von bezahlbarem Wohnraum, von Oma ihr klein Häuschen, wo man in Ruhe und Frieden alt werden kann. Das ist immer wichtig für Sie. Gerade wenn Sie keine Verantwortung tragen, sprechen Sie von der Entlastung der Bürger, wie beim KAG. Dann geht das alles. Aber sobald Sie irgendwo regieren und die Möglichkeit haben, eine Idee umzusetzen, mit der Sie Eigentümer und andere gängeln können, dann sind Sie ganz vorne dabei. Deswegen gibt es bezahlbaren Wohnraum nur noch so selten.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Glauben Sie eigentlich selbst, was Sie sagen?)

Das beste Beispiel dafür war die hochumstrittene Dichtheitsprüfung in Nordrhein-Westfalen, mit der sich SPD und Grüne den Unmut von Hunderttausenden Grundstückseigentümern auf sich gezogen haben, weil Sie beschlossen haben, anhand von willkürlichen Fristen teure Dichtheitsprüfungen für private Abwasserkanäle verpflichtend vorzuschreiben.

Dass Sie selber davon nicht überzeugt waren, konnte man an der damals legendären Lex Becker beobachten, wo der verantwortliche Staatssekretär für seinen eigenen Wahlkreis eine Ausnahme konstruiert hat, damit die Leute dort nicht prüfen mussten. So wichtig kann es also nicht gewesen sein.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Man kann es auch vor dem Hintergrund sehen, dass die zumindest von mir sehr geschätzte und, ich hoffe in unser aller Augen, sehr kompetente Fachhochschule Münster in einem Gutachten zu dem Ergebnis gekommen ist, dass undichte Hausanschlussleitungen aus abwassertechnischer Sicht keine Gefahr für den Boden und das Grundwasser darstellen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Hört, hört!)

Warum also sollte man vor diesem Hintergrund die Menschen zwingen, Hunderte von Euros für eine völlig unsinnige Dichtheitsprüfung auszugeben?

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Es geht sogar noch weiter. Der Autor der Studie betonte sogar – das ist nämlich Professor Hepcke, der damals auch schon bei Ihnen in Ihrer Regierungszeit Leiter einer vom Bauministerium anerkannten Zertifizierungsstelle für Abwassertechnik war –, dass sogar bei starken Beschädigungen von Rohren aufgrund der schnellen Fließgeschwindigkeit im Prinzip kein Eintrag von Abwasser in den Boden messbar ist.

Dazu passt auch, dass die Bundesregierung damals sogar auf eine Anfrage der Linken auf die Frage „Gibt es Hinweise auf Verschmutzungen durch undichte private Abwasserleitungen?“ mit einem klaren Nein geantwortet hat. Vor diesem Hintergrund frage ich erneut SPD und Grüne: Warum wollen Sie Hausbesitzer zwingen, eine offensichtlich unnötige Prüfung für viel Geld durchzuführen? Es gibt keine vernünftige Antwort auf die Frage außer der heutigen Antwort der NRW-Koalition: Schaffen wir die überflüssige Dichtheitsprüfung ab!

(Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Die gab es doch gar nicht!)

Denn zur Wahrheit gehört auch, dass den Hausbesitzern damals von schwarzen Schafen in der Branche umstrittene, fragwürdige Prüfverfahren zu hohen Preisen aufgeschwatzt wurden – Verfahren, die unter Umständen sogar zu Schäden geführt haben, wenn man sie angewendet hat. Das Stichwort damals war die Druckprüfung. Die Angst vor „Kanalhaien“ ging um. Viele Eigentümer mussten nach der umstrittenen Prüfung die Reparatur ihrer durch die Prüfung zerstörten Kanäle bezahlen. Die Tageszeitung „Die Welt“ hat damals richtig geschrieben: Das Problem sind nicht die undichten Kanäle, sondern die Prüfnormen und die Kanal-Unternehmen.

(Beifall von der FDP)

Deshalb werden wir, weil wir jegliche realistische Gefährdung unseres Grundwassers, unseres kostbaren Gutes – nämlich: sauberes Wasser – ausschließen wollen, künftig anhand von nachvollziehbaren, objektiven und tatsächlichen Anhaltspunkten eine potentielle Gefährdung ausschließen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Keine unnötige Prüfung, keine unseligen Fristen, sondern klare Kriterien für einen Schaden, der dann aufgrund seiner Dimension theoretisch tatsächlich eine Gefahr für das Grundwasser darstellen könnte. In diesen Fällen ist es auch im Interesse des Eigentümers, schnell zu handeln, weil weitere Schäden auf dem Grundstück durch Absacken oder anderes zu

vermeiden sind. Damit sind wir auf dem richtigen Weg. Hier tritt eine sachgerechte und risikoorientierte Lösung an die Stelle einer ideologiegetriebenen Lösung, die alle Grundstückseigentümer unnötig unter Generalverdacht gestellt hat.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Wir beenden heute diese unnötige Gängelung von Hausbesitzern durch Rot-Grün. Wir schaffen die Dichtheitsprüfung ab. Und wir werden gleichzeitig eine Verbesserung des Schutzes unseres Wassers erreichen. Das ist gut. Das ist weihnachtlich. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Diekhoff. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Börner das Wort.

Frank Börner (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir leben in einer Region, in der wir das Glück haben, dass ausreichend Grundwasser da ist, auch im Sommer – ein bisschen knapper, aber es war ausreichend da. Wir leben in einer Region, in der das Grundwasser in einer Qualität vorhanden ist, dass es mit wenig Aufwand zu Trinkwasser gereinigt werden kann. Das ist ein wichtiger und ein für unsere Existenz bedeutender Wert, den es unbedingt zu erhalten gilt.

Überall auf der Welt wird das Thema „Grundwasser“ intensiv diskutiert. Es gibt Regeln aus Europa, die uns zwingen, das eine oder andere einzuhalten, um unser Grundwasser zu schützen.

Das ist für die Regierungskoalition aber kein Thema. In NRW soll es anders gehen. Wir ignorieren, dass die Landwirtschaft Nitrate ins Grundwasser schüttet, ohne die Grenzwerte einzuhalten.

(Markus Diekhoff [FDP]: Das hat doch damit nichts zu tun! – Zurufe von der CDU)

– Es ist schön, dass Sie Ihren eigenen Gesetzentwurf kennen. Mit diesem Gesetzentwurf, der heute vorliegt, verschlechtern wir Umweltstandards, bauen sie ab. Wäre das etwas Gutes, könnte man sagen: NRW verhält sich wie ein Gallisches Dorf. Nur ist es nichts Gutes.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Sie haben nicht zugehört!)

Asterix und Obelix würden sich nicht freuen, wenn die Wildschweine Wasser trinken müssten, was nitratverseucht ist, und dann verenden.

(Zurufe von der CDU und der FDP)

Jetzt komme ich konkreter zu Ihrem Gesetzentwurf. Wenn Gutemine Washtag hat, kann man es im Trinkwasser merken: Fischreste von Verleihnix findet

man in der Cervisia. Die unterschiedlichen Wirkstoffe vom Zaubertrank verteilen sich unkontrolliert im Trinkwasser. Das macht die Menschen krank, und das macht unsere Trinkwasserreinigung aufwändiger und am Ende auch teurer.

Wir lehnen diesen Gesetzentwurf ab,

(Markus Diekhoff [FDP]: Das ist kein Gesetzentwurf!)

und das gleich aus vier Gründen.

Der erste Punkt ist die Konnexität. Zurzeit muss der Eigentümer in Trinkwasserschutzgebieten nachweisen, dass sein Kanal in Ordnung ist. Jetzt muss die Gemeinde das überprüfen. Bei den Routinekontrollen muss sie in die Rohre schauen, muss den Eigentümer darauf aufmerksam machen, dass er was zu reparieren hat, und das Ganze auch noch gerichtsicher, weil der Eigentümer ja dann gegen die Kommune klagen wird.

Was Sie hier schaffen, ist am Ende für die Kommunen – deshalb ist das im Sinne der Konnexität bedenklich – ein Bürokratiemonster, das die Kommunen auszutragen haben.

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Zweitens. Wasserschutz, Grundwasserschutz ist ein wichtiges Thema. Wir haben, was ich gerade angeführt habe – das ist das, was Sie eher ignorieren wollen –, die steigende Belastung durch Nitrate durch die Landwirtschaft. Mit diesem Gesetz senken Sie Umweltstandards und fördern so den freien Zugang von Antibiotika, von allen Resten, die so da sind, etwa von Waschmitteln, ins Grundwasser.

Drittens kommt dieser Gesetzentwurf zur Unzeit. Unser Gesetz, das wir geschaffen haben, die Überprüfung in Wasserschutzgebieten, ist gut, hat sich in der Praxis bewährt, ist richterlich überprüft worden.

(Bodo Löttgen [CDU]: Hat viel Geld gekostet! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Ist überflüssig!)

In der Szene gibt es auch keine Diskussion dazu. Sie wollen dieses gute Gesetz einfach abschaffen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, wenn ich Sie unterbrechen darf: Es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Diekhoff.

Frank Börner (SPD): Bitte sehr.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr, Herr Kollege Diekhoff.

Markus Diekhoff (FDP): Vielen Dank, Herr Kollege, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Ich möchte aufgrund Ihrer Ausführungen noch einmal fragen, weil ich vorhin in meiner Rede darauf eingegangen bin, ob Sie tatsächlich die Kompetenz der von unserem Land so gut ausgestatteten und geschätzten Fachhochschule Münster so infrage stellen, dass Sie behaupten, dass eine solche Gefährdung von einem solchen Verfahren ausgeht, obwohl die Fachhochschule Münster sagt: Das ist nicht der Fall.

Frank Börner (SPD): Wir müssen das einmal diskutieren.

(Zurufe von der CDU)

Wir haben aber Wasserschutzgebiete. Und diese Wasserschutzgebiete müssen geschützt werden. Da hilft es nichts, zu sagen: Wir haben aber eine dichte Bebauung in der Gegend, in der das Grundwasser genommen wird. Der Duisburger Süden ist ein Wasserschutzgebiet. Da müssen wir aufpassen, dass das Wasser, das dort auch als Trinkwasser genutzt wird, auch in Zukunft in einer Qualität vorhanden ist, dass es so auch weiterhin genutzt werden kann. – Das ist der vierte Grund, warum wir diesen Antrag, diese Aufforderung ablehnen.

Zwischen Lebkuchen und Weihnachtsbaum mal eben schnell im Husarenritt so einen Antrag durchzuhecheln, ein Gesetz abzuschaffen – wir haben uns lange damit beschäftigt, bevor wir dieses Gesetz eingeführt haben, und sind zu einem guten Ergebnis gekommen –, ist nicht der richtige Weg.

(Beifall von Norwich Rüße [GRÜNE] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich denke, zu einer parlamentarischen Diskussion – und damit komme ich auch zum Ende – gehört eine gewisse Redlichkeit. Ich kann nicht sagen, dass ich ein Gesetz verabschiede,

(Markus Diekhoff [FDP]: Das ist kein Gesetz!)

das gezielten Umweltschutz schafft, dann aber letztlich die Umweltstandards abschaffen. Sie sagen, Sie würden etwas besser machen, schaffen aber Umweltstandards ab. Das ist das Gegenteil!

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir schaffen Belastungen für Bürger ab, die unsinnig sind!)

Das ist nicht gut für unser Land. Das ist nicht gut für unser Trinkwasser. Wir lehnen dieses Gesetz ab. – Glückauf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Börner. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Rüße das Wort.

Norwich Rüße* (GRÜNE): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man einen Blick zurückwirft, ist es immer gut, wenn man nicht nur schaut, was in den vergangenen zwei oder den sieben Jahren zuvor passiert ist, sondern auch schaut, was davor war – zum Beispiel von 2005 bis 2010. Da saß in Ihren Reihen, liebe FDP, der Kollege Holger Ellerbrock, der ein heftiger Befürworter der Dichtheitsprüfung war.

(Beifall und Zuruf von Michael Hübner [SPD]:
So ist das!)

So wie ich den Kollegen kennengelernt habe, hatte er hinreichend Fachkenntnis und wusste, worüber er redet.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich sage heute: Dies ist für NRW ein trauriger Tag. Wir reden hier im Landtag immer über den Schutz unseres Lebensmittels Nummer eins, des Wassers. Heute lösen Sie die diesbezügliche Vorsorge auf.

(Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Ihnen ist es am Ende egal.

(Henning Höne [FDP]: Eben nicht!)

Sie reden über die Kosten einer Dichtheitsprüfung, aber Sie sind nicht bereit, Entsprechendes für den Grundwasserschutz zu tun.

(Beifall von Verena Schäffer [GRÜNE] und Michael Hübner [SPD])

Eines ist klar, liebe Kolleginnen und Kollegen: Abwasserkanäle sind etwas anderes als Stromleitungen. Die haben wir auch alle im Haus. Wenn die Stromleitung defekt ist, fliegen die Sicherungen raus und man weiß Bescheid: Oh, aha!

Abwasserkanäle befinden sich, wie wir alle wissen, in der Erde. Wenn es dort einen Schaden gibt, bekommt der Hausbesitzer es nicht mit. Ich finde es interessant, Frau Ministerin, dass in Ihrer Antwort auf unsere Große Anfrage festgehalten wurde, wie hoch der Schadanteil insbesondere beim Übergang zwischen privatem und öffentlichem Netz ist. Laut IKT-Schätzung sind ungefähr 50 bis 70 % der Anschlüsse defekt.

Da macht es doch Sinn, den Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern zu sagen,

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

dass sie alle 30 Jahre einmal – darüber reden wir – verpflichtend ihren Kanal daraufhin überprüfen müssen, ob er noch funktionsfähig ist oder nicht. Wir haben die Bilder von Kanalanschlüssen, bei denen sich die Rohre versetzt haben oder es Risse gab, gesehen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Es gibt keine Belege! Darüber gibt es keine wissenschaftlichen Erkenntnisse – null!)

Von Ihnen, Herr Höne, lese ich dann in der Zeitung, dass Sie sagen, man könne es eventuell auch daran sehen, dass irgendwo Scherben auftauchen oder Sand auftrete und man somit hinreichende Indizien habe. – So wollen Sie das zukünftig machen.

(Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Das reicht nicht aus, weil es in diesen Leitungen natürlich auch Risse gibt, die keine Scherben oder Ähnliches zur Folge haben.

(Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Ich betone es noch mal: Es geht darum, alle 30 Jahre 400 Euro zu investieren, um da hineinzuschauen. Legen Sie doch mal 400 Euro auf 30 Jahre um! Folgt man Ihrer Argumentation, müssten Sie auch dafür kämpfen, die TÜV-Gebühren für Autos abzuschaffen; schließlich kann man das auch selbst einschätzen. Sie müssten dafür kämpfen, dass der Schornsteinfeger nicht mehr jährlich die Abgaswerte der Heizungsanlage kontrolliert, weil man Probleme ja am aufsteigenden Rauch erkennen kann.

(Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Dann deregulieren Sie alles. – Ich halte es für ein umweltpolitisches Armutszeugnis, was Sie hier heute vorlegen.

(Beifall von den GRÜNEN und Michael Hübner [SPD] – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Wir haben die Dichtheitsprüfung 2010 von Ihnen übernommen.

(Michael Hübner [SPD]: Richtig!)

Das haben wir nach langer Diskussion getan, die unter anderem Ihr Kollege Kai Abruszat in Ostwestfalen entfacht hat. Damit hat er einen politischen Erfolg erzielt. Wir haben es auf die Wasserschutzgebiete reduziert.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

Dann sagen Sie, Herr Untrieser, dass die Wasserschutzgebiete sehr groß seien und viele Menschen davon betroffen seien. – Man muss sich doch erst einmal fragen, wofür wir Wasserschutzgebiete schaffen. Wir schaffen sie doch zum Schutz des Wassers!

(Beifall von den GRÜNEN)

Da macht es doch Sinn, Einträge an der Stelle zu verhindern.

Wir reden immer über Nitrateinträge durch die Landwirtschaft und wundern uns, warum es auch noch andere Einträge gibt. Wieso gibt es Messstellen, an denen es vorne und hinten nicht stimmt, obwohl es dort keine aktive Landwirtschaft gibt? – Wir müssen uns

auch über die Eintragspfade von häuslichen und gewerblichen Abwässern unterhalten.

Ich frage Sie auch als Bauer, was das für ein Zeichen gegenüber der Landwirtschaft sein soll, von Landwirten zu verlangen, die Güllebehälter und alles andere in Ordnung zu halten, und gleichzeitig zu sagen, dass es Hausbesitzern nicht zumutbar sei, alle 30 Jahre mit einer Kamera durch den Kanal zu fahren. – Das ist doch ein Witz!

(Beifall von den GRÜNEN – Josef Hovenjürgen [CDU]: Die entsorgen ja auch so viel Gülle, die Hausbesitzer! – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

– Ach, Herr Löttgen, regen Sie sich nicht künstlich auf.

Frau Ministerin, Sie sind Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen. Ich stelle mir vor, dass Armin Laschet Sie vor Ihrer Berufung angerufen hat.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Aber nicht wegen der Dichtheitsprüfung! – Michael Hübner [SPD]: Privat oder dienstlich?)

Wenn man so ein Amt übernimmt, dann schaut man doch mal in den Koalitionsvertrag hinein und sieht: Die wollen am Landeswassergesetz herumschrauben, das ökologische Jagdgesetz weghauen und das Landesnaturschutzgesetz rückabwickeln. All das, was die Fraktionen machen, passiert in Ihrem Bereich.

(Das Ende der Redezeit wird angezeigt.)

Als Armin Laschet Sie fragte, hätten Sie das doch aushandeln und sagen müssen: Diesen ganzen Unfug kann ich als Umweltpolitikerin – Sie sind doch Umweltpolitikerin – nicht mitmachen!

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Die Redezeit.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Das geht doch nicht, das ist doch unmöglich! Sie exekutieren hier in Nordrhein-Westfalen Schritt für Schritt – und da tun Sie mir wirklich leid – den umweltpolitischen Rückschritt. Das kritisiere ich aufs Schärfste.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege, die Redezeit.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Das heute ist da ein weiterer Schritt. Deshalb lehnen wir diesen Antrag in aller Schärfe ab. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Sie haben gesehen, dass von der CDU-Fraktion – Abgeordneter Hovenjürgen – eine Kurzintervention angemeldet worden ist.

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Ich erteile dem Kollegen Hovenjürgen für 90 Sekunden das Wort. Bitte sehr.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Rüße, ich darf festhalten: Es gibt keinen wissenschaftlichen Beleg für die von Ihnen aufgestellte Theorie, dass defekte Hausanschlüsse für eine Belastung des Grundwassers verantwortlich sind.

Nehmen Sie außerdem bitte fachlich zur Kenntnis: Die Abwasserfracht durchschießt die Abwasserleitung. Sie hält sich dort nicht dauerhaft auf. Nur an der Leckage besteht die Möglichkeit des Austritts des Wassers. Es macht sich dann auf den Weg durch die Bodenpassage.

Wissen Sie übrigens, wie GELSENWASSER oder andere Wasserversorger ihr Oberflächenwasser aufbereiten? – Genau über diesen Weg. Sie schicken Oberflächenwasser, das zum Beispiel mit Gänse- und Entenkot belastet ist, über die Bodenpassage und fördern es dann von dort aus in einen Mischbereich mit Grundwasser zusammen in die Wasserleitung. Selbst bei denen gibt es keine Belege dafür, dass ein häuslicher Anschluss für eine Belastung des Wassers gesorgt hat.

Ist es dann nicht legitim, denjenigen, denen wir eine Last aufgegeben haben, für die wegen einer offensichtlich nicht ausreichenden Gefährdung kein Grund vorhanden ist, eine Entlastung zukommen zu lassen?

Nachdem ich Sie – und auch die Kollegen der SPD – gestern zum Kommunalabgabengesetz erlebt habe, wundere ich mich über Ihr Verhalten heute.

(Beifall von der CDU und der FDP – Henning Höne [FDP]: Was ist denn eigentlich mit dem Wahlkreis von Horst Becker?)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Kollege Rüße, Sie haben das Wort für 90 Sekunden Erwidern.

Norwich Rüße¹⁾ (GRÜNE): Herr Kollege, was mich schon wundert, ist, wie Sie es immer schaffen, Dinge miteinander zu vermischen, die überhaupt nichts miteinander zu tun haben. Sie vergleichen tatsächlich den Eintrag von Schmutzabwasser mit der Wassergewinnung bei GELSENWASSER bei Ihnen vor der Haustür am Halterner Stausee.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da wird sauberes Wasser entnommen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Oberflächenwasser!)

– Ja, der Halterner Stausee unterliegt ja auch bestimmten Bedingungen.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Ein bei Gänsen und Enten beliebter Schwimmbereich!)

Dieses Wasser wird als Uferfiltrat durch die Kies-schicht geschickt und dann abgepumpt. – Damit können Sie aber doch nicht rechtfertigen, dass wir, weil es eine gewisse Reinigungskraft des Bodens gibt, das unregelmäßige Eindringen von Abwasser akzeptieren.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn man Ihrer Logik folgen würde, dann bräuchte man gar nichts zu tun. Dann ist es ja völlig egal!

(Beifall von den GRÜNEN – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: So ist es!)

Als Bewohner des ländlichen Raums sage ich Ihnen: Wir werden gezwungen, unsere Kleinkläranlagen immer wieder nachzurüsten: Umrüstung auf Dreikammerklärsystem, Umrüstung mit Belebungsanlagen und im Nachgang noch mal Umrüstung mit Pflanzenkläranlage.

(Zuruf von Markus Diekhoff [FDP])

Das alles wird auch und zu Recht erwartet, und auch das kostet einen Haufen Geld. Da ist man für eine Kläranlage, die dann vielleicht 10 oder 15 Jahre auf dem Stand der Technik ist, schnell 10.000 Euro los.

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

Ich sage Ihnen noch mal: Da kann man 400 Euro in 30 Jahren sehr gut investieren.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wie erklären Sie das dem Bürger?)

Es ist eine gute Investition, die die Menschen mittragen würden. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße. – Für die Fraktion der AfD hat nun Herr Abgeordneter Beckamp das Wort.

(Michael Hübner [SPD]: Wir haben die Prüfpflicht herausgenommen! Sie haben sie hineingeschrieben! Wir haben § 61a rausgenommen! Jetzt nicht den weißen Schimmel machen – das geht nicht! Das ist doch lächerlich! – Gegenruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Roger Beckamp* (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wenn man hier so zuhört, dann denkt man, es gehe um Dichtigkeitsprüfungen generell, ob welche stattfinden sollen oder gar nicht mehr stattfinden sollen.

(Zurufe von der SPD – Gegenrufe von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Pst!

Roger Beckamp* (AfD): Wenn man die SPD und die Grünen hört, dann scheint es darum zu gehen, dass gar keine Dichtigkeitsprüfungen mehr vorgenommen werden sollen. Das ist offenkundig nicht der Fall.

Die Frage ist nämlich nur: nach starren Fristen oder anlassbezogen? Der Vorschlag von CDU- und FDP-Fraktion lautet: „anlassbezogen“ – mit bestimmten konkretisierten Anlässen, die Sie genannt haben.

Gleichwohl frage ich mich aber – und das frage ich mich ja oft –, warum wir das hier besprechen. Liebe Fraktionen der CDU und FDP, warum besprechen wir das hier? Es geht doch um eine Rechtsverordnung. Die Ministerin hätte das doch schon längst machen können. Sie von der FDP strahlen mich so an. Ist das nicht so? Sie haben doch monatelang besprochen, was dort vorzunehmen ist.

Frau Ministerin, vielleicht erklären Sie mir gleich einmal, warum das seitens Ihres Hauses nicht längst passiert ist. Jetzt gehen wir den Umweg über die Fraktionen.

Das Ganze wurde schon vor anderthalb Jahren versprochen – jedenfalls konnte man das damals der Branchenzeitschrift von Haus & Grund entnehmen. Ich glaube, es waren Herr Deppe und Frau Winkelmann von der CDU, die damals in Aussicht gestellt haben, dass diese Regelungen auf „anlassbezogen“ vereinfacht werden.

Es ist im Übrigen sowieso – auch ohne Ihre ausdrückliche Regelung – so, dass anlassbezogen zu prüfen ist. Natürlich muss der Eigentümer prüfen, wenn eine konkrete Gefährdung vorliegt. Das ist ohne diese Regelung selbstverständlich auch der Fall. – Aber gut, dass wir hier trotzdem darüber reden.

Es wäre alles so viel einfacher und schneller möglich gewesen – gerade für die Eigentümer. Für uns ist es, offen gestanden, Pillepalle, hierfür eine redaktionelle Änderung vorzunehmen. Das ist wirklich nur in kleinster Weise notwendig.

Die Eigentümer haben aber die Pflicht, bis Ende 2020 Prüfungen vorzunehmen – das ist aktuell noch Gesetzeslage und wird es auch nach dem heutigen

Tag noch sein, weil die Verordnung heute ja nicht geändert wird; sie müsste ja erst noch durch das Ministerium geändert werden.

Eine Frage an die Ministerin lautet also – vielleicht können Sie diese gleich beantworten –: Warum ist das nicht schon längst passiert, was hier seitens FDP und CDU als tolle, fescche Idee präsentiert wird? Oder – das mag durchaus so sein; das kommt ja öfter vor – dient das der Statistikverschönerei für Parlamentsaktivitäten? Dies wäre in der Tat alles andere als bürgernah.

In der Sache selbst halten wir die Änderung für sinnvoll. Die Frage ist nur, ob das Verfahren sinnvoll ist. Hätten wir es nicht mit wenigen Federstrichen des Ministeriums schon längst haben können? – Ich freue mich auf eine Antwort. Danke.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beckamp. – Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! An der bisherigen Debatte merke ich, wie emotional aufgeladen das Thema ist. Ich finde Emotionalität manchmal ganz schön, aber wenn es um eine Sache wie die Dichtheitsprüfung geht, die eine ganze Menge privater Hausbesitzer betrifft, ist Emotionalität fehl am Platz.

(Norwich Rüsse [GRÜNE]: Wasser ist ein emotionales Thema!)

Wir sollten uns lieber mit klugem Verstand auf die Situation konzentrieren und sie uns anschauen.

(Beifall von der CDU)

Die Funktionsprüfung häuslicher Abwasserleitungen ist hier im Haus – das haben meine Vorredner schon beschrieben – immer wieder heftig diskutiert worden. Hinterher gab es den Kompromiss, sich auf die Wasserschutzgebiete zu konzentrieren.

Aber was ist passiert? In der Frage der Dichtheitsprüfung liegen uns ausschließlich – und das ist das Problem – Schätzungen und Vermutungen vor. Aufgrund von Schätzungen, dass soundso viel Prozent der Leitungen nicht in Ordnung sind, verlangen wir von den Hausbesitzern eine Funktionsprüfung – allein auf Basis von Schätzungen, nicht aufgrund von Wissen, Kenntnissen oder Grundlagen!

Bin ich eine verantwortliche Ministerin, wenn ich eine Funktionsprüfung nur auf Basis von Vermutungen verlange und es auch noch zulasse, dass viele Hausbesitzer – das haben wir bei den Überprüfungen bis

2015 erlebt – für nichts und wieder nichts über den Tisch gezogen werden? Oder sollte ich nicht ein gewisses Grundvertrauen in die Hausbesitzer in unserem Land – auch in die in den Wasserschutzgebieten – haben und die Meinung vertreten, dass sie selbst verantwortlich für ihre Kanäle etc. sind?

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Es ist die Frage gestellt worden, warum es so lange gedauert hat. Das will ich Ihnen sagen: weil die Formulierung in dem Koalitionsvertrag kompliziert ist. Es ist die Rede von Neubauvorhaben, wesentlichen Veränderungen und begründeten Verdachtsfällen.

Letzteres ist der entscheidende Halbsatz, auf den es ankommt: Was sind begründete Verdachtsfälle? Ich bin den Koalitionsfraktionen dankbar, dass sie dieses Thema in ihrem Antrag noch einmal aufgegriffen haben, indem sie das konkretisiert haben: Ausschwemmung von Sanden und Erden, Ausspülung von Scherben, Ausspülung weiterer Fremdstoffe, die auf eine Undichtigkeit des häuslichen Kanals schließen lassen, oder Ablagerungen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das sind konkrete Punkte, aufgrund derer man untersuchen kann. Ich wehre mich aber dagegen, es nur auf Vermutungen basieren zu lassen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Es gibt zwei Wünsche nach Zwischenfragen.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Meinetwegen, das verlängert meine Redezeit.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Dann hat zunächst Herr Kollege Rüße das Wort.

Norwich Rüße* (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

(Henning Höne [FDP]: Wo ist denn Horst Becker?)

Sie haben sich gerade heftig gegen Schätzungen gewehrt. In der Antwort auf die Große Anfrage haben Sie uns genau die Zahlen, die vom Institut für Unterirdische Infrastruktur Gelsenkirchen

(Heiterkeit von Markus Diekhoff [FDP] – Bodo Löttgen [CDU]: Es gibt auch unterirdische Fragen!)

erhoben worden sind, zur Verfügung gestellt. Jetzt frage ich mich, welchen Wert dann solche Antworten auf eine Große Anfrage haben.

Nun die konkrete Frage: Nehmen Sie die Zahlen, die dieses Institut ermittelt hat, nicht ernst?

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE] und Wibke Brems [GRÜNE])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rüße, auch dass Sie den Weg zu einer Frage gefunden haben.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Aber nur mühsam!)

Frau Ministerin, Sie haben die Gelegenheit zur Beantwortung.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herzlichen Dank für diese Frage. Ich muss Sie wirklich bitten, noch einmal in die Antwort hineinzuschauen. In der Antwort auf Ihre Anfrage – diese Große Anfrage zum Thema „Wasser“ stellt für uns alle eine gute Grundlage dar – heißt es, nach groben Schätzungen gehe man davon aus, dass die Schadensrate bei den privaten Hausanschlusskanälen deutlich höher sei als bei öffentlichen Kanälen, nämlich bei 50 bis 70 %.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Grobel!)

Hier geht es um grobe Schätzungen. Ich habe soeben schon gesagt, dass ich basierend auf Schätzungen und Vermutungen keine Politik machen kann, die jedem Hausbesitzer im Wasserschutzgebiet quasi vorwirft: „Du bist der Blöde, du machst das alles falsch“, ohne so genau zu wissen, ob das tatsächlich so ist. Das ist keine seriöse Politik, Herr Rüße.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war die Antwort auf die Zwischenfrage von Herrn Kollegen Rüße. – Jetzt hat Herr Kollege Beckamp das Wort für seine Zwischenfrage.

(Zuruf von Norwich Rüße [GRÜNE] – Gegenruf von Dr. Ralf Nolten [CDU] – Weitere Zurufe)

Roger Beckamp* (AfD): Ich muss – ganz kurz – dem Kollegen Rüße recht geben. Je nachdem, wie groß die Gefahr ist ...

(Fortgesetzt Zurufe)

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich verstehe Sie nicht. Können Sie ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es wäre wirklich prima, wenn hier im Saal etwas Ruhe einkehren würde. Dann bestände auch die Möglichkeit, dass wir alle einander zumindest akustisch verstehen.

Roger Beckamp^{*)} (AfD): Je nachdem, wie groß die Gefahr ist, müssen Sie selbstverständlich auf Grundlage von Schätzungen und Prognosen entsprechende Regelungen aufstellen. Das ist bei Atomkraft und sonstigen Dingen immer der Fall, und das ist durchaus vergleichbar. Es kommt dabei auf den Grad der Gefährdung an.

Nun meine Frage. Sie haben sich sehr ausführlich bei den Fraktionen von CDU und FDP für die Formulierung bedankt. War Ihr Haus nicht in der Lage, selbst eine solche Formulierung zu finden?

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Beckamp, das ist wirklich billig, oder? Wenn man an komplizierten Sachverhalten arbeitet und miteinander um komplizierte Sachverhalte ringt, dann finde ich es gut, dass in einem solchem Antrag die komplizierten Sachverhalte noch einmal klar und deutlich benannt werden.

Das Thema betrifft nicht nur eine kleine Gruppe, sondern es betrifft eine breite Gruppe von Hausbesitzerinnen und Hausbesitzern in unserem Land. Die Koalitionsfraktionen haben – auch in Absprache mit uns – ganz klare Kriterien vorgelegt, nach denen wir vorgehen werden. Das so früh wie möglich zu kommunizieren, ist unsere gemeinsame Aufgabe, und genau das findet jetzt und hier statt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

So.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz, dreht sich um und schaut Vizepräsidentin Angela Freimuth an. – Heiterkeit)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das waren die Zwischenfragen. Jetzt hätten Sie weiterhin das Wort.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herzlichen Dank. Meine Damen und Herren, ich komme auch langsam zum Schluss.

Ich weiß, dass es ein schwieriges und emotionales Thema ist. In der letzten Legislaturperiode ist das Thema „Dichtheitsprüfungen“ immer wieder – irgendwann kam die Konzentration auf die Wasserschutzgebiete auf – neu angegangen worden. Es haben

breiteste Diskussionen im öffentlichen Raum stattgefunden. Es geht darum, dass wir eine vernünftige und pragmatische Lösung finden, mit der wir alle leben können, ...

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Sch!

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: ... mit der wir den Schutz des Wassers garantieren können, mit der wir aber auch die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer nicht überfordern und sie vor allen Dingen fair behandeln.

Ich mahne in dieser Debatte an, den Hausbesitzern Selbstständigkeit zuzumuten und nicht – Entschuldigung, Herr Rübe – mit erhobenem Zeigefinger durch die Welt zu laufen und jedem zu sagen, was er wie zu tun hat. Ich gehe davon aus, dass hier verantwortlich gehandelt wird.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Im begründeten Verdachtsfall wird aktiv gehandelt werden.

Aber noch einmal zum Abschluss: Jeder Hausbesitzer ist, Stand heute, selbst dafür verantwortlich, dass sein Kanal in Ordnung ist.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: So ist das!)

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, sind wir am Ende der Aussprache angelangt, und wir kommen zur Abstimmung.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt, sodass ich nunmehr über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/8107 abstimmen lasse. Wer möchte diesem Antrag zustimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von CDU, FDP und AfD. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/8107 angenommen** wurde.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir kommen zu:

4 Akuter Brückennotstand – NRW braucht eine Offensive für Brückensanierungen

Antrag
der Fraktion der AfD

Drucksache 17/8098

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die Fraktion der AfD dem Abgeordneten Vogel das Wort. Bitte sehr.

Nic Peter Vogel¹⁾ (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nordrhein-Westfalen ist das Transitland Europas. Nirgends im gesamteuropäischen Raum ist die Verkehrs- und Lkw-Dichte höher.

Gleichzeitig haben wir eine Verkehrsinfrastruktur, die in den letzten Jahrzehnten wirklich extrem vor die Hunde gekommen ist – ob bei Straßen, Brücken, Schienen, Schifffahrtswegen oder Schleusen. Die Liste ist sehr lang, und gleichzeitig ist das Planer- und Ingenieursdefizit enorm.

Was mache ich, wenn ich in einem Boot sitze und merke: „Da dringt ja überall Wasser ein!“? – Es macht sicherlich keinen Sinn, vom Bug zum Heck zu laufen und systematisch alle Löcher zu stopfen, sondern ich muss mich um die größten Lecks kümmern. Dann schaffe ich es vielleicht, den Kahn vor dem Kentern zu bewahren.

Wo liegen denn die größten Gefahren – sozusagen die größten Lecks – in unserer Verkehrsinfrastruktur? Wo sind die Knotenpunkte? Wo sind die Stellen, an denen es am meisten wehtut, an denen es knallt? – Es sind unsere Brücken.

Wie ist der Zustand unserer Brücken? – Wir haben eine Kleine Anfrage gestellt, und in der Antwort hieß es, dass von den 10.000 Brücken hier in Nordrhein-Westfalen rund zwei Drittel – 6.600 aufwärts – vor 1985 gebaut wurden und dementsprechend in einem Zustand sind, in dem sie einer genauen Überprüfung standhalten müssen.

Von diesen 6.600 Brücken sind aber bisher erst 920 näher geprüft worden. Von diesen 920 Brücken sind 637 in einem Zustand, in dem sie den modernen Traglastansprüchen nicht mehr entsprechen. Und bei 573 von diesen 637 Brücken wird nur noch der Abriss und Neubau empfohlen.

Die Kosten dafür wurden damals auf 7 Milliarden Euro taxiert. Natürlich hat man sich um die größten Sorgenkinder zuerst gekümmert, bedenkt man aber, dass bisher nur ein Siebtel der Brücken untersucht wurde, werden wahrscheinlich noch einige Überraschungen auf uns zukommen.

Wir haben errechnet, dass es in den nächsten 20 Jahren wahrscheinlich einen Finanzbedarf von rund 50 Milliarden Euro geben wird. Angesichts der Mittel, die im Haushalt für unsere Brücken bereitgestellt werden, kann es vielleicht gerade einmal dafür reichen, den Status quo beizubehalten.

Wir haben ein riesengroßes Problem. Die Brücken sind unsere Nadelöhre. Der gesamte Güterverkehr aus den osteuropäischen Ländern, der die großen Seehäfen in Rotterdam oder Antwerpen erreichen möchte, muss über unsere großen Brücken. Und auch ein großer Teil des Verkehrs, der aus dem Hamburger Raum in Richtung Genua unterwegs ist, muss über unsere Brücken.

Was passiert aber, wenn so eine große Brücke mal ausfällt? – Im Dezember 2012 wurde die Leverkusener Brücke für Lkws über 3,5 t gesperrt. Damals haben wissenschaftliche Studien eruiert, dass der volkswirtschaftliche Schaden sich auf 0,5-1,2 Millionen Euro täglich beläuft. Wenn man nicht auf Bundesautobahnen ausweichen kann, erhöht sich der Betrag sogar auf 2,6 Millionen Euro. Als die Brücke Neuenkamp damals gesperrt wurde, hat die IHK ebenfalls 1,2 Millionen Euro errechnet.

Das sind volkswirtschaftliche Schäden, die bei der Prioritätensetzung und vor allen Dingen auch bei der Vergabe immer berücksichtigt werden sollten. Man muss natürlich darauf achten, neben der Standsicherheit und neben der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer auch diese volkswirtschaftlichen Schäden im Hinterkopf zu behalten.

Gleichzeitig sollten wir darauf achten, was passiert, wenn eine solche Brücke ausfällt. Natürlich gibt es dann einen enormen Ausweichverkehr. Die Verkehrsteilnehmer müssen kilometerweite Umwege in Kauf nehmen. Die Speditionen haben einen höheren Spritverbrauch, die Umweltbelastung ist größer, die Personal- und Betriebskosten steigen. All das schlägt zu Buche.

Die Boston Consulting Group hat vor ein paar Jahren mal in einer Studie das ungenutzte Kapital bzw. den volkswirtschaftlichen Schaden für Nordrhein-Westfalen aufgrund unserer mangelhaften Verkehrsinfrastruktur auf jährlich 5 Milliarden Euro geschätzt. Was ich damit sagen will: Jeder Euro, der in unsere Verkehrsinfrastruktur gesteckt wird, amortisiert sich.

Und für den Fall, dass eine große Brücke ausfällt, müssen wir unbedingt darauf achten, dass die Ausweichstrecken ertüchtigt werden, damit der Ausweichverkehr absolut reibungslos funktioniert. Ansonsten kämen wir richtig in die Bredouille.

Abschließend noch eine Bemerkung; denn heute kommt der neue Star-Wars-Film in die Kinos: Der Todesstern hatte eine verwundbare Stelle, wir haben Dutzende – unsere Brücken.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Vogel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Herr Kollege Goeken das Wort.

Matthias Goeken (CDU): Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine gute Infrastruktur ist die Voraussetzung für eine freie Mobilität der Bürgerinnen und Bürger. Nicht nur für die individuelle Mobilität jedes Einzelnen, sondern auch für die Wirtschaft sind gut ausgebaute Straßen, Schienen- und Wasserwege unverzichtbar.

Hierzu zählen natürlich auch die Brücken, welche, wie den meisten Kolleginnen und Kollegen hier im Saal bereits seit Längerem bekannt ist, in NRW in großer Zahl marode sind und einer Sanierung bzw. eines Neubaus bedürfen.

Liebe Abgeordnete der AfD, wir freuen uns, dass diese Problematik nun auch bei Ihnen erkannt wurde. Leider verdeutlicht Ihr Antrag, dass Ihnen nicht bewusst ist, welche Maßnahmen von der aktuellen Landesregierung in diesem Bereich bereits ergriffen wurden.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Oh doch!)

Seit Übernahme der Regierungsverantwortung vor zweieinhalb Jahren haben wir Rekordsummen in den Erhalt und in den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur investiert. Im Jahr 2018 waren es 1,4 Milliarden Euro für Autobahnen, Bundes- und Landstraßen; im Jahr 2019 werden es noch einmal 165 Millionen Euro mehr sein. Damit haben wir eine neue Rekordmarke gesetzt.

Um das Geld auch in Bauprojekte investieren zu können – und das ist das Nadelöhr –, haben wir in den letzten beiden Jahren 100 neue Stellen für Ingenieure und Techniker geschaffen. Mit dem gestern hier verabschiedeten Haushalt kommen im nächsten Jahr noch weitere Stellen hinzu. Zudem wurde eine Stabsstelle „Baustellenkoordination“ und ein Achtpunkteplan für besseres Baustellenmanagement beschlossen. Damit haben wir erreicht, dass Bauarbeiten zügiger und effektiver durchgeführt werden.

Sie sehen, die Sanierungsbedürftigkeit der Brücken in NRW ist uns durchaus bekannt. Wir haben bei Regierungsübernahme direkt damit begonnen, diese Missstände aufzuarbeiten.

Nun darf man aber nicht davon ausgehen, dass von heute auf morgen alle Brücken wieder in einen guten Zustand versetzt oder – Sie haben es gerade angesprochen – verzaubert werden können. Planungen brauchen Zeit; denn die sanierten und neuen Brücken sollen nicht nur für kurze Zeit wieder von allen Verkehrsteilnehmern genutzt werden können. Wir gehen nachhaltig an die Sache heran. Unser Ziel ist es, dass diese Brücken viele Jahre lang in einem guten Zustand bleiben.

Gerade bei Brückensanierungen können die Arbeiten einige Zeit in Anspruch nehmen, da der Verkehr während der Brückenarbeiten, wie Sie es gerade angemerkt haben, weiter fließen muss und die Sanierung oft nur in kleinen Schritten erfolgen kann. Wenn

man die Brücken für die komplette Sanierungszeit schließen würde, käme es zu weiteren Staus und damit zu noch größeren Belastungen der Umleitungsstrecken, wie Sie vorhin erwähnt haben.

Wenn man zum Beispiel die marode Rheinbrücke der A40 anschaut, wird deutlich, wie viele Jahre häufig vergehen, bis ein Projekt umgesetzt wird. Seit über fünf Jahren wurde der Neubau geplant. Als wir die Planung übernommen haben, haben wir alles dangesetzt, so schnell wie möglich mit dem Neubau zu beginnen. Daher freut es mich besonders, dass der Neubau in dieser Woche endlich gestartet ist. Allein für dieses Projekt werden 250 Millionen Euro investiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Brücken in NRW sind nicht alle auf einen Schlag marode geworden. Es ist ein Prozess, der sich seit vielen Jahren hinzieht. Die Altlasten, die durch Versäumnisse aus den Vorjahren und aus Jahrzehnten entstanden sind, können wir nicht von heute auf morgen beseitigen.

Oberste Priorität haben für uns die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer und die Standsicherheit der Bauwerke. Natürlich betrachten wir auch, wie Sie es getan haben, die volkswirtschaftlichen Folgeschäden, doch dürfen wir diese nicht auf eine Ebene mit der Sicherheit der Bevölkerung setzen, die in allen Bereichen immer oberste Priorität haben muss.

Das Thema „Brückensanierung“ wird uns auch in den kommenden Jahren begleiten und weiterhin ein wichtiges und dringendes Thema sein. In den Ausschüssen werden wir Gelegenheit haben, dies weiter zu besprechen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Goeken. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Abgeordneter Dudas das Wort.

Gordan Dudas (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Die Infrastruktur unseres Landes ist an vielen Stellen sanierungsbedürftig. Das Spardiktat der Vergangenheit und der Fetisch der schwarzen Null haben ihren Beitrag geleistet. Umso wichtiger ist es daher, dass die Notwendigkeit von wachsenden Investitionen schon in der vergangenen Legislaturperiode erkannt wurde.

Der vorliegende Antrag liefert hier aber keine neuen Ansätze, sondern recycelt altbekannte Problemlagen der Straßenverkehrsinfrastruktur. Vielmehr bleibt er in seinen Forderungen populistisch an der Oberfläche, ohne die seit vielen Jahren ohnehin bekannten differenzierten Verantwortlichkeiten zu berücksichtigen.

Da ja bald Weihnachten ist, bin ich gern bereit, den Antragstellern in aller Kürze die notwendige Nachhilfe in Sachen „deutscher Zuständigkeit“ zu vermitteln.

(Heiterkeit von Johannes Remmel [GRÜNE])

Für Instandhaltung und Neubau von Bundesverkehrswegen, also Autobahnen, Bundesstraßen, Binnenwasserstraßen und Schienenwegen, liegen die Baulast und die Finanzverantwortung bei der Bundesrepublik Deutschland und nicht beim Land. Die erforderlichen Maßnahmen werden im Wege der Bundesgesetzgebung festgelegt und finanziert. Hier ist nicht zuletzt auf den Bundesverkehrswegeplan 2030 zu verweisen.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Ja!)

Hinsichtlich der Landesstraßen liegt diese Aufgabe allerdings selbstverständlich beim Land Nordrhein-Westfalen, sodass dem Landesbetrieb ausreichende Finanzmittel und personelle Ressourcen zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung zu stellen sind.

Meine Damen, meine Herren, hier erinnere ich natürlich auch die Landesregierung und die Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP an ihre Aussagen von 2017. Nicht nur, dass da einer regelmäßig von ihnen wegen der Staus ins Lenkrad beißen wollte, nein, für die Erhaltung des Landesstraßennetzes sollte auch eine Summe von 200 Millionen Euro jährlich zur Verfügung gestellt werden. Seitdem hat die Landesregierung drei Haushalte vorgelegt und bis heute die angekündigte Summe von 200 Millionen Euro Investitionsmitteln in den Landesstraßenhaushalt nicht erreicht.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

Zuletzt waren es – und das gebietet die Fairness – 185 Millionen Euro im Haushalt 2020.

Während Sie sich aber immer noch daran abarbeiten und darüber fabulieren, dass die Summe nicht schon in der Vergangenheit geflossen ist – gestern sangen Sie Ihr kollektives Gejammer ja im Chor –, hat meine Fraktion hier zum wiederholten Male geliefert und Änderungsanträge zum Haushalt eingebracht, um die Mittel für die Landesstraßenerhaltung auf 200 Millionen Euro pro Jahr zu erhöhen. Die Anträge wurden abgelehnt, und die Staus wachsen munter weiter. Neue Rekorde werden uns im Verkehrsfunk regelmäßig mitgeteilt. Zuletzt war es die Rekordmeldung von sage und schreibe 450 km Stau in NRW.

(Michael Hübner [SPD]: Das war aber nur ein Stau! Das war nur ein Stau! Früher waren es mehrere!)

Kein Wunder, dass der Ministerpräsident hier lieber lustig durch die Gegend fliegt!

Mit dem gestern verabschiedeten Landeshaushalt hätte also tatsächlich die Möglichkeit bestanden, substanziell mehr zu tun. Schade, dass die Koalitionsfraktionen hier nicht auf die zahlreichen Ökonomen hören, die landauf, landab massive Investitionen in die Infrastruktur und eine Abkehr von der schwarzen Null fordern.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Meine Damen, meine Herren, zurück zum Antrag: Er bleibt neben dem bereits angesprochenen Recycling wie immer im Ungefähren. Etwas Neues kommt hier nicht, aber das sind wir von Ihnen auch nicht anders gewohnt.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Lesen Sie den Antrag noch mal!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche allen demokratischen Kolleginnen und Kollegen schöne Weihnachten und Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Dudas. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Reuter für die Fraktion der FDP das Wort.

Ulrich Reuter (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! „Akuter Brückennotstand – NRW braucht eine Offensive für Brückensanierungen“.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Sie haben es verstanden! Großartig!)

Bei dieser Intonierung scheint einiges im Argen zu liegen in NRW. Doch was bedeutet „Notstand“? – Im verfassungsrechtlichen Sinne ist es eine gefährliche Situation, die durch schnelles Handeln bereinigt werden muss. Frei nach dem Motto „Gefahr erkannt, Gefahr gebannt“ könnten wir dankbar sein für Ihren Antrag, der richtigerweise einige Problemfelder unserer Infrastruktur beleuchtet.

Zurück in der Realität können wir aber feststellen: Da waren doch andere schneller im Erkennen der Probleme und – was noch wichtiger ist – bei der Lösung derselben.

Sie gehen auf die Autobahnbrücken in Leverkusen und Neuenkamp ein. Sie thematisieren den aktuellen Fall der Düsseldorfer Theodor-Heuss-Brücke.

Tatsächlich ist es angesichts der hohen Anzahl der maroden Brücken eine bedeutende staatliche Aufgabe, alle Brücken zu prüfen. Wir haben alle die schrecklichen Bilder der zusammengebrochenen Brücke in Genua vor Augen. Das darf und wird bei uns nicht passieren.

Um genau das sicherzustellen, sind die Kompetenz und Gewissenhaftigkeit von Ingenieuren unseres

Landesbetriebs Straßen.NRW gefordert, und sie sind vielseitig im Einsatz. Wir haben keine Zweifel, dass der Landesbetrieb hier gute Arbeit leistet.

(Nic Peter Vogel [AfD]: Ich auch nicht!)

Es geht aber neben den turnusgemäßen Regelkontrollen eben auch um die konsequente Instandsetzung und Ertüchtigung oder – wie in Leverkusen und Duisburg – um Neubauten. Bei all diesen Themen können wir effektiver werden. Das alles ist ein großes Ärgernis für alle Betroffenen und insbesondere für die verladende Wirtschaft, die oft erhebliche Umwege in Kauf nehmen muss. Dies führt zu Staus und Kosten. Das ist alles unbestritten. Nur ist es eben auch nicht neu.

Um es ganz genau zu sagen: Wenn Ihnen so ein Antrag nach mehreren Jahren Diskussion über die Brücke Leverkusen einfällt, dann sollte sich jeder Wähler ernsthaft fragen, was denn die Alternative für Deutschland ist. Dass Sie sich sicher hinter einen fahrenden Zug werfen?

Die Landesregierung arbeitet mit Hochdruck gerade in den Fällen Leverkusen und Neuenkamp auf allen Ebenen, und sie macht ihre Aufgabe gut. Wir haben bei diesen Bauten eine Dynamik in die Planung und deren Umsetzung bekommen, die wir so vorher in unserem Land noch nicht gesehen haben. Das ist ausdrücklich zu loben.

Aber dazu brauchen wir Ihren Antrag genauso wenig wie für die Frage der noch zu untersuchenden Brücken. Das arbeitet der Landesbetrieb professionell ab.

Zum Thema „Stau“ sei Ihnen gesagt: Wir arbeiten intensiv an einer Verbesserung des Baustellenmanagements. Wir haben eine Koordinierungsstelle eingerichtet, um die Kommunikations- und Arbeitsprozesse zu verbessern. Trotz eines erheblichen Bauhochlaufs mit insgesamt 40 % mehr Mitteln als bei Rot-Grün sind die Stauzahlen nicht signifikant gestiegen, obwohl Baustellen eine der wesentlichen Stauursachen darstellen. Das zeigt, dass die Maßnahmen der Koalition wirken. Diese Arbeit werden wir zielgerichtet fortsetzen.

Der Überweisung an den Verkehrsausschuss sowie mitberatend an den Wirtschaftsausschuss stimmen wir selbstverständlich zu.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Reuter. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Remmel das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Johannes Remmel* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Meine Vordredner haben bis auf den Antragsteller eigentlich schon alles inhaltlich zu dem Antrag gesagt. Deshalb will ich mich etwas mehr mit der Mechanik beschäftigen.

Als zuständiger Redner meiner Fraktion musste ich ja Ihren Antrag lesen. Insbesondere Ihr Forderungskatalog am Ende hat mich dann zu einer Analogie zur jetzigen Zeit gebracht. Er liest sich nämlich wie der Wunschzettel ans Christkind. Ich will versuchen, das zu übersetzen, so wie Sie es eigentlich nicht formuliert haben:

Das Christkind möge Maßnahmen ergreifen und den politischen Einfluss geltend machen.

Das Christkind möge doch bitte auch die Regierungen in Belgien und in den Niederlanden gut stimmen.

Das Christkind möge doch bitte das Baustellenmanagement optimieren.

Das Christkind möge doch bitte für einen reibungslosen Informationsfluss sorgen.

Das Christkind möge doch bitte Gelder bereitstellen – wo auch immer sie herkommen –, für mehr Personal sorgen und Prüferingenieure einstellen.

Das Christkind möge aber bitte auch wegsehen, wenn man ins Risiko geht und eben nicht für die Standsicherheit und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer sorgt, sondern mehr den volkswirtschaftlichen Blick hat.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

– So steht es doch hier drin. Das sind Wünsche ans Christkind, die Sie hier formulieren. Sie beschäftigen sich nicht mit realer Politik, wo was gemacht werden müsste, wo Gelder weggenommen werden müssten und wie wir Personal bekommen. Das ist Ihre Mechanik an dieser Stelle. Sie unterbreiten keinen einzigen wirklichen Vorschlag, wo konkret etwas verändert werden soll. Das aber ist die Aufgabe eines Landesparlaments: keine Wünsche ans Christkind zu formulieren, sondern konkrete Politik für die Menschen zu machen.

(Beifall von der SPD)

Da kann man in der Tat Haushaltsanträge stellen. Das ist Ihr letzter Wunsch: Mögen bloß das Parlament und die anderen Fraktionen nicht erkennen, dass wir unsere Hausaufgaben nicht gemacht haben. – Bei den Haushaltsberatungen hätten Sie Anträge stellen können, nicht hier an dieser Stelle.

(Markus Wagner [AfD]: Haben wir doch! – Weitere Zurufe von der AfD)

– Keinen einzigen Antrag haben Sie im Verkehrsausschuss zu dieser Frage gestellt.

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

– Im Verkehrsausschuss haben Sie keinen Antrag gestellt. Ich habe jedenfalls keinen zur Brückensanierung gelesen,

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

und dann kommt jetzt ein solcher Antrag.

Der ist insofern perfide – das will ich den Kolleginnen und Kollegen auch deutlich machen –, als man alle diese Wünsche so, wie sie formuliert sind, in der realen Welt, in der realen Politik nicht wird erfüllen können. Wir werden nicht das Geld, das Sie fordern, bereitstellen können, weil es an anderer Stelle weggenommen werden müsste.

(Markus Wagner [AfD]: Weil Sie über Jahrzehnte alles haben verkommen lassen! Deswegen!)

Es wird nie genug Personal geben, um die Anforderungen zu erfüllen. Dann werden Sie irgendwann kommen

(Zuruf von Nic Peter Vogel [AfD])

und verkünden: „Wir haben es doch gesagt“ und die populäre Linie reiten. Das ist Ihr Politikprinzip, und das lassen wir so nicht durchgehen. – Vielen Dank.

(Markus Wagner [AfD]: Erst die Infrastruktur verkommen lassen und sich dann hier hinstellen! Das ist das Einzige, was Sie können! So sieht es aus!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Rimmel. – Für die Landesregierung hat Herr Minister Wüst das Wort.

Hendrik Wüst, Minister für Verkehr: Verehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal noch einen herzlichen Glückwunsch an meinen Vor-Vorredner Herrn Reuter, der heute Geburtstag hat. Ich meine, der Ausschussvorsitzende hat heute auch Geburtstag.

(Zuruf: Morgen!)

– Morgen, dann komme ich morgen wieder. – Herzlichen Glückwunsch heute an Herrn Reuter.

Ich weiß gar nicht, verehrter Herr Kollege Rimmel, ob dieser Antrag die Aufregung hier rechtfertigt, aber manchmal ist es auch schön, wenn man sich vor dem Mittagessen noch ein wenig anstrengt. Ich finde, es ist der Aufregung nicht wert.

Der Wunschzettel aus dem AfD-Antrag ist auch ein liegeengebliebener von vor zehn Jahren, denn vieles von dem, was da beschrieben wird, ist ja nicht nur durch diese Landesregierung, sondern selbst schon durch die Vorgänger eingestiebt und angepackt worden, weil man den Zustand der Brücken beispielhaft

an der Leverkusener Rheinbrücke hat kommen sehen.

Es hätte jetzt dieses Antrags nicht bedurft, um den Menschen im Land die frohe Kunde zu machen, dass wir ein Problem mit den Brücken haben. Da sind Sie nun wahrlich nicht die Ersten, die das feststellen.

Warum ist das so mit unseren Brücken in Nordrhein-Westfalen? – Die meisten kommen aus der Hochzeit des Spannbetons. Unsere Rheinbrücken haben ganz überwiegend noch eine andere Bauweise.

Sie sind alle für eine ganz andere Zahl von Verkehren ausgelegt worden: Es wurde von viel geringeren Güterverkehren ausgegangen, die sich nach der Osterweiterung der Europäischen Union völlig anders entwickelt haben als ursprünglich geplant.

Sie sind auf 70, auf 100 Jahre Nutzungsdauer geplant und konstruiert worden in einer Zeit, als die Wechselpritsche in der Lkw-Logistik Standard war. Heute haben Sie vollgepackte 40-Tonner.

Ich wäre froh, wenn es immer nur 40 Tonnen wären. Wir haben ja nicht ohne Grund auf der Brücke Neuenkamp eine Wiegeanlage eingerichtet, um rechts-widrig Überladene herauszuholen, bei denen immer noch tagtäglich Achslastüberschreitungen enormer Dimensionen festgestellt werden.

Dann haben wir ein Material, das diesen neuen, zusätzlichen Anforderungen nicht mehr standhält. – Deswegen sind unsere Brücken in dem Zustand.

Bundesweit werden alle Bauwerke regelmäßig nach ordentlichen Standards überprüft: große Prüfungen, mittelgroße Prüfungen, jährliche Prüfungen und Sichtprüfungen durch die zuständigen Meistereien.

Deswegen kann man einer Sache sicher sein: Eine Brücke in Deutschland, so wie sie unter Verkehr ist, trägt und hält, weil wir wirklich sehr akribisch im Auge behalten, was mit unseren Brücken los ist. Jede Brücke, die freigegeben ist, ist für den Verkehr, für den sie freigegeben ist, sicher.

Ich will auf ein paar Punkte im Detail eingehen, um es nicht stehen zu lassen, dass man hier irgendjemanden in Sachen Verkehrssteuerung auffordern müsse, etwas zu tun.

Vielleicht haben Sie mitbekommen, dass wir diese Woche eine Grundsteinlegung mit Bundesverkehrsminister Scheuer

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Ist der immer noch im Amt?)

für eine neue Verkehrszentrale in Leverkusen hatten, wo nicht nur alle Daten zusammenlaufen, sondern von der auch seit einiger Zeit die Baustellenkoordination, an der sich immer mehr staatliche Ebenen beteiligen, erfolgt.

Die Bahn ist dabei, genauso Straßen.NRW, natürlich wird irgendwann auch die Autobahngesellschaft mitwirken. In der letzten Woche haben 25 Kommunen, Städte, Gemeinden und Kreise unterschrieben, sich ebenfalls beteiligen zu wollen, weil Rekordinvestitionen in 40, eher 50 Milliarden Euro Höhe in den nächsten 10 bis 15 Jahren in Nordrhein-Westfalen anstehen.

Da darf nicht jeder die Straße aufreißen, ohne mit den anderen Zuständigkeitsebenen zu sprechen. Das muss koordiniert werden, aber das haben wir auch gewusst, bevor Sie es aufgeschrieben haben. Deswegen arbeiten wir seit anderthalb Jahren kräftig daran, dass es eine bessere Koordination gibt.

Es gibt mehr dWiSta-Anlagen, das sind diese elektronischen Tafeln über der Autobahn. Unser Staatssekretär hat es geschafft, erstmals eine ganze Zelle von dWiSta-Tafeln vom Bund genehmigt zu bekommen, heraus aus der Einzelbewertung, die lange dauert und bürokratisch ist.

Auf der A3 wurde das schon umgesetzt: Das sind diese merkwürdigen Baustellen auf dem Mittelstreifen, wo man auf den ersten Blick gar nicht weiß, was dort geschieht. Diese Arbeiten sind für diese dWiSta-Tafeln.

Das Thema „Personal“. Ja, es hat Bedarfe gegeben, ja, mehr geht immer. Ich wäre ein schlechter Stakeholder meines Themas, wenn ich nicht sagen würde: Mehr geht immer.

Aber wir haben bis zum heutigen Tage – das kann ich jetzt deshalb sagen, weil gestern der Haushalt beschlossen wurde – über 150 Stellen – wenn ich die Azubis dazurechne, sind es über 170 Stellen – beim Landesbetrieb zusätzlich geschaffen. Darin sind extra zehn Stellen für den Bereich der Brücken.

Zum Thema „finanzielle Mittel“ ist schon etwas gesagt worden. In unserem Haushalt werden Sie für Autobahnbrücken keinen einzigen Euro finden. Da müssen Sie im Bundeshalt nachsehen; ich denke, dass Ihnen dies eigentlich bekannt ist. Warum Sie es trotzdem falsch sagen, müssen Sie sich selbst erklären.

Für Herrn Dudas habe ich noch eine kleine Geschichte: Ja, Sie haben recht, wir haben immer 200 Millionen Euro gefordert. Diese komplette Summe in die Landesstraßen zu investieren, haben wir bisher nicht geschafft.

(Gordan Dudas [SPD] bespricht sich mit Alexander Vogt [SPD])

– Herr Dudas, seien Sie so lieb und hören kurz zu. Herr Kollege?

(Gordan Dudas [SPD]: Hier bin ich!)

Jawohl, wir haben immer versprochen, 200 Millionen Euro für die Landesstraßen auszugeben. Das haben

wir nicht geschafft. Erwischt. Im letzten Jahr waren es 199,5 Millionen Euro. – Frohes Fest.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wüst. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8098** an den **Verkehrsausschuss** federführend sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**. Abschließende Beratung und Abstimmung im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung.

Erhebt sich dagegen Widerstand im Hohen Hause? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Nein. Dann ist einstimmig so überwiesen.

Ich rufe auf:

5 Bericht des Petitionsausschusses

Gemäß § 100 unserer Geschäftsordnung soll der Petitionsausschuss dem Landtag mindestens jährlich mündlich berichten. Entsprechend der bisher geübten Praxis im Haus erteile ich damit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Herrn Kollegen Schnelle, das Wort. Bitte schön.

Thomas Schnelle (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Petitionswesen ist bundesweit im Aufschwung. Vor allem auch junge Menschen sind es, die die Petition als Instrument zur politischen Teilhabe wahrnehmen und nutzen.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, dass vor allem Sammelpetitionen Zulauf erhalten. Durch eine Vielzahl von privaten Onlineportalen wird dieser Effekt wohl verstärkt, indem die Sammelpetitionen als in irgendeiner Weise forumsbasiert notwendig, zielführender oder schlicht wirkmächtiger dargestellt werden.

Als Petitionsausschuss begrüßen wir das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, sich für allgemeine politische Ziele oder sogar für das Schicksal Einzelner einzusetzen – und sei es nur durch eine elektronische Mitzeichnung auf einem Petitionsportal.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Hartnäckig hält sich jedoch das Gerücht, dass eine Petition an den Landtag erst eingereicht werden kann, wenn ein bestimmtes Quorum erreicht ist. Dem widersprechen wir beharrlich, denn es wäre fatal, wenn Bürgerinnen und Bürger durch eine solche Fehlinformation davon abgehalten würden, sich mit

ihren Sorgen und Beschwerden an ihr Parlament zu wenden. In Nordrhein-Westfalen behandeln wir alle Petitionen gleich.

Sicherlich spielt bei den steigenden Zahlen der Sammelpetitionen auch die Komfortabilität eine Rolle, da es heutzutage auch ohne großen Aufwand möglich ist, von zu Hause aus oder unterwegs mit einem Smartphone Petitionen zu unterschreiben oder auch einzureichen.

Dies ist erst einmal zu begrüßen. Es sollte für alle Bürgerinnen und Bürger leicht verständlich und zugänglich sein, eine Petition einzureichen.

Komplizierte, undurchsichtige Verfahren oder anderweitige Hürden schließen Menschen aus, die sich von solchen Hindernissen überfordert fühlen, obwohl sie womöglich dennoch berechnete Belange haben.

Daher hat sich das Angebot des Petitionsausschusses in Nordrhein-Westfalen bewährt. Bürgerinnen und Bürger erreichen uns weiterhin in einem einfachen Verfahren per Brief, per Fax, online, per E-Mail oder mittels Formular auf der Internetseite. Auf diese Weise können uns alle Bürgerinnen und Bürger erreichen, die sich in Verwaltungsfragen benachteiligt fühlen.

Ich kann die Bürgerinnen und Bürger daher nur ermuntern: Machen Sie von Ihrem Grundrecht aus Art. 17 Grundgesetz Gebrauch und senden Sie Ihre Petition an den Petitionsausschuss des Landtags in Nordrhein-Westfalen.

Zum Vertiefen der Frage nach der Entwicklung des Petitionswesens möchte ich einen kurzen Blick auf die Petitionsverfahren anderer Bundesländer werfen.

Die rechtlich größten Unterschiede finden sich sicherlich im eben erwähnten Umgang mit Sammelpetitionen, die häufig Onlinepetitionen sind. Mehrere Länder, insbesondere auch der Petitionsausschuss des Bundestags, bieten die sogenannte öffentliche Petition an und haben Quoren, mit deren Erfüllung Petitionen besonders gewichtet und in öffentlichen Anhörungen behandelt werden können.

Im Gegensatz dazu war der Schwerpunkt der Arbeit des Petitionsausschusses in NRW immer die Individualpetition. Unser Grundsatz ist, dass jede Petition – sei sie von einer Einzelperson per Brief oder Fax versendet oder öffentlichkeitswirksam von Zehntausenden Unterschriften begleitet – gleich bedeutsam für den Ausschuss ist.

(Vereinzelt Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang lohnt sich auch der Blick auf andere Länder, in denen es neben einem Petitionsausschuss auch Bürgerbeauftragte oder Ombudsleute gibt. In mehreren Bundesländern wurden

solche Beauftragten installiert, an die sich Bürgerinnen und Bürger neben den Petitionsausschüssen wenden können.

Wie auch die Rechte der Petitionsausschüsse sind die Funktionen und Rechte der Bürgerbeauftragten von Land zu Land verschieden. Gerade in NRW ist der Petitionsausschuss mit Art. 41a der Landesverfassung rechtlich besonders stark ausgerüstet.

Es hat sich bewährt, dass die Bearbeitung von Petitionen, also die Kontrolle der Verwaltung, nach wie vor an einem Ort angesiedelt ist, der zur Verwaltungskontrolle berufen ist, nämlich beim Parlament.

Um die ureigene Funktion unseres Petitionsausschusses aufzuzeigen, seine Stärken und Möglichkeiten zu verdeutlichen und sie in den Kontext mit den Belangen unserer Bürgerinnen und Bürger zu setzen, gehe ich nun auf die Statistik und einige Fälle ein, die wir im letzten Halbjahr bearbeitet haben.

Die Anzahl der Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern an den Landtag sind, wie bereits erwähnt, unverändert hoch. Auch im Jahr 2019 werden den Landtag über 5.000 Petitionen erreicht haben.

Ansteigend ist, wie gesagt, die Zahl der Eingaben, denen als Anlagen Unterschriftenlisten beigelegt sind. Diese wurden häufig zuvor auf privaten Petitionsplattformen gesammelt. Im ersten Halbjahr 2019 sind beim Landtag 2.830 Eingaben eingegangen. In derselben Zeit haben wir 2.800 Eingaben beraten und dazu einen Beschluss gefasst.

Deutlich erhöht und damit ein Schwerpunkt der Arbeit des Petitionsausschusses im ersten Halbjahr waren Eingaben aus dem Sozialrecht. Hier wurden 700 Petitionen im Ausschuss beraten; das sind fast 25 % der gesamten Eingaben.

Zugenommen hat die Anzahl der Petitionen im Schwerbehindertenrecht, insbesondere in denen eine Parkerleichterung für schwerbehinderte Menschen und die Feststellung des Merkzeichens „aG“ im Schwerbehindertenausweis erbeten wird.

Verschiedene Sammelpetitionen erhielten wir aus forensischen und psychiatrischen Anstalten im Land. Der Ausschuss hat in mehreren Einrichtungen Erörterungen durchgeführt und mit Patienten, Anstaltsleitungen und Beschäftigten gesprochen.

Es wurden vor allem Überbelegungen, geringe Therapiemöglichkeiten und fehlende Lockerungen beklagt, was überwiegend darauf zurückzuführen ist, dass immer weniger Fachpersonal für diese sehr schwierige Aufgabe gefunden werden kann.

Oft wurden auch die Nichtgewährung und die Kürzung von Sozialleistungen beanstandet. So haben beispielsweise nicht gewährte Mehrbedarfe und auch Rückzahlungen von Energieversorgern für

Strom- und Heizkosten, die als zufließendes Einkommen den Sozialleistungsempfängern anzurechnen sind, Probleme geschaffen.

Darüber hinaus erhielten wir zahlreiche Eingaben zu grundsätzlichen Beschwerden über den Umgang des Jobcenters oder des Sozialamts mit den Sozialleistungsempfängern.

Ein zunehmend auftretendes Problem ist dabei, dass es immer weniger geeigneten Wohnraum für Sozialleistungsempfänger gibt. Hier spielen die Angemessenheitsgrenzen, die von den Behörden vorgegeben werden, eine bedeutende Rolle.

So lässt sich heutzutage eine 45-m²-Wohnung zu einem angemessenen Preis wesentlich schwieriger finden als dies zum Beispiel noch vor zehn Jahren der Fall war. Der Petitionsausschuss beriet dazu zahlreiche Eingaben, darunter Petitionen alleinerziehender Mütter, deren Kinder eine Ausbildung begannen oder die gemeinsame Wohnung verließen, denen dann Leistungskürzungen drohten. Hier konnten wir oft zu einer guten Lösung verhelfen.

Unverändert hoch ist der Anteil der Eingaben aus dem Ausländerrecht. Dort hat der Petitionsausschuss 551 Eingaben abgeschlossen; das sind über 20 % aller Beschlüsse.

Im Themenfeld „Bauen, Wohnen, Verkehr und Umwelt“ hat sich der Petitionsausschuss eingehend mit dem Klimaschutz befasst, nachdem ihn eine Vielzahl von Eingaben von Bürgerinnen und Bürgern mit diversen Forderungen für den Klima- und Umweltschutz erreicht hat.

Der Petitionsausschuss teilt die Ansicht, dass der Umwelt- und Klimaschutz von herausragender Bedeutung ist, und er erwartet in diesem Bereich auch in Zukunft eine höhere Anzahl an Eingaben.

Wie auch im letzten Jahr hatten wir im ersten Halbjahr 2019 wieder eine höhere Anzahl an Eingaben, die dem Bereich des Rundfunkrechts zuzurechnen sind. Generell ist die Anzahl an individuellen Eingaben zu Rundfunkgebühren in den letzten Jahren zurückgegangen.

Uns hat in diesem Jahr jedoch eine Sammeleingabe beschäftigt, in der sich zahlreiche Unterstützer für eine Befreiung von der Rundfunkbeitragspflicht für Absolventen der sogenannten Freiwilligendienste einsetzten, also diejenigen meist jungen Menschen, die sich beispielsweise in einem freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahr für die Gesellschaft engagieren.

Da die Absolventen der Freiwilligendienste nur eine geringe Aufwandsentschädigung erhalten, soll ihnen – so die Forderung der Petition – der Rundfunkbeitrag erlassen werden.

Wir haben diese Eingabe nach intensiven Beratungen und Anhörungen im Petitionsausschuss an den

zuständigen Fachausschuss überwiesen und werden sehen, ob bei der nächsten Überarbeitung des Staatsvertrages die Forderung der Petenten aufgegriffen wird.

Zahlreiche Petitionen beschäftigen sich auch mit der Frage der Rundfunkgebühren für Zweitwohnungen, für die nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts kein Rundfunkbeitrag mehr zu entrichten ist.

Aus dem Bereich „Schule und Hochschule“ wurden diesmal weniger Petitionen abgeschlossen. Aktuell berät der Petitionsausschuss jedoch mehrere Themen, zu denen zahlreiche Eingaben eingegangen sind. Das sind beispielsweise der Stichtag für die Einschulung, die Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern und die Besetzung von Schulleitungsstellen.

Aktuell beschäftigt viele Bürgerinnen und Bürger die je nach Bundesland unterschiedlich geregelte Vorgehensweise bei Einschulungen. Es geht dabei konkret um die Festlegung eines Stichtags, ab dem die Schulpflicht für alle sechsjährigen Kinder beginnt.

Den Petitionsausschuss erreichte dazu eine Massenpetition mit über 40.000 Unterstützern. Hinzu kamen zahlreiche Einzelpetitionen, in denen sich Eltern konkret gegen die aus ihrer Sicht zu frühe Einschulung ihres Kindes wehrten.

Der Petitionsausschuss hat daher im September 2019 einen gemeinsamen Erörterungstermin mit den Sprecherinnen und Sprechern des Ausschusses für Schule und Bildung durchgeführt und wird die Eingabe im nächsten Jahr abschließen.

Die Erfolgsquote des Ausschusses ist seit vielen Jahren stabil hoch und liegt diesmal bei fast 40 % der Eingaben.

Weitere 23 % der Petitionen werden auf sonstige Weise erledigt – etwa indem wir eine allgemeine Beratung leisten oder bei der Überweisung an eine andere Stelle helfen.

Bei 37 % der Eingaben konnten wir leider keine rechtliche Verbesserung erreichen. In diesen Fällen ist aber nicht zu unterschätzen, dass die Bürgerinnen und Bürger durch das Petitionsverfahren und die erneute Überprüfung der Behördenentscheidung diese möglicherweise besser verstehen und die Akzeptanz für die Entscheidung steigt.

Dazu passen die Ergebnisse einer Umfrage, die das Statistische Bundesamt durchgeführt hat: Danach ist die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger mit ihren Behörden überwiegend zufrieden. Die Menschen vertrauen insbesondere auf deren Unbestechlichkeit und auf die Diskriminierungsfreiheit.

Allerdings kritisieren viele Bürgerinnen und Bürger die schwierige und unverständliche Amtssprache; sie schaffe oft Missverständnisse.

Diese Gefahr von Missverständnissen können wir aus der Arbeit im Petitionsausschuss bestätigen. Oft können im Petitionsverfahren Irrtümer und Fehlschlüsse über den Sachverhalt oder über die Auslegung der Gesetze ausgeräumt werden.

Ich möchte hier einige Petitionen vorstellen:

Die nachfolgende Petition aus dem Bereich „Soziales“ ist beispielhaft für viele andere Eingaben aus dem Sozialrecht; es ist zu vermuten, dass den Ausschuss auch in Zukunft ähnliche Schicksale beschäftigen.

Der Petent pflegt seit mehreren Jahren seine auf den Rollstuhl angewiesene Ehefrau, die schwer an Demenz erkrankt ist. Sie leben in einer nordrhein-westfälischen Großstadt. Damit beide ihr Leben möglichst selbstbestimmt weiterführen konnten, stellte der Ehemann für seine Ehefrau einen Antrag auf Schwerbehinderung mit dem Merkzeichen „aG“ – außergewöhnliche Gehbehinderung.

Dieses Merkzeichen bedeutet, dass sich solche Menschen wegen der Schwere ihres Leidens dauernd mit fremder Hilfe oder nur mit großer Anstrengung außerhalb ihres Kraftfahrzeuges bewegen können. Mit dieser Einstufung hätte der Ehemann das Recht auf einen Parkplatz für behinderte Menschen haben können.

Ohne dieses Merkzeichen musste er bei Arztterminen oder zu sonstigen Gelegenheiten den Rollstuhl seiner Frau aufwendig entladen, und er erlebte die Ablehnung anderer Verkehrsteilnehmer, die ihn ansprachen und ihm vorwarfen, den Verkehr zu behindern, wenn er den Rollstuhl auf normalen Plätzen auslud.

Dem Antrag fügte er ein aktuelles Pflegegutachten bei. Dies reichte den Behörden aber nicht. Das Amt lehnte den Antrag ab. Im Rahmen des Widerspruchsverfahrens reichte der Petent weitere ärztliche Bescheinigungen ein. Dennoch entschieden die Behörden, dass eine Nachbegutachtung erforderlich sei, die aber erst in einigen Monaten hätte durchgeführt werden können.

Der Petitionsausschuss beraumte kurzfristig einen Erörterungstermin vor Ort an und holte alle Beteiligten an den Tisch. Auch die erkrankte Ehefrau nahm an dem Termin teil. Alle erkannten sofort, dass sich der Gesundheitszustand wesentlich verschlechtert hatte.

Die Behörden erbatun zunächst Bedenkzeit, meldeten sich aber nächsten Tag und verzichteten auf die erneute Begutachtung. Mithilfe der bereits eingereichten Gutachten und der Erörterung erhielt der Petent das beantragte Merkzeichen durch die Behörde.

Durch das Petitionsverfahren blieb dem Petenten erspart, sich mit weiteren Schritten und Schreiben gegen den ablehnenden Bescheid wehren zu müssen. Nun kann er mit seiner Ehefrau die Behindertenparkplätze in Anspruch nehmen.

Seitens des Ausschusses erkennen wir, dass wir generell die Beurteilung von Gehbehinderungen überdenken müssen. Die Behinderungen sind in der heutigen Zeit anders: weniger offensichtlich, aber gleichwohl nicht weniger belastend. Darauf müssen sich auch die Entscheidungsträger in den Behörden einstellen. Der Petitionsausschuss wird dieses Thema weiter begleiten.

Verkehrsstatistiken zeichnen nicht immer zutreffend ein Bild der Realität. Das zeigt der folgende Fall. Die Petenten leben aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters in einem Altenwohnheim, das an einer Ortsdurchgangsstraße liegt.

Sie setzen sich mit ihrer Eingabe dafür ein, dass vor Ort ein Zebrastreifen ähnlich einem Fußgängerüberweg eingerichtet werden sollte, um gerade älteren Menschen das sichere Überqueren der Straße zu ermöglichen.

Insbesondere während des morgendlichen Berufsverkehrs sei dies unmöglich. Die zuständigen Behörden standen dem Begehren der Petenten ablehnend gegenüber und verwiesen auf eine entsprechende Verkehrszählung, die belegen sollte, dass die statistisch erhobene Zahl an Überquerungen pro Stunde keinen Zebrastreifen rechtfertigen würde.

Der Petitionsausschuss machte sich ein eigenes Bild vor Ort. Bereits nach wenigen Minuten war offensichtlich, dass die der Entscheidung zugrunde gelegten Daten überholt waren. Daraufhin einigten sich die Beteiligten, auf die zuständigen Behörden dahingehend einzuwirken, erneut eine Zählung des Verkehrsaufkommens durchzuführen und dann erneut über den Antrag zu beraten.

Eine typische Situation im ländlichen Raum hatte der Petitionsausschuss ebenfalls zu verhandeln, nämlich die Nutzung von Grundstücken für gewerbliche Tierhaltung. In einem Fall meldete sich ein Tierschutzverein beim Petitionsausschuss und bat um Unterstützung. Man plane schon lange die Ansiedelung einer Tierauffangstation für Hunde und habe auch ein entsprechendes städtisches Grundstück gefunden. Seit zwei Jahren versuche man nun, dieses auch zu kaufen und mit dem Bau zu beginnen, die Stadt weigere sich aber, ohne nähere Gründe anzugeben.

Der Ausschuss erörterte den Fall mit allen Beteiligten, und viele Missstände lösten sich auf. Die Stadt erklärte, dass man wegen der bereits geplanten Ansiedelung von Industriegebieten das vom Verein ins Auge gefasste Grundstück nicht an den Tierschutz geben wolle. Tiere seien im Gewerbegebiet dann nicht mehr gut aufgehoben.

Stattdessen versprach die Stadt, ein anderes Grundstück für eine Veräußerung an den Petenten in Erwägung zu ziehen und den Tierschutzverein zu unterstützen – eine gute Lösung für den ehrenamtlichen Verein und den Tierschutz.

In den Eingaben aus dem Ausländerrecht liegen die Schwerpunkte nach wie vor bei der Aufenthaltsgewährung. Dabei ist oft entscheidend, ob die Geflüchteten ihre Identität oder ihren Familienstand nachweisen können. Oft entstehen dadurch Folgeprobleme, wie der folgende Fall zeigt.

Eine Bürgerin wandte sich an den Petitionsausschuss, da sie ihren Verlobten heiraten wollte, was aber mangels wichtiger Dokumente seit einiger Zeit nicht möglich war. Bei ihrem Verlobten handelte es sich um einen Flüchtling aus dem Iran, der mit seinem Reisepass als Identitätsnachweis eingereist war.

Bei seiner Einreise musste er bei einer Bundesbehörde seinen Pass abgeben. Als der Petent diesen zu einem späteren Zeitpunkt zurückverlangte, war der Pass nicht mehr auffindbar. Dadurch war eine Eheschließung zunächst nicht möglich.

Nach Intervention des Petitionsausschusses konnte die Ausländerbehörde durch Nachforschungen den Aufenthaltsort des Passes ermitteln. Der Pass liegt inzwischen vor, und die Identität ist geklärt. Die Eheschließung kann nun beim Standesamt stattfinden.

Dies waren einige Petitionsbeispiele, die wir in der vergangenen Zeit bearbeitet haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal bei allen Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses bedanken, die auch in diesem Jahr unserer Tradition gefolgt sind, trotz politisch unterschiedlicher Sichtweisen die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt unserer Arbeit zu stellen, und stets zu einem einstimmigen Beschluss gekommen sind. So konnten wir, wann immer es möglich war, den Petitionen zum Erfolg verhelfen.

Zum Ende dieses Berichtes möchte ich noch auf die vielleicht wichtigsten Akteure des Petitionswesens in Nordrhein-Westfalen eingehen: Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Petitionsreferats machen eine unverzichtbare Arbeit, welche das Bearbeiten der vielen Verfahren überhaupt erst möglich macht.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und Andreas Keith [AfD])

Die Leistung des Petitionsreferats zeichnet sich durch unermüdliche Akribie und Hingabe aus, die dem Ausschuss und somit auch allen Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes zugutekommen. Stellvertretend für alle Mitglieder des Ausschusses danke ich Ihnen für Ihre Arbeit und die hervorragende Unterstützung des Petitionsausschusses.

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP, den GRÜNEN und Andreas Keith [AfD])

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit, wünsche Ihnen allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr. – Glück auf!

(Beifall von der CDU, der SPD, der FDP und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Schnelle. Im Namen des Hohen Hauses danke ich dem stellvertretenden Vorsitzenden des Petitionsausschusses für seinen Bericht.

Ich möchte ebenfalls die Gelegenheit nutzen und im Namen des Hohen Hauses allen Mitgliedern des Petitionsausschusses sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des zuständigen Landtagsreferats für ihre geleistete Arbeit herzlich danken. Wir wissen, welche Arbeit Sie leisten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir wissen auch, welche Arbeit das Petitionsreferat leistet, damit der Ausschuss die vielen Bürgereingaben hoffentlich auch im nächsten Jahr so erfolgreich bearbeiten kann, wie wir es im Bericht gehört haben. Ganz herzlichen Dank auch im Namen des Hohen Hauses.

(Beifall von der CDU, der FDP und Andreas Keith [AfD])

Wir kommen zu:

6 Mehr Zeit für angepasste Aufforstung – zeitgemäße Änderung im Landesforstgesetz

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8106

Diesen begründet nun für die CDU-Fraktion Herr Kollege Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist ein gutes Zeichen, dass sich der Landtag in seiner letzten Sitzung des Jahres mit der schwierigen Situation der Wälder in Nordrhein-Westfalen beschäftigt – rechnet man die Ausschussberatungen mit, übrigens zum 13. Mal. Wir alle gemeinsam lassen den Wald in Nordrhein-Westfalen nicht im Stich. Ich glaube, das ist die wichtige Botschaft für heute.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir stehen an der Seite aller, die mit uns für den Wald in Nordrhein-Westfalen arbeiten. Der Klimawandel macht dem Wald zu schaffen. Stürme, Hitze, Dürre, Borkenkäfer und Krankheiten sind gerade dabei zu

zerstören, was über Generationen gewachsen ist und worauf wir heute und in weiteren Generationen angewiesen sind.

Es gibt aber immer noch Leute – das haben wir heute Morgen erst wieder gehört –, die sich hierhin stellen und sagen: Klimawandel? Den gibt es doch gar nicht. – Da frage ich mich: Wie blind müssen diese Leute eigentlich durch unser Land fahren?

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Im Moment steht die Krisenbewältigung im Vordergrund. Wir von CDU und FDP möchten uns wirklich bei allen, die mit dem Wald zu tun haben, bedanken. Was Sie im letzten Jahr und auch in diesem Jahr geleistet haben und mindestens noch im kommenden Jahr, wahrscheinlich aber noch länger leisten werden, ist großartig und mehr, als man erwarten kann. Aber es ist notwendig. Herzlichen Dank Ihnen allen.

(Beifall von der CDU, der FDP und den GRÜNEN)

Die Schmallenberger Erklärung vom September und der Waldpakt vom November dieses Jahres sind Dokumente dieser Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Betroffenen. Frau Ministerin, das sind genau die richtigen Zeichen und Ziele in der schwierigsten Phase, die der Wald in der 75-jährigen Geschichte Nordrhein-Westfalens bisher erlebt hat.

Jetzt ist die Zeit für unbürokratische Hilfe. Die Taskforce Käfer arbeitet gut. Das Umweltministerium hat Ad-hoc-Hilfen von erst 1 Million, dann 6,2 Millionen, mittlerweile 9,2 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Und die Gelder fließen ab. Sie kommen an. Und für die Aufforstung werden 100 Millionen Euro aus Landesmitteln bereitstehen – fest zugesagt.

Mit unserem heutigen Antrag wollen wir mehr Zeit für die Verpflichtung zur Wiederaufforstung geben. Wenn kein Pflanzgut vorhanden ist, wenn der Boden zu trocken ist, wenn nicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, wenn aufgrund der Knappheit die Preise für die Ersatzbäume, also für das Pflanzgut, steigen und die Waldeigentümer eigenes Saatgut gewinnen und selbst Pflanzen ziehen wollen, brauchen sie dafür mehr Zeit. Nach Einschätzung der Waldbauern wird die Wiederaufforstung mindestens sechs Jahre, vielleicht sogar noch mehr Zeit benötigen.

Meine Damen und Herren, wir erwarten, dass die Regeln und Fristen so gesetzt werden, dass sie die Waldbesitzer nicht überfordern.

(Beifall von der CDU)

Zum Schluss will ich noch ein zukunftsweisendes Thema für den Wald ansprechen. Der Wald hat unzählige Aufgaben, die er für uns alle erbringt, und zwar kostenlos: Sauerstoffproduktion, Wasserbindung, Lebensraum für Wild, Erholung, Biodiversität,

Erosionsschutz, CO₂-Filterung und CO₂-Bindung sowie Produktion von Holz. Lediglich durch den Verkauf von Holz kann ein Erlös erzielt werden.

(Norwich Rüste [GRÜNE]: Und durch die Jagd!)

Dieser Erlös wird jetzt aber über Jahre ausfallen. Je höher der Anteil von Laubholz, Herr Rüste, in den neuen Wäldern sein wird, desto geringer werden die Einnahmen sein, und desto später werden sie anfallen.

Jetzt ist der Zeitpunkt, zu dem wir den Einstieg brauchen und auch schaffen können. Es geht darum, Ökosystemleistungen des Waldes nicht nur zu loben, sondern auch finanziell zu vergüten.

Dies fällt umso leichter, als dass die Bäume die einzige natürliche Möglichkeit sind, CO₂ aus der Atmosphäre zu filtern und langfristig zu binden. Durchschnittlich bindet 1 ha Wald jährlich 10 t Kohlendioxid. Schlaue Leute haben ausgerechnet: insgesamt in Nordrhein-Westfalen jährlich 18 Millionen t CO₂. Das sind etwa 6 % der CO₂-Emissionen in unserem Bundesland.

Meine Damen und Herren, Bäume pflanzen und erhalten ist eine Leistung, von der die Allgemeinheit profitiert. Sie muss sich auch für die Waldbesitzer finanziell auszahlen. Deshalb unterstützen wir ausdrücklich die Forderung nach einer Baumprämie durch den Bund und ermutigen die Landesregierung – ich schaue noch einmal zur Ministerin –, vorab die kleine Schwester, den NRW-Waldfonds, an den Start zu bringen.

(Michael Hübner [SPD]: So klein ist die gar nicht!)

Über diese Konzepte können und sollten wir in den nächsten Wochen diskutieren. Uns ist es aber wichtig, dieses Zeichen rechtzeitig vor dem Fest an die Betroffenen und an die Öffentlichkeit zu senden.

Ich wünsche Ihnen allen vonseiten der Umweltpolitiker der CDU – andere kommen ja auch noch dran – ein gesegnetes Weihnachtsfest und hoffe, dass wir im nächsten Jahr gemeinsam und engagiert für die Umwelt in unserem Land zusammenarbeiten werden. Alles Gute!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Jetzt spricht Herr Diekhoff für die FDP-Fraktion.

Markus Diekhoff* (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die letzten beiden Jahre haben dem Wald massiv zugesetzt. Wie hoch die Schäden genau sind, weiß niemand. Man hat es noch gar nicht erfassen können. Vieles

wird sich erst in den nächsten Monaten zeigen. Vielleicht werden wir sogar erst in einem Jahr oder zwei Jahren wissen, wie verheerend die Trockenheit wirklich war. Jetzt sind schon über 18 Millionen m³ Schadholz angefallen. Das ist mehr als bei „Kyrill“. Das zeigt die Dimension.

Um es noch einmal anders deutlich zu machen: Wir haben alleine an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen rund 30.000 km Straße, die direkt an einem Wald liegen, also nicht an Büschen und Randbepflanzung, sondern wirklich an Wald.

Alleine im Bereich der Verkehrssicherungspflicht ist es ein immenser Aufwand, die Bäume, die dort stehen, herauszuholen, sie zu fällen und zu sichten. Gerade Buchen verlieren teilweise völlig unvermittelt große Äste oder Teile ihrer Krone, auch wenn sie noch grün sind. Das ist für den Laien also gar nicht erkennbar.

Wir haben 150.000 Waldbesitzer, die irgendwie koordiniert werden müssen, damit man dort auch herankann.

Wir haben die Problematik der Straßensperrungen. Haben Sie einmal versucht, eine Bundesstraße zu sperren? Allein durch den bürokratischen Aufwand wird jede Menge Personal gebunden.

Insofern ist dieses Problem nicht so einfach lösbar. Die Waldbauern und Förster haben da eine gewaltige Aufgabe vor sich, die nicht lediglich mit einem schlechten Erntejahr vergleichbar ist. Denn die Schäden betreffen eine ganze Generation. Diese Schäden betreffen auch nicht nur einen Unternehmer, sondern haben Einfluss auf die gesamte Gesellschaft. Die Funktion des Waldes – das wurde vorhin schon dargestellt – ist an dieser Stelle gefährdet. Mit dieser Gemeinschaftsaufgabe lassen wir die Waldbesitzer nicht alleine.

FDP, CDU und die gesamte Landesregierung arbeiten deswegen mit Hochdruck daran. Wir haben schon mehrfach hier im Hause darüber gesprochen. Wir haben im Rahmen unserer Möglichkeiten, nämlich mit mehreren Anträgen, Unterstützung zugesichert.

Wir sind der Landesregierung für die intensive Arbeit sehr dankbar – auch Frau Heinen-Esser, die sich wirklich toll gekümmert hat. Mit der Taskforce im Umweltministerium, mit dem Waldbauernkonzept, mit der Schmallenberger Erklärung und mit dem Waldpakt – auch mit unserem Ministerpräsidenten – sind viele richtige und wichtige Dinge auf den Weg gebracht worden. Damit haben wir signalisiert, dass wir unsere Waldbesitzer nicht alleine lassen.

Forstwirte und vor allem unser Landesbetrieb Wald und Holz – das hat Rainer Deppe gerade richtigerweise ausgeführt – sind hier massiv eingebunden. Das Engagement unserer Landesbediensteten in

diesem Bereich geht momentan weit über das Normale hinaus. Es ist wirklich beeindruckend. Auch an dieser Stelle meinen herzlichen Dank dafür!

(Beifall von der FDP und der CDU)

In dieser angespannten und schwierigen Situation muss jetzt noch eine möglichst klimastabile Wiederaufforstung organisiert und durchgeführt werden. Nach der geltenden Rechtslage bleibt dafür nicht allzu viel Zeit. Wir sind aber sowohl auf die Personalressourcen als auch auf Forstpflanzen und Samen angewiesen. Um zu verhindern, dass unsachgemäße Entscheidungen bei der Wiederaufforstung ergehen, werden wir mit dem heute eingebrachten Antrag die entsprechenden und angemessenen Zeiträume ermöglichen.

Es ist nämlich wichtig, einen naturnahen, aber aus meiner Sicht auch leistungsstarken Wirtschaftswald zu erhalten bzw. neu zu denken. Denn die Leute wollen mit Holz bauen, mit Holz heizen und mit Holzmöbeln wohnen. Außerdem fordern sie Papier- statt Plastiktüten. Diese Bedürfnisse muss der Wald in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft erfüllen können.

Dazu gehört dann auch eine Offenheit bei der Auswahl der nun anzupflanzenden Bäume. Die seriösen Förster, mit denen ich bei Begehungen von Schäden vor Ort gesprochen habe, fordern alle einen bunten Mix. Denn niemand weiß, welche Baumart sich in Zukunft wirklich durchsetzen wird. Deshalb gehört aus unserer Sicht auf jeden Fall auch die Douglasie oder die Küstentanne, die Robinie oder die Zeder zu den Bäumen, die wir jetzt im Wald brauchen. Ideologische Denkverbote bringen uns da nicht weiter. Es steht zu viel auf dem Spiel.

Das sind wir sowohl den Verbrauchern als auch unserem Wald schuldig. Wir sind es aber auch den Waldbesitzern schuldig. Denn Wald hat Wert, und Wald muss auch Ertrag bringen können. Da lassen wir die Familienunternehmen nicht im Stich. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Diekhoff. – Jetzt spricht für die SPD-Fraktion Frau Kollegin Watermann-Krass.

Annette Watermann-Krass (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es hier schon mehrfach erörtert: Der Zustand der Wälder ist so schlecht wie noch nie. Der aktuelle Waldzustandsbericht dieses Jahres hat das eindrücklich dargestellt. Vier von fünf Bäumen sind nicht gesund. Die letzten Dürrejahre und die Borkenkäfer haben in sehr kurzer Zeit zu diesem Ergebnis geführt. Ein Ende dieser Entwicklung ist auch noch nicht absehbar.

Bei vielen Waldterminen vor Ort in ganz Nordrhein-Westfalen konnte ich – wie auch viele andere Kolleginnen und Kollegen – die Tragweite dieser Entwicklung selbst erleben. Den zahlreichen Betroffenen vor Ort haben wir auch ein entschlossenes Handeln versprochen.

Die Tragweite des Waldsterbens ist zu groß – das sage ich an dieser Stelle auch –, als dass man dieses Thema zur parteipolitischen Auseinandersetzung nutzen sollte.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das finde ich auch!)

Wichtig ist, dass die Maßnahmen, die in verschiedenen Erklärungen – Sie haben es eben erwähnt – angekündigt wurden, auch zeitnah in die Tat umgesetzt werden.

Jetzt zu Ihrem Antrag: Der Antrag nimmt einen wichtigen Aspekt im Rahmen des aktuellen Waldsterbens auf. Neben der schnellen und unbürokratischen Hilfe soll mit diesem Antrag das Landesforstgesetz in § 44 geändert werden. Darin kann man lesen, dass die Pflicht besteht, Wald bei Kahlschlägen in einer Frist von zwei Jahren wieder aufzuforsten. Da sage ich auch: Da brauchen wir vielleicht mehr Zeit.

Es ist also sinnvoll und richtig, die aktuelle Frist von zwei Jahren so aufzuweichen, dass die Wiederbewaldungsmaßnahmen nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis machbar sind.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja!)

Das Ziel dabei ist natürlich, für klimaresistente Mischwälder zu sorgen, die – so meinen wir – auch nach dem Waldbaukonzept Nordrhein-Westfalen zu fördern sind.

Allerdings gebe ich zu bedenken, dass Anpflanzungen mit EU-Fördermitteln – und nichts anderes ist das, was der Bund uns auf die Länderebene durchreicht – nach den entsprechenden Vorgaben zu leisten sind. Hier ist das Land aufgefordert, die Fristen einzuhalten und dieses dann auch rechtskonform umzusetzen.

Nun zu Ihrer weiteren Forderung: Der Bund soll die sogenannte Baumprämie einführen. Es ist schön, dass die Union mittlerweile auch erkannt hat, dass von der CO₂-Bepreisung auch der Wald, der im Wesentlichen als CO₂-Speicher dient, profitieren kann. Wir legen allerdings Wert darauf, den Wald mit seiner gesamten Ökosystemleistung zu betrachten. Der Wald speichert CO₂, hält die Luft sauber und schützt das Grundwasser. Deswegen begrüßen wir prinzipiell, eine Neuausrichtung dieser Ökosystemleistung zu honorieren.

Der Bund unterstützt uns als Bundesland mit weitreichenden Finanzhilfen. In den nächsten vier Jahren steht fast 1 Milliarde Euro für die vom Klimawandel betroffenen Wälder zur Verfügung. Diese Gelder werden vor allem für den Waldumbau und die Förderung des Holzbaus genutzt. Im November 2019 hat sich der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages ja dazu entschlossen.

Doch am Geld wird der Waldumbau nicht scheitern. Seit 2015 wurden rund 440 Millionen Euro Bundes- und Ländermittel im Rahmen der GAK, der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“, nicht abgerufen. Auch NRW hat hier in den letzten Jahren nicht das abgerufen, was möglich gewesen wäre. Deshalb ist es ein Gebot der Stunde, die Förderungsmaßnahmen anzupassen. Sie müssen praktikabel werden und als zentrales Förderinstrument dringend reformiert werden. Es muss wirklich so sein, dass EU-Mittel dann auch abzurufen sind.

Ich appelliere daher an Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, im Bund mit uns und natürlich mit Ihrer Ministerin Klöckner dafür zu sorgen, dass die Förderung unserer Wiederbewaldung unbürokratischer und einfacher möglich sein kann.

Die klimatische Ökosystemleistung unserer Wälder muss honoriert werden. In der Bepreisung von CO₂ muss dies eine Berücksichtigung finden. Schlussendlich ist es eine Frage der Systematik, wie diese Systemleistung stärker berücksichtigt werden kann.

Wir werden daher Ihrem Antrag heute hier zustimmen. Auch wir bedanken uns natürlich vor allem bei den Leuten im Wald, die diese Riesenherausforderung zurzeit bewältigen, und wünschen Ihnen allen gesegnete Weihnachten. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD, der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Watermann-Krass. – Jetzt spricht für die grüne Fraktion Herr Kollege Rüße.

Norwich Rüße^{*)} (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei diesem Thema kann ich es ja ein bisschen ruhiger machen.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Das ist eine gute Idee!)

– Das freut auch die Ministerin. – Es ist schon einiges zur Situation des Waldes gesagt worden. Herr Deppe hat sie noch einmal umfangreich beschrieben. Wir haben es tatsächlich im Ausschuss und hier im Plenarsaal immer wieder diskutiert. Daher brauche ich auch nicht viel dazu zu sagen.

Ihren Antrag – das nehme ich vorweg – werden wir mittragen und unterstützen. Wir hätten ihn selbst allerdings etwas anders geschrieben.

An einer Stelle beschreiben Sie – das taucht auch bei den Feststellungen auf –, dass der Wald unter dem Klimawandel und den Borkenkäfern gelitten hat. Zur Ehrlichkeit und zur Wahrheit gehört doch dazu, dass wir auch einmal zugeben: Er hat vor allem da gelitten, wo wir Menschen waldbauliche Fehler gemacht haben.

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja!)

Das müssen wir einfach so attestieren.

(Zuruf von Rainer Deppe [CDU])

– Ja, Herr Deppe, Sie sind sich da nicht so sicher. – Ich glaube, dass man sich da sicher sein kann. Schauen Sie sich auf den Waldschadensbildern an, wo wir großflächige Schäden haben. Das ist dort der Fall, wo es Fichtenkulturen in ganz großem Stil gibt. Daran werden wir herangehen müssen. Das ist unser gemeinsames Ziel. Es steht auch im Waldbaukonzept drin. Der Umbau Richtung Mischwald wird kommen. An dieser Stelle sind wir uns auch einig.

Ich finde es wichtig, zu sagen, dass wir als Menschen eingegriffen und Fehler gemacht haben. Denn jetzt stehen wir wieder vor der Frage, was wir konkret machen können. Deshalb finde ich den Punkt in Ihrem Antrag, bei dem es darum geht, das Ganze noch einmal zu schieben, um den Druck herauszunehmen und Zeit zu gewinnen, gut. Alle Waldbauern und Waldbäuerinnen, aber auch wir als Politikerinnen und Politiker müssen noch einmal genau überlegen, was der richtige Weg ist.

Nun komme ich zu Ihnen, Herr Diekhoff. Ja, über Küstentanne, Douglasie, Zeder usw. können wir reden; gar keine Frage. Aber beim Waldbauernverband weiß man genau, dass man zwar im Einzelfall einen kleinen Drubbel Weißtannen hineinsetzen kann, dass das aber nicht die große Lösung ist.

Ich finde es allerdings etwas bedenklich, dass der Grundbesitzerverband erklärt hat, es müsse auch in künftigen Wäldern deutlich mehr Nadelbaumeinsatz möglich sein. Freiherr von Elverfeldt sollte noch einmal darüber nachdenken, ob das, was er da gesagt hat, wirklich unserem gemeinsamen Ziel dienlich ist.

Es wird ja immer argumentiert, am Ende stehe der Holzeinkäufer, der doch Nadelholz haben wolle. In der Rheinterrasse gab es die Veranstaltung „Wald in Klimastress“. Diese Veranstaltung fand ich super; sie war wirklich gut. Professor Dederich hat dort über Bauen mit Holz gesprochen und Vergleiche zur Schweiz gezogen. Er hat uns ein Haus aus Erle oder Esche – ich bin mir nicht mehr sicher – vorgestellt und gesagt, dass man dieses Haus in Deutschland

nicht bauen könne, weil hier im Baubereich von den Laubholzarten nur Buche und Eiche zugelassen seien; für alles andere brauche man aufwendige Sondergenehmigungen.

Ich finde, es ist an der Zeit, daran heranzugehen. Das muss sich deutlich ändern. Selbstverständlich kann man im Baubereich auch andere Laubholzarten nutzen. Auf diese Art und Weise muss man die Nachfrage nach Laubholz stärken, damit Nadelholz etwas weniger nachgefragt wird. Diese Aufgabe haben wir hier.

Herr Deppe, Sie wohnen näher als ich am Arboretum Wuppertal. Dort kann man sehen, wie die verschiedenen Bäume – sie stehen ja da – die zwei Jahre Dürre überstanden haben.

Frau Peill, ich fände es eine super Idee, wenn wir als Ausschuss einmal nach Brandenburg fahren würden. Wenn es ein Land mit Fichten- und Kiefernplantagen gab, war das die DDR. Aber es gibt dort die Stiftung August Bier. Dort hat man es anders gemacht. Das sind Mischwälder, die man sich anschauen kann. Es ist so ähnlich wie das Arboretum – ich finde sogar, noch ein wenig besser. Das ist ein sehr trockener Standort. In Brandenburg fallen maximal 500 oder 600 mm Niederschlag im Jahr. Wir könnten uns einmal anschauen, welche Bäume dort wachsen.

Vielleicht muss es ja gar nicht die Zeder oder die Douglasie sein. Möglicherweise gibt es in Brandenburg auch heimische Herkünfte, die schon seit langer Zeit mit 100, 200 oder 300 mm weniger Niederschlag auskommen müssen, als wir das hier in Westfalen und im Rheinland gewohnt sind.

Meines Erachtens lohnt es sich also, auch innerhalb Deutschlands genauer nach den Herkünften zu schauen und zu überlegen, welche Bäume wir perspektivisch einsetzen.

Zum Abschluss: Der Antrag ist gut. Ich habe schon angekündigt, dass wir ihm zustimmen werden. Wenn man jetzt die Zweijahresfrist auflöst, ist es aber wichtig, dass man sie nicht in Richtung Sankt-Nimmerleins-Tag auflöst. Das darf natürlich nicht dabei herauskommen. Man muss schon wissen, wo man am Schluss landen will. Irgendwann müssen die Fristen auch wieder greifen. Ich glaube aber, das ist uns allen miteinander klar. Wir stimmen also zu.

Ich bedanke mich bei Ihnen für die schönen Debatten in diesem Jahr und wünsche Ihnen allen ein gutes, gesegnetes Weihnachtsfest. Bis zum nächsten Jahr!

(Beifall von den GRÜNEN und Rainer Deppe [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Rütze. – Jetzt spricht für die AfD-Fraktion Herr Keith.

Andreas Keith* (AfD): Sehr geehrter Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Gleich vorweg: Die Wohlfühlatmosfera werden wir stören. Wir lehnen diesen Antrag ab, und zwar aus einem ganz einfachen Grund: Es ist völlig unzureichend, was Sie hier fordern. Herr Deppe hat das eben hervorragend verdeutlicht. Es ist ein Wohlfühlantrag: Vor Weihnachten sprechen wir noch einmal über den Wald.

In Ihrem Antrag findet sich keine einzige Forderung zu dem, was Sie eben angesprochen haben.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Doch!)

Nicht eine – auch nicht die von Herrn Diekhoff.

Sie haben recht: Die Sicherheit im Wald – sowohl für Fußgänger als auch für Pkw-Führer, die auf Landstraßen in walddreichen Gebieten wie dem Sauerland oder dem Siegerland fahren – ist katastrophal.

Sie haben weder das Personal dafür – das haben Sie überhaupt nicht angesprochen –, Sicherungsmaßnahmen durchzuführen, noch haben Sie die notwendigen Kapazitäten, um das Holz, das dort bearbeitet wird, abzutransportieren oder zu verwerten, indem es beispielsweise gehäckselt wird. Das alles haben Sie nicht.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Die Anträge sind doch gestellt! Das ist doch Blödsinn!)

Das steht in diesem Antrag überhaupt nicht drin. Sie erzählen hier Geschichten, lobhudeln gegenüber der Ministerin, erwähnen Ihren tollen Pakt usw. usf. Aber davon steht hier überhaupt nichts.

Das Lustige bei der Sache ist: Sie führen hier einen Ermessensspielraum an. Wenn es für Sie so wichtig wäre, dass die Waldbauern die Möglichkeit haben, in Zukunft die Wiederaufforstung von Kahlschlagflächen entsprechend lange hinauszuschieben, hätten Sie es doch hineingeschrieben. Dann hätten Sie es so gemacht wie im Bayerischen Waldgesetz. Darin stehen nämlich drei Jahre.

Außerdem hätten Sie sich auch einmal die Unterlagen anschauen sollen. In den Unterlagen zur Wiederbewaldung steht ganz klar, dass es bei Kalamitätsschäden in der Regel drei bis fünf Jahre dauert, bis die Maßnahmen umgesetzt werden können – drei bis fünf Jahre. Man hat nämlich weder das Saatgut noch die Pflanzen noch das Forstpersonal und auch nicht die Rücke- und Abtransportkapazitäten, um das Schadholz aus dem Wald zu bekommen. Das alles hat man nicht.

Dazu steht in Ihrem Antrag nichts. Sie hätten das alles nutzen können, um konkrete Forderungen aufzustellen und somit den Waldbesitzern, den Waldbauern und den Forstbetriebsgemeinschaften unter die Arme zu greifen. Rein gar nichts steht in diesem Antrag.

Wenn Sie als Fraktion das Thema, also das, was Sie hier fordern, einmal so gesucht hätten, wie es die Ministerin bei unserer letzten Umweltausschusssitzung vorgemacht hat – da wurde über ein komplexes Thema gesprochen, und sie hat kurz ihr Handy gezückt, das Stichwort auf der Seite einer recht bekannten Onlinesuchmaschine eingegeben und ein Ergebnis erhalten; ich bezweifle im Übrigen, dass es die Arbeitsmethode einer Ministerin sein sollte, so zu Ergebnissen zu kommen –, hätten Sie festgestellt, dass die Ausnahmeregelungen, auf die Sie hier anspielen, schon längst im Landesforstgesetz vorhanden sind. Jedes Forstamt kann nach seinem eigenen Ermessen eine Verlängerung um zwei Jahre gewähren.

Aber an der Ungerechtigkeit, dass das Forstamt A der Verlängerung der Wiederaufforstung nicht zustimmen muss und das Forstamt B das ganz anders sehen kann, obwohl vielleicht dieselben Schäden vorliegen, ändern Sie gar nichts. Sie räumen höchstens Ermessensspielräume ein, die überhaupt nicht zu mehr Gerechtigkeit, sondern zu Ungerechtigkeit führen.

Deswegen wundert es mich, worüber hier gesprochen wird.

(Norwich Rüße [GRÜNE] schüttelt den Kopf.)

– Herr Rüße, ganz ehrlich: Da können Sie den Kopf schütteln ...

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Da kann man ja auch nur den Kopf schütteln!)

– Dann sagen Sie mir doch, bitte schön, was von all dem, das Sie eben angesprochen haben, sich in diesem Antrag wiederfindet. Rein gar nichts!

Nun zur Baumprämie: Sie fordern Ihre Ministerin auf, sich für eine Baumprämie einzusetzen. Am 10.12.2019, kurz bevor Sie Ihren Antrag eingereicht haben, wurde der Waldpakt verabschiedet. Was haben Ministerin Heinen-Esser, Ihr Ministerpräsident und Frau Scharrenbach da getan? Mehrfach deutlich gesagt, dass sie sich für die Baumprämie einsetzen! – Stimmt das, Frau Heinen-Esser?

(Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ja!)

– Das stimmt. – Das haben Sie auch mehrfach wiederholt. Jetzt fordert Ihre Fraktion Sie auf, sich für diese Baumprämie einzusetzen. Toll!

Diesen Antrag hätten Sie sich, ehrlich gesagt, sparen können. Damit hätten Sie uns viel Zeit gespart. Das Einzige, was dann entfallen wäre, ist: Sie hätten sich selbst bzw. das Ministerium nicht mit Glückwünschen überhäufen können.

Noch ganz kurz zu einem Punkt: Bei der letzten Umweltausschusssitzung sagte Herr Nolten zu uns von

der AfD, wie wenig Inhalt unser Antrag zum Höfesterben habe.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Ganz ehrlich: Wir haben darin sieben klare Forderungen benannt. In Ihrem Antrag stehen drei Forderungen, von denen eine schon erfüllt ist und eine andere bereits längst aufgenommen worden ist. Schauen Sie sich ab und zu auch einmal die Medienberichte an, oder sprechen Sie mit dem Ministerium oder gegebenenfalls dem Förster Ihres Vertrauens. Dann erhalten Sie genau die Informationen, die Sie brauchen, um die Ministerin nicht aufzufordern, etwas zu tun, was schon längst passiert ist.

(Zuruf von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Es tut mir leid; wir können diesem Antrag nicht zustimmen. Wir wünschen Ihnen aber trotzdem eine besinnliche Weihnachtszeit und alles Gute für das neue Jahr. – Danke schön.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Keith. – Nun spricht für die Landesregierung Frau Ministerin Heinen-Esser.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst darf ich mich bei den Fraktionen für die Unterstützung, die durch diesen Antrag sichergestellt ist, bedanken.

Herr Keith, ich kann das, was Sie hier gesagt haben, überhaupt nicht nachvollziehen. Denn ich bin der Meinung, dass dieser Antrag sehr wichtig ist.

Es geht nämlich darum, dass auch der Landtag einen klaren Hinweis in unsere Richtung und in Richtung der Forstämter gibt, dass die Zweijahresfrist wirklich nicht so angewendet werden soll, wie sie in der Vergangenheit angewendet wurde. Das ist die klare Botschaft dieses Hauses: Wir wollen, dass die Waldbesitzer Zeit haben, zunächst mit den Schäden fertigzuwerden, um danach in die Aufforstung einzusteigen. – Das soll mit diesem Antrag erreicht werden.

Außerdem soll mit diesem Antrag erreicht werden, dass es eine landesweite und klare Regelung gibt. Ich bin den Fraktionen, die das unterstützen, dankbar. Ich kann überhaupt nicht verstehen, dass Sie so etwas ablehnen, meine Damen und Herren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Nein, ich gestatte jetzt keine Zwischenfrage mehr.

Vizepräsident Oliver Keymis: Keine Zwischenfrage.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich habe heute schon ganz viele Zwischenfragen beantwortet und möchte jetzt auch einmal in Weihnachtsstimmen kommen.

(Beifall von der CDU, der FDP, Inge Blask [SPD] und Norwich Rübe [GRÜNE])

Herr Keith, wir können uns im Ausschuss weiter streiten.

Meine Damen und Herren, die Jahre 2018 und 2019 haben in vielen Regionen zu erheblichen Schäden geführt. Das wissen wir alle, und wir alle kennen die Situation. Ich bin am letzten Wochenende durch das Bergische Land gefahren und habe gesehen, mit welcher großen Schadensgebieten wir es tatsächlich zu tun haben.

Wir müssen auf mindestens 40.000 ha Waldfläche neue Wälder entstehen lassen. Das ist eine Herkulesaufgabe – auch für die Försterinnen und Förster und die Waldarbeiter. Es wird nicht so einfach zu bewerkstelligen sein, wie man sich das landläufig vorstellt.

Zum Glück – ich bin allen dankbar, die daran mitwirken – stehen dafür jetzt Gelder in Höhe von 10 Millionen Euro pro Jahr im Landeshaushalt zur Verfügung. Insgesamt werden es 100 Millionen Euro sein; denn es werden noch Gelder aus dem Bund dazu kommen. Wir haben also wirklich Möglichkeiten, eine kluge, vernünftige Wiederaufforstung durchzuführen.

Dann wird es auch darum gehen – das ist von meinen Vorrednern weitestgehend angesprochen worden –, die Wiederaufforstungen so zu machen, dass sie tragbar für die Zukunft sind. Denn in der Vergangenheit haben wir schon erlebt, mit welchen Problemen wir zu kämpfen haben, wenn die Aufforstung nicht richtig verläuft. Das Ergebnis haben wir jetzt gesehen.

Wir werden uns Anfang des neuen Jahres intensiv mit den Richtlinien zur Wiederaufforstung beschäftigen müssen – auch mit der Frage, welchen Anteil die Nadelbäume dabei einnehmen.

Wir haben ein Waldbaukonzept Nordrhein-Westfalen vorgelegt, an dem wir uns natürlich orientieren müssen. Jeder Waldbesitzer bei uns in NRW kann im Internet Empfehlungen finden, wie die Aufforstung für sein Gebiet, sein Land, am besten zu regeln ist. Damit haben wir meines Erachtens mittlerweile einen

wirklich guten Instrumentenkasten an Maßnahmen, mit denen wir im Wald vorangehen werden.

Ich bin allen dankbar, die beim Waldkongress mitgemacht und mitdiskutiert haben und zusammen mit uns um Lösungen ringen. Das ist ein ganz guter Weg, auf dem wir heute sind.

Der zweite Aspekt ist die Baumprämie. Meine Damen und Herren, ich halte es für essenziell, dass wir die Ökosystemdienstleistungen des Waldes tatsächlich honorieren. Man kann das nicht oft genug sagen. Soweit ich mich erinnere, hat sich der Landtag noch dazu nicht bekannt. Wir als Regierung machen das. Wir haben dieses Thema in der Schmallenberger Erklärung und im Übrigen auch im Bund eingebracht.

Wenn aber der Landtag Nordrhein-Westfalen heute ein Bekenntnis zur Baumprämie und zu den Ökosystemleistungen des Waldes abgibt, halte ich das für eine herausragende und gute Idee und bedanke mich bei all denen, die daran mitwirken werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Schließlich geht es auch darum, dass wir darüber Bericht erstatten, wie die Wiederaufforstungsgelder verwendet werden und was wir damit machen. Es ist wichtig, dass wir hier im Parlament regelmäßig auch – Rainer Deppe – einen Waldbericht abgeben, wo wir darstellen, wie es um die Schadensbekämpfung und dann um die Wiederaufforstung in Nordrhein-Westfalen bestellt ist.

Ich bedanke mich bei allen ganz herzlich, die an diesem Antrag mitgewirkt haben und ihn unterstützen. – Auch ich darf Ihnen eine frohe und gesegnete Weihnachtszeit wünschen. Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Es wurde eine Kurzintervention von der Fraktion der AfD angemeldet. Bitte schön, Herr Keith.

(Zurufe von der CDU: Och!)

Andreas Keith^{*)} (AfD): Frau Ministerin, Sie haben soeben gesagt, wir lehnten den Antrag ab, Sie fänden das schade, und wir unterstützten es nicht, dass die Fristen entsprechend verlängert werden.

(Zuruf von Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz)

– Natürlich, ich habe es doch gerade gesagt: Wir fordern sogar mehr. Sie räumen einen Ermessensspielraum ein und fordern die Forstämter auf. Ich frage Sie: Welches Forstamt soll denn angesichts der von Ihnen soeben beschriebenen dramatischen Schäden

allen Ernstes entsprechende Anträge zur Verlängerung der Frist der Wiederaufforstung ablehnen?

Wir fordern erstens, dass Sie daraus etwas Gesetzliches machen. Machen Sie es dingfest, damit sich jeder darauf berufen kann. Drei Jahre sind es in Bayern. Wir fordern vier Jahre, und zwar auf Grundlage der vorhandenen Untersuchungen, die besagen, man brauche mindestens drei bis fünf Jahre, um die Schadensflächen so zu räumen und wiederherzustellen, dass man sie wieder beforsten kann.

Zweitens. Sie sprechen von konkreten Maßnahmen. Eine konkrete Maßnahme wäre es zum Beispiel gewesen, die Waldbauern und die Forstbetriebsgemeinschaften entsprechend zu unterstützen, die schon zu Beginn der Kalamität alles Mögliche gemacht haben, um die Schäden aus dem Wald zu räumen. Für jeden Baum, der nicht befallen wird, ist das Geld viel besser angelegt, als Wiederaufforstungsmaßnahmen betreiben zu müssen.

Drittens. Warum haben Sie nicht jetzt schon begonnen, entsprechende Fallen und Lockstoffe anzuschaffen, um die erste Population von Käfern, ...

Vizepräsident Oliver Keymis: Die Redezeit.

Andreas Keith^{*)} (AfD): ... die gerade bei den Witterungsverhältnissen sehr wahrscheinlich Ende März bzw. im April in einer hohen Anzahl schlüpfen werden, abschöpfen zu können?

(Zuruf von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Keith, die Zeit ist abgelaufen. Danke schön.

Andreas Keith^{*)} (AfD): Nichts haben Sie getan. Gar nichts!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank für diese Kurzintervention. – Jetzt hat die Ministerin die Gelegenheit, darauf zu reagieren. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ursula Heinen-Esser, Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! – Noch einmal ganz kurz zu der Frage, warum wir hier über das Ermessen sprechen, und zwar über eine ermessensrechtliche Regelung über Nordrhein-Westfalen hinweg: weil wir keinen generellen Tatbestand festschreiben können und wollen, weil es auch andere Situationen geben kann.

Wir haben jetzt mit einer bestimmten Kalamität, mit einem bestimmten Problem zu tun. Wir nähern uns

diesem Problem über diese Regelung an. Diese stellt eine klare Ansage dar, dass man das Ermessen wirklich anwenden muss, und zwar egal, ob es zwei Jahre, drei Jahre oder vier Jahre dauert. Damit haben wir erheblich mehr Spielraum, als wir es mit einer Regelung hätten, wie Sie sie vorschlagen.

Wir haben keinen Nachholbedarf bei dem, was wir im Wald in Nordrhein-Westfalen machen. Unsere Waldarbeiterinnen und Waldarbeiter sowie die Förster haben in den letzten Monaten geschuftet, und ich bin froh, dass dies von meinen Vorrednern auch wirklich anerkannt worden ist. Wir haben Geld gegeben, um die Waldbesitzer zu unterstützen. Und es funktioniert.

Jetzt ist unsere ganze Kraft darauf ausgerichtet, in Nordrhein-Westfalen auf den 40.000 ha, die uns zurzeit fehlen, wieder einen zukunftsfesten Wald zu errichten. Ich kann nur sagen, dass ich Sie herzlich dazu einlade, bei diesem Mammutprojekt mitzumachen. – Danke und noch einmal schöne Weihnachten!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Ministerin Heinen-Esser. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die antragstellenden Fraktionen von CDU und FDP haben direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen also ab über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/8106. Wer stimmt dem Inhalt zu? – CDU, SPD, FDP und Grüne sowie Herr Langguth, fraktionslos, stimmen zu. Wer stimmt dagegen? – Die AfD-Fraktion, wie angekündigt. Gibt es Enthaltungen? – Die gibt es nicht. Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8106** mit breiter Mehrheit des Hohen Hauses **angenommen**.

Ich rufe auf:

7 NRW.fair – Land und Kommunen zum Motor fairer Beschaffung machen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8104

Die Aussprache ist eröffnet. Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Weiß das Wort.

Rüdiger Weiß (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident!

(Unruhe – Glocke)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft und unsere Politik nachhaltiger werden müssen, darüber herrscht unter vernunftbegabten Menschen wohl Einigkeit,

ebenso wie über die Tatsache, dass wir uns alle deutlich mehr anstrengen müssen, um eine Nachhaltigkeitswende herbeizuführen.

Zur Erinnerung: Die Bundesregierung hat im Rahmen eines Monitorings untersucht, ob sich deutsche Unternehmen freiwillig an menschenrechtliche Standards halten. Das Ergebnis: Nur 20 % der Unternehmen geben an, die Menschenrechtsanforderungen des Nationalen Aktionsplans zu erfüllen. Um überhaupt genug Antworten auf die Umfrage zu bekommen, musste die Bundesregierung die Laufzeit der Befragung zweimal verlängern. Selbst dann haben von 3.000 befragten Unternehmen nur 400 geantwortet.

Während die Zivilgesellschaft bereits einen Schritt weiter ist – etwa mit der Initiative Lieferkettengesetz mit 80 unterstützenden Organisationen und fast 100.000 Unterschriften –, mangelt es beispielsweise deutschen Unternehmen offensichtlich an Anreizen, die Nachhaltigkeitswende als Chance zu begreifen. Ich darf dazu Johannes Heeg, den Sprecher der Initiative Lieferkettengesetz zitieren:

„Mit diesem katastrophalen Ergebnis ist auch der letzte Beweis erbracht: Freiwillig tun die Unternehmen viel zu wenig für die Menschenrechte.“

Das bedeutet im weiteren Verlauf glasklar: Mit Freiwilligkeit können wir die Nachhaltigkeitswende nicht stemmen. Die zentrale Frage ist nun, welche Rolle das Land NRW bei diesem Prozess spielen kann und soll. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Antwort klar: NRW kann und soll Motor dieser Nachhaltigkeitswende sein.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Leider fehlen im Moment so gut wie alle Voraussetzungen dafür. Beispielhaft kann man hier den Bereich der öffentlichen Beschaffung anführen. Die öffentliche Hand kauft jährlich für ca. 50 Milliarden Euro ein. Das ist ein riesiger Markt und damit auch ein riesiger Hebel für das Land, die Nachhaltigkeitswende mitzugestalten.

Aber so, wie die öffentliche Beschaffung momentan geregelt ist, gestaltet das Land überhaupt nicht. Es setzt stattdessen vollumfänglich auf Freiwilligkeit. Und noch schlimmer: Es behindert diejenigen, die mit viel Energie und zukunftsorientierten Initiativen vorangehen möchten.

Als die aktuelle Landesregierung das Tariftreue- und Vergabegesetz Ende 2017 ausgehöhlt hat, hat sie dies unter der Überschrift „Entfesselung“ getan. Ja, das kann man so machen. Nur muss man dann auf dem weiteren Weg auch erkennen, dass das nicht von Erfolg gekrönt ist.

Fakt ist: Entfesselt haben Sie nur diejenigen, die keinen Beitrag zur Nachhaltigkeitswende leisten. Kom-

munen und Unternehmen, die auf transparente Produktionsketten achten und ihre menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflicht ernst nehmen, lassen Sie, liebe Landesregierung, weitgehend im Regen stehen.

Ich möchte anhand eines kurzen Beispiels erläutern, weshalb progressive Unternehmen in NRW, also die Pioniere eines nachhaltigen und fairen Wirtschaftssystems, bei diesem riesigen Markt der öffentlichen Beschaffung in NRW die schlechtesten Wettbewerbsbedingungen vorfinden.

Ein mittelständisches Unternehmen – nehmen wir mal an, ein Unternehmen im Bereich der Arbeits- und Schutzkleidung – investiert in eine transparente Produktionskette und lässt kontrollieren, dass alle Personen, die an der Entstehung der durch das Unternehmen hergestellten Jacken, Hosen und Arbeitsschuhe beteiligt sind, einen fairen Lohn bekommen – sowohl hier in NRW als auch bei den Zulieferern im Ausland. Das kostet natürlich Geld, und dieses Geld muss das Unternehmen am Ende über höhere Verkaufspreise wieder reinholen. Für ein Standardhemd verlangt es dann beispielsweise 12 Euro.

Für dieses Unternehmen ist die öffentliche Beschaffung ein zentraler Absatzmarkt, ohne den es nicht überleben kann. Mit seinen fairen und nachhaltigen Produkten kann es aber mit den ausländischen Billiganbietern nicht konkurrieren, die beispielsweise für ein Standardhemd nur 4 Euro nehmen.

Jedes Jahr aufs Neue ist dieses Unternehmen davon abhängig, dass Kommunen sich freiwillig entscheiden, Nachhaltigkeitsaspekte in ihre Ausschreibungen aufzunehmen. Und solche Unternehmen sind natürlich auch davon abhängig, dass Kommunen finanziell gut genug aufgestellt sind, um nach Nachhaltigkeitsaspekten zu beschaffen.

Es darf nicht sein, dass diese Unternehmen, die den größten Beitrag zu einer nachhaltigen und fairen Gesellschaft leisten, hier in Nordrhein-Westfalen die schlechtesten Wettbewerbsbedingungen vorfinden. Deshalb müssen wir für gleiche Wettbewerbsbedingungen sorgen.

Für den Anfang gelingt uns das am besten, indem wir die Kommunen und Unternehmen aktiv bei einer fairen öffentlichen Beschaffung unterstützen – beispielsweise mit einer Servicestelle „NRW.fair“ und mit weiteren Initiativen. Das kann natürlich nur ein erster Schritt sein. Für alle weiteren Schritte freuen wir uns sehr auf eine konstruktive Zusammenarbeit mit den progressiven und auf Nachhaltigkeit bedachten Kräften.

Ich wünsche Ihnen, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, nicht nur eine geruhsame und friedliche Weihnachtszeit, sondern auch eine nachhaltige. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und Berivan Aymaz [GRÜNE])

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Weiß. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Bergmann.

Dr. Günther Bergmann (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! In der letzten Legislaturperiode hat sich der Landtag rund ein Dutzend Mal mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz beschäftigt.

(Michael Hübner [SPD]: Ja, weil das notwendig war!)

Die unzähligen Debatten und Anhörungen in den Ausschüssen habe ich noch gar nicht mitgerechnet. Die Kritik, die damals an diesem Gesetz laut wurde, war schlichtweg vernichtend.

(Michael Hübner [SPD]: Von Ihnen, aber nicht von uns!)

Das hat dann auch Rot-Grün gemerkt. Anfang 2017 wurden – oftmals kosmetische – Veränderungen vorgenommen, weil Sie merkten, dass Sie eine Novellierung machen mussten, weil der Druck einfach zu groß wurde.

Sie haben trotzdem – das war ja Teil Ihrer Wirtschaftspolitik in der letzten Legislaturperiode – den Unternehmen ganz gezielt und immer wieder viele Steine in den Rucksack gelegt. Diese holt jetzt die NRW-Koalition Stück für Stück wieder heraus, damit den Unternehmen und auch den Kommunen das Laufen wieder leichter fällt.

Schon damals haben wir immer gesagt, dass die CDU-Landtagsfraktion die sozial- und umweltpolitischen Ziele des Gesetzes teilt. Stichworte waren auch hier schon die Arbeits- und Umweltstandards, der Kinderschutz, die Frauenförderung und eine ordentliche Entlohnung.

Dieses Gesetz war aber aus unserer Sicht, wie sich im Nachhinein bestätigte, stets der falsche Weg, um diese Ziele zu erreichen. Es hatte einfach nur den Effekt eines politischen Placebos. Das Fazit lautete also: Das Gesetz war für Unternehmen und für die öffentliche Hand gleichermaßen praxisfern und arbeitsaufwändig. Es half nicht bei der Erreichung der wichtigen sozial- und umweltpolitischen Ziele. Es war mit fachfremden Aspekten und Anforderungsprofilen überfrachtet,

(Michael Hübner [SPD]: Nennen Sie doch mal welche!)

und es war ein klassischer Fall von unnötiger Überregulierung. „Praxistest nicht bestanden“, könnte man eigentlich sagen.

Und jetzt kommen Sie mit alten Inhalten aus dem alten Gesetz im neuen Kleid um die Ecke.

Meine Wahrnehmung ist dabei übrigens grundsätzlich anders als die Ihre: Kommunen haben es nicht, wie es in Ihrem Antrag mitschwingt, bedauert, dass dieses Gesetz von der NRW-Koalition neu getunt wurde, sondern sie waren froh, dass die ohnehin häufig nicht erfüllbaren Vorgaben nicht weiterverfolgt werden mussten.

Und endlich gab es auch wieder mehr Teilnehmer an kommunalen Submissionen – gerade auch von jenen KMUs, die sich den Bürokratiewust zuvor weder finanziell noch personell schlichtweg nicht leisten konnten.

(Michael Hübner [SPD]: Von welchen Städten reden Sie denn?)

Jetzt fordern Sie aber nicht die Wiedereingliederung der alten Vorgaben in das angepasste Gesetz, sondern gleich eine neue Stelle, um angeblich orientierungslosen Kommunen unter die Arme greifen zu können. „NRW.fair“ – so der vorgeschlagene Name – soll Fairtrade bzw. faire Beschaffungen unterstützen.

Dabei sollten Sie doch wissen, dass ILO-Arbeitsnormen mittlerweile EU-Recht und auch deutsches Recht sind und dass es heute schon Möglichkeiten für Kommunen gibt, sich entsprechend helfen zu lassen. Hinzu kommt, dass Kommunen schon heute in jeder Phase eines Vergabeverfahrens die Möglichkeit haben, sich über soziale, faire und ökologische Beschaffungen zu informieren, um diese in ihrem Prozess umzusetzen. Dafür müssen nicht wir, sondern die Kommunen aktiv werden.

Das allgemeine Vergaberecht bietet dafür verschiedene rechtssichere Regelungsmöglichkeiten, sodass Kommunen in ihrem konkreten Beschaffungsprozess auch unterhalb von den Schwellenwerten, die Sie damals in dem Gesetz auch noch so merkwürdig festgesetzt haben, konkrete Anforderungen definieren können.

Darüber hinaus bestehen verschiedene Schulungs- und Informationsangebote für die Kommunen. Ein Beispiel ist die Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung beim Beschaffungssamt des Bundesministeriums des Innern. Das hilft genauso wie die vom Land mitgetragene Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Zusätzlich stellen wir mit Portalen weitere Möglichkeiten bereit.

Wir sind daher der Meinung, dass die Kommunen diese Quellen nutzen sollten und wir keine weitere Parallellösung schaffen müssen. Der Überweisung des Antrags an den Ausschuss stimmen wir natürlich trotzdem zu. – Schönen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Dr. Bergmann. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Innerhalb von zwei Tagen sprechen wir im Grunde genommen zum dritten Mal auf Antrag der SPD über ein ähnliches Themengebiet. Auch wenn ich klar der Meinung bin, dass man nicht oft genug über dieses Thema sprechen kann, meine ich, dass es sinnvoller wäre, hier stärker den Zusammenhang zu sehen. Ich habe ein bisschen das Gefühl, die SPD will jetzt versuchen, Themen der Grünen aufzugreifen. Das sieht man ja auch an anderen Stellen.

(Michael Hübner [SPD]: Nein, das waren schon immer unsere Themen!)

Ich wundere mich allerdings auch insgesamt, dass die SPD das Vergaberecht freiwillig hier im Plenum thematisiert; denn auch ich will noch einmal daran erinnern, dass Sie es waren, liebe SPD-Abgeordnete, die gemeinsam mit den Kollegen der Grünen in Ihrer Regierungszeit das Vergaberecht völlig überfrachtet haben.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Das ist häufig von der Wirtschaft beklagt worden, gerade von kleineren und mittleren Unternehmen, aber insbesondere eben auch von der öffentlichen Hand. Wir als NRW-Koalition haben das 2018 korrigiert. Wir haben für die Unterstützung der Unternehmen des Handwerks, der IHKs und der Bauverbände klare Zustimmung bekommen. Sie haben sich alle über eine zu hohe Belastung und wirkungslose Bürokratie beklagt.

Es waren aber eben auch, und es ist mir ganz wichtig, das an der Stelle zu betonen, 92 % – 92 %! – der Vergabestellen in Nordrhein-Westfalen, die seinerzeit den Mehraufwand durch Ihr Gesetz beklagt haben. 72 % der Stellen haben damals sogar Ihrem Wirtschaftsministerium zurückgemeldet, dass sie Schwierigkeiten hätten, das Gesetz überhaupt anzuwenden.

(Dr. Günther Bergmann [CDU]: Hört, hört! – Michael Hübner [SPD]: Dafür ist es ja evaluiert worden, Herr Kollege!)

Insofern geht die Kritik an der Neugestaltung des Tariftreue- und Vergabegesetzes durch die NRW-Koalition eindeutig fehl.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Gerade den finanzschwachen Kommunen

(Zuruf von der CDU)

haben Sie mit Ihrem Tariftreue- und Vergabegesetz einen Knüppel zwischen die Beine geworfen. Wir haben hier eine Korrektur vorgenommen, die dringend nötig und geboten war. Diesen klaren Erfolg für unser Land lassen wir uns von Ihnen auch nicht schlecht reden.

(Beifall von Dr. Günther Bergmann [CDU] und Josef Hovenjürgen [CDU])

Das heißt ausdrücklich nicht, dass faire Wettbewerbsbedingungen und eine nachhaltige, soziale und faire Vergabe keine wichtigen Ziele sind. Dazu haben wir uns – der Kollege hat es gesagt – auch als CDU und FDP ja immer bekannt. Aber es gibt eben in jeder Phase des Vergabeverfahrens auch die Möglichkeit, die diese Bedingungen sicherzustellen. Wir haben dafür Standards in der EU und auch im Bund.

Dass der konkrete Nachweis dieser Bedingungen aber gerade nicht beim einzelnen Betriebe liegen kann, sondern eben durch übergeordnete Zertifizierungsverfahren sichergestellt werden muss, liegt doch auf der Hand. Sonst führen Sie doch wieder nur zusätzliche Bürokratie ein, und das ist es, was Sie wollen. Sie haben immer noch nichts dazugelernt!

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Dort, wo wir die Sicherstellung dieser Standards eben nicht ausreichend handhabbar machen können, handelt diese Landesregierung schnell und konsequent. Es ist heute an anderer Stelle schon mal angesprochen worden. Diese Landesregierung, namentlich Minister Laumann, hat beispielsweise 2018 in einem Erlass festgelegt, dass Grabsteine aus bestimmten Ländern nur noch verwendet werden dürfen, wenn sie über die entsprechenden Zertifikate verfügen, die den Einsatz von menschenunwürdiger Kinderarbeit ausschließen. Dafür verdient diese Landesregierung, dafür verdient dieser Arbeitsminister ausdrücklichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU – Michael Hübner [SPD]: Da habe ich doch gelobt, weil er nicht diese neoliberale Ideologie fährt! Dafür haben wir ihn gelobt!)

Aber auch hier wird wieder deutlich, dass der Nachweis über solche Qualitäten und Bedingungen, lieber Herr Hübner

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

– das ist die Wahrheit, auch wenn es Ihnen wehtut –,

(Regina Kopp-Herr [SPD]: Wir loben ihn doch einfach nur, mein Gott! – Zuruf von Michael Hübner [SPD])

auf höherer Ebene durch entsprechende Zertifikate sichergestellt werden muss. – Regen Sie sich doch nicht so auf! – Das muss eben eine höhere Ebene

tun. Das kann nicht der Steinmetz um die Ecke tun. Sie würden verlangen, dass er Dinge unterschreibt, die er nicht seriös unterschreiben kann. Und Sie würden hier von den Kommunen verlangen, dass sie Dinge überprüfen, die sie nicht überprüfen können. Das ist eindeutig der falsche Weg.

Wir stellen nachhaltige, soziale, faire und ökologische Beschaffungsbedingungen sicher. Das ist unser Ziel. Wir wollen den bürokratischen Aufwand für die Unternehmen gering halten

(Michael Hübner [SPD]: Dann nehmen Sie keine Straßenausbaubeiträge, wenn Sie Bürokratie abschaffen wollen!)

um tatsächlich zu einem entsprechenden Ergebnis zu kommen. Einzelne Betriebe können das nicht leisten. Deswegen hat die Entfesselung des Vergaberechts eben auf der einen Seite den Betrieben genutzt, und sie hat auf der anderen Seite den Kommunen genutzt, die jetzt auch schneller und günstiger ausschreiben können.

Deswegen sehen wir Ihren Antrag in der Sache kritisch. Der Überweisung stimmen wir selbstverständlich zu. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Bombis. – Jetzt spricht Frau Aymaz für die Fraktion Bündnis 90/die Grünen.

Berivan Aymaz (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! In Nordrhein-Westfalen werden jedes Jahr im Rahmen der öffentlichen Vergabe 50 Milliarden Euro umgesetzt. Die Kommunen sind damit die größten Beschaffer in NRW. Sie sind also ein entscheidender Hebel, um überall in der Welt auf faire Arbeitsbedingungen und die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards hinzuwirken, um einen Beitrag gegen die Klimakrise zu leisten und um die Innovationsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen noch einmal zu fördern und zu verbessern.

Auch die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land wollen saubere Produkte. Gestern haben wir übrigens über das Konsumverhalten debattiert. Heute Vormittag ging es noch mal um Regelungen im Bereich der Lieferketten. Das verdeutlicht, dass die Debatte rund um die Einhaltung von Menschenrechten, globale Verantwortung und ökologische Standards tatsächlich überall angekommen ist. Ich freue mich übrigens auch, dass das bei euch, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD, angekommen ist.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Es ist gut und wichtig, wenn auch die Kommunen weiter als Vorbilder vorangehen. Viele Kommunen haben ihre globale Verantwortung schon erkannt. Von bundesweit 660 Kommunen sind bereits 145 Kommunen in NRW Fairtrade-Towns geworden.

(Michael Hübner [SPD]: Ohne Zutun der Grünen!)

Ich finde, das ist eine beachtliche und erfreuliche Entwicklung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Viele Bundesländer nutzen die Vergabe als Instrument, um zentrale Ziele wie faire Löhne, Nachhaltigkeit in der Produktion, den Ausschluss von ausbeuterischer Arbeit, insbesondere von Kinderarbeit, Frauenförderung und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wirksam zu erreichen.

2012 wurde dies unter Rot-Grün im Tariftreue- und Vergabegesetz verankert. Das wurde hier ja auch soeben von den Vorrednern noch einmal erwähnt.

Herr Dr. Bergmann, Herr Bombis, Sie haben auf die Defizite hingewiesen. Ja, die rot-grüne Landesregierung war so offen, sich das Gesetz noch einmal anzugucken. Ich finde, das zeigt, wie wichtig sie das Thema genommen hat und dass sie gesagt hat: Wir wollen wirklich effizienter vorgehen und nicht vernarrt an dem festhalten, was wir aus ideologischen Gründen meinen, unbedingt durchsetzen zu wollen.

Dann hat man nach einem Gutachten Verbesserungen vorgenommen. Diese Verbesserungen sind 2017 in Kraft getreten. Das heißt, inwiefern diese Verbesserungen tatsächlich dann gewirkt haben und dann der effizientere Weg waren, hätte man sich erst einmal anschauen müssen. Aber diese schwarzgelbe Regierung war da klar ideologisch unterwegs. Sie hatte überhaupt kein Interesse daran. Eine der ersten Handlungen dieser Landesregierung war es, diese Kriterien abzuschaffen,

(Beifall von Arndt Klocke [GRÜNE])

und das, obwohl es eigentlich sehr viel Zustimmung für die Beibehaltung dieser Standards im Gesetz gab.

(Zurufe von der CDU und der FDP: Von wem?)

– Ich sage Ihnen sehr gerne, von wem. Ich habe gemeinsam mit meinem Europakollegen Sven Giegold eine Petition gestartet, und innerhalb weniger Tage hatten wir 50.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichner. Ich meine, das ist ein Beleg dafür, wie weit die Menschen in der Frage sind und dass es da klare Unterstützung gegeben hat.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie wollten einen Beweis. Sie haben den Beweis. Aber das hat diese Landesregierung überhaupt nicht interessiert.

Insofern finde ich es wichtig, dass wir das jetzt noch einmal auf die Tagesordnung setzen und wir tatsächlich einen gemeinsamen Weg finden, wie wir dafür sorgen können, dass Kommunen, die saubere Produkte einkaufen und vor Ort nutzen wollen, auch die entsprechenden Rahmenbedingungen dafür vorfinden. Ich freue mich, wenn wir bei dem Anliegen Land und Kommunen zum Motor fairer Beschaffung machen können und auch ein Stück gemeinsam vorankommen.

Ich finde, dass es auch wichtig ist, die Einhaltung von Menschenrechten und sozialen und ökologischen Standards nicht nur in der vorweihnachtlichen Zeit zu debattieren. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen besinnliche und schöne Feiertage.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Aymaz. – Nun spricht für die AfD-Fraktion Herr Tritschler.

Sven Werner Tritschler (AfD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun also zweiter Akt des Weihnachtsmärchens „Die SPD lässt die Welt retten“. Nachdem heute Mittag zunächst die deutschen Unternehmen das zahlen sollten, sind jetzt die Kommunen dran.

Dabei hat gestern der SPD-Fraktionsvorsitzende Kutschaty völlig zu Recht noch den beklagenswerten Zustand der kommunalen Finanzen in Nordrhein-Westfalen beklagt. Freilich hat er vergessen, dass dieser Missstand überwiegend auf das Konto seiner eigenen Partei geht. Also: Gestern forderte die SPD noch, dass das Land die klammen Kassen der überschuldeten Kommunen auffüllen soll, heute greift man dort gleich wieder beherzt hinein.

Dann beklagen Sie in Ihrem Antrag allen Ernstes, dass finanzschwache Kommunen – so heißt es –, die sozial und nachhaltig beschaffen wollen, in Schwierigkeiten geraten. Denn – so heißt es weiter – sie würden in ihrem Bestreben durch aufsichtsrechtliches Handeln beschränkt. Auf gut deutsch: Sie dürfen keine neuen Schulden machen, denn das wäre im besten Wortsinne nicht nachhaltig – Herr Weiß hat das Wort ja gerade gefühlt drei Dutzend Mal verwendet –, um nach SPD-Definition nachhaltig und fair zu beschaffen.

Besser als mit diesem Antrag könnte man den traurigen Zustand Ihrer Partei eigentlich auch nicht beschreiben.

Die SPD will also, damit sich ihre Genossen in den Rathäusern des Landes als richtig gute Menschen fühlen können, diesen erlauben, Schulden zu machen, um überteuerte Produkte mit irgendwelchen Nachhaltigkeitssiegeln zu erstehen. Bei nächster Gelegenheit fordern Sie dann wieder einen Kommunal-Soli oder sonst was, damit andere Kommunen, die solide und im Wortsinne nachhaltig gewirtschaftet haben, die Rechnung bezahlen dürfen.

Ich war ja im Vorfeld der letzten Wahlen an vielen Schulen im Land, und eine fand ich besonders beeindruckend. Das Schulgebäude war eingezäunt, weil die Gefahr bestand, dass den Schülern die Fassade auf den Kopf fällt. Und Sie wollen jetzt, dass Kommunen, in denen solche Zustände herrschen, ihr Geld in Fairtrade-Klimbim investieren. Bevor Sie die halbe Welt retten wollen, kümmern Sie sich lieber mal darum, dass unsere Kinder in menschenwürdige Schulen gehen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD – Michael Hübner [SPD]: Das zeigt mal wieder, dass Sie keine Ahnung haben!)

Sie hatten solche Träumereien – das klang ja eben schon an – zum Gesetz gemacht, und siehe da: Auch während Ihrer Regierungszeit ist Bangladesch nicht zu einem Arbeiterparadies geworden. Dafür durften sich Heerscharen von Beamten damit befassen, wo und wie man faire und nachhaltige Klopapier beschaffen kann.

Schwarz-Gelb hat das richtigerweise abgeschafft. Sie bedauern das in Ihrem Antrag zwar, wollen es aber offenbar auch nicht zurückdrehen. Stattdessen soll jetzt eine Beratungsstelle eingerichtet werden. Das wollen Sie ja irgendwie immer. Gestern hat Herr Kutschaty dem Ministerpräsidenten hier noch vorge-rechnet, wie viele Beamtenstellen geschaffen wurden. Selbst aber fordern Sie neue Stellen in so gut wie jedem Antrag.

(Michael Hübner [SPD]: Das ist falsch!)

Aber ich bin mir sicher, meine Damen und Herren von der SPD: Sie kennen schon ein halbes Dutzend Genderwissenschaftler mit dem richtigen Parteibuch, die bei einer solchen Einrichtung gerne arbeiten würden und die Welt mit weiteren chlorfrei gebleichten Fairtrade-Broschüren bereichern würden.

(Beifall von der AfD)

Schließlich werden ja bei Ihrer Partei auch so langsam die Stellen knapp.

(Michael Hübner [SPD]: Wenn Sie die Arbeitnehmer nicht schützen wollen, dann ist das Ihre Sache, aber dies geht gar nicht!)

– Quatschen Sie nur rein. Wenn Sie eine Zwischenfrage stellen wollen, gerne.

Sie sind da irgendwie nicht sonderlich überzeugend. Sonst beschwören Sie immer die kommunale Selbstverwaltung, und hier soll jetzt alles auf einmal das Land regeln.

Dabei gibt es ja, wenn man Ihrem Antrag und Ihren Redebeiträgen Glauben schenken darf, so viele Gemeinden im Land, die nach Ihrer Definition fair beschaffen wollen. Ja, warum regeln die Gemeinden das denn nicht selbst? Die können sich doch einfach zusammenschließen. Ich habe sogar schon mal einen Namensvorschlag für so einen Zusammenschluss. Nennen Sie es doch einfach „Zweckfairband“ – im besten Sinne Ihrer schönen Wortspiele.

Wie dem auch sei: Am Ende wollen Sie wieder andere oder andere Generationen für Ihren Klimbim bezahlen lassen. Die AfD geht da nicht mit. Einer Ausschussüberweisung stimmen wir aber gerne zu.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tritschler. – Jetzt hat Minister Professor Dr. Pinkwart das Wort.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der SPD betrifft die faire Beschaffung. Es geht um die Berücksichtigung sozialer und nachhaltiger Standards in Vergabeverfahren.

Dies betrifft wieder die oft von uns diskutierte Frage, ob diese Standards verpflichtend in einem Vergabegesetz hier in Nordrhein-Westfalen vorgegeben werden müssen oder ob dies für eine nachhaltige Beschaffung in der Praxis nur bürokratischen Mehraufwand mit sich bringt.

Die im Antrag vertretene Auffassung, dass die Entfesselung die Kommunen in ihrem Bemühen nach fairer und nachhaltiger Beschaffung hemme, kann ich jedenfalls nicht teilen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Verschlinkung des Tariftreue- und Vergabegesetzes hat sich mittlerweile umfassend bewährt und führt auch nicht dazu, dass die Kommunen in ihrem Bestreben nach fairer Beschaffung gehemmt werden, denn die Berücksichtigung sozialer und ökologischer Faktoren gehört bereits zu den Grundprinzipien des allgemeinen Vergaberechts. Darüber können sämtliche Vergabestellen des Landes und auch der Kommunen diese Aspekte auf jeder Stufe des Vergabeverfahrens rechtssicher einbeziehen.

Ein verantwortungsbewusster öffentlicher Einkauf ist seit der Vergabenevelle des Bundes im Jahre 2016 zum bundesweiten Standard geworden. Wir müssen allerdings – da gebe ich Ihnen recht, und das haben

wir heute in einem anderen Kontext schon einmal miteinander diskutiert – weiter daran arbeiten, dass dies in der Praxis auch zum gelebten Alltag wird. Gesetze sind dazu da, dass sie auch ihre Anwendung finden, und darüber sollten wir uns Gedanken machen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ohne auf alle Forderungen im Einzelnen eingehen zu können, möchte ich zusammenfassen, dass die von Ihnen genannten aus unserer Sicht nicht geeignet sind, den uns allen wichtigen Prozess der praktischen Implementierung zu unterstützen. Ihnen steht entweder kein entsprechender Bedarf gegenüber, sie sind nicht hinreichend konkretisiert, sie wären nicht ohne Weiteres durch geltendes Recht gedeckt, oder sie werden in geeigneter Form längst umgesetzt.

Über die große Bedeutung ökologischer und sozialer Standards bei der öffentlichen Auftragsvergabe müssen wir hier nicht diskutieren. Die Landesregierung arbeitet intensiv und kontinuierlich daran, die bestehenden Möglichkeiten zur Umsetzung nachhaltiger Beschaffung weiter auszubauen. Dazu ist sie im Austausch mit den wichtigen Akteuren auf der Landes- und Bundesebene, mit den NGOs und den Kommunen und auch mit der Wirtschaft.

Mein Haus arbeitet zudem an einem umfassenden Ansatz für die Landesregierung hin zu einer strategischen Beschaffung, der die Berücksichtigung sozialer und nachhaltiger Kriterien einschließt. Diesen würden wir dann natürlich auch öffentlich machen, sodass er auch von anderen öffentlichen Stellen übernommen werden könnte.

In diesem Prozess gehen wir selbstverständlich auf alle Akteure zu, um deren Expertise mit aufzunehmen.

Einen weiteren Kriterienkatalog für nachhaltige Produkte oder ein weiteres Nachhaltigkeitsportal, wie im Antrag gefordert, halte ich dagegen nicht für erforderlich, denn es gibt hier bereits verschiedene gute Webportale und Handlungshilfen.

Auch hierbei ist die Landesregierung im Austausch mit den verantwortlichen Stellen, etwa der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung des Bundes oder den Verantwortlichen für den Kompass „Nachhaltigkeit“. Ziel ist, die bestehenden Angebote zu verknüpfen und weiter zu verbessern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend noch einmal darauf hinweisen, dass Grundlage und Rahmen für den Ansatz einer nachhaltigen Beschaffung die EU- und bundesrechtlichen Vorgaben des Vergabe- und Wettbewerbsrechts sind. Die pauschalen Forderungen des Antrags nach der Stärkung der Wettbewerbsbedingungen für faire Unternehmen oder Steuererleichterun-

gen für Nachhaltigkeitsakteure wie auch eine bevorzugte Berücksichtigung regionaler Marktteilnehmer, die ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden, ist damit rechtlich kaum darstellbar. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Professor Dr. Pinkwart. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8104** an den **Ausschuss für Europa und Internationales** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung erfolgen in öffentlicher Sitzung im federführenden Ausschuss. Wer ist dafür? – Gibt es jemanden, der dagegen wäre? – Nein. Gibt es Enthaltungen? – Die sehen wir auch nicht. Damit ist einstimmig so überwiesen.

Wir rufen auf:

8 Forschungskompetenz in den Bereichen Kerntechnologie und Kernsicherheitsforschung muss in Nordrhein-Westfalen erhalten bleiben

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8099

Am Pult steht fast schon Herr Tritschler für die AfD-Fraktion bereit. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Sven Werner Tritschler (AfD): Vielen Dank. Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eine ehemalige Parteivorsitzende der SPD schrieb im April, Zitat:

„Deutschland ist das einzige Land, das gleichzeitig aus der Kernenergie und aus Stein- und Braunkohle aussteigt.“

Ich dachte erst: Immerhin mal ein bisschen Selbstkritik. Aber nein, das war offenbar als Eigenlob verstanden. Gut, jetzt ist die Dame von der politischen Bildfläche verschwunden, die irrsinnige Energiepolitik der Altparteien wird aber nahtlos fortgesetzt.

Sie, meine Damen und Herren, von den Altparteien, wie wir heute Morgen auch wieder gehört haben, wollen das Klima retten,

(Michael Hübner [SPD]: Sie nicht!)

Sie wollen CO₂ sparen, Sie wollen aus fossilen Brennstoffen aussteigen und in die Elektromobilität einsteigen.

Aber bis heute haben Sie keine tragfähigen Lösungen vorgestellt, woher der Strom in Zukunft kommen soll. Sie wissen alle, dass weder Sonnen- noch Windstrom grundlastfähig sind und dass es bis heute keinerlei Speichertechnologien gibt, die das ändern könnten.

Aber wie die Fürsten des Mittelalters warten Sie auf irgendeinen Alchemisten, der Ihnen bald den Stein der Weisen liefert. Oder aber Sie verstecken sich gleich hinter eigener Ahnungslosigkeit wie die Grünnervorsitzende, die verkündet, man könne den Strom ja in der Cloud oder im Netz speichern.

Meine Damen und Herren, wir leben aber hier in einem Industrieland, und zumindest meine Fraktion möchte, dass das auch so bleibt. Da muss der Strom fließen und bezahlbar sein, denn sonst ziehen andere weiter an uns vorbei.

(Beifall von der AfD)

Würde Deutschland heute noch so viel Kernenergie erzeugen wie im Jahr 2000, der aktuelle CO₂-Ausstoß würde auf einen Schlag um 27 % sinken. Oder noch eine andere Zahl: Ein Franzose produziert pro Jahr 4,5 Tonnen CO₂, der Deutsche im Schnitt dagegen 8,7 Tonnen. Woran liegt das? – Die Franzosen setzen konsequent auf Kernenergie, während wir Deutschen im grünen Wahn diese Technologie aufgeben.

Aber nicht nur in Frankreich setzt man auf Kerntechnik. Weltweit werden bis zum Jahr 2040 289 Reaktoren in Betrieb gehen. Nur hier hält man stur am bisherigen Kurs fest, auch wenn der eine oder andere inzwischen, wie man hört, wieder damit anfängt, darüber nachzudenken. Von Herrn Laschet war das die Tage in der Zeitung zu lesen.

Nachdem Kanzlerin Merkel in ihrem schier unbegrenzten Opportunismus im Jahr 2011 mal eben im Vorbeigehen den Ausstieg aus dieser Technologie beschlossen hatte, lese ich gestern von Herrn Pfeiffer, energiepolitischer Sprecher der Union im Bundestag, er habe den Ausstieg immer für falsch gehalten, und die Unionsfraktion würde einem Wiedereinstieg nicht im Wege stehen. Hört, hört!

Allerdings sagte er dann auch, die Union werde hier nicht den ersten Schritt machen. Der müsse von den Grünen und den Linken ausgehen. Meine Damen und Herren von der Union, ist das ernsthaft Ihre Position? Sie sind eigentlich dafür, warten aber auf die Erlaubnis von den Kommunisten und den Ökosozialisten, bevor Sie etwas machen? Was ist das denn für ein Anspruch für eine Regierungspartei? Lassen Sie sich einmal ein Rückgrat wachsen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der AfD)

Da wir aber um die Mutlosigkeit der vermeintlich bürgerlichen Parteien wissen – wir haben es heute Morgen in der ersten Debatte wieder erlebt –, machen

wir es Ihnen mit unserem Antrag heute erst einmal leicht.

Es geht gar nicht um den Wiedereinstieg in die Kernenergie, sondern um den Wiedereinstieg in die Kerntechnikforschung; denn die haben Sie gleich mit abgeschafft, weil der Grüne glaubt ja, Atome zu erforschen sei böse, dagegen 64 Geschlechter zu erfinden sei ehrbare Wissenschaft.

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Ha, ha, ha!)

Die AfD will dort, wo wir einst führend waren, wieder anknüpfen und Spitzenforschung halten oder ins Land zurückholen.

Wir wollen an der spannenden Forschung an Dual-Fluid-Reaktoren, an Thorium-Reaktoren, an Reaktoren der dritten und vierten Generation teilhaben, die inhärent sicher sind und viel weniger oder gar keinen nuklearen Reststoff zurücklassen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Wenn Sie es alle mit dem Ausstieg aus fossiler Energie, mit der Versorgungssicherheit und mit der Elektromobilität ernst meinen, dann können Sie sich dem eigentlich gar nicht verweigern. Seien Sie wie der Rest der Welt, seien Sie klug, setzen Sie auf echte Zukunftstechnologie, und stimmen Sie für unseren Antrag.

In diesem Sinne frohe Weihnachten!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Tritschler. – Jetzt spricht für die CDU-Fraktion Herr Dr. Untrieser.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Vielen Dank, Herr Präsident. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich muss sagen, ich bin immer wieder überrascht, welche Anträge die AfD produziert und was sie hier ausführt. Eigentlich hatten die ganzen Ausführungen wenig mit dem Antrag zu tun. Es waren die Dinge, die wir immer wieder von Ihnen hören. Vieles war aber auch falsch. Ich glaube, deswegen muss man einiges geraderücken.

Wenn wir über Atompolitik in Deutschland sprechen, dann haben wir in der Tat von der historischen Warte aus in den 1950er-/1960er-Jahren eine Zeit gehabt, in der Deutschland sagte, Atomenergie ist eine Zukunftstechnologie, die wir aufbauen wollen. Das ging durch alle Parteien. Am Anfang war es sogar so, dass sich die privatrechtlichen Akteure eher geweigert haben. Die wollten das gar nicht, weil das hohe Investitionen waren. Die mussten sozusagen mit sanften Druck da hingebraucht werden.

Dann gab es eine Zeit, in der wir Atomkraftwerke aufgebaut haben. Es waren bis zum Jahr 1998 19 Stück am Netz.

Danach setzte aber eine ganz andere Bewegung ein. Heute besteht Konsens zwischen allen Parteien, diese Form der Energieerzeugung nicht mehr nutzen zu wollen. Es bringt auch nichts, wenn Sie dazu irgendeinen kleinen Kommentar hineinbringen.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Das ist Konsens.

Ich frage mich gerade – das habe ich bei Ihnen nicht so ganz herausgehört –: Sind Sie eigentlich auch dieser Auffassung, oder sind Sie klammheimlich – Sie schreiben das nicht in Ihrem Antrag – dafür, neue Atomkraftwerke zu bauen?

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

Dann möchte ich von Ihnen aber wissen, ob Sie wirklich dazu stehen. Dann sagen Sie das den Leuten. Dann sagen Sie das vor allem in den Regionen in Deutschland – in Aachen usw. –, die Angst vor Kraftwerken in anderen Ländern haben. Dann müssen Sie das einmal ganz ehrlich sagen und dürfen sich nicht hinter einem solchen Antrag verstecken.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zurufe von der AfD)

Ich finde das auch ganz erstaunlich, weil Sie jetzt eine aktuelle Debatte aufgegriffen haben. Sie schreiben in Ihrem Antrag, im Sommer dieses Jahres habe der eine oder andere einmal verlautbart, man könnte die Kraftwerke länger laufen lassen. Was war das Echo auf diesen Beitrag? – Die Betreiber der Kernkraftwerke haben sofort gesagt: Nein, machen wir nicht.

(Zuruf von der AfD: Das ist doch klar! – Weitere Zurufe von der AfD)

Schauen Sie sich an, wie EnBW und RWE sich dazu geäußert haben. Die Chefs dieser großen Energiekonzerne haben erklärt, sie hätten daran überhaupt kein Interesse. Sie blieben bei dem vereinbarten Fahrplan. – Das ist auch weiter der Fall.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der FDP – Zurufe von der AfD)

Sie führen also gerade eine Phantomdebatte.

(Zuruf von der AfD)

Wenn Sie das anders sehen, würden Sie die wahrscheinlich verstaatlichen wollen oder das so weiterführen.

(Zuruf von der AfD)

Das ist eine Debatte, die wir führen können.

Sie behaupten immer, andere Länder machten das anders. Das stimmt zum Teil. Die Franzosen sind natürlich zu einem ganz großen Teil auf ihre Atomkraftwerke angewiesen. Die nutzen sie und werden nicht so schnell aussteigen können.

Schauen Sie sich aber einmal die Länder an, die gerade neue Atomkraftwerke errichten. Ein wunderbares Beispiel ist England mit Hinkley Point. Das ist ein Kraftwerk, das sich schon seit mehreren Jahren im Bau befindet. – Ich muss gerade nachsehen, was ich mir aufgeschrieben habe: Es befindet sich seit dem Jahr 2018 im Bau. – Es muss sich länger im Bau befinden, und die Fertigstellung verzögert sich schon seit sehr, sehr langer Zeit.

Wie hoch sind denn die Kosten? – Die Kosten für dieses Kraftwerk liegen mittlerweile bei über 20 Milliarden Euro. Für ein Atomkraftwerk! Im Vergleich dazu reden wir bei Datteln 4 von 1,5 Milliarden Euro. Es ist also falsch zu sagen, dass Atomkraftwerke die wunderbare Alternative wären. Das ist völliger Blödsinn.

Der britische Staat hat dem Betreiber des Atomkraftwerks Hinkley Point einen garantierten Preis versprochen, der bei 92,5 Pfund pro Kilowattstunde liegt. Das sind mehr als 100 Euro. Im Vergleich dazu: Der Börsenstrompreis lag im letzten Monat bei uns bei 37 Euro.

(Zuruf von der AfD)

Es handelt sich um eine garantierte Einspeisevergütung für 35 Jahre. 35 Jahre! Sie kritisieren immer, dass wir an anderer Stelle Einspeisevergütungen haben. Gleichzeitig nehmen Sie jetzt ein Beispiel aus einem anderen Land, in dem der Garantiepreis um ein Vielfaches höher ist, verbunden noch dazu mit einer viel, viel längeren Laufzeit. Das, was Sie erzählen, ist doch alles Unsinn.

Bei dem Kraftwerk in Finnland, bei dem Kraftwerk in Frankreich, bei den Kraftwerken in Tschechien und der Slowakei ist es genau das Gleiche. Atomkraft ist auch da nicht die Lösung. Das wollen Sie uns doch hier nicht ehrlich verkaufen. Deswegen bin ich schon sehr überrascht über das, was Sie hier vorbringen.

Noch ein Letztes: Sie sagen, wir könnten in Jülich einfach weiter forschen. – Haben Sie die Forscher, die in Jülich tätig sind, eigentlich einmal gefragt? Wahrscheinlich haben Sie das nicht getan. Ich hingegen habe dort angerufen und gefragt: Wie stehen Sie zu einem solchen Antrag? Wünschen Sie sich, dass wir wesentlich länger und weiter daran forschen? – Die Forscher in Jülich sagen einem: Na ja, wir finden, dieser Antrag ist völlig aus der Welt. Wir haben gar kein großes Interesse daran, weiter zu forschen.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Daran sieht man erneut, dass Sie auf einem völlig falschen Dampfer sind und Sie hier etwas hineinschreiben, das der Realität auf keinen Fall entspricht.

Ich sehe eine Kurzintervention.

Vizepräsident Oliver Keymis: Die Kurzintervention wird nach Ihrer Rede in Gang gesetzt, Herr Kollege. Sie können zunächst zu Ende sprechen.

Dr. Christian Untrieser (CDU): – Ach so. Entschuldigung. – Dann bin ich jetzt am Ende meiner Rede und bereit für die Kurzintervention. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Damit ist eine Kurzintervention von der AfD-Fraktion angemeldet. Herr Loose hat das Mikrofon bei sich aktiviert, und jetzt ist es offen. Bitte schön, Herr Loose, Sie haben das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Präsident. – Herr Untrieser, Sie haben von Bauprojekten gesprochen, die im Moment aktiv stattfinden und die nicht immer glücklich laufen. Man findet aber in ganz vielen Bereichen Bauprojekte – bei Windkraftträdern, bei Solaranlagen, bei Biogasanlagen, bei Staudämmen, und es ist sehr kurios, wie viele Tote es in den letzten Jahrzehnten allein beim Bau von Staudämmen gab. Deswegen würde jetzt aber keiner auf die Idee kommen, keine Staudämme mehr zu bauen.

Anscheinend haben Sie nicht verstanden, dass es hier bei uns um die Forschung nach neuer Technologie geht. Es gibt inhärent sichere Kraftwerke. Diese Kraftwerke fahren von alleine herunter – es spielt keine Rolle, ob ein Mensch oder ob ein Kühlsystem dabei ist oder nicht –, und da können wir tatsächlich forschen und auch Reststoffe wiederverwenden, die Sie im Moment nicht in der Lage sind, irgendwo unterzubringen.

Noch ein Punkt: Sie schauen immer nach China und sagen, die Chinesen bauen die Elektroautos. Davon sind die inzwischen weg. Die Chinesen bauen aber Kernkraftwerke in der Nähe von Großstädten, um dort die Abwärme als Fernwärme für die Bewohner zu nutzen. Das machen die Chinesen im Moment.

Wir wollen so etwas gar nicht, sondern wir wollen erst einmal nur forschen und in die Zukunft investieren. Sie wollen das aber leider blockieren.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Untrieser, eineinhalb Minuten für Sie zur Reaktion.

Dr. Christian Untrieser (CDU): Herr Loose, das war wieder symptomatisch. Sie sprechen wieder von den

chinesischen Atomkraftwerken, sagen aber gleichzeitig: Eigentlich eine tolle Idee, aber in Deutschland wollen wir das nicht haben.

Wenn Sie das wirklich so meinen und nur die Forschung wollen, dann fragen Sie doch einmal die Forscher in Nordrhein-Westfalen, die in der Lage wären, das zu leisten. Sie werden Ihnen sagen: Das ist ein Projekt, das für uns gerade nicht interessant ist. Deswegen werden wir es auch nicht machen. – Wenn Sie dafür sind, dass wir es trotzdem irgendwie realisieren sollten,

(Markus Wagner [AfD]: Das liegt doch an Ihnen!)

dann müssten Sie aber auch hinzufügen, mit wie viel Geld Sie die Forscher – die das, wie gesagt, nicht machen wollen – ausstatten wollen. Das wäre in dieser Debatte dann auch ehrlich.

Ansonsten stelle ich noch einmal fest: Sie entfernen sich zumindest von diesem gesamtgesellschaftlichen Konsens, dass wir Atomkraftwerke in Deutschland nicht mehr wollen. Ich bitte Sie: Sagen Sie das ein bisschen offener,

(Zuruf von Sven Werner Tritschler [AfD])

denn dann können die Menschen auch entscheiden, und verstecken Sie es nicht in solchen Anträgen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Dr. Untrieser. – Nun spricht für die SPD-Fraktion Herr Kollege Bell.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon ein bemerkenswerter Antrag, den die AfD heute hier auf den Tisch legt. Sie macht sich damit zum Sprachrohr der Atomkraftlobby oder besser von dem, was in Deutschland noch davon übrig ist.

(Helmut Seifen [AfD]: Was Sie übrig gelassen haben!)

Während sonst der Duktus des Volkswillens genutzt wird, den man angeblich repräsentiert, muss jetzt die angeblich bedrohte Wissenschaftsfreiheit erhalten, um die formulierten Ziele zu erreichen, weil Sie genau wissen, dass es keinerlei politische Mehrheit dafür gibt, einer Renaissance der Kernenergie das Wort zu reden.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Aber so ist das: Wer wie die AfD-Fraktion die Fahrt des Wissenschaftsausschusses nach Japan boykottiert, kann sich hier locker schwadronierend hinstellen und die Gefahren, die von der Kernenergie ausgehen, bagatellisieren.

(Christian Loose [AfD]: Das können Sie selber machen!)

Ich war im Mai dieses Jahres mit den Kolleginnen und Kollegen in Fukushima, weil Nordrhein-Westfalen nach der Reaktorkatastrophe eine Kooperation zur Präfektur Fukushima aufgebaut hat,

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

um sie bei der Bewältigung dieser unfassbar großen Aufgabe der Stabilisierung der von der Kernschmelze getroffenen Reaktorblöcke und der Reinigung und Beseitigung der kontaminierten Erden, Gebäude, Geräte etc. zu unterstützen.

Ich werde die verlassenen Landstriche, die riesigen Zwischenlager für das kontaminierte Kühlwasser, die kontaminierten Erden und die explodierten und baulich immer noch nicht stabilen Reaktorblöcke nicht vergessen.

Es gilt aus meiner Sicht, was Johannes Rau in diesem Haus nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 04.06.1986 sagte. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten:

„Es geht auch um grundsätzliche Fragen: Überfordert eine komplexe Technologie wie die Kernenergie die Menschen, die letztlich ja immer mit diesen Anlagen umgehen müssen? Menschen sind unvollkommen. Sie machen Fehler. Sie funktionieren nicht wie Maschinen. Welche technischen Möglichkeiten wollen wir nutzen? Auf welche sollten wir verzichten? Welche Risiken können wir hinnehmen, und welche sind für uns nicht verantwortbar?“

Die politische Antwort dieses Hohen Hauses für Nordrhein-Westfalen unter der politischen Führung der SPD ist seitdem klar.

Ich zitiere erneut Johannes Rau aus seiner Rede vom 10.07.1986:

„Wir wollen umsteuern aus der Kernenergie in eine Energieversorgung ohne Atomkraft! Ich bin stolz darauf.“

An den bereits in den damaligen Plenardebatten erregt diskutierten Sachverhalten hat sich doch nicht wirklich etwas geändert.

(Helmut Seifen [AfD]: Doch!)

Noch immer ist die Frage der Endlagersuche nicht beendet. Stattdessen wird mit Milliarden von Steuermitteln versucht, das atomare Erbe, an dem übrigens auch Jülich beteiligt ist, aus der Asse zu bergen. Lesen Sie doch wenigstens einmal den Abschlussbericht des Asse-Untersuchungsausschusses des Niedersächsischen Landtages. Wir schaffen es ja aktuell noch nicht einmal, dieses atomare Erbe ohne erhebliche Risiken zu bergen.

Das alles muss Sie aber nicht nachdenklich machen; das würde schlichtweg voraussetzen, dass Sie für Argumente offen sind.

Es muss Sie auch nicht nachdenklich machen, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen den Weiterbetrieb der belgischen Kraftwerke Thiangen und Doel mit großer Sorge betrachtet. Wie sollen wir mit unseren belgischen Partnern über eine Abschaltung dieser Reaktoren sprechen, wenn wir hier diesem Antrag folgen würden, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Schlimmer als diese bornierte Haltung ist allerdings die völlige Ahnungslosigkeit in der Geschichte der Kernkraftwerke in Nordrhein-Westfalen. Wenn man Ihren Antrag liest, entsteht der Eindruck, dass mit den drei Reaktoren Hamm-Uentrop, Jülich 2 und Kalkar ein internationaler Spitzenplatz der Reaktorforschung in Nordrhein-Westfalen bestanden hat oder noch besteht, der zwingend gestärkt werden müsste.

Nehmen Sie doch zur Kenntnis, dass Kalkar niemals in Betrieb gegangen ist, weil es erhebliche Bedenken gegen die dort verbaute Technik gab.

(Helmut Seifen [AfD]: Angst!)

Ich zitiere erneut Johannes Rau in seiner Rede vom 04.06.1986:

„Wir sind der Auffassung, dass die energie-, industrie- und forschungspolitischen Ziele, die mit dieser Reaktorlinie verbunden sind, nicht erreicht werden. Wir haben deshalb der Bundesregierung vorgeschlagen, mit uns gemeinsam eine Neubewertung der Brütertechnologie vorzunehmen.“

Weiter heißt es:

„Darüber hinaus wird die Landesregierung verstärkt darauf hinwirken, dass die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Kalkar nicht in Betrieb geht.“

Deshalb ist Kalkar nicht Symbol der herausragenden Forschungslandschaft in Nordrhein-Westfalen, sondern der teuerste Freizeitpark, der je gebaut wurde, und aus meiner Sicht ein Fanal des technischen Scheiterns.

Nehmen Sie doch einfach zur Kenntnis, dass das Konzept der sogenannten Kugelhaufenreaktoren, das den ersten beiden Reaktoren Jülich 2 und Hamm-Uentrop zugrunde liegt, wirtschaftlich und technisch gescheitert ist. Jülich 2 sollte der Verbreitung dieser Technik dienen.

Lesen Sie doch einmal den im Auftrag des Forschungszentrums Jülich und der AVR erarbeiteten Bericht der Expertengruppe zum Betrieb von Jülich 2, der im März 2014 vorgestellt wurde. Das Forschungszentrum Jülich hat in seiner Stellungnahme zum Bericht eingeräumt, dass es in der Vergangen-

heit gravierende Fehler und Versäumnisse sowie Unzulänglichkeiten bei der Einhaltung der Regeln einer guten wissenschaftlichen Praxis gab. Aus diesem Grund hat Jülich dann auch angekündigt, die Arbeiten zu Kugelhaufenreaktoren einzustellen und die noch betriebenen Großexperimente stillzulegen.

Hamm-Uentrop dürfte aus meiner Sicht als eines der größten technischen Debakel im Nachkriegsdeutschland gelten. Von 1985 bis zur Stilllegung 1989 hat der Reaktor umgerechnet gerade einmal 423 Volllasttage erreicht. Es gab große Probleme mit der Betriebssicherheit und mit der Entsorgung von Brennelementen, weil die genutzten Brennelemente Material enthielten, das waffenfähig und leicht abtrennbar war. Aus diesem Grund und aufgrund der Proliferationsgefahr hatten die USA bereits 1977 die Ausfuhr dieser Brennelemente gestoppt. Wie man vor diesem Hintergrund über Jahrzehnte ernsthaft den Vertrieb dieses Reaktortyps in Entwicklungsländer – Gott sei Dank erfolglos – betreiben konnte, ist absolut unverständlich.

Die Reaktorbetreibergesellschaft war 1989 nicht mehr in der Lage, den Reaktor wirtschaftlich zu betreiben. Bis heute zahlen die damaligen Gesellschafter für die Rückabwicklungskosten; übrigens auch das Stadtwerk, dessen Aufsichtsratsvorsitzender ich bin.

Der THTR-300 ist genau wie der Schnelle Brüter in Kalkar ein Symbol des Scheiterns und nicht des Erfolgs.

(Markus Wagner [AfD]: Warum reden Sie über vergangene Technologie? Es geht um den Antrag!)

Was Sie dem Forschungszentrum Jülich mit diesem Antrag antragen, ist nichts anderes als der Ritt in diese wissenschaftspolitische Vergangenheit. Ihre Pläne würden das Renommee und die Zukunftsfähigkeit des Forschungszentrums infrage stellen. Es war eine wissenschaftsautonome Entscheidung von Jülich, diesen Forschungsstrang in der bisherigen Ausprägung zu beenden.

Herr Professor Dr. Marquardt hat die Neuausrichtung des Forschungszentrums in mehreren Gesprächen, auch in unserem Wissenschaftsausschuss, erläutert.

(Helmut Seifen [AfD]: Das ist mir klar!)

Dass Sie, Herr Seifen, als Ausschussvorsitzender dies offensichtlich nicht akzeptieren – und das wird durch diesen Antrag deutlich –, bestätigt meine Kritik an Ihrer Arbeit hier im Parlament. Vorsitz und Mandat dieses Ausschusses sind untrennbar verbunden. Dieser Antrag beschädigt einmal mehr das Bild des Vorsitzenden des Wissenschaftsausschusses.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Lassen Sie uns hier deshalb mit einem entschiedenen Nein auf diese kruden Überlegungen antworten.

Anstatt weiter auf diesen Antrag einzugehen, möchte ich darauf hinweisen, wie die vorhandene Kompetenz im Forschungszentrum aktuell sinnvoll eingesetzt wird.

In diesem Herbst haben 30 internationale Experten in Jülich Überwachungsverfahren zur Kontrolle nuklearer Abrüstung erprobt. In diesem internationalen Konsortium wird dies unter deutsch-französischer Leitung unter anderem an simulierten Sprengköpfen erprobt. Das sind wissenschaftliche Kompetenz und Verantwortung, die meine Fraktion und ich für vorbildlich halten.

(Zuruf von Markus Wagner [AfD])

Wir werden der Überweisung natürlich zustimmen, auch wenn wir uns fragen, warum Sie die Überweisung in den Digitalisierungsausschuss beantragt haben, der damit die Federführung erhält. Ich vermute, dass Sie der wissenschaftspolitischen Debatte ausweichen wollten. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Es gibt eine Kurzintervention, angemeldet von der AfD-Fraktion. – Bitte schön, Herr Loose.

(Zurufe von der SPD: Oh! – Gegenruf von Helmut Seifen [AfD]: Doch!)

Christian Loose (AfD): Danke, Herr Präsident. – Man kann natürlich auch Pferdekutschen mit einem Ferrari vergleichen, weil beide irgendwas mit Pferden zu tun haben und Ferrari das Pferd in seinem Logo trägt.

So ungefähr fällt Ihr Vergleich von Kernkraftwerken der dritten und vierten Generation mit den Kraftwerken von Fukushima oder Tschernobyl aus. Daran, dass Sie nicht einmal in der Lage sind, sich mit den neueren Kraftwerkstypen auseinanderzusetzen und überhaupt nicht erkennen, welches Potenzial für die Welt und für Deutschland darin steckt, erkennt man leider die völlige Ahnungslosigkeit oder Hilflosigkeit Ihrer Partei.

Es gibt sicherlich Forscher, die den Dual-Fluid-Reaktor erforschen wollen. Man könnte dafür durchaus einen Lehrstuhl in Jülich ausschreiben, denn dafür würden sich sicherlich Bewerber finden. Man braucht nicht unbedingt die aktuellen Forscher bemühen, die lieber Gelder für andere Projekte wollen, die Sie ihnen sicherlich geben würden.

Gerade die politische Verantwortung für den Reststoff der bisherigen Kernkraftwerke macht es erforderlich, dass wir über eine weitere Nutzung dieser

Reststoffe nachdenken. Genau das ist mit den Reaktoren der dritten und vierten Generation möglich, denn diese Reststoffe, die noch 90 % der ursprünglichen Energie enthalten, können genutzt werden, um hier in Deutschland kostengünstig Energie zu produzieren.

Aber das wollen Sie in Ihrer Borniertheit – dieses Wort haben Sie gerade benutzt – einfach nicht sehen. Sie wollen Äpfel mit Birnen vergleichen und von veralteter Technik sprechen und gar nicht mehr von der Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege Bell, Sie haben nun anderthalb Minuten Zeit für Ihre Entgegnung. Bitte schön.

Dietmar Bell (SPD): Die brauche ich gar nicht. Ich überlasse die Entscheidung zur Einrichtung und Einwerbung von Lehrstühlen den autonomen Hochschulen und den Forschungsinstituten dieses Landes, die dafür deutlich geeigneter sind als Sie als AfD-Fraktion.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Nun spricht Herr Matheisen für die FDP-Fraktion.

Rainer Matheisen (FDP): Herzlichen Dank. – Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits 1978 kämpften die FDP-Landesminister Dr. Burkhard Hirsch, damals Innenminister, und Dr. Horst-Ludwig Riemer, damals Wirtschaftsminister, gegen die Errichtung von Kernkraftwerken in NRW. Ihnen haben wir es zu verdanken, dass die sozialliberale Koalition damals auch die Inbetriebnahme des Schnellen Brütters

(Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

in Kalkar auf Eis gelegt hat.

Weite Teile des Landes, meine ganze Generation ist ihnen dafür dankbar, dass sie dieses getan haben. Es war eine kluge Entscheidung.

Genauso wie diese liberalen Vordenker damals richtig entschieden haben, sollten wir auch jetzt genau abwägen, was wir tun. Es geht eben um diese Abwägung und nicht grundsätzlich um Denkverbote, wie Sie immer wieder suggerieren. Mittlerweile haben wir beim Atomausstieg – das wurde bereits gesagt – einen gesellschaftlichen Konsens.

Sie haben hier eben die ganze Zeit von Wiedereinstieg in die Atomkraft und damit über die Neuerrichtung von Kernkraftwerken gesprochen. Ich wüsste

ganz gerne, wo konkret die AfD das machen möchte; das habe ich bislang noch nicht gehört.

Ich glaube auch, dass Ihre Wählerinnen und Wähler kein neues Atomkraftwerk vor ihrer Tür stehen haben wollen, weil das mit erheblichen Risiken verbunden ist, die kein privater Versicherer in irgendeiner Form versichern wird.

Sagen Sie doch einmal konkret: Möchten Sie es gerne in Coesfeld haben? Möchten Sie es gerne in Bonn stehen haben? Wollen Sie es gerne in Düsseldorf neben dem Landtag haben?

Sagen Sie es doch mal konkret. Dann wird man sehen, wie Ihnen die Wähler davonrennen. Was Sie hier fordern, ist völlig absurd. Es geht wieder einmal darum, allgemein etwas zu suggerieren. Mit konkreter Handlungsfähigkeit in der Politik haben Ihre Anträge nichts zu tun.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Als NRW-Koalition haben wir eine klare Linie: Uns ist das Thema „Sicherheit“ wichtig. Wir werden weiterhin Sicherheitsforschung im Kernforschungsbereich unterstützen.

Darüber hinaus ist uns das Thema – darauf geben Sie keine Antwort – „Entsorgungsforschung“ wichtig. Das ist der Kernpunkt dessen, womit wir uns noch die nächsten Jahre, Jahrzehnte, vielleicht sogar Jahrhunderte beschäftigen müssen. Deshalb müssen wir darauf unsere Arbeit und die Mittel konzentrieren.

Wir müssen wissen, was mit dem Müll, der in den letzten Jahrzehnten angefallen ist, in Zukunft passieren wird, wie wir das entsprechend sicher gestalten. Ich werbe dafür, diesen Kurs weiterzufahren.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen der Wirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen geben. Es kann nicht sein, dass wir heute hü und morgen hott sagen. Man hätte ja seinerzeit eine Entscheidung treffen können. Ich will jetzt nicht über irgendwelche Entscheidungen der Vergangenheit reden, ob man es ein paar Jahre länger oder kürzer laufen lässt; aber jetzt ist eine Entscheidung getroffen.

(Zuruf von der AfD)

Niemand in der Wirtschaft möchte das wieder umkehren. Was Sie hier fordern, ist völlig absurd. Sie fordern eine Kehrtwende. Sie würde wieder zu Unsicherheit in der Energiewirtschaft führen.

Wir brauchen hingegen Wettbewerb, einen vernünftigen Markt, der die besten Ideen für modernste, neueste Technologien voranbringt. Sie jedoch fordern neue Subventionen für die Kernkraft. Das machen wir nicht mit. Wir setzen auf neue innovative Technologien, um NRW als Energieland ganz nach vorne zu bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. Sie haben vielleicht bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde, auf die Sie natürlich gerne von Ihrem Platz aus eingehen dürfen.

Zur Kurzintervention hat sich Herr Dr. Blex aus der AfD-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Matheisen, Sie haben davon geredet, dass wir uns um die atomaren Reststoffe kümmern müssen. Offenbar ist Ihnen nicht bekannt, dass man sie nur entweder verbuddeln oder in Reaktoren mit schnellen Neutronen beschießen kann, um dort die Transurane entsprechend zu zerschlagen und damit die Halbwertszeiten zu senken.

Dafür brauchen Sie aber Reaktoren mit schnellen Neutronen. Das ist Ihnen wohl nicht bekannt. Genau das macht man im Übrigen gerade in Russland sehr erfolgreich. Die Russen sind zum Beispiel mit dem BN-800 sehr weit. Sie bauen gerade einen größeren Reaktor.

Herr Matheisen, wenn Sie also an den atomaren Reststoffen forschen wollen, um damit umzugehen, sagen Sie mir doch einmal, wie Sie das ohne schnelle Reaktoren machen wollen. Sie haben ja eben gesagt, dass das wichtig ist. Was wäre denn Ihr Konzept, außer schnelle Reaktoren mit schnellen Neutronen?

Diese Frage können Sie mir gerne einmal beantworten. Das interessiert mich aus physikalischer Sicht sehr.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Das Mikro müsste frei sein.

Rainer Matheisen (FDP): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. – Herr Dr. Blex, ich habe Ihnen eben die Frage gestellt, wo konkret Sie das ansiedeln wollen, und bin immer noch auf Ihre Antwort gespannt.

Bevor Sie diese Frage nicht beantwortet haben, werde ich auf so einen allgemeingefassten Antrag, auf so allgemeingefasste Formulierungen, die zur AfD-Methodik gehören, mit denen Sie hier in diesem Parlament versuchen, Debatten zu führen, und die völlig an der Realität vorbeigehen, nicht eingehen. – Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der FDP, der CDU und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Kollege Bolte-Richter.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir haben bereits heute Morgen und auch jetzt wieder einen ziemlich knuffigen Überbietungswettbewerb erlebt, wer eigentlich der Grünste im Land ist.

Lieber Rainer Matheisen, dass die FDP schon immer gegen Atomkraft war und Nordrhein-Westfalen ein Hort der Gegnerschaft der Atomenergie war und ist, das müssten Sie mal mit Herrn Brockes besprechen; dann ist diese Wahrnehmung vermutlich vom Tisch.

(Beifall von den GRÜNEN und der AfD)

Genauso absurd ist der Antrag der AfD. Was ist eigentlich an der immer wieder vorgetragenen Mär einer angeblich klimafreundlichen Atomkraft dran? – Dazu muss man sich einfach mal die Zahlen angucken.

Um die Erderhitzung auf 2 Grad zu begrenzen, müssten die weltweiten CO₂-Emissionen bis 2050 von heute 37 Milliarden t auf unter 5 Milliarden t sinken.

Das Wuppertal Institut hat dazu ein Szenario entwickelt, was das bedeuten würde: Das würde bedeuten, dass wir 1.000 neue Atomkraftwerke bräuchten und selbst dann nur einen Anteil von 5 % der Atomkraft erreichen würden. Die Szenarien, die Sie hier vortragen, sind völlig grotesk.

(Beifall von den GRÜNEN)

Atomkraft ist nicht klimaneutral. Der Abbau, das Zermahlen, das Aufbereiten und Umwandeln von Uran zu Reaktorbrennstoff verursachen Emissionen, die Behandlung und Lagerung der Abfälle verursachen Emissionen, der Abriss der AKW und die Renaturierung ohnehin, mal ganz zu schweigen von den völlig unmenschlichen Abbaubedingungen in den Uranfördergebieten.

Atomkraft ist ebenso extrem gefährlich und extrem teuer. Das gilt übrigens, wenn man sich diesen Antrag einmal anschaut ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bolte-Richter, darf ich Sie einmal unterbrechen? Herr Dr. Blex aus der AfD-Fraktion würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Matthi Bolte-Richter* (GRÜNE): Nein, die möchte ich nicht zulassen; ich möchte gerne weiter ausführen.

Atomkraft ist und bleibt extrem gefährlich und teuer. Das sieht man schon, wenn man sich den in Ihrem Antrag viel gepriesenen THTR in Hamm-Uentrop anguckt, eine wirklich beeindruckende Bilanz: 423 Tage in Vollastbetrieb und in dieser Zeit über 120 meldepflichtige Ereignisse.

Man sieht, was wir davon zu erwarten haben, was die AfD hier unter Technologie preist. Dieser Antrag voller Stuss kriegt ein Gedicht zum Jahresschluss:

Apfel, Nuss und Mandelkern essen fromme Kinder gern.
Doch des Kernes Energie,
diese mochten wir noch nie.
Wir wissen schon seit Hoppenstedt:
Der Kraftwerksbau scheint erst mal nett,
doch irgendwann macht's immer bumm,
und alle Kühe fallen um.

(Beifall von den GRÜNEN)

Des Atomes falsche Klimafreunde
servieren uns nun viele Träume
von Strom und Power ohne Ende –
ganz ohne Energienwende.
Doch alles das ist grundverkehrt,
der Umstieg würde nur erschwert.
Klimabilanz katastrophal,
Atommülllager überall.
Teuer wird er obendrein,
der Rückbau zur Wiese besenrein.
Neue Milliarden für Atomforschung, deren Ziel
bleibt vage Hoffnung.
Drum Finger weg vom Kraftwerkfeuer,
ist für die Erde viel zu teuer,
bringt nichts für Kegel, Kind und Klima.
Nur Erneuerbare, die sind prima!

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen ein fröhliches und gesegnetes Weihnachtsfest. Ich hoffe, unter Ihrem Baum trägt jemand anderes etwas Erbaulicheres vor als Dicki Hoppenstedt.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bolte-Richter. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Professor Dr. Pinkwart – und die Latte liegt hoch.

Prof. Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es weihnachtet wirklich sehr. Deswegen will ich jetzt auch gar nicht diese allgemeine Debatte noch weiter vertiefen, vielleicht nur mit einem Hinweis, weil es ja noch mal grüner werden sollte.

In Schweden haben die Grünen die Atomkraft weiter verlängert. Das hängt also nicht nur an der Parteizugehörigkeit, sondern die Auffassungen, die Haltungen zu dieser Technologie sind halt unterschiedlich.

So sehen wir, dass in Europa bei unserem geschätzten französischen Nachbarn zu 72 % Strom durch Kernenergie umgewandelt wird, die Wärme zu 62 %. Es ist auch kein Ende absehbar. Das könnten wir jetzt verlängern.

Aber wir sind in Deutschland, und dazu ist alles gesagt worden. Deutschland hat sich jetzt aus dieser Technologie auf einem Ausstiegspfad verabschiedet.

Gleichwohl wird es wichtig bleiben, dass wir, solange wir Kernenergie hier am Standort haben und auch zurückbauen, aber auch um unsere Interessen gegenüber unseren Nachbarn, die weiterhin Kernenergie nutzen, zu wahren, über kerntechnisches Know-how verfügen. Deswegen ist das Thema Kernenergiesicherheitsforschung ein wichtiges Thema.

Mich hat in Anbetracht dieser Bedeutung nur gewundert, dass das im AfD-Antrag zwar in der Überschrift steht und noch am Ende in einem Halbsatz in einer Forderung, aber sonst liest man dazu eigentlich nichts in dem Antrag. Also da, wo es sinnvoll wäre, ist keine Substanz drin. Das ist das eigentlich Bedauerliche an dieser Vorlage.

(Beifall von der FDP)

Da kann man aber Abhilfe leisten unter anderem auch, indem ich jetzt zwar kein so schönes Weihnachtsgedicht vortragen kann, mein lieber Herr Bolte-Richter, aber ich kann dafür aus dem 7. Energieforschungsrahmenprogramm der Bundesregierung zitieren.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist ja vielleicht auch etwas, was man anbieten kann, denn der Bund hat im April dieses Jahres, also noch ganz frisch, eine Richtlinie zu Förderungen von Zuwendungen im Rahmen dieses 7. Energieforschungsprogramms in der nuklearen Sicherheitsforschung und der Strahlenforschung veröffentlicht.

Damit soll der Stand von Wissenschaft und Technik weiterentwickelt werden und ein – ich darf mit Genehmigung der Präsidentin zitieren – substanzieller Beitrag zum Aufbau der Weiterentwicklung und dem Erhalt der wissenschaftlich-technischen Kompetenz – Zitatende – geleistet werden

Ich zitiere weiter: Da über die Restlaufzeit der Kernkraftwerke hinaus in Deutschland weiterhin Kompetenzen auf den genannten Gebieten in Behörden, Industrie, Forschung und in der Medizin benötigt werden. – Zitatende.

Gegenstand der Förderung sind grundlegende Forschungsarbeiten auf den Feldern „Reaktorsicherheit,

Entsorgungs- und Strahlenforschung“ mit dem Ziel der gezielten Nachwuchsförderung zwecks Kompetenzerhalt an deutschen Hochschulen, Forschungseinrichtungen und in Unternehmen und Behörden.

Ein weiterer wesentlicher Faktor liegt künftig in der Stärke und der globalen Perspektive der nuklearen Sicherheits-, Entsorgungs- und Strahlenforschung, durch den Ausbau der Vernetzung innerhalb der Europäischen Union und den Aufbau entsprechenden auch internationalen Fachwissens bei Expertinnen und Experten in Deutschland.

Kompetenzerhalt ist nämlich auch aus Sicht des Bundes wichtig, um die kerntechnischen Sicherheitsinteressen Deutschlands mit Blick auf ausländische kerntechnische Anlagen in Zukunft fundiert und damit wirkungsvoll vertreten zu können.

Wir haben in den letzten zweieinhalb Jahren ganz intensiv diskutiert, wie wir uns durch kerntechnische Anlagen von Nachbarn beeinträchtigt sehen. Da ist Know-how notwendig.

Deshalb habe ich mich als damaliger Innovationsminister und Wissenschaftsminister schon dafür eingesetzt, dass auch Lehrstühle, die hier in Nordrhein-Westfalen auszulaufen drohten, wieder besetzt wurden.

Wir haben am Forschungszentrum Jülich beispielsweise im Institut für Energie- und Klimaforschung den Institutsbereich IEK-6 mit Herrn Professor Bosbach, Professor Modolo und Frau Dr. Niemeyer. Im Bereich der nuklearen Entsorgung wird hier geforscht.

Themenschwerpunkt sind unter anderem radiochemische Fragen zur Langzeitsicherheit bei der Endlagerung sowie materialwissenschaftliche und Konditionierungsfragen bei der Zwischen- und Endlagerung radioaktiver Abfälle.

Ebenso wird im Auftrag des Bundes Begleitforschung für die Unterstützung von Sicherungsmaßnahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation zur Kontrolle und Überprüfung der friedlichen Nutzung von Kernmaterial im Rahmen des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen durchgeführt, welcher von der Internationalen Atomenergie-Organisation überwacht wird.

Im Institut für Energietechnik der Fakultät für Maschinenbau der Ruhr-Universität Bochum führt die Arbeitsgruppe „Plant Simulation and Safety“ von Professor Koch numerische Simulationen und Sicherheitsanalysen von Kraftwerken und relevanten Phänomenen, insbesondere auch thermohydraulischen Transportphänomenen in Verbindung mit Kühlmittelverluststörfällen bei Kernkraftwerken durch.

Die Kraftwerksschule e. V. KWS in Essen führt seit Jahrzehnten behördlich anerkannte Kurse durch, unter anderem für den Fachkundeerwerb und den

Fachkundeerhalt kerntechnischen Personals, das heißt für verantwortlich tätige Personen und sonst tätige Personen in deutschen kerntechnischen Anlagen, aber zunehmend auch international.

Die KSG Kraftwerks-Simulator-Gesellschaft mbH und die GfS Gesellschaft für Simulatorschulung mbH mit Sitz in Essen führen seit nunmehr 40 Jahren im Simulatorzentrum der KSG/GfS in Essen das Simulatortraining für das lizenzierte Personal aller deutschen und eines holländischen Kernkraftwerks durch.

Der Kölner Betriebsteil, gleichzeitig Sitz der Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit, vertritt alle GRS-Bereiche außer der Endlagersicherheitsforschung.

Fachliche Schwerpunkte bilden die Reaktorsicherheitsanalysen sowie der Strahlen- und Umweltschutz.

Außerdem wird unter anderem der Projektträger Reaktorsicherheitsforschung von Köln aus gesteuert.

Darüber hinaus sind viele Unternehmen mit Expertise in der Kerntechnik, insbesondere im Bereich Rückbau und Entsorgung – unter anderem STEAG, GNS Gesellschaft für Nuklear-Service, WTI Wissenschaftlich-Technische Ingenieurberatung oder Brenk Systemplanung – mit Sitz in Nordrhein-Westfalen tätig.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich trage das deshalb so ausführlich vor, weil für die Landesregierung das Thema „Atomsicherheit“ in Nordrhein-Westfalen, in Deutschland und in Europa ein weiterhin wichtiges Thema ist und bleibt, da wir die Menschen vor Risiken aus diesem Bereich schützen müssen.

Wir müssen die Gefahren einschätzen können. Wir müssen, wenn Gefahren auftreten sollten – auch im benachbarten Ausland –, im Zweifel mit eigener Expertise vor Ort tätig werden.

Wenn ich mich richtig erinnere, waren es gerade auch deutsche Expertinnen und Experten, die helfen konnten, dass Tschernobyl nicht noch schrecklichere Folgen für die Menschen in Europa hatte. Deswegen ist Know-how immer wichtig.

Ich finde – wenn ich mir die Bemerkung noch erlauben darf –, dass wir Mitverantwortung tragen, da wir auch kerntechnische Anlagen im Ausland aus Nordrhein-Westfalen heraus mit Technologie bestückt haben. Es ist auch Teil unserer Verantwortung – selbst wenn wir die Technologie nicht mehr nutzen –, in Zukunft mit dazu beizutragen, mit den Folgen, die daraus für die Menschen erwachsen können, so verantwortlich wie möglich umzugehen.

Sie mögen dem entnehmen, dass uns das weiter ein Anliegen bleibt. Ich habe Ihnen dargestellt, welches Know-how wir haben.

Wir werden uns darum bemühen – das ist auch im Sinne der Bundesregierung –, die Möglichkeiten dafür zu schaffen, dass das Thema „Kernsicherheitsforschung“ wichtig bleibt.

Das betrifft vor allem die Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, damit sie mit diesen sicherlich von allen respektierten Gefahren auch in Zukunft weiter verantwortungsvoll umgehen können.

Ich darf mich bei Ihnen sehr persönlich für die guten Beratungen, die wir in diesem Jahr hatten, bedanken. Ich wünsche Ihnen ein frohes, segensreiches Weihnachtsfest und ein gutes, glückliches und gesundes neues Jahr. – Herzlichen Dank für Ihre freundliche Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Stinka jetzt das Wort.

André Stinka (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Dietmar Bell hat bereits eine Menge zur Historie im Bereich der Wissenschaft gesagt.

Ich dachte im Vorfeld dieser Debatte, zum Thema „Atomenergie“ sei alles ausdiskutiert: Jodtabletten, die bis ins Ruhrgebiet verteilt werden, Anträge zum Thema „Tihange“.

Aber nein: Die AfD lässt es sich nicht nehmen – und das ist auch gut so –, deutlich zu sagen, dass sie für die langfristige Kernkraftnutzung ist.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Reden Sie nicht über Forschung. Sie wollen Kernenergie gegen alle wissenschaftlichen Beiräte und gegen den Willen der Bevölkerung.

(Helmut Seifen [AfD]: Nein!)

Das können wir festhalten, das steht im Protokoll – und das ist auch gut so.

(Beifall von der SPD)

Ich finde es gut, dass wir da Klarheit haben. Ich bin etwas irritiert von den Debatten der vergangenen Tage, auch seitens der Jungen Union.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Aber die Kanzlerin hat wieder geradegerückt, dass wir beim Atomausstieg bleiben.

(Helmut Seifen [AfD]: Sie hat sich gebeugt! Sie hatte Angst vor Ihnen!)

Beschäftigen wir uns noch einmal mit den Fakten, die hier schon angesprochen wurden. Die Atomenergie wird von der AfD als nachhaltig dargestellt.

Wir reden hier über hochgefährlichen Müll. Wir reden über Unglücke, von denen es während meiner 54-jährigen Karriere auf dieser Welt schon drei gab. Jeder Wissenschaftler sagte, dass 1.000 Jahre lang nichts passiere. Es gab aber in dieser Zeit drei schwere Unfälle: Harrisburg, Tschernobyl und Fukushima.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Ich finde es von Herrn Blex zynisch, Russland als Beispiel für Sicherheit zu nennen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der FDP)

1986 gab es den schweren Unfall in Tschernobyl. Seitdem leiden 2,4 Millionen Menschen an den Folgeschäden. Sie haben heute Morgen über die Schäden durch Windkraftanlagen gesprochen. Sie haben jegliche Transparenz verloren. Sie kümmern sich nicht um die 2,4 Millionen Menschen, die damals umgekommen sind. Dann sind Sie ganz still.

(Christian Loose [AfD]: Oh Mann!)

Das ist Ihnen nämlich alles völlig egal. Sie regen sich über das Recycling von Autobatterien auf, vergessen aber die Folgen von Tschernobyl.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Wer Russland als Beispiel bringt, muss sich nicht wundern.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Dann gehen Sie da doch hin!

(Zuruf von der SPD: Genau! – Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Sie wollen Atomenergie. Sagen Sie das doch hier einmal. Das ist doch so. Das ist doch Unfug, was Sie hier behaupten.

Sie sind zynisch angesichts der Menschen, die umgesiedelt werden mussten. Ich bin in Weißrussland gewesen und habe 30.000 Menschen gesehen, die zur Erholung in den Kreis Coesfeld kommen. Was sagen Sie denn den Kindern, die bis heute von Tschernobyl betroffen sind?

(Beifall von der SPD)

Das ist doch Unfug.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Hören Sie auf. Sie haben doch keine Ahnung.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Wir haben die Strahlung 1986 – ich war damals Soldat in Essen-Kupferdreh – bis Essen gemessen. Wir wussten nicht, wie wir mit 30 Eisenbahnwaggons voll verseuchter Molke umgehen sollten. Und Sie reden von sicherer Technologie? – Das ist Zynismus pur.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Atomkraftwerke, die in den 70er-Jahren gebaut wurden, sind auf 25 Jahre ausgelegt. Häufig laufen sie 40 Jahre.

Wir haben wegen Tihange die Riesenproblematik – ich habe gerade davon gesprochen –, dass wir, falls ein Unfall passiert, bis ins Ruhrgebiet hinein Jodtabletten verteilen müssen. Was ist das denn für eine Technik?

(Christian Loose [AfD]: Das ist doch Panikmache!)

Das ist doch Unfug. Und Sie reden hier von einer Forschungsmöglichkeit? – Das ist Quatsch.

Es ist auch zynisch, dass Sie heute Morgen davon gesprochen haben, dass wir bei den Batterien aufpassen sollten, wo die Rohstoffe herkommen. Das stimmt, aber die Urangewinnung ist Ihnen völlig egal. Das wird völlig ausgeblendet.

(Beifall von der SPD)

Wir wissen genau, wie Uran abgebaut wird. Wir haben im Rahmen der deutschen Einheit in Wismut Millionen investieren müssen, nur um einen See in den neuen Bundesländern zu renaturieren.

(Zuruf)

– Ja, ja, das ist ein anderer Reaktor gewesen.

(Zuruf – Glocke)

– Ja, ja, für all das können Sie nichts. Hören Sie auf.

Wir Steuerzahler haben all das bezahlt. So ist das.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

– Ich rege mich gar nicht auf. Ich will nur einmal deutlich machen, wie blödsinnig das von Ihnen ist. Das ist wirklich unglaublich.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Sie reden – beispielsweise bei Windkraft – immer von Akzeptanz.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Dann fragen Sie doch mal in der Bevölkerung und auch hier im Publikum nach, wer ein Atomkraftwerk haben will – der Kollege von der FDP hat es doch gesagt –, und sagen Sie konkret, wo Sie forschen – und zwar nicht im Ausland, Herr Loose – und wo Sie eine kerntechnische Anlage neu errichten wollen.

(Zuruf von Christian Loose [AfD])

Die Debatte finde ich spannend.

(Beifall von der SPD)

Ich fand sie als Juso schon spannend, weil das nicht einmal Franz Josef Strauß in Wackersdorf durchsetzen konnte. Daher bin ich ganz beruhigt, dass Ihnen solche Dinge sowieso nie gelingen werden. Also hören Sie auf. Das ist alles Quatsch.

(Beifall von der SPD und Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

Weil das Beispiel Frankreich von Herrn Tritschler kam: Schauen Sie sich mal die Daten an. Im Januar dieses Jahres hat Frankreich von uns Strom gebraucht, weil dort kein Kernkraftwerk lief und die Leute eine warme Bude brauchten.

(Zuruf von Dr. Christian Blex [AfD])

So viel zu Ihrer „Sicherheit“, Herr Tritschler. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Sie haben sicherlich bemerkt, dass eine Kurzintervention angemeldet wurde. Herr Dr. Blex von der AfD-Fraktion hat sich zur Kurzintervention gemeldet.

Dr. Christian Blex (AfD): Herr Stinka, faktenbefreit redet es sich manchmal leichter. Ich kann von Ihnen als Nichtphysiker sicher nicht erwarten, dass Sie den Druckröhrenreakortyp von Tschernobyl kennen; das dürfte über Ihre fachlichen Kompetenzen hinausgehen.

Es ist durchaus bekannt, dass dieser Typ, der Ende der 40er-/Anfang der 50er-Jahre in Russland gebaut wurde, ein militärischer Reaktortyp war, der abgewandelt wurde, inhärent unsicher ist und so überhaupt gar nicht mit der Konzeption des BN-800 zusammenhängt. Das müssen Sie nicht wissen. Das überfordert Sie. Sie sind auch nur Politiker; so gesehen brauchen Sie solche kleinen Details überhaupt nicht zu wissen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE] – Zurufe von der SPD)

– Sie brauchen sich doch nicht aufzuregen. Lernen Sie doch etwas dazu. Es ist doch schön, wenn Sie auch mal etwas lernen können. Solche Detailfragen brauchen Sie vielleicht auch gar nicht zu stören; dann polemisiert es sich leichter, Herr Stinka. Das ist so eine Sache.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Eine andere Sache würde mich aber mal interessieren:

(Michael Hübner [SPD]: Wie war denn das Wetter in Syrien?)

Ja, wir sind für die weitere Nutzung der Kernenergie; das haben wir auf unserem Bundesparteitag in Braunschweig klar beschlossen. Wir setzen damit ein deutliches Zeichen gegen die technologiefeindliche Politik der Altparteien.

Herr Stinka, was ich Sie noch fragen wollte: Wie stehen Sie denn eigentlich zur Tumorbehandlung?

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Die Redezeit!)

Die Tumorbehandlung in Deutschland wird mit Radionukliden, mit Isotopen, die in Kernreaktoren hergestellt werden, durchgeführt.

(Michael Hübner [SPD]: Wie läuft denn die Tumorbehandlung in Syrien?)

Halten Sie es für moralisch vertretbar, diese Isotope weiter zu verwenden, wo sie doch im Ausland in Kernreaktoren hergestellt werden?

(Unruhe – Glocke)

Oder meinen Sie, dass die Deutschen dann lieber sterben sollten, statt sich der Tumorbehandlung zu unterziehen, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Dr. Christian Blex (AfD): ... weil sie ja von der bösen Kernkraft kommt? Diese moralische Frage sollten Sie mal beantworten.

(Vereinzelt Beifall von der AfD – André Stinka [SPD]: Wenigstens zwei Leute applaudieren!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Dr. Blex. – Herr Stinka, Ihr Mikrofon ist freigegeben.

André Stinka (SPD): Herr Blex, Ihre Kurzintervention, die die Themen „Gesundheit und Radioaktivität“ und „Energieproduktion und Radioaktivität“ zusammenbringen wollte, zeigt einmal mehr, dass es Ihnen nicht um eine sachliche Debatte, sondern um reinsten Populismus geht. Das ist völliger Stuss.

(Beifall von der SPD und der FDP)

Diejenigen, die hier Stuss erzählen, sitzen auf Ihrer Seite.

(Zurufe von Dr. Christian Blex [AfD] und Dr. Martin Vincentz [AfD] – Gegenruf von Norwich Rüße [GRÜNE])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Stinka. – Wir fahren mit der Redeliste fort. Die nächste Wortmeldung hat Herr Seifen für die AfD-Fraktion angemeldet. Er hat das Wort.

Helmut Seifen* (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich merke schon: Kernenergie erzeugt Leidenschaft. Herr Stinka, ich wusste gar nicht, dass Sie als Westfale so leidenschaftlich sein können. Ich würde aber doch darum bitten, dass Sie diese Leidenschaft konstruktiv und nicht destruktiv einsetzen.

(Zuruf von der SPD: Das sagt der Richtige! – Zurufe von den GRÜNEN – Unruhe – Glocke)

Herr Bolte-Richter hat gerade gezeigt, wie man Leidenschaft konstruktiv einsetzt;

(Zuruf von Matthi Bolte-Richter [GRÜNE])

insofern sollte man das so übernehmen.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP])

Was ich eben gehört habe, war im Grunde genommen doch wieder pure Angstschürerei, wie wir das von den Linken kennen. Seit 40 Jahren trommeln sie gegen die Kernenergie. Sie können sich mit den Maschinenstürmern des 19. Jahrhunderts und den Klimahopsern von „Fridays for Future“ gemein machen; da sind Sie gut aufgehoben.

Herr Bell, ich muss Ihnen aber ehrlich sagen: Wir im Wissenschaftsausschuss haben Verantwortung für dieses Land. Es geht darum, die Versorgungssicherheit mit Vernunft zu beraten und nicht irgendwelchen Fantastereien hinterherzulaufen. Deswegen ist es gut, dass wir heute darüber sprechen.

(Zuruf von der SPD)

Wir sprechen über die Forschung. Es bestehen viele Mythen, die wir insbesondere durch die Forschung widerlegen müssen.

Am Fukushima-Jahrestag 2019 hat die baden-württembergische Landeszentrale für politische Bildung getwittert – Zitat: Wir gedenken der vielen Tausend Opfer der Atomkatastrophe von Fukushima.

(Zuruf von der SPD)

Zunächst einmal: Dieses Erdbeben und dieser Tsunami waren fürchterlich, und wir bedauern zutiefst und außerordentlich, dass es dort so viele Tote gegeben hat. Das ist ja wohl unzweifelhaft.

(Zuruf von Ernst-Wilhelm Rahe [SPD])

Aber diese Toten sind das Ergebnis des Tsunamis und des Erdbebens. Es handelt sich um Verschüttete und Ertrunkene.

Gerichtsfest als durch die Strahlung gestorben festgestellt ist eine einzige Person. Bei dieser Person hat man den Lungenkrebs dieser Strahlung zugeschrieben.

(Nadja Lüders [SPD]: Dann ziehen Sie doch dahin und leben da!)

Der Tweet der Landeszentrale wurde deswegen auch aufgrund von Protesten inzwischen gelöscht, und sie hat sich für diesen Fehler entschuldigt.

Das ist genau das, worunter wir leiden: Fake News, die aus Ihrer Mitte kommen und die unsere Versorgungssicherheit gefährden.

(Beifall von der AfD – Horst Becker [GRÜNE]: Das ist ganz schön verstrahlt, was Sie da erzählen!)

Was die Angstschürer einfach verschweigen, ist die Tatsache, dass die Sicherheitsstandards in Kernkraftwerken heute unglaublich hoch und unsere Anlagen konkurrenzlos sicher gegenüber anderen großtechnischen Systemen sind – egal, ob man das auf normale Arbeitsunfälle oder auf Unfälle mit ionisierter Strahlung bezieht.

Leider habe ich nicht mehr genug Redezeit. Der Minister hat darauf hingewiesen, dass wir die Forschung allein deswegen brauchen, weil wir ja nicht isoliert in diesem Europa stehen.

(Zuruf von Josefine Paul [GRÜNE])

In den Nachbarstaaten gibt es viel mehr Kernkraftwerke. Zudem hat sich Deutschland im Rahmen internationaler Abkommen verpflichtet, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): ... kerntechnische Fachkompetenz zur Verfügung zu stellen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Darüber hinaus erwarten die politischen Entscheidungsträger, dass deutsche Forscher bei der Abstimmung von Sicherheitsstandards auf europäischem Niveau mitreden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit, Herr Kollege Seifen.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Es gibt viele Meinungen – ein letzter Satz noch –, dass gerade in dem Bereich „Kernenergieforschung“

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Redezeit!)

vieles übertragbar ist, zum Beispiel auch auf die erneuerbaren Energien und auf die Wasserstoffforschung.

(Norwich Rüße [GRÜNE]: Das könnten wir dann ja mal machen! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Redezeit!)

– Herr Rüße, es ist sehr kurzsichtig, zu glauben, wir nähmen die Kernkraftwerke und die Forschung weg, und damit sei die Welt gerettet.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Seifen, die Redezeit ist erheblich überschritten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Redezeit! Das ist das dritte Mal!)

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Wir sind umgeben von Nationen, die die Kernkraft gebrauchen, und können uns als Deutschland nicht von dem wissenschaftlichen Fortschritt abkoppeln.

(Nadja Lüders [SPD]: Den Saft abdrehen! – Weitere Zurufe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Seifen, die Redezeit ist erheblich überschritten.

Helmut Seifen^{*)} (AfD): Ja, ich bin zu Ende. Sie wollen einfach die ...

(Beifall von der AfD – Karl Schultheis [SPD]: Melden Sie sich doch zum Arbeitseinsatz in Fukushima! Dann können Sie wenigstens helfen! – Michael Hübner [SPD]: Diejenigen, die sich nicht an die Regeln halten, sind Sie! – Gegenruf von Helmut Seifen [AfD]: Sie sind einfach unbelehrbar! – Gegenruf von Michael Hübner [SPD]: Sie halten sich nicht an die Regeln! – Gegenruf von Markus Wagner [AfD]: Kommen Sie mir nicht mit Regeln! – Gegenruf von Michael Hübner [SPD]: Vorsicht bei der Wortwahl!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Es liegen zwei weitere Wortmeldungen vor, und zwar erstens von Herrn Kollegen Matheisen, der jetzt die Gelegenheit hat, zu sprechen.

Rainer Matheisen (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte soeben eine relativ einfach zu beantwortende Frage gestellt, nämlich, wo Sie gerne die entsprechenden Kernforschungseinrichtungen ansiedeln möchten

(Zuruf von der AfD)

– lassen Sie mich bitte zu Ende sprechen – und wo Sie wieder Kernkraftwerke aufbauen und neue Anlagen errichten wollen. Sie haben soeben angesprochen, dass Sie das konkret tun wollen.

Sie sitzen seit zweieinhalb Jahren in diesem Parlament, und Sie beschwerten sich die ganze Zeit, dass man Sie als AfD nicht ernst nimmt. Wenn Sie Fragen nicht ernsthaft beantworten können, dann brauchen

Sie sich nicht darüber zu wundern, wenn das bald auch in der Öffentlichkeit niemand mehr tut und Ihnen die Wähler davonlaufen.

(Beifall von Franziska Müller-Rech [FDP] – Markus Wagner [AfD]: Das Gegenteil ist der Fall, guter Mann!)

Antworten Sie bitte auf meine Frage, wenn Sie in diesem Haus ernst genommen werden wollen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Matheisen. – Für die SPD-Fraktion hat sich Herr Kollege Bell noch einmal gemeldet.

Dietmar Bell (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Seifen, ich hatte vorhin von den Eindrücken bei der Reise nach Fukushima berichtet. Ich will das noch etwas intensivieren; denn Sie waren ja bei dieser Reise bewusst nicht dabei. Zurzeit haben sie in Fukushima immer noch zwei Reaktorblöcke, in denen der Super-GAU nicht stabilisiert ist, sondern nur gekühlt wird.

(Dr. Christian Blex [AfD]: Wir haben keinen Super-GAU!)

Sie haben die Situation, dass in einem Reaktorblock noch nicht einmal computergestützte Sonden waren, um zu schauen, wo die entsprechenden Brennelemente liegen, in welchem Zustand sie sind und wie sie geborgen werden können.

Die Zeitrechnung, die uns die japanischen Kolleginnen und Kollegen vorgestellt haben, besagt, dass es bis zum Jahr 2022 dauern wird, um die beiden Reaktorblöcke überhaupt zu sichern. Und dann stellen Sie sich hierhin und bagatellisieren diese Katastrophe.

(Beifall von der SPD und Franziska Müller-Rech [FDP])

Sie bagatellisieren diese Katastrophe.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Bell, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Blex würde Ihnen gerne ...

Dietmar Bell (SPD): Nein, ich habe keine Lust, auf die absurden Zwischenfragen von Herrn Blex zu antworten.

(Beifall von der SPD – Markus Wagner [AfD]: Sie stellen sich hierhin und reden über Tsunamis!)

– Nein, ich habe überhaupt nicht von Tsunamis gesprochen.

(Markus Wagner [AfD]: Natürlich! Das sagten Sie doch gerade!)

– Ich habe über Risiken der Kernenergie gesprochen.

Herr Seifen, ich will Ihnen sehr deutlich machen, dass an dieser Stelle die Solidarität der nordrhein-westfälischen Bevölkerung gefordert ist, die japanische Bevölkerung und die japanische Regierung in der Präfektur Fukushima zu unterstützen, um diese Folgen, diese Schäden zu beseitigen. Das ist unsere Aufgabe.

(Nadja Lüders [SPD]: Auch alles Kommunisten und Sozialisten!)

Es ist aber nicht an uns, uns hierhin zu stellen und eine Bagatellisierung dieser Katastrophe vorzunehmen.

(Beifall von der SPD – Helmut Seifen [AfD]: Ich werde Ihnen alle Informationen zukommen lassen, Herr Bell! – Gegenruf von Dietmar Bell [SPD]: Reisen bildet! – Michael Hübner [SPD]: Auch auf die Krim! – Helmut Seifen [AfD]: Ich werde Ihnen die Informationen zumailen!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Bell. – Jetzt liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Dann schließe ich an dieser Stelle die Debatte und die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 8.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8099 an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation**. Dieser Ausschuss bekommt die Federführung. Die Mitberatungen gehen an folgende Ausschüsse: den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung**, den **Wissenschaftsausschuss** sowie den **Ausschuss für Europa und Internationales**. Wie immer soll die abschließende Beratung und Abstimmung im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Möchte jemand gegen die Überweisung stimmen? – Das ist nicht der Fall. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist auch nicht der Fall. Dann haben wir so überwiesen.

Ich rufe auf:

9 „Der Nächste bitte!“ statt Zettelwirtschaft mit Kassenbons – Ausnahmeregelungen beim Kassengesetz notwendig

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8108

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD

Drucksache 17/8289 – Neudruck

Als erster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Abgeordneter Goeken das Wort.

Matthias Goeken (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wichtig und richtig, dass wir hier und heute auch im Landtag Nordrhein-Westfalen über den Sinn und Zweck der Belegausgabepflicht debattieren.

Aber eines vorweg: Die gerade von den Sozialdemokraten im Bundestag in den letzten Tagen geäußerten Unterstellungen – ich sage hier bewusst: Unterstellungen –, mit denen jeder Kaufmann und Unternehmer, auch der Kioskbesitzer an der Ecke, indirekt als Steuerhinterzieher bezeichnet werden, sind eine Frechheit.

(Beifall von der CDU und der FDP – Stefan Zimkeit [SPD]: Eine Frechheit ist es, Unwahres zu behaupten!)

Diesem Eindruck müssen wir uns entschieden entgegenstellen. Natürlich gibt es überall schwarze Schafe. Aber einen Generalverdacht gegen jeden ehrbaren Unternehmer und Kaufmann lasse ich hier in diesem Hause nicht zu.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Eines sollten Sie bitte nicht vergessen, liebe Kollegen von den Sozialdemokraten: Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hinter der Kasse werden durch Ihre Unterstellungen in einen schlechten Ruf gestellt. Dabei sorgen diese zum Beispiel dafür, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, an sieben Tagen in der Woche

(Stefan Zimkeit [SPD]: Das ist doch ein Schäuble-Gesetz!)

– auch ich kann laut – Ihre Brötchen in die Tüte bekommen.

Apropos Brötchentüte: Der Vorschlag, die Bonpflicht damit zu erledigen, dass man direkt auf die Tüte druckt, zeigt, wie weit Ihre Parteigenossen im Bundestag von der realen Welt entfernt sind.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Ist Herr Schäuble bei uns beigetreten?)

Und noch ein klares Statement: Auch die NRW-Koalition steht hinter dem neuen Kassengesetz. Denn auch wir möchten, dass jeder Cent und jeder Euro in eine registrierte Kasse wandern.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Jedoch sollte man bei der Ausführung Maß und Mitte nicht verlieren.

(Beifall von der CDU)

Diese Verordnung beschert den Verbrauchern etwas, was sie zu einem überwältigenden Teil nicht wollen: einen Kassenbon für jeden Einkauf – von der Kugel Eis über den Kaugummi oder die Zeitung am Kiosk bis zum Brötchen beim Bäcker.

Man schätzt, dass 2 Millionen Kilometer neue Zettelwirtschaft entstehen. Pro Stunde müsste hierfür eine Fichte gefällt werden. Das sind 8.760 Fichten in einem Jahr, um daraus Papier für Kassenbons herzustellen. Und diese Zettel aus Thermopapier dürfen erst gar nicht ins Altpapier, sondern gehören in den Restmüll.

(Zuruf von Karl Schultheis [SPD])

Wo bleibt hier der Aufschrei der Klimaaktivisten?

(Dietmar Bell [SPD]: Wer regiert eigentlich in Berlin?)

Nehmen wir das Beispiel einer Bäckerei. Dort kenne ich die Praxis sehr genau. Nur 3 % der Kunden meines Sohnes bitten um einen Kassenbon. Wenn nun aber jeder Kunde einen Kassenbon erhalten würde,

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

kämen wir auf 550.000 Bons im Monat. Bei einer durchschnittlichen Länge von rund 10 cm wären das 55 km Papier im Monat.

Wer eine generelle Bonausdruckpflicht fordert, müsste konsequenterweise auch eine Bonmitnahme- und -aufbewahrungspflicht erlassen.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Das erhöht aber den Bürokratieaufwand noch weiter und geht an der Lebenswirklichkeit ganz und gar vorbei.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Immer mehr Kunden zahlen heutzutage bereits bargeldlos und somit manipulationssicher. Damit wird der Bon langfristig als Schutzmaßnahme überflüssig.

Das sogenannte Kassengesetz aus dem Jahr 2016

(Michael Hübner [SPD]: Von welchem Finanzminister? Wie hieß der Finanzminister, Herr Goeken?)

führt ab dem 01.01.2020 die Belegausgabepflicht ein. Sinn und Zweck dieser Pflicht ist die Verhinderung einer Manipulation der Kassendaten. Indem jeder Verkaufsvorgang registriert wird, soll ein genereller Steuervollzug garantiert werden.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Goeken, entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Hübner von der SPD-Fraktion würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Matthias Goeken (CDU): Ich würde gerne zu Ende ausführen. Danach nehme ich die Frage gerne an.

Einige Kassensysteme ermöglichen schon lange eine digitale Einsicht und die Auswertung aller Bon- und Kassivorgänge im Nachhinein. Hier würde die zertifizierte technische Sicherheitseinrichtung dem Finanzamt bei einer Kassennachschau die Arbeit sehr erleichtern.

Bei der Beschlussfassung des Bundesgesetzes wurde bereits die Möglichkeit einer Befreiung von der Belegpflicht in den Gesetzestext aufgenommen. Auf Antrag kann aus Zumutbarkeitsgründen eine Befreiung gewährt werden, wenn Waren an eine Vielzahl von nicht bekannten Personen verkauft werden.

(Marc Herter [SPD]: Ja, genau!)

Ich hoffe zudem, dass Bundeswirtschaftsminister Altmaier sich gegenüber Bundesfinanzminister Scholz durchsetzt und die generelle Bonpflicht verhindert.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das hat er doch damals als Kanzleramtsminister forciert!)

Gleichzeitig fordern wir als CDU-Fraktion, dass die Landesregierung sich für eine verkäufer- und umweltfreundliche Belegausgabepflicht einsetzt und prüft, ob die Einführung eines Freibetrags pro Bon möglich ist – und dies ohne großen Bürokratieaufwand.

In Baden-Württemberg und Bayern geht man mit gutem Beispiel voran. Dort wurden vom Finanzamt kürzlich die ersten Befreiungen von der Belegausgabepflicht unter folgenden Bedingungen erwirkt:

(Marc Herter [SPD]: Dann läuft es doch! – Michael Hübner [SPD]: Dann fragen Sie den Finanzminister doch einmal, wann er das macht!)

Die Betriebe müssen ein elektronisches Aufzeichnungssystem verwenden, und die Funktion der zertifizierten technischen Sicherheitseinrichtung darf durch die Unterdrückung der Belegausgabe nicht eingeschränkt werden. – Eine solche Regelung durch einen Anwendungserlass könnte die Ausnahmeregelung auch bundeseinheitlich lösen.

Ich komme zum Schluss. Ich wünsche Ihnen allen ein frohes und gesegnetes Weihnachtsfest. Stimmen Sie unserem Antrag zu; denn eine Belegausgabepflicht mit Maß und Mitte beschert dem Kunden, dem Mittelstand und der Umwelt ein nachhaltiges Weihnachtsgeschenk.

(Beifall von der CDU und Stephen Paul [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Goeken. – Herr Kollege Hübner, Herr Kollege Goeken sagte, er würde nun Ihre Zwischenfrage beantworten, die jetzt eine Schlussfrage ist.

Michael Hübner* (SPD): Herr Kollege Goeken, vielen Dank, dass Sie eine Schlussfrage zulassen. – Können Sie mir noch einmal erläutern, wer der Finanzminister war, der diese Regelung eingeführt hat?

Matthias Goeken (CDU): Sie wissen ja ganz genau, wer damals dafür gesorgt hat: Ihr jetziger Parteivorsitzender, Herr Walter-Borjans.

(Lisa-Kristin Kapteinat [SPD]: Nein! – Rainer Schmelzter [SPD]: Hieß der Bundesfinanzminister nicht Schäuble?)

Er hat dafür gesorgt, dass die Belegausgabepflicht generell in das Gesetz kommt.

Aber in dem damaligen Text war ja schon die Möglichkeit enthalten, Ausnahmen zuzulassen.

(Michael Hübner [SPD]: Dann machen Sie das doch!)

Wir wollen nichts anderes, als dass diese Ausnahmen, wie ich es gerade in meinen Ausführungen beschrieben habe, zugelassen werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Goeken. – Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Kollege Witzel.

(Karl Schultheis [SPD]: Das ist aber ziemlich viel Papier, das Sie da mit nach vorne nehmen!)

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Deutschland hat im internationalen Vergleich aktuell ein ernsthaftes Wachstumsproblem. Daher ist es bedenklich, wenn die Bundesregierung nicht an einer Entfesselung von Wirtschaft und Mittelstand arbeitet, sondern die derzeit wichtigste Handlung ein massiver Bürokratieaufbau durch eine neue Kassenbonpflicht für Bagatellbeträge ist.

Nach der minutengenauen Arbeitszeiterfassungspflicht für Minijobber fällt der Bundesregierung nichts anderes ein als die Produktion von Müllbergen durch Kassenzettel, die fast niemand will und braucht. In Zeiten der Digitalisierung ist dieser neue Zwang zur Zettelwirtschaft ein ökonomischer und ökologischer Wahnsinn.

Bisherigen Erfahrungen zufolge landen weit über 90 % der Kassenbon-Kamelle direkt als Konfetti im nächsten Mülleimer – wenn nicht gar auf der Straße. Expertenschätzungen gehen deutschlandweit von rund 5 Milliarden zusätzlichen Kassenbons aus, die aneinandergesetzt je nach Berechnungsmethode das 25- bis 50-Fache des Erdumfangs ergeben.

Man fragt sich, welchen Vertrag die Kassenbonfans eigentlich mit dem Verhüllungskünstler Christo haben. Das wäre doch ein tolles nächstes Projekt für ihn.

(Beifall von der FDP)

Ein Großteil der Kassenbons ist heute aber leider aus Thermopapier, das belastendes Biphenol enthält. Dessen massenhafter zusätzlicher Einsatz ist Ihr Beitrag zum betrieblichen Gesundheitsmanagement.

Als einer der größten Fans und Urheber dieses Unsinn outet sich gerade auch der uns altbekannte, bei der SPD neu gewählte und selbst ernannte Robin Hood, Norbert Walter-Borjans. Hier betreibt er allerdings nicht die behauptete Sache des kleinen Mannes, sondern die Politik des großen Misstrauens gegenüber Mittelstand und Verbrauchern, die nicht Anhänger seiner Position des Bargeldverbots sind.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Kassenbonfans arbeiten hier einmal mehr mit dem Generalverdacht. Bei ihnen wird jeder Pommesbudenbesitzer kriminalisiert. Dabei hat im Rechtsstaat jeder Mensch die Unschuldsvermutung bis zum Beweis des Gegenteils verdient.

In unserem Land sind mindestens 10.000 Kleinbetriebe von dem neuen Bürokratiemonster betroffen. Viele wehren sich seit Wochen gegen den bevorstehenden Wahnsinn. Neue Ausdruckspflichten sind vor allem keine schöne Bescherung für den stationären Handel, der sich mit Onlinegiganten im Existenzkampf befindet.

Für die FDP-Landtagsfraktion gilt daher:

(Nadja Lüders [SPD]: Alle Gesetze abgeschafft!)

Richtig sind manipulationssichere Kassen, die eine Datenlöschung nicht zulassen und daher eine korrekte Steuerzahlung sicherstellen.

Das ist unser Ziel. Dazu bedarf es aber nicht gleichzeitig der Einführung einer Zettelwirtschaft, die noch nie zuvor so großvolumig war.

(Beifall von der FDP und Matthias Goeken [CDU])

Zwei ganz konkrete Maßnahmen würden das aktuelle Problem lösen. Dafür gibt es ja auch Vorbilder in europäischen Nachbarländern.

Erstens: Änderung der Abgabenordnung. Bei Kassengeschäften können Betriebe dann auf eine Ausdruckspflicht für Kassenbons verzichten, wenn die korrekte Besteuerung durch Einsatz technischer Sicherheitseinrichtungen nicht beeinträchtigt wird, beispielsweise durch eine lückenlose und nicht abänderbare Protokollierung im Kassensystem.

Zweitens: Einführung einer Bagatellgrenze. Bei Kassengeschäften mit einer Vielzahl von nicht bekannten Kunden entfällt die Kassenbonpflicht bis zu einer Transaktionshöhe von beispielsweise 10 Euro. Verbraucher, die einen Kassenbon wünschen, bekommen diesen selbstverständlich auch weiterhin. Damit wäre allen Beteiligten geholfen.

In dieser besinnlichen Zeit ist es richtig, sich einmal Fehlern bewusst zu werden und auch eigene Fehler zu korrigieren.

(Michael Hübner [SPD]: Tun Sie sich keinen Zwang an! – Weitere Zurufe von der SPD)

Unser Appell an die Kassenbonfans lautet daher: Zeigen Sie Einsicht.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Fangen Sie doch einmal an!)

– Herr Zimkeit, tun Sie Buße.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Herr Zimkeit, kehren Sie um,

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD)

und unterstützen Sie unsere Initiative gegen ausufernde Bürokratie und sinnfreie Ressourcenvergeudung.

(Vereinzelt Beifall von der FDP und der CDU)

Geben Sie sich jetzt einen Ruck.

Ich wünsche Ihnen in Ermangelung anderer Gelegenheiten bereits an dieser Stelle schöne Feiertage und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Hübner das Wort.

(Zuruf von Nadja Lüders [SPD])

Michael Hübner^{*)} (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss ein bisschen grinsen. In der Woche des Aufwuchses der Bürokratie durch die Verabschiedung der Straßenausbaubeiträge

(Zurufe von der CDU: Ah!)

finde ich das, was Sie hier geliefert haben, ehrlich gesagt, nicht ganz zielgerichtet.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, worum geht es hier? Es geht in der Woche der Fairness, die wir als SPD-

Landtagsfraktion ausgerufen haben, auch um Fairness und Wettbewerbsgleichheit.

(Zuruf von der CDU: Davon haben aber nicht alle etwas gemerkt!)

Es geht um Fairness und Wettbewerbsgleichheit für die ehrlichen Handwerker, für die ehrlichen Menschen, die Leistung bringen, in den Betrieben stehen

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

und nicht betrogen werden wollen und auch nicht von anderen Menschen übervorteilt werden sollen.

Der Umsatzsteuerbetrug, der in diesem Bereich momentan in Fachkreisen diskutiert wird, liegt bei sage und schreibe 10 Milliarden Euro pro Jahr, meine Damen und Herren.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Also doch ein Generalverdacht!)

– Wieso ist das ein Generalverdacht?

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wenn das kein Grund ist, dort zu handeln, dann weiß ich nicht, was es für Gründe gibt.

(Zurufe)

Denn es geht darum, dass die Steuerbelastung für alle gleich ist: für den Handwerker wie für den Konsumenten, für den FDP-Abgeordneten wie für den sozialdemokratischen Abgeordneten. Das ist ein hohes Gut in unserer Steuergesetzgebung.

(Zuruf von Stephan Haupt [FDP])

Deshalb hat Finanzminister Schäuble vor drei Jahren zu Recht dieses Gesetz auf den Weg gebracht.

Jetzt nehme ich noch einen anderen Gedanken auf, weil Herr Goeken neuerdings offensichtlich zu den grünen Umweltpolitikern übergelaufen ist und gesagt hat ... Der Kollege Witzel von der FDP hat das ja gerade auch gemacht.

(Zuruf von der FDP)

Ich will einmal aus einem Blatt zitieren, das unverdächtig ist, im sozialdemokratischen Vorfeld zu stehen, nämlich aus der „WirtschaftsWoche“. Dort geht man davon aus, dass die Müllmengensteigerung durch alle Bonzettel bei 0,0004 % pro Jahr liegen wird.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kann Herr Witzel nicht rechnen! Das kann er nicht rechnen! – Zurufe von der CDU und von der FDP)

Das ist eine Müllmengensteigerung in der Bundesrepublik Deutschland, die kaum messbar ist.

(Matthias Kerkhoff [CDU]: Darum geht es ja nicht!)

– Natürlich geht es darum, wenn Sie hier in die Debatte einführen, dass Sie der grünste Umweltpolitiker vor dem Herrn sind, weil Sie Bonzettel vermeiden wollen.

Es gibt übrigens auch keinen Grund, die Bons auf Thermopapier zu drucken. Das steht da überhaupt nicht drin, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Aber noch interessanter ist ja das Folgende. Es wundert mich tatsächlich, dass sich jemand von der CDU gestern nicht die Fragestunde im Bundestag angeschaut und die Kanzlerin dazu gehört hat. Ich zitiere einmal die Kanzlerin – vielleicht erinnern Sie sich daran, dass sie auch Ihre Bundeskanzlerin ist –:

„Die Frage der Bonpflicht ist ja aufgrund von relativ unbestrittenen Umgehungstatbeständen bei der Steuererhebung diskutiert worden.“

(Zuruf)

Deshalb ist sie eingeführt worden. Die Kanzlerin lässt auch keinen Zweifel daran, dass sie auch weiter umgesetzt wird.

Sie ärgert sich aber darüber – und da stimme ich ihr, ehrlich gesagt, zu; denn darüber ärgere ich mich auch –, dass man drei Jahre Übergangszeit hatte und in der Zwischenzeit keine vernünftige technische Lösung von der Industrie bzw. von der Wirtschaft zur Verfügung gestellt wurde, um es elektronisch zu machen. Die Kanzlerin ärgert sich darüber – und Michael Hübner tut das für die SPD-Fraktion heute auch –, dass das nicht geliefert worden ist, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Hübner, Entschuldigung, dass ich Sie unterbreche.

Michael Hübner^{*)} (SPD): Herr Goeken, natürlich.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Gut, dass Sie meinen Job machen. – Bitte schön.

Michael Hübner^{*)} (SPD): Herr Goeken, der Umweltpolitiker. Bitte.

Matthias Goeken (CDU): Nein, ich bin kein Umweltpolitiker.

Michael Hübner^{*)} (SPD): Ich habe das gerade so herausgehört.

Matthias Goeken (CDU): Aber ich habe eine Frage.

(Zurufe: Lauter!)

– Ich habe den Knopf gedrückt. Bei mir leuchtet es rot.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Das Mikrofon ist an. Es tut mir leid. Vielleicht gehen Sie einen Platz weiter und drücken sich da noch einmal ein. Versuchen Sie bitte dieses Mikrofon.

(Karl Schultheis [SPD]: Da liegt zu viel Papier drauf! – Weitere Zurufe)

Matthias Goeken (CDU): Klappt es jetzt?

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Ja.

Matthias Goeken (CDU): Herr Hübner, Sie haben ja gerade etwas angeführt. Deshalb stelle ich Ihnen diese Frage. Sie wissen doch, dass die SPD über die Beteiligungsgesellschaft DDVG mit 30,24 % an einer Firma beteiligt ist, die sich speziell mit den gerade von Ihnen geforderten Kassenlösungen beschäftigt. Wenn Sie das schon so lange wissen und dieses Unternehmen seit langen Jahren Verluste im einstelligen Millionenbereich schreibt, hätten Sie doch genau die Punkte, die Sie gerade fordern, eigentlich schon mit diesem Start-up lösen können. Warum ist denn von Ihnen nichts gekommen?

(Beifall von der FDP)

Michael Hübner^{*)} (SPD): Wollen Sie jetzt unser Geschäftsmodell kritisieren, das dort eine Rolle spielt? Diese Frage verstehe ich nicht.

(Markus Wagner [AfD]: Wenn Sie in Ihren eigenen Antrag schauen, dann verstehen Sie die Frage! – Zurufe von Ralf Witzel [FDP], Franziska Müller-Rech [FDP] und Matthias Goeken [CDU])

Diese Frage verstehe ich in der Tat überhaupt nicht.

(Zuruf von Franziska Müller-Rech [FDP] – Weitere Zurufe)

Es ist nicht so, dass nur die Sozialdemokratie über technische Lösungen verfügen sollte. Vielleicht sollten auch Sie darüber verfügen, um dann zu einer entsprechenden Lösung zu kommen.

Dass die These, dass das elektronisch geht, nicht ganz absurd ist, erkennen Sie beispielsweise an Folgendem: Wenn Sie sich ein iPhone oder ein iPad kaufen, bekommen Sie auch keinen Kassenzettel, sondern können alles ohne Beleg abwickeln.

Genau das ist eingeführt worden, meine Damen und Herren. Es ist auch richtig, dass das so eingeführt

worden ist. Es geht darum, 10 Milliarden Euro Mehrwertsteuer für den deutschen Steuerzahler einzunehmen

(Beifall von der SPD)

und nicht den schwarzen Schafen zu überlassen. Das ist der Sachverhalt, um den es geht.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Hübner.

Michael Hübner^{*)} (SPD): Wenn Sie sich mit dem auseinandergesetzt hätten, was Ihre Kanzlerin gestern im Bundestag gesagt hat, dann wüssten Sie, dass das auch richtig ist. Sie haben hier einen heißen Ballon steigen lassen, weil Sie sich nicht der FDP erwehren konnten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Kein heißer Ballon! Das war heiße Luft!)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Hübner. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Kollege Becker.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Regelung, von der hier die Rede ist, ist in der Tat im Dezember 2016 unter Finanzminister Schäuble eingeführt worden. Jetzt kann man darüber spekulieren, was in der Zwischenzeit getan worden ist, um sie umzusetzen. Man kann auch darüber spekulieren, ob sie tatsächlich umgesetzt werden sollte oder nicht. Das ist aber nicht mein Thema.

Mein Thema ist ein anderes. Ich wundere mich sehr darüber, dass die Koalition jetzt plötzlich mit einem solchen Antrag kommt – wenige Tage vor Toreschluss, also quasi nach der Übergangsfrist, die ja Ende dieses Jahres endet

(Ralf Witzel [FDP]: Ich dachte, Sie sagen jetzt etwas zur Ökologie!)

und für die elektronischen Kassen noch einmal verlängert worden ist, Herr Witzel. Sie regieren hier immerhin seit zweieinhalb Jahren. Sie hätten sich also zusammen mit Ihrem Wirtschaftsminister und mit Ihrem Finanzminister selbstständig darum kümmern können, wenn das denn alles so schlimm ist, wie Sie es beschreiben, damit es besser kommt.

Da allerdings treibt mich dann schon der Verdacht um, dass gerade Sie von der FDP das ja nie gewollt haben. Sie wollen dieses System in Wahrheit gar nicht. Das unterstelle ich Ihnen massiv.

Ich sage dazu ganz deutlich– da schließe ich mich dem Kollegen Hübner an –: Überall erfolgen Kontrollmitteilungen. Überall werden die Daten dem Finanzamt übermittelt. Aber nur hier gibt es das Theater.

Deswegen sage ich Ihnen ganz deutlich: Wer das hätte beenden wollen und wer das hätte beschleunigen wollen, hätte sich im Bundestag und hätte sich viel früher hier darum kümmern können. Aber heute diese Krokodilstränen zu vergießen, ist völlig überflüssig.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Lassen Sie mich etwas Weiteres dazu sagen – dann wird möglicherweise der Beifall auf der von mir aus gesehen linken Seite etwas dünner –: Ich bin es auch leid, dass wir Auseinandersetzungen, die in der Großen Koalition zwar geführt und dann durch irgendwelche Beschlüsse beendet, aber in Wahrheit nicht umgesetzt werden, hier im Landtag fortsetzen.

Ich fordere Sie auf, diese Debatte im Bundestag zusammen zu führen und tatsächlich dafür zu sorgen, dass das, was Sie für richtig halten, dann in Anträgen entweder abgelehnt oder angenommen wird.

Es ist jedenfalls absurd, an dieser Stelle eine umweltpolitische Debatte aufzumachen, die in Wahrheit eine steuerpolitische Debatte ist.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD – Jochen Ott [SPD]: So ist das!)

Eine steuerpolitische Debatte ist immer eine Gerechtigkeitsdebatte.

(Jochen Ott [SPD]: Applaus von links! – Zurufe von Ralf Witzel [FDP] und Franziska Müller-Rech [FDP])

Ich will überhaupt nicht verhehlen, dass auch wir der Meinung sind, dass man bei Kleinstbeträgen einer bestimmten Größenordnung keine Belege ausdrucken muss – jedenfalls dann nicht, wenn die elektronischen Kassen

(Ralf Witzel [FDP]: Ja, eben!)

– jetzt hören Sie doch zu – Sicherungssysteme haben.

(Ralf Witzel [FDP]: So ist es!)

Aber ich sage Ihnen: Sie haben mittlerweile drei Jahre dieses Gesetz. Sie stellen jetzt fest, dass es nicht umgesetzt wird. Sie regieren aber im Bund. Das zeigt mir ganz deutlich, dass Sie sich im Bund gegenseitig behindern und nicht gegenseitig dabei unterstützen, vernünftige Sachen umzusetzen.

Deswegen ist die Konsequenz dieser Debatte – so lächerlich sie eigentlich ist –, dass Sie im Bund nicht mehr in die Regierung gehören.

(Beifall von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das wäre die eigentliche Konsequenz.

Alles andere ist absurd. Deswegen werden wir uns heute bei Ihrem Antrag enthalten und dem Antrag der SPD zustimmen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die AfD-Fraktion spricht Herr Kollege Strotebeck.

Herbert Strotebeck (AfD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wissen Sie, wie viele Stunden ein Jahr hat? 8.760. Stellen Sie sich einmal vor, es würde am 1. Januar ein Gesetz in Kraft treten, welches dafür sorgt, dass in jeder dieser über 8.000 Stunden eines Jahres ein Fichtenbaum mit einer Höhe von 25 m gefällt werden müsste.

Das ist eine absurde Vorstellung, aber leider auch eine Tatsache.

(Zuruf von Michael Hübner [SPD])

Ab Januar 2020 muss jeder Händler für sämtliche Produkte Rechnungen ausgeben. Jede Rechnung wird auch noch etwa 12 cm länger als bisher sein, da nun auch für den Kunden irrelevante Informationen auf den Bon gedruckt werden müssen. Bei jährlich ungefähr 20 Milliarden Transaktionen in der Bundesrepublik bedeutet das pro Jahr 5,7 Millionen Kilogramm zusätzliches Kassenpapier. Das ist die von mir bereits erwähnte 25 m hohe Fichte pro Stunde. Dies haben übrigens die Wissenschaftler des Kölner EHI-Instituts ausgerechnet.

Die sogenannte Belegausgabepflicht wird vom Bäckereihandwerk gar als Bon- und Müllwahnsinn bezeichnet. Der Geschäftsführer des Zentralverbands des Deutschen Bäckerhandwerks, Daniel Schneider, fordert daher in einem Schreiben an Bundesfinanzminister Olaf Scholz, die Bonpflicht zu überdenken.

Ziel des aus dem Jahre 2016 stammenden Gesetzes ist der Kampf gegen Steuerhinterziehung, da jährlich schätzungsweise ca. 10 Milliarden Euro an den Kassen hinterzogen werden. In anderen Ländern gibt es sogar eine Registrierkassenpflicht. In Deutschland sind hingegen auch in Zukunft offene Kassen erlaubt.

Die in Deutschland genutzten Registrierkassen müssen jedoch ab September über eine zertifizierte Sicherheitseinrichtung verfügen. Die Umrüstung kostet pro Kasse zwischen 300 und 500 Euro, bei Metzgereien sogar bis 4.000 Euro, da dort Kasse und Waage miteinander verbunden sind.

Ein Unternehmen, welches solche Kassensysteme anbietet, ist die marode Firma LocaFox. Mit über 40 % an der LocaFox GmbH beteiligt ist die DDVG, eine SPD-Medienholding.

(Zurufe von der AfD: Ah!)

Wenn also zukünftig jede Stunde an jedem Tag im Jahr eine Fichte für Kassenzettel gefällt werden muss, wird der eine oder andere Genosse möglicherweise gerne beide Augen zudrücken.

(Zuruf von der AfD: Ah!)

Ende November war in der „WirtschaftsWoche“ – da steht auch mal was anderes drin – zu lesen:

„Die Sozialdemokratie ist nur noch ein Schatten ihrer selbst. Die SPD-Medienholding, ein kleines Imperium, stützte bislang zuverlässig die sieche Kasse. Nun droht dem Firmengeflecht das Schicksal der Partei: Entkräftung und Niedergang.“

(Michael Hübner [SPD]: Wegen der Bonpflicht? Was ist das denn für ein Blödsinn! – Nadja Lüders [SPD]: Für Kassensysteme im Intranet!)

Die Bonpflicht wird den Niedergang vermutlich nur kurzfristig verlängern, aber nicht aufhalten.

Ihren Entschließungsantrag oder Werbeantrag für Kassensysteme lehnen wir ab.

(Markus Wagner [AfD]: Steuergelder! – Michael Hübner [SPD] *[in Richtung AfD]*: Steuerhinterzieher! – Weiterer Zuruf von Markus Wagner [AfD] und Gegenruf von Michael Hübner [SPD] – Glocke – Nadja Lüders [SPD]: Demnächst kommt aus dem Laptop auch noch ein Bon!)

Welche konkreten Vorschläge hat nun der CDU/FDP-Antrag im Hinblick auf die ausufernde Bürokratie? – Ehrlich gesagt, nicht so ganz konkrete. Die Landesregierung soll nebulös beauftragt werden, sich für eine praxisnahe ressourcenschonende und verkäuferfreundliche Handhabung der Belegausgabepflicht einzusetzen sowie eine unbürokratische Anwendung der Härtefallregelung für die Befreiung der Belegausgabe prüfen. – So steht es im Antrag.

Einen sehr konkreten Vorschlag gibt es von Thomas Eigenthaler, Chef der Deutschen Steuer-Gewerkschaft. Er schlägt vor, eine Minibetragsgrenze einzuführen, bis zu der es keine Bonpflicht gibt. Als konkrete Summe nennt er 4,99 Euro. Damit wäre unter anderem dem Bäckerhandwerk sehr geholfen. Der Durchschnittsumsatz liegt dort zwischen 3,50 Euro und 4,00 Euro.

Ein positives Signal gibt es auch vom CDU-Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Dieser hat laut Pressebericht in der letzten Fraktionssitzung vergangene Woche vorgeschlagen, die zum 1. Januar 2020 beschlossene Praxis zu prüfen und die Bonpflicht eventuell wieder als Gesetz zu streichen.

Wir von der AfD stehen an der Seite der Bäcker, Metzger und Kioskbetreiber. Wir von der AfD stehen

an der Seite der Vernunft. Die AfD-Fraktion stimmt dem vorliegenden Antrag zu, da er in die richtige Richtung zeigt, auch wenn er teilweise ein bisschen lieblos verfasst ist.

Meine Damen, meine Herren, ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest, ein paar schöne Feiertage

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Keine Drohungen!)

und einen guten Übergang in ein insbesondere gesundes, zufriedenes und vor allem friedliches Jahr. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Strotebeck. – Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Lienenkämper.

(Markus Wagner [AfD]: Aber den SPD-Selbstbereicherungsantrag, den nehmen Sie an!)

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die Lage ist differenziert. Auf der einen Seite wissen alle, dass das Kassengesetz Ende 2016 im Deutschen Bundestag parteiübergreifend verabschiedet worden ist.

Es wissen auch alle, dass die Belegpflicht, die dabei statuiert wurde, im europäischen Vergleich keine Besonderheit darstellt. Es gibt Belegausgabepflichten beispielsweise in Schweden, in Belgien, in Portugal, in Österreich, in Italien, in Polen und in Kroatien, oft sogar noch ergänzt durch die Mitnahmeverpflichtung für die Kunden wie beispielsweise in Italien.

(Jochen Ott [SPD]: So ist es sogar bei den Eiskugeln! – Weitere Zurufe von der SPD)

Nach dem damaligen Kompromiss wurde von der seinerzeitigen Mehrheit dieses Gesetz zur Verbesserung für die Rahmenbedingungen für Betriebsprüfung und Steuerfahndung als wichtig angesehen. Das ist die Lage, das ist das Gesetz. Sie kennen alle den Grundsatz der bundeseinheitlichen Finanzverwaltung.

Auf der anderen Seite muss jedes Gesetz auch den Praxistest bestehen. Wenn ein Gesetz wirksam sein soll, dann muss es genau diesen Praxistest bestehen. Jetzt gibt es Hinweise aus der Praxis, die jeder ernst nehmen sollte, die uns jetzt in diese Diskussion heute führen. Deswegen lohnt es sich sicherlich, darüber nachzudenken, was man im Rahmen der genauen Betrachtung der Anforderungen aus der Praxis in der Zukunft hier noch verändern kann.

Ich denke, niemand hat ernsthaft die Erwartung, dass sich das Gesetz im Deutschen Bundestag angesichts der dort real existierenden Mehrheiten auf

Knopfdruck noch verändert. Gleichwohl, und so verstehe ich den Antrag, lohnt es sich, über ein vernünftige Handhabung des Praxistests nachzudenken.

Ich will ausdrücklich darauf hinweisen – und das ist wahrscheinlich nicht allen bekannt –, dass es in Deutschland weiter keine Registrierkassenpflicht gibt.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Entschuldigung, Herr Minister Lienenkämper, dass ich Sie unterbreche. Herr Kollege Ott von der SPD-Fraktion würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Frau Präsidentin, ich würde gerne im Zusammenhang vortragen.

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Gerne.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Es gibt in Deutschland im Übrigen weiter keine Registrierkassenpflicht.

(Nadja Lüders [SPD]: Leider!)

Die wirklich kleinen Unternehmen, also der Händler auf unserem Wochenmarkt oder der kleine inhabergeführte Friseurbetrieb um die Ecke, werden weiter keine Sicherung benötigen, sie werden auch weiter keine Belege ausstellen müssen. Auch dieser Aspekt verdient Beachtung im Rahmen der jetzt anstehenden Diskussion.

Ich freue mich auf alle Diskussionen rund um dieses wichtige Thema.

(Beifall von der CDU und der FDP – Jochen Ott [SPD]: Eine wirklich große Rede! Das ist ein Witz! – Zuruf von der SPD: Die Anatomie eines Staatsversagens!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung, und zwar erstens über den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/8108. Weil die antragstellenden Fraktionen hierzu eben direkte Abstimmung beantragt haben, lasse ich nun über den Inhalt des Antrags abstimmen. Wer möchte zustimmen? – Das sind die Abgeordneten von CDU, FDP und AfD.

(Dr. Günther Bergmann [CDU] hält sich in den Reihen der SPD-Fraktion auf, stimmt jedoch für die CDU. – Zuruf)

– Er ist immer noch ein Abgeordneter der CDU, selbst wenn er in den Reihen der SPD sitzt. Das haben wir als Sitzungsvorstand doch alles im Blick, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich frage jetzt nach den Gegenstimmen. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Enthaltungen? – Die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Jochen Ott [SPD]: Der Antrag, der jetzt nicht umgesetzt wird!)

– Herr Kollege Ott. – Damit ist der **Antrag Drucksache 17/8108** mit dem festgestellten Abstimmungsverhalten der Fraktionen und Abgeordneten **angenommen** worden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind aber noch nicht am Ende des Tagesordnungspunkts angelangt, sondern es ist noch über den Entschließungsantrag der Fraktion der SPD abzustimmen.

Ich darf auch hier fragen, wer dem Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/8289 – Neudruck – zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Gegenstimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktionen der CDU, der FDP und der AfD. Damit stelle ich fest, dass der **Entschließungsantrag Drucksache 17/8289 – Neudruck** – nicht angenommen, sondern **abgelehnt** wurde.

Wir kommen damit zu:

10 Innovatives Bauen: vom BIM („Building Information Modeling“) bis zum 3D Druckverfahren fördern

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/8101

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der AfD Herrn Abgeordneten Beckamp das Wort.

(Unruhe)

Roger Beckamp^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ein Antrag zum innovativen Bauen, 3D-Druck und weitere Punkte mit Blick auf Digitalisierung – Sie werden es vielleicht wiedererkennen.

(Anhaltende Unruhe)

Diese Idee war schon einmal im Oktober da. Das war ein Antrag der CDU und der FDP. Wir haben das geklaut. Wir haben dieses Thema schlichtweg übernommen, weil Sie es mal angedacht, aber nicht zu Ende gedacht und vor allem im Ausschuss nicht zu Ende gebracht haben.

Nach Ihren Vorstellungen wollten Sie damals – im Oktober – eine Steilvorlage bieten, um NRW als Vorreiter im Bereich Digitalisierung darzustellen. Hätten Sie sich aber ernsthaft mit dem Thema befasst, dann hätten Sie feststellen müssen, dass andere Länder und dortige Universitäten und Unternehmen schon viel weiter sind als NRW.

Herr Ritter und Herr Schruppf, Sie waren – so habe ich es feststellen dürfen – im Ausschuss auch gar nicht in der Lage zu sagen, wo denn NRW steht. Das wissen Sie nicht. Ehrlich gesagt, ich weiß es auch nicht. Ich hatte den Eindruck, dass auch die Herrschaften der anderen Fraktionen nicht genau wussten, wo wir eigentlich stehen, weil wir alle angenommen haben – außer Sie als Antragsteller –, dass wir dazu eine Anhörung durchführen, wie das so oft und so oft unnötig in den Ausschüssen passiert.

An der Stelle wäre es aber genau der Punkt gewesen, einmal zu erfahren, was in NRW im Bereich „Innovatives Bauen“ los ist. Herr Mostofizadeh, ich glaube, Sie saßen damals auch da. Herr Rimmel hat sich auch etwas gewundert, dass keine Anhörung stattfand. Es geht darum, dass wir einfach einmal Experten, Sachverständige aus Unternehmen, aus Universitäten kommen lassen und uns erzählen lassen, was dort Sachstand ist.

Herr Ritter, Sie hatten damals im Plenum formuliert – ich zitiere –: Lassen Sie uns im Ausschuss tiefer in die dritte Dimension eintauchen. Sie werden Bauklötze staunen. – Sie hatten recht. Genauso war es. Wir haben Bauklötze gestaunt; denn Sie haben zur Überraschung der anderen Fraktionen mit diesem Antrag nichts, schlichtweg gar nichts gemacht. Sie haben einfach darüber abstimmen lassen. Die Mehrheit war ohnehin klar, FDP und CDU, und durch war das Thema. Es wurde sich also schlichtweg damit nicht inhaltlich befasst.

Vielleicht war das aber auch gar nicht Ihre Absicht. Vielleicht sollte nur ein Häkchen auf den großen Zettel namens „Wir machen in jedem Ausschuss irgendetwas, was nach Digitalisierung klingt“ gemacht werden. Mit Verlaub also: heiße Luft in Tüten.

Also zäumen wir dieses Pferd noch einmal auf und bringen diesen Antrag ein. Wir betten das Thema auch weiter in den komplexeren Zusammenhang im Bereich der Digitalisierung ein.

Wir sind konsequent und haben auch einen Antrag gestellt, für diesen Bereich Haushaltsmittel von 500.000 Euro anzusetzen, was bisher nicht der Fall war. Es war schlichtweg nichts vorgesehen. Ihre bisherige Verhaltensweise zu unserem Vorschlag, 500.000 Euro anzusetzen, bestand darin, diesen Vorschlag abzulehnen.

Sie haben aber im letzten, im allerletzten Moment Ihrerseits den Antrag gestellt, nicht 500.000 Euro, so

wie wir, sondern 750.000 Euro genau dafür unter einem anderen Haushaltstitel vorzusehen. Den haben Sie erfunden, kein Problem. In der Sache genau das Gleiche, aber der Betrag etwas höher.

Noch einmal zum Mitschreiben: Bisher war kein Geld für diesen Bereich im Haushalt vorgesehen. Dann will die AfD 500.000 Euro dafür. Sie lehnen ab. Nun wollen Sie auf einmal 750.000 Euro. Huch, na so was! Irgendein Zusammenhang erkennbar? – Vielleicht. Vielleicht hat das irgendetwas mit unserem Antrag zu tun. Man weiß es nicht.

Ich kann Ihnen aber sagen: Wir freuen uns darüber. Wir finden es richtig gut, dass Sie den Betrag jetzt fordern, denn wenn Sie den fordern, wird das durchgehen. Das findet eine Mehrheit. Da wird zugestimmt, weil FDP und CDU die Mehrheit haben. Wenn wir das Gleiche fordern, ist das in diesem Haus leider nicht so. Es kommt eben darauf an, wer etwas fordert, und nicht, was gefordert wird. Aber immerhin: Die AfD wirkt auch in diesem Fall, und sei es über Bande. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das war Herr Abgeordneter Beckamp für die Fraktion der AfD. – Für die Fraktion der CDU hat nun Herr Kollege Ritter das Wort. Bitte sehr.

Jochen Ritter (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Beckamp, „Lost In Translation“, das war der Filmtitel, der mir zunächst eingefallen ist, als ich Ihren Antrag überflogen habe. Wörtlich: Verloren in der Übersetzung.

(Zuruf von Roger Beckamp [AfD])

Bei dem Versuch, einige Anglizismen, die in der Baubranche Verwendung finden, in einem Antrag unterzubringen, ist Ihnen meines Erachtens der rote Faden ein klein wenig verloren gegangen. Sie steigen ein mit „Smart Building“, kommen raus bei „Building Information Modeling“, schlagen dazwischen einen wie auch immer begründeten weiten Bogen, der Sie von der zweiten in die siebte Dimension führt. Bis zur fünften kann ich Ihnen gut folgen – das wird auch in der Fachwelt so gesehen –, aber für die sechste und siebte fehlt mir genau der sechste und siebte Sinn, um da mitzukommen. Es ist doch etwas übertrieben, das als neue Dimension zu bezeichnen, was Sie vortragen.

Ich versuche, das einmal ein wenig abzuschichten. Smart Building – in kleinerem Maßstab als Smart Home dem einen oder anderen sicher geläufiger – dreht sich im Wesentlichen um die Automation von Gebäuden. Bei großen Zweckbauten ist das schon lange Standard, und das hält nun auch zunehmend beim Betrieb von Ein- und Mehrfamilienhäusern Ein-

zug. Das hat zugegebenermaßen immer noch großes Potenzial, aber es hat weder den Neuigkeitswert wie der 3D-Druck oder das BIM noch hat es sonst irgendetwas damit zu tun.

Zum 3D-Druck – Sie haben es erwähnt – haben wir gemeinsam mit der Fraktion der FDP bereits Anfang Oktober einen Antrag auf den Weg gebracht, den Sie für Ihren Antrag nun offenkundig als Steinbruch genutzt haben. Das hat sich aus unserer Sicht inhaltlich insofern erledigt, als unser Antrag Mitte November im Bauausschuss beschlossen wurde.

Wir haben das Ganze dann auch finanziell im Haushalt unterlegt – also von wegen, wir hätten nichts gemacht. Wir haben mehr Mittel, als Sie vorgesehen haben, zur Verfügung gestellt – sowohl für 2020 als auch mit Verpflichtungsermächtigungen für die darauffolgenden Jahre.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ich habe schon im Oktober an dieser Stelle gesagt: Wir wollen klotzen und nicht kleckern. – Sie haben das nicht geglaubt, es war aber genauso gemeint.

Es bleibt BIM: Freie Büros tun sich mit dem Building Information Modeling noch schwer – je kleiner, desto schwerer –, allerdings mit positiver Tendenz: 2017 hat sich jedes fünfte Büro damit auseinandergesetzt, mittlerweile ist es wahrscheinlich jedes vierte. Es ist zugegebenermaßen aufwendig, vor allem was Software und Personal angeht. Ob man dem allerdings staatlicherseits noch mehr nachhelfen muss als bisher, ist fraglich.

Die Bauherren sind bei der Nachfrage noch zurückhaltend, aber sie werden noch – das ist jedenfalls meine Vermutung – Gefallen daran finden, vorab virtuell durch das zu errichtende Gebäude zu wandeln. Für nicht gleichermaßen erwartbar halte ich die Bereitschaft, das auch angemessen zu honorieren. Meine These ist: Das wird vielen Bauherren im Falle großer Investitionen, die man alle Jubeljahre einmal macht, der Spaß wert sein.

Zudem bringt das einen Mehrwert für den Betrieb mit sich. Auch deshalb haben sich der BLB und der Landesbetrieb Straßenbau auf die Fahnen geschrieben, ihre Planungsleistungen in Kürze so auszuschreiben, dass sie mit dem BIM zu bewerkstelligen sind. Dass auch die mittelständische Bauwirtschaft nicht auf der Strecke bleibt, ist in der Antwort auf die Kleine Anfrage der SPD-Fraktion vom April 2018 klargemacht worden.

Die Kommunen werden mit einem Kompetenzzentrum unterstützt, um in absehbarer Zeit in der Lage zu sein, mit solchen Daten zu arbeiten. Die Digitalisierung des Baugenehmigungsverfahrens wird anhand von Pilotprojekten vorangetrieben. Dabei nehmen die Bauaufsichtsbehörden mit Unterstützung der Landesregierung Antragsunterlagen digital entgegen.

gen. Sie tauschen sie in dieser Form aus und bewahren sie auch elektronisch auf; so läuft das beispielsweise in Köln. Was den Austausch angeht, haben wir im letzten Bauausschuss auch etwas über die Leitstelle für XPlanung und XBau gehört.

Also: Alles in allem kein Selbstläufer, aber doch auf einem so guten Weg, dass es Ihres Antrags nicht bedarf.

Nichtsdestotrotz freue ich mich auf die abermalige Diskussion im Ausschuss; denn das Thema ist durchaus zukunftssträftig. Bis dahin wünsche ich eine gute Zeit und unterstreiche das mit einem Baum,

(Der Redner zeigt das 3D-Modell eines kleinen Weihnachtsbaums.)

der unlängst in Südwestfalen in einem 3D-Drucker entstanden ist. – Frohe Weihnachten zusammen!

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ritter. – Als nächster Redner hat Herr Kollege Becker für die Fraktion der SPD das Wort.

Andreas Becker (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Wir stehen kurz vor Weihnachten. Ich möchte Ihnen etwas schenken – vier Minuten, die Sie heute eher bei Ihrer Familie, bei Ihren Lieben sein können.

(Beifall von der SPD)

Dieser Antrag ist nahezu identisch mit einem Antrag, den wir am 10.10. hier beraten haben und der im November im Ausschuss angenommen wurde. Wir haben uns enthalten, weil wir noch die eine oder andere Frage gerne von Sachverständigen beantwortet bekommen hätten. Das gilt auch heute. Insofern verweise ich auf meine Rede vom 10.10. – Schönen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall und Zurufe von der SPD: Bravo!)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Paul das Wort.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Redner der AfD hat selber schon gesagt, dass er abgeschrieben hat. Das sieht man auch am Antrag der AfD, denn da steht – das ist zumindest wissenschaftlich korrekt – Fußnote 5:

„Vgl. Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP ...“

Ich könnte noch auf weitere Anträge im Plenum verweisen, bei denen wir auch schon über das Building

Information Modeling gesprochen haben. Diesbezüglich ist nicht nur haushaltsmäßig etwas passiert, sondern es ist vor allen Dingen auch längst ein BIM-Kompetenzzentrum im zuständigen Fachministerium eingerichtet, in dem die Fachleute aus der Forschung, die Architekten und Planer und die öffentliche Verwaltung aus NRW zusammensitzen und sich vernetzen. Es braucht deshalb an dieser Stelle die AfD überhaupt nicht.

Was diesen Antrag angeht: Wir haben das bereits im Wahlprogramm von FDP und CDU thematisiert.

(Zuruf von Helmut Seifen [AfD])

Zudem gibt es im Koalitionsvertrag Hinweise auf die Digitalisierung des Bauens, und wir haben nicht zuletzt in der modernisierten Landesbauordnung erstmalig die digitale Form des Bauantrags und des Baugenehmigungsverfahrens verankert.

NRW schreitet bei der Digitalisierung des Bauens weit voran. Wir gehen diesen Weg einfach weiter und sind dabei gut unterwegs. Der Antrag der AfD wird jetzt in den Ausschuss überwiesen, und wir werden ihn dort noch entsprechend fachlich behandeln. – Danke.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Kollege Remmel das Wort.

Johannes Remmel¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch ich will mich dem großen Schenken anschließen und beschränke mich auf ganz wenige Worte, indem ich auf meine Plenarrede und auf meine Anmerkungen im Ausschuss zum gleichen Thema verweise. Ich komme allerdings an der Stelle nicht umhin, den Antrag sozusagen als Aufguss eines Teebeutels zu bezeichnen, den andere schon einmal eingebracht haben.

Bedauerlich finde ich, dass wir jetzt aufgrund dieses Antrags wahrscheinlich eine Anhörung im Ausschuss haben werden. Ich hätte es besser gefunden, diesen Raum hätten die damaligen Antragsteller dem jetzigen Antragsteller nicht gelassen – bedauerlich, tut uns leid. Vielleicht können wir aber noch etwas gemeinsam machen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Remmel. – Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach¹⁾, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich greife eingangs auf, was Herr Abgeordneter Remmel formuliert hat. Dieser Antrag kommt einem irgendwie vor wie ein Teebeutel, den man das zweite Mal verwendet. Erfahrungsgemäß wird der Tee dadurch aber nur dünner und nicht besser. Insofern nehme ich eine zweite Anleihe beim Abgeordneten Becker, denn auch ich gönne Ihnen heute ein frühzeitiges Nachhausekommen.

Auch ich darf auf die Rede zum Ursprungsantrag von CDU und FDP aus Oktober 2019 verweisen. Wir haben diesbezüglich vieles miteinander ausgetauscht. Die Landesregierung hat in der Zwischenzeit vieles auf den Weg gebracht. Das alles ist der Rede bzw. dem entsprechenden Protokoll der Plenarsitzung sowie den Beratungen im Ausschuss zu entnehmen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Somit können wir zur Abstimmung kommen. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 17/8101** an den **Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Digitalisierung und Innovation**. Die abschließende Beratung und die Abstimmung sollen dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich darf fragen, ob es Gegenstimmen gibt. – Enthaltungen? – Dann stelle ich die einstimmige Zustimmung des Hauses zu dieser Überweisungsempfehlung fest.

Wir kommen damit zu:

11 Wohnen im ländlichen Raum zukunftsfest machen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/8109

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU Herrn Abgeordneten Schrupf das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege.

Fabian Schrupf (CDU): Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 396 Städte und Gemeinden, 31 Kreise und rund 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner – Nordrhein-Westfalen ist damit das einwohnerreichste Bundesland in der Bundesrepublik Deutschland.

NRW ist dabei Land der großen Ballungszentren und ländlichen Räume gleichermaßen. So leben 10,8 Millionen Menschen in unserem Land auf der sogenannten grünen Wiese, nämlich in kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Das sind deutlich mehr als in den kreisfreien Städten, obwohl diese meist im Mittelpunkt der Debatte um bezahlbares Wohnen und natürlich auch der damit einhergehenden wohnungspolitischen Auseinandersetzungen auch hier im Hohen Hause stehen.

Doch es ist eben diese Vielfalt in der Siedlungsstruktur, liebe Kolleginnen und Kollegen, die in Stadt und Land passgenaue Antworten auf unterschiedliche Herausforderungen erfordert. Wir wollen auch in den ländlichen Räumen neuen Wohnraum schaffen und dabei bestehende Strukturen erhalten. Wir wollen so auch die angespannten Wohnungsmärkte in den Ballungszentren entlasten. Kurzum: Wir wollen, dass es weiter erstrebenswert ist, auf dem Land zu leben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Mit dem neuen Landesentwicklungsplan haben wir als NRW-Koalition bereits die richtigen Weichen gestellt. Wir fördern damit regionsübergreifend eine Willkommenskultur für alle, die Wohnungen bauen wollen, Unternehmen entwickeln und Arbeitsplätze schaffen möchten. Wir entlasten die unter Druck stehenden Städte und stärken damit bewusst die ländlichen Räume. Die große Herausforderung bei der Schaffung von Wohnraum ist und bleibt die Verfügbarkeit von bebaubaren Grundstücken.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Baulandentwicklung gehört daher zu unseren dringlichsten Aufgaben. Zugleich wollen wir aber ressourcenschonend mit landwirtschaftlichen Flächen umgehen. Deshalb ist es umso wichtiger, alle bereits vorhandenen Wohnraumpotenziale auch vollständig auszuschöpfen. Ein Baustein ist dabei die Weiterentwicklung des § 35 des Baugesetzbuches, welcher die Zulässigkeit von Bauen im Außenbereich regelt.

Meine Damen und Herren, Sie alle werden mir zustimmen, dass es sinnvoll ist, leer stehende Gebäudebestände zu reaktivieren und so Verfall oder Zerfall zu vermeiden.

(Beifall von der CDU)

In unserem Fokus stehen dabei Immobilien, die durch Umbau, Ausbau oder aber auch in eingeschränktem Maße Ersatzneubau einer neuen Nutzung zugeführt werden können. Die verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten von Gebäuden, etwa der Umbau einer alten Scheune in Wohneinheiten, sollten auf möglichst einfachem und unbürokratischem Weg umsetzbar sein. Ein solches Vorgehen eröffnet neue Wohnperspektiven im ländlichen Raum – und das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz ohne zusätzlichen Flächenverbrauch.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Nachdem wir dazu bereits mit der Entfristung der Regelung zum endgültigen Wegfall der Siebenjahresfrist nach § 35 Abs. 4 Nr. 1 c Baugesetzbuch von unseren landesrechtlichen Möglichkeiten Gebrauch gemacht haben, sehen wir weiteren Handlungsbedarf, insbesondere im Katalog der sogenannten begünstigten Vorgaben in § 35 Abs. 4 Baugesetzbuch. So könnte beispielsweise die Anzahl zulässiger Wohneinheiten bei Umnutzung erhöht werden. Eine Weiterentwicklung dieser Regelung ermöglicht so eine höhere Ausnutzung von Wohnraumpotenzialen in Bestandsgebäuden.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wie Sie wissen, liebe Kolleginnen und Kollegen, läuft derzeit auf Bundesebene ein Gesetzgebungsverfahren zur Reform des Baugesetzbuches. Die Landesregierung wird daher in unserem Antrag gebeten, sich beim Bundesgesetzgeber weiter dafür einzusetzen, § 35 Baugesetzbuch zu reformieren, um den ländlichen Raum zu stärken und im Sinne von Nordrhein-Westfalen Arbeit, Wohnen und Umwelt auch im Baugesetzbuch stärker miteinander in Einklang zu bringen.

(Beifall von der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor zweieinhalb Jahren sind wir als NRW-Koalition mit dem Ziel angetreten, mehr Wohnraum in allen Marktsegmenten zu schaffen. Dies schließt ausdrücklich Entfaltungsmöglichkeiten für ländlich geprägte, dörfliche Strukturen ein.

Lassen sie uns also heute eine weitere richtige und wichtige Entscheidung treffen, um Menschen auf dem Land eine weitere Perspektive zu geben. Wir brauchen eine nachhaltige Landwirtschaft. Wir brauchen attraktive Wohn- und Arbeitskonzepte. Wir brauchen starke Städte, Gemeinden und Kreise, denn sie sind nicht nur Ausdruck wirtschaftlicher Stabilität, sondern vor allem Zuhause und damit Heimat für Menschen in Nordrhein-Westfalen.

Ihnen allen wünsche ich in diesem Sinne ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und alles Gute für 2020. Auf die weitere gute gemeinsame Arbeit im Sinne der Menschen in unserem Land! – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schrupf. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Paul das Wort. Bitte sehr.

Stephen Paul (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich schaue den Kollegen Markus Diekhoff an und sage: Jetzt kommt, lieber Markus, gleich in direkter Abstimmung eine weitere weihnachtliche Entscheidung im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Wir haben dabei zwei Ziele. Wir setzen auf gutes Leben im ländlichen Raum, darauf, dass man da gut wohnen kann. Wir wollen es erleichtern, vorhandene ehemalige landwirtschaftlich genutzte Gebäude umzunutzen, und zwar erstens, um dort zu wohnen oder zu vermieten – das folgt auch unserer wohnungspolitischen Strategie, nach der die ländlichen Räume die Großstädte entlasten sollen –, zweitens, um dort Geld zu verdienen, etwa einen Laden zu betreiben oder wohnverträglichem kleinem Handwerk und Gewerbe Raum zu geben. Wir haben dabei immer die Eigentümer im Außenbereich im Blick. Oft sind es ja die Bauernfamilien, die ihre finanzielle Existenz in der Zukunft sichern müssen.

Was wollen wir denn? – Eine verfallene Scheune oder lieber zeitgemäße Wohnungen für Menschen, die das Leben auf dem Lande lieben, und das sind sehr viele? Wollen wir einen abgängigen Kotten oder besser einen hübschen Hofladen zur Versorgung mit heimischen Lebensmitteln? Wollen wir ein vergammeltes Altenteil oder darin lieber eine funktionale Werkstatt oder gar ein Coworking Space im Grünen mit schnellem Netz? Wenn wir lieber all diese positiven Lösungen wollen, müssen wir es den Menschen im Außenbereich erleichtern, diese Lösungen zu schaffen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Daher schlagen wir Freie Demokraten und Christdemokraten dem Landtag vor, sich gegenüber dem Bund für eine Reform des § 35 Baugesetzbuch starkzumachen. Hier wird ja im vierten Absatz geregelt, wie und welche sogenannten begünstigten Vorhaben im Außenbereich genehmigt werden können.

Diese Möglichkeiten sind recht beschränkt. Es kann nur einmal – Kollege Schrumpf ist darauf eingegangen –, nicht mehrfach umgenutzt werden. Warum eigentlich? Das ist alles nicht mehr praxisgerecht, nicht mehr zeitgemäß. Wir wollen, dass wiederholt umgenutzt werden kann und dass dort mehr Wohnungen entstehen können.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Mit unserer Initiative gegenüber dem Bund für eine Reform des Baugesetzbuches wollen wir den Bauern und den Eigentümerfamilien mehr Entwicklungsmöglichkeiten auf ihren Höfen geben,

(Beifall von der FDP und der CDU)

und das alles, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf ganz behutsame Art und Weise.

Wenn Sie also nicht nur in Plenarreden oder auf Wahlkampfveranstaltungen beklagen wollen, dass

es erstens vielerorts einen Mangel an preisgünstigem Wohnraum gibt und zweitens die Menschen im ländlichen Raum gut und gerne dort leben sollen, dann schließen Sie sich bitte alle unserer Initiative an. – Gesegnete Weihnachten!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Paul. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der SPD Herr Kollege Becker das Wort.

Andreas Becker (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit den gesegneten Weihnachten ist das so eine Sache, vor allem wenn Sie von „unserer Initiative“ sprechen. Man muss festhalten: Das, was uns die Koalitionsfraktionen mit diesem Antrag unter den Weihnachtsbaum gelegt haben, ist auf eine andere Art und Weise, als es die AfD mit ihrem vorherigen Copy-and-paste-Antrag macht, maximal ein netter Versuch. Das ist die eigentliche vorweihnachtliche Erkenntnis in diesem Hause: Die einen machen copy and paste, und die anderen setzen sich in einen längst fahrenden Zug, der kurz vor dem sicheren Bahnhof steht. Eigene Ideen, wie man das Wohnungsproblem dieser Zeit lösen kann: null.

Die Änderung des Baugesetzbuches, um die es hier geht, ist doch nicht die Idee der Koalitionsfraktionen, Herr Paul.

(Zuruf von der SPD: Hört! Hört!)

Ich frage mich, was Sie glauben, wie wir uns auf die Reden hier vorbereiten. Diese Idee ist doch vielmehr Ausfluss der Baulandkommission – das Wort kommt bei Ihnen nirgends vor –, die bis Juli 2019 getagt hat. Hier wird eine Empfehlung umgesetzt. Insofern ist der Antrag für die Galerie. Sie springen auf einen fahrenden Zug auf.

Denn die Novelle des Baugesetzbuchs läuft bereits. Es gibt einen Referentenentwurf. Der befindet sich bis zum 3. Januar in der Ressortabstimmung in den Bundesministerien. Dann folgt die Verbändeanhörung. Länderseitig ist bereits gesagt worden, es gebe keine Bedenken. Von daher sind keine weiteren Probleme in der Umsetzung zu erwarten.

Die in Rede stehenden Änderungen sind Kompromisse innerhalb der Großen Koalition. Wir wollen die Anzahl der möglichen Wohnungen von drei auf fünf auf der jeweiligen Hofstelle erhöhen – ohne Inanspruchnahme zusätzlicher Flächen. Sie wissen, eine weitere Aufweichung lehnt die SPD ab. Deswegen lehnen wir auch Ihren Antrag ab.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

Wir lehnen den Antrag aber noch aus einem weiteren Grund ab. Wir können nämlich nicht feststellen – jetzt

könnten wir die ganzen Diskussionen der letzten Wochen und Monate wiederholen –, dass Sie die richtigen Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Menschen in NRW ihren Wohnsitz selbstbestimmt wählen und heimatnah leben können. Genau das tun Sie nämlich nicht. Dank Ihrer Politik wird in unserem Land zu wenig gebaut. Es gibt zu wenig mietpreisgebundenen Wohnraum. Sie sollten sich daher einmal Gedanken machen, wie man das ändern kann, statt sich mit der Politik anderer zu schmücken.

Ich wünsche Ihnen in den nächsten Tagen die Ruhe, darüber nachzudenken. – In diesem Sinne: Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und frohe Weihnachten!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Abgeordneter Klocke das Wort.

Arndt Klocke (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zum Verfahren hat bereits der Kollege Becker einiges gesagt, nämlich dass es sich hier um eine Empfehlung der Baulandkommission handelt und dass in Berlin bereits ein entsprechendes Verfahren in Gang gesetzt worden ist. Wahrscheinlich war die Überlegung in den Koalitionsfraktionen, kurz vor Weihnachten noch einmal einen Antrag zu machen, den man dann in den entsprechenden Verteiler hineinbringen kann, um darauf hinzuweisen, dass man Gutes bewirkt. Das ist ja auch ein bisschen ...

(Jochen Ott [SPD]: Man hat zwar nicht da mitgewirkt!)

– Genau. Aber man nutzt es. Das ist ja immer nachvollziehbar, auch wenn wir es an der Stelle kritisieren.

Wir als Grüne haben Bedenken, dass, weil Sie in einigen Punkten im Antrag deutlich unkonkret bleiben, die Richtung, in die Sie gehen, zu mehr Flächenfraß und zu mehr Zersiedlung führt, als wir das heute schon haben.

Grundsätzlich unterstützen wir die Richtung. Sie hätten aber schon stärker präzisieren müssen, dass das nicht eintritt, was jedenfalls unsere Sprecher aus dem ländlichen Raum befürchten, dass es nämlich zu mehr Flächenfraß kommt und dass die baulichen Anlagen, die jetzt bestehen, entsprechend ausgeweitet werden. Deswegen unterstützen wir den Vorschlag aus der SPD-Fraktion, bei maximal drei Wohneinheiten zu bleiben.

Zu sagen, wir wollen aufgegebene Höfe auch nutzen können, wollen sie entsprechend wieder zu Wohnanlagen zurückführen, wir wollen den Menschen eine

Perspektive im ländlichen Raum geben, um da zu leben und möglicherweise Wohnen und Arbeiten miteinander zu verbinden, das halten wir grundsätzlich für einen richtigen Ansatz. Deswegen werden wir den Antrag auch nicht ablehnen, sondern uns enthalten.

Wir werden das weitere Gesetzgebungsverfahren intensiv begutachten. Möglicherweise wird es auch im Bundesrat dazu eine Befassung geben. Wir unterstützen eine moderate Wohnungsnutzung vorhandener Wohn- und Wirtschaftsgebäude grundsätzlich, aber würden Sie noch einmal bitten und auffordern, wenn Sie denn unsere Unterstützung haben wollen, das klarer zu formulieren, um auszuschließen, dass wir hier zu deutlich mehr Flächenverbrauch kommen, dass es hier zu einer Ausweitung von Anlagen kommt, die es bisher noch nicht gibt.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit. Frohe Weihnachten auch von meiner Seite! Das Weihnachtsgeschenk der Grünenfraktion an diesem Punkt ist, dass wir den Antrag zumindest nicht ablehnen werden. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Klocke. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der AfD Herr Abgeordneter Beckamp das Wort.

Roger Beckamp^{*)} (AfD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! CDU und FDP entdecken den ländlichen Raum. Das ist löblich, das ist gut, und auch die Idee, die dahintersteckt, ist ebenfalls sinnvoll, wenngleich eine Anpassung des § 35 Abs. 4 Baugesetzbuch nicht unbedingt zu den zentralen Fragestellungen für mehr Wohnraum in ländlichen Gebieten zählt.

Hier wäre eine Debatte sinnvoll um Innen- vor Außenentwicklung im Dorf und der Kleinstadt und um solche Themen wie Mobilisierung von Leerständen dort, fehlende Breitbandversorgung genau dort, Versorgungsdefizite im Einzelhandel genau dort und die Anbindung des öffentlichen Nahverkehrs. Das wären die klassischen Themen, die zielgerichtet wären, um den ländlichen Raum mit Blick auf Wohnen zu stärken.

Nichts von alledem in Ihrem Antrag. Das macht aber nichts. Der Antrag ansonsten ist dünn, aber sinnvoll. Und ich sage: frohe Feiertage!

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Beckamp. – Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank, Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Nordrhein-Westfalen hat an der Bundesbaulandkommission nicht nur teilgenommen, sondern sich aktiv eingebracht. Wir haben im Besonderen für eine Änderung des § 35 Baugesetzbuch geworben und darum gestritten, weil wir de facto heute damit Vollzugsprobleme haben.

Sie wissen es alle, wenn Sie aus den kleineren Städten und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, aus den dörflichen Strukturen kommen: Wenn Sie Hofstellen im Außenbereich haben, dann ist es heute de facto ein Problem, wenn Sie dort nur bis zu maximal drei Wohnungen einrichten dürfen. Das ist de facto eine Herausforderung.

Eine zweite Herausforderung stellt sich bei der Frage: Wie häufig darf ich denn eine ehemals landwirtschaftlich genutzte Hofstelle eigentlich umnutzen? Der Klassiker, den wir, glaube ich, alle kennen, ist: Sie haben einen landwirtschaftlichen Hof, der wird aufgegeben, wird umgenutzt. In der Regel ziehen dort Tierarztpraxen ein, wenn ich das so formulieren darf. Und dann dürfen Sie nicht weiter nutzen. Ist das richtig? – Nein.

Deswegen haben wir gesagt: Wir wollen, dass § 35 Baugesetzbuch eine mehrfache Umnutzung auf diesen Hofstellen ganz einfach erlaubt.

Es war in der Bundesbaulandkommission nicht einfach, über die Weiterentwicklung des § 35 Baugesetzbuch eine Einigkeit herzustellen, weil – fast alle Argumente sind heute gefallen – natürlich die einen eine Zersiedlung im Außenbereich befürchten, die wir alle nicht wollen, weil es den Grundsatz der Innen- vor Außenverdichtung gibt und weil andere die Sorge vortragen, dass wir Splittersiedlungen verfestigen und dadurch weitere Anforderungen erwachsen – Stichwort: Erschließung dieser Außenbereiche. Auf der anderen Seite haben wir Regionen in Nordrhein-Westfalen, aber genauso in der Bundesrepublik, die aufgrund des Drucks in ihrem Wohnungsmarkt dafür plädieren, die Sachen, die heute möglich sind, in § 35 BauGB aufzufächern, zu flexibilisieren, sodass sich höhere Nutzbarkeiten ergeben.

Dafür hat sich Nordrhein-Westfalen in der Bundesbaulandkommission eingesetzt. Sie finden das auch in den Ergebnissen der Bundesbaulandkommission. Das Ganze wird jetzt gegossen werden letztendlich in eine Reform des Baugesetzbuchs.

Aber eines haben Sie vergessen: Die Bundesbaulandkommission hat für den Außenbereich noch eine zweite Empfehlung gegeben. Die hieß, § 13b Baugesetzbuch, der am 31. Dezember 2019 ausläuft und den vereinfachten Ausweis von Wohngebieten bis zu einem Hektar regelt, bis 2022 zu verlängern.

Diese Empfehlung wird nicht umgesetzt werden. Nordrhein-Westfalen hat sich im Bundesrat für eine Verlängerung des § 13b eingesetzt. Es zeichnet sich aber ab, dass im Besonderen die Landesregierungen, an denen die Grünen beteiligt sind, dieser Verlängerung nicht zustimmen werden. Insofern wird § 13b Baugesetzbuch, der erleichterte Ausweis von Wohngebieten bis zu einem Hektar, am 31. Dezember 2019 auslaufen. Und das ist, offen gesagt, gerade für die Entwicklung kleinerer Städte und Gemeinden richtig schlecht.

Ich hoffe, dass wir es durch die zahlreichen Verhandlungen mit den regierungstragenden Fraktionen, die wir in den nächsten Wochen und Monaten noch angehen, doch noch erreichen, dass eine entsprechende Erleichterung geschaffen wird, denn der Druck im Wohnungsmarkt ist de facto da.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, Entschuldigung, wenn ich Sie unterbreche. – Herr Abgeordneter Klocke würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Herr Klocke, immer sehr gern.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Arndt Klocke (GRÜNE): Vielen Dank. – Danke Frau Ministerin für die Ausführungen. – Der Druck auf den Wohnungsmarkt ist sicherlich da. Aber wie wollen Sie – das habe ich nämlich in dem Antrag nicht gefunden, und deswegen waren wir skeptisch, was eine Zustimmung angeht – Probleme beispielsweise bei der Frage der Verkehrserschließung von diesen Anlagen, bei der Frage von Abfall- und auch Abwasserentsorgung, die sich bei Gebäuden im ländlichen Raum stellt, konkret über diese Initiative lösen?

Das sind Anliegen, die uns sehr wichtig sind, dass es halt beispielsweise eine vernünftige Verkehrserschließung gibt und dass auch die Abwasserentsorgung organisiert ist. Wenn das nachvollziehbar ist, dann macht es uns das leichter, das Vorhaben zu unterstützen.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Wenn Sie gestatten: War das eine Rückfrage zu § 35 BauGB, zu den Änderungen, die anstehen, oder zu § 13b Baugesetzbuch?

Arndt Klocke (GRÜNE): § 35 BauGB.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: § 35 BauGB. – Dann würde ich einmal kurz fortfahren und dann auf die Frage eingehen, damit ich einmal den Komplex § 13b abschließe.

Insofern ist der Antrag der regierungstragenden Fraktionen an dieser Stelle genau richtig und auch wichtig, denn Sie merken, dass alle Empfehlungen der Bundesbaulandkommission, die dort in großer Runde getroffen wurden, am Ende zu Gesetzesänderungen im Baugesetzbuch oder in Fachnebenetzen führen werden. Von daher ist es wichtig, dass sich der Landtag Nordrhein-Westfalen aus meiner Sicht, wenn Sie mir das gestatten, eben auch zu diesen Reformvorhaben verhält.

Herr Abgeordneter Klocke, was die Frage zur Erschließung betrifft: Die haben wir in der Baulandkommission breit diskutiert, da bezüglich der Zersplitterung im Außenbereich Sorgen vorgetragen wurden – die ich im Übrigen teile. Je nachdem, was man alles zulässt, löst man die allseits bekannten Erschließungsanforderungen aus, die etwa die Hilfsfristen für die nichtpolizeiliche und die polizeiliche Gefahrenabwehr betreffen.

Das alles wird miteinander gewogen werden. Es wurde in der Baulandkommission nicht abschließend beraten, denn wir reden im Grunde über eine höhere Nutzbarkeit von vorhandenen Gebäuden – also nicht mehr maximal drei Wohnungen, sondern bis zu maximal fünf. So ist es in der Baulandkommission empfohlen worden. Wir reden auch von einer Mehrfachnutzung von Hofstellen und einer Wiedernutzbarkeit von leergefallenen Gebäuden im Außenbereich.

Vor diesem Hintergrund Sorge ich mich nicht um die Frage, ob es jetzt höhere Erschließungsanforderungen gibt, da es in der Regel um bereits vorhandene Gebäude und bauliche Anlagen geht, die auch heute – je nachdem, wie das Recht es vorsieht – einer Erschließung unterfallen.

Ich danke den regierungstragenden Fraktionen für diesen Antrag und darf vonseiten der Regierung dafür werben, dass wir uns bei § 35 Baugesetzbuch für eine Öffnung einsetzen. Das machen wir regierungsseitig und würden es natürlich sehr gerne mit der Unterstützung des Parlaments tun. – Danke.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, wollen Sie noch eine Nachfrage des Abgeordneten Klocke zulassen?

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte sehr.

Arndt Klocke (GRÜNE): Ich will es nicht in die Länge ziehen, die Weihnachtsfeiern stehen an.– Da Sie nicht nur vorhandene Gebäude nutzen, sondern auch ausbauen wollen – jedenfalls die Möglichkeit dafür schaffen wollen –, mag es dazu kommen, dass andere Verkehrserschließungen oder Abwassererschließungen notwendig sind. Das war der Hintergrund meiner Frage.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Das lassen wir jetzt einfach mal

(Arndt Klocke [GRÜNE]: Wir können das auch stehen lassen!)

als zweite Frage zu. – Frau Ministerin.

Ina Scharrenbach^{*)}, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung: Vielen Dank. – Ich muss jetzt – in Anführungszeichen – etwas vorsichtiger reden, weil die Wasser- bzw. Abwasserzuständigkeit – wie Sie wissen – bei Frau Heinen-Esser liegt.

Meiner Erinnerung nach gibt es konkrete Regelungen in entsprechenden Gesetzen, was die Anschlüsse an die Entwässerungen und Vergleichbares betrifft.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

– Vielen Dank, Herr Hovenjürgen stimmt zu.

Deswegen sehe ich das nicht kritisch – im Gegenteil: Ich meine, dass wir das sehr gut hinbekommen, da es am Ende natürlich viele Einzelfälle sind, die wir miteinander betrachten werden. Nicht jede gebäudliche Anlage wird automatisch von drei auf fünf Wohnungen ausgebaut werden. Insofern darf man einer Öffnung im Gesetz mit Vertrauen begegnen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor – und das bleibt auch so.

Damit sind wir bei der Abstimmung. Da die antragstellenden Fraktionen eine direkte Abstimmung beantragt haben, lasse ich nun über den Inhalt des Antrags Drucksache 17/8109 abstimmen. Ich frage, wer ihm zustimmen möchte? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der AfD. Gegenstimmen? – Die Abgeordneten der Fraktion der SPD. Enthaltungen? – Die Abgeordneten der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, stelle ich fest, dass der **Antrag Drucksache 17/8109 angenommen** wurde.

Ich rufe auf:

12 Gesetzes zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung weiterer Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/8130

erste Lesung

Herr Ministerpräsident Laschet hat seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben. *(Siehe Anlage)* Eine weitere Aussprache ist heute nicht vorgesehen.

Wir können zur Abstimmung kommen, und zwar über die Überweisungsempfehlung des Ältestenrates, der uns nahelegt, den **Gesetzentwurf Drucksache 17/8130** an den **Ausschuss für Kultur und Medien** – federführend – sowie an den **Hauptausschuss** zu **überweisen**. Ich frage, wer dem zustimmen möchte. – Das sind die Kolleginnen und Kollegen von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und AfD. Enthaltungen? – Neinstimmen? – Dann ist das vom Hohen Hause einstimmig so angenommen worden und der Gesetzentwurf überwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum für Mittwoch, den 22. Januar 2020, 10:00 Uhr wieder ein.

Bevor Sie jetzt alle aufspringen, möchte ich Ihnen im Namen des Präsidiums und auch der Kolleginnen und Kollegen rechts und links von mir einen wunderschönen Abend, eine frohe, friedvolle und gesegnete Weihnacht und alles Gute für das neue Jahr wünschen, damit wir uns alle spätestens am 22. Januar gesund, munter und fröhlich wiedersehen.

(Allgemeiner Beifall)

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 16:50 Uhr

^{*)} Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 102 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage

TOP 12 „Gesetz zur Zustimmung zum Dreiundzwanzigsten Rundfunkänderungsstaatsvertrag und zur Änderung weiterer Gesetze (18. Rundfunkänderungsgesetz) – zu Protokoll gegebene Rede

Armin Laschet, Ministerpräsident:

Die Landesregierung hat den Entwurf eines 18. Rundfunkänderungsgesetzes vorgelegt. Dieses Gesetz sieht zum einen die Zustimmung des Landtags zum 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag vor. Zum anderen werden Änderungen am Landesmediengesetz NRW und am WDR-Gesetz vorgeschlagen, die die Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ der Landesregierung begleiten. Hierzu gehört auch die Umsetzung der Ergebnisse der von der Landesregierung vorgenommenen Evaluierung der gesetzlichen Werbezeitenregelungen für den WDR-Hörfunk.

I.

Zunächst zum

23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag:

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Sommer 2018 die Frage zu entscheiden, ob ein Rundfunkbeitrag auch für Nebenwohnungen zu leisten ist. Das Bundesverfassungsgericht bestätigte in seinem Urteil, dass der haushaltsbezogene Rundfunkbeitrag grundsätzlich verfassungsmäßig ist. Es entschied aber, dass Inhaber mehrerer Wohnungen für die Möglichkeit privater Rundfunknutzung nicht mit insgesamt mehr als einem vollen Rundfunkbeitrag belastet werden dürfen.

Die Länder haben insofern die Aufgabe erhalten, bis spätestens zum 30. Juni 2020 eine entsprechende gesetzliche Regelung im Rundfunkbeitragsstaatsvertrag vorzusehen. Der mit dem

18. Rundfunkänderungsgesetz zur Zustimmung vorgelegte

23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag kommt dem nach.

Inhaltlich werden dabei – über die Maßgabe des Bundesverfassungsgerichts im konkret entschiedenen Fall hinaus – nicht nur die Personen begünstigt, die selbst Inhaber mehrerer Wohnungen sind, sondern auch deren Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnerinnen bzw. Lebenspartner. Ehepaare bzw. eingetragene Lebenspartnerinnen und Lebenspartner haben danach auch dann lediglich einen vollen Rundfunkbeitrag zu entrichten, wenn die Inhaberschaften von Haupt- und Nebenwohnung auf beide Ehepartner bzw. Lebenspartner aufgeteilt sind.

Mit dem 23. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wird zugleich die Möglichkeit eines alle vier Jahre stattfindenden sogenannten Meldedatenabgleichs vorgesehen. Dies dient der Sicherung der Aktualität des Datenbestandes und damit zur Gewährleistung von Beitragsgerechtigkeit.

Erstmals war ein solcher Meldedatenabgleich im Jahr 2013 mit der Umstellung von der Rundfunkgebühr auf den Rundfunkbeitrag erfolgt. Weitere waren bisher einzeln gesetzlich beauftragt. Da sich das Instrument, welches bereits mehrfach höchstrichterlich bestätigt wurde, auch in der Praxis als geeignet und sinnvoll erwiesen hat, wird es nunmehr verstetigt. Dem Schutz persönlicher Daten wird im Rahmen der Feststellung der Notwendigkeit der Durchführung eines Meldedatenabgleichs Rechnung getragen sowie etwa durch die Begrenzung der zu erhebenden Daten und entsprechende Löschungspflichten.

Die Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs hat den Rundfunkänderungsstaatsvertrag im Oktober unterzeichnet. Er bedarf nun der Zustimmung der Landesparlamente, um zum 1. Juni 2020 und damit in der vom Bundesverfassungsgericht gesetzten Frist eine verfassungsgemäße Regelung zu schaffen. Ich werbe daher an dieser Stelle um Ihre Zustimmung.

II.

Damit komme ich zum zweiten Element des Gesetzesvorschlags:

Demokratie braucht verlässliche Medien. Die Landesregierung ergreift daher in vielen Bereichen Initiativen, um Vielfalt und professionellen Journalismus zu stärken. Dies gilt für nationale, insbesondere aber auch für lokale und regionale Medien. Ohne diese wäre eine demokratische Gesellschaft nicht denkbar. Ein wichtiges medienpolitisches Vorhaben der Landesregierung war daher die Entwicklung einer Gesamtstrategie

„Radio in NRW 2022“, mit der die Rahmenbedingungen für einen vielfältigen und zukunftsfähigen Hörfunk und einen wirtschaftlich tragfähigen Lokalfunk im digitalen Zeitalter geschaffen werden.

Bereits mit dem 17. Rundfunkänderungsgesetz hat die Landesregierung einen ersten Impuls dieser Radiostrategie gesetzt. Er beinhaltete die Schärfung der Vergabekriterien für Kapazitäten des digitalen Hörfunks. Zur Entwicklung der Gesamtstrategie hat die Landesregierung in intensivem Austausch mit der Branche ergänzende Bedarfe geprüft und auf deren Grundlage Maßnahmen entwickelt. Zu deren Umsetzung bedarf es nun weiterer gesetzlicher Anpassungen.

Teil der Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ ist dabei zunächst die Evaluierung der Auswirkungen der gesetzlichen Regelungen zur Werbung im

Hörfunk des WDR. Diese Evaluierung hatte sich die Landesregierung explizit im Koalitionsvertrag vorgenommen; durch den Landtag wurde hierzu mit dem Aufschub der zweiten Stufe der Werbezeitenreduzierung ein entsprechendes zeitliches Fenster eingeräumt.

Ein von der Landesregierung dieses Jahr in Auftrag gegebenes wissenschaftliches Gutachten zu den Auswirkungen der bisherigen und möglichen Konsequenzen einer weitergehenden Werbezeitenreduzierung liegt dem Landtag bereits vor; die Ergebnisse wurden im Ausschuss für Kultur und Medien vorgestellt.

Auf der Grundlage der Ergebnisse des Gutachtens und in Abwägung der medienpolitischen Ziele schlägt die Landesregierung vor, die im WDR-Gesetz vorgesehene erste Stufe der Werbezeitenreduzierung fortzuführen und die zweite Stufe der Werbezeitenreduzierung zu streichen.

Darüber hinaus setzt die Radiostrategie auf eine verstärkte Förderung von Innovation im Audiobereich durch die Landesanstalt für Medien NRW. Diese Förderung soll technologieneutral erfolgen und damit besonders der Nachhaltigkeit verpflichtet sein.

Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsbegleitgesetz dem Landtag bereits vorgeschlagen, durch eine Anpassung des Vorwegabzugs der Landesanstalt für Medien NRW ab 2020 mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen nun im Landesmediengesetz die gesetzlichen Maßgaben zur Förderung der Medienkompetenz von Medienschaffenden konkretisiert werden. Betreffend den lokalen Hörfunk sollen nur in einzelnen Bereichen Flexibilisierungen erfolgen, die sich aus den Erfahrungen in der Praxis als geboten erwiesen haben. Dies betrifft die Beteiligungen an einer Betriebsgesellschaft sowie die Sendezeiten im Lokalfunk.

Schließlich kann und soll der landesweite private Hörfunk eine weitere wichtige Säule der Vielfalt und des nachhaltigen Angebots journalistischer Angebote in Nordrhein-Westfalen werden. Hierzu wird vorgeschlagen, die Kriterien, die die Medienkommission der Landesanstalt für Medien NRW bei ihrer Entscheidung über die Vergabe landesweiter UKW-Frequenzen zugrunde zu legen hat, entsprechend zu ergänzen.

Mit dem vorliegenden Gesetz könnten die gesetzlichen Grundlagen der Gesamtstrategie „Radio in NRW 2022“ bereits bis Mitte nächsten Jahres geschaffen sein. Ich werbe daher auch diesbezüglich nachdrücklich um Ihre Zustimmung.